

SPEAK TRUTH TO POWER

MENSCHENRECHTSAKTIVISTEN,
DIE UNSERE WELT VERÄNDERN

ROBERT F.
KENNEDY
HUMAN
RIGHTS

FOUNDATION SWITZERLAND

“EVERYTHING WE SHUT OUR EYES TO, EVERYTHING WE RUN AWAY FROM, EVERYTHING WE DENY, DENIGRATE OR DESPISE, SERVES TO DEFEAT US IN THE END. WHAT SEEMS NASTY, PAINFUL, EVIL, CAN BECOME A SOURCE OF BEAUTY, JOY, AND STRENGTH, IF FACED WITH AN OPEN MIND.” RIGOBERTA MENCHÚ “THE MOST POTENT WEAPON IN THE HANDS OF THE OPPRESSOR IS THE MIND OF THE OPPRESSED.” STEVE BIKO “PEACE, IN THE SENSE OF THE ABSENCE OF WAR, IS OF LITTLE VALUE TO SOMEONE WHO IS DYING OF HUNGER OR COLD. IT WILL NOT REMOVE THE PAIN OF TORTURE INFLICTED ON A PRISONER OF CONSCIENCE. PEACE CAN ONLY LAST WHERE HUMAN RIGHTS ARE RESPECTED, WHERE THE PEOPLE ARE FED, AND WHERE INDIVIDUALS AND NATIONS ARE FREE.” HIS HOLINESS THE DALAI LAMA “IF YOU ARE NEUTRAL IN SITUATIONS OF INJUSTICE, YOU HAVE CHOSEN THE SIDE OF THE OPPRESSOR. IF AN ELEPHANT HAS ITS FOOT ON THE TAIL OF A MOUSE AND YOU SAY THAT YOU ARE NEUTRAL, THE MOUSE WILL NOT APPRECIATE YOUR NEUTRALITY.” DESMOND TUTU “I THINK TO MYSELF, ‘WHAT AM I DOING?’ I DON’T GAIN ANYTHING FOR MYSELF AND I CAN’T SEEM TO DO ANYTHING TO LESSEN THE SUFFERING... AT THE SAME TIME, IF I TURN MY BACK AND WALK AWAY, THERE WOULD BE NO ONE TO ADDRESS THE ISSUE.” KA HSAW WA “IT IS FROM NUMBERLESS DIVERSE ACTS OF COURAGE AND BELIEF THAT HUMAN HISTORY IS SHAPED. EACH TIME A MAN STANDS UP FOR AN IDEAL, OR ACTS TO IMPROVE THE LOT OF OTHERS, OR STRIKES OUT AGAINST INJUSTICE, HE SENDS FORTH A TINY RIPPLE OF HOPE, AND CROSSING EACH OTHER FROM A MILLION DIFFERENT CENTERS OF ENERGY AND DARING, THOSE RIPPLES BUILD A CURRENT THAT CAN SWEEP DOWN THE MIGHTIEST WALLS OF OPPRESSION AND RESISTANCE.” ROBERT F. KENNEDY

INHALTSVERZEICHNIS

DAS PROJEKT: „Speak Truth To Power“ KERRY KENNEDY UND DR. CHRISTOPH KARLO	7
--	---

VORWORT: BUNDESRAT DIDIER BURKHALTER	8
--------------------------------------	---

VORWORT: HANS AMBÜHL, GENERALSEKRETÄR DER SCHWEIZERISCHEN KONFERENZ DER KANTONALEN ERZIEHUNGSDIREKTOREN (EDK)	8
---	---

EINLEITUNG: DR. SANDRA HUTTERLI	9
---------------------------------	---

CHRONOLOGIE DER MENSCHENRECHTE	10
--------------------------------	----

WAS SIND MENSCHENRECHTE?	11
--------------------------	----

KURZE GESCHICHTE DER MENSCHENRECHTE	12
-------------------------------------	----

VORLÄUFER DER MENSCHENRECHTS- DOKUMENTE DES 20. JAHRHUNDERTS	12
---	----

DIE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE	13
--	----

DIE GEBURT DER VEREINTEN NATIONEN (UNO)	14
---	----

DIE MENSCHENRECHTSPAKTE	14
-------------------------	----

WEITERE MENSCHENRECHTSVEREINBARUNGEN	15
--------------------------------------	----

DIE ROLLE DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN	15
--	----

DIE ENTWICKLUNG DER MENSCHENRECHTE	16
------------------------------------	----

AKTUELLE MENSCHENRECHTSBEWEGUNGEN	16
-----------------------------------	----

MENSCHENRECHTE IN DER SCHWEIZ – EIN KURZER HISTORISCHER ABRISSE	17
--	----

LUCAS BENITEZ Arbeitsrecht	22
-------------------------------	----

URSULA BRUNNER Fairer Handel	24
---------------------------------	----

HANS CAPREZ, MARIELLA MEHR Fahrende	28
--	----

MAIREAD CORRIGAN-MAGUIRE & BETTY WILLIAMS Nordirlandkonflikt	34
---	----

FREDERIK WILLEM DE KLERK & NELSON MANDELA Apartheid	42
--	----

JULIANA DOGBADZI Sklaverei	48
-------------------------------	----

HENRY DUNANT Genfer Konventionen	54
-------------------------------------	----

SHIRIN EBADI Frauenrecht	60
-----------------------------	----

KEK GALABRU Redefreiheit	64
-----------------------------	----

JEAN-JACQUES GAUTIER Folter	68
--------------------------------	----

VÁCLAV HAVEL
Redefreiheit 72

TAWAKKOL KARMAN
Redefreiheit: Arabischer Frühling 78

ROBERT F. KENNEDY
Bürgerrecht 82

GERTRUD KURZ
Flüchtlingspolitik 88

DALAI LAMA
Religionsfreiheit 90

EMILIE LIEBERHERR
Frauenstimmrecht 94

MARTIN LUTHER KING JR.
Bürgerrecht 96

CARL LUTZ
Menschenrechtskonventionen 106

WANGARI MAATHAI
Umweltrecht / Frauenrecht 110

BRUNO MANSER
Urvölker 116

KARL MEIER
Homosexualität 122

MARINA PISKLAKOVA
Frauenrecht 124

KAILASH SATYARTHI
Kinderarbeit 128

ABUBACAR SULTAN
Kindersoldaten 132

LECH WALESZA
Arbeitsrecht 136

HARRY WU
Arbeitslager 142

MALALA YOUSAFZAI
Kinderrecht 148

QUELLENANGABEN 154

ABBILDUNGSNACHWEIS 156

IMPRESSUM 158

DANK 159

DAS PROJEKT: „SPEAK TRUTH TO POWER“

Ende der 1990er-Jahre begann Kerry Kennedy Interviews mit den herausragendsten Menschenrechtsaktivisten der Welt zu führen. Unter ihren Gesprächspartnern waren damals sowohl internationale Ikonen wie Elie Wiesel als auch relativ unbekannte Aktivisten wie Dianna Ortiz oder Gábor Gombos. Das Ergebnis dieser Arbeit war das Buch „Speak Truth To Power: Human Rights Defenders Who are Changing Our World“, welches Kennedys Interviews mit kraftvollen Portraits des Fotografen und Pulitzer-Preisträgers Eddie Adams verband.

Robert F. Kennedy Human Rights hat dieses Buch im Laufe der Zeit um eine Fotoausstellung, eine Live-Performance und ein transformatives Menschenrechtslehrmittel erweitert. Das Menschenrechtslehrmittel „Speak Truth To Power“ unterstützt rund um die Welt eine Generation Jugendlicher, welche sich den höchsten Standards sozialer Gerechtigkeit verbunden weiss. Durch das Studieren der Geschichten mutiger Frauen und Männer wie Erzbischof Desmond Tutu oder Malala Yousafzai erkennen die Schüler, dass diese Menschen, welche die Spitze des humanitären Fortschritts in unserer Welt darstellen, keine Superhelden sind, sondern ganz normale Menschen. Diese Menschen haben in ihrem Leben einmal ein sehr starkes Verlangen gespürt, ihre Verantwortung wahrzunehmen um etwas zu bewirken. Durch „Speak Truth To Power“ identifizieren Schüler selbst ihre Verantwortung im Menschenrechtsbereich und beginnen schlussendlich, nach Wegen zu suchen, wie sie ihre Umgebung verbessern können.

„Speak Truth To Power“ wird gegenwärtig mehr als einer Millionen Schülern in aller Welt gelehrt, von Schweden bis Kambodscha. Es ist der Robert F. Kennedy Human Rights Foundation eine Ehre, dieses innovative Lehrmittel allen Schülern und Lehrern in der Schweiz unentgeltlich zugänglich zu machen. Die Robert F. Kennedy Human Rights Foundation hat dieses Lehrmittel in enger

Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Menschenrechte der Universität Zürich sowie den Pädagogischen Hochschulen Freiburg und Luzern sorgfältig entwickelt und an die Schweizer Bildungslandschaft angepasst.

Die Schweiz ist mit ihrer langen Geschichte standhafter Unterstützung der Menschenrechte ein starker Partner in den Bemühungen der Robert F. Kennedy Human Rights Foundation, die kommende Generation darauf vorzubereiten, im Sinne der Förderung sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Würde zu handeln.

Robert F. Kennedy sagte 1966: „Jedes Mal, wenn ein Mensch für ein Ideal eintritt oder handelt, um das Schicksal anderer zu verbessern, oder gegen Ungerechtigkeit eintritt, sendet er eine winzige Welle der Hoffnung aus, und wenn diese Wellen einander von einer Million verschiedener Zentren der Energie und des Muts treffen, schaffen sie eine Strömung, die die mächtigsten Mauern von Unterdrückung und Widerstand wegspülen kann.“

Indem Sie „Speak Truth To Power“ allen Schülern in der Schweiz anbieten, helfen auch Sie den Kindern der Welt beizubringen, diese winzigen Wellen der Hoffnung auszusenden, damit sie gemeinsam jene Strömung der Gerechtigkeit bilden können, die die Welt braucht.

Kerry Kennedy
Präsidentin
Robert F. Kennedy Human Rights

Dr. Christoph A. Karlo
Präsident Robert F. Kennedy
Human Rights Foundation Schweiz

VORWORT VON BUNDESRAT DIDIER BURKHALTER

Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind ein Teil der schweizerischen Aussenpolitik. An der Seite anderer Staaten und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen wie beispielsweise der UNO oder der OSZE sowie der Privatwirtschaft, trägt die Schweiz dazu bei, die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern. Dieses Engagement ist auf die langjährige humanitäre Tradition unseres Landes zurückzuführen und beruht auf der Überzeugung, dass der Schutz der Menschenrechte den weltweiten Frieden und Wohlstand sowie die internationale Stabilität fördert.

Zu diesem Zweck bringt die Schweiz die Menschenrechte in ihren Beziehungen mit anderen Staaten systematisch zur Sprache und beteiligt sich auch auf multilateraler Ebene aktiv am Dialog zu dieser Thematik. Zudem initiiert die Schweiz Projekte, die es ihr ermöglichen, den Schutz der Menschenrechte zu fördern – namentlich zu Gunsten besonders verletzlicher Gruppen, wie z.B. Kinder – indem sie führende Akteure und Menschenrechtsverteidiger bekräftigt.

Die Robert F. Kennedy Stiftung will mit dem Projekt „Speak Truth To Power“ die Arbeit von Frauen und Männern beleuchten, die im Kampf für die Menschenrechte eine entscheidende Rolle spielen. Die Schilderung ihrer vorbildhaften Lebensgeschichten stellt ein ausgezeichnetes Mittel dar, um die Jugend für die Thematik der Menschenrechte zu sensibilisieren.

Wie auch in der UNO-Deklaration zur Menschenrechtsbildung betont wird, ist es äusserst wichtig, Jugendliche auf die Menschenrechte aufmerksam zu machen und ihre Einstellung und ihr Verhalten so zu fördern, dass aus ihnen verantwortungsbewusste Individuen werden, die zur Entwicklung einer universellen Kultur der Menschenrechte beitragen. Aus diesem Grund unterstütze ich die Robert F. Kennedy Stiftung und ihre Sensibilisierungs- und Bildungstätigkeit im Bereich der Menschenrechte.



Didier Burkhalter
Bundesrat

VORWORT VON HANS AMBÜHL, GENERALSEKRETÄR DER EDK

Die Menschenrechtsbildung in der Schweiz bedarf, wie wir unter anderem auch aus der Evaluation der Kinderrechtskonvention wissen, unserer besonderen Aufmerksamkeit. In den Schweizer Schulen sind die Menschenrechte Bestandteil einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Als Beitrag zur UNO-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung (2005–2014) hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zusammen mit dem Bund den „Massnahmenplan 2007–2014 Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ erstellt. Die drei sprachregionalen Lehrpläne (Lehrplan 21, Plan d'études romand et Piano di studio TI) haben die Bildung für Nachhaltige Entwicklung als überfachliche Themen aufgenommen.

Bildung trägt dazu bei, dass Kinder und Jugendliche lernen, sich in der Welt zu orientieren, diese wahrzunehmen, zu verstehen, zu reflektieren und sich an deren Ausgestaltung zu beteiligen. Dabei geht es um die Entwicklung von Kompetenzen, die für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben in einer Demokratie unabdingbar sind. Die Respektierung der Menschenrechte bildet dazu eine zentrale Grundlage.

In den Schweizer Schulen wird bereits heute vieles bezüglich Bildung für Nachhaltige Entwicklung gelehrt. Es gilt, die Zusammenhänge zwischen lokalem Handeln und globaler Entwicklung sowie die Auswirkungen unseres gegenwärtigen Handelns auf zukünftige Generationen zu berücksichtigen.

„Speak Truth To Power“ bietet Anregungen, das Thema Menschenrechte fächerübergreifend in den Schweizer Schulen aufzunehmen und lässt sich einfach in das bestehende Fächer- und Themenangebot unserer Schulen integrieren. Wir freuen uns daher über die qualifizierte Initiative der Robert F. Kennedy Foundation mit dem Projekt „Speak Truth To Power“.



Hans Ambühl
Generalsekretär der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

EINLEITUNG

Liebe Schülerinnen und Schüler
 Liebe Lehrpersonen
 Liebe Eltern und Interessierte

„Speak Truth To Power“ ist mehr als ein Lehrmittel. Es ist eine Sammlung von Porträts über Menschen in der Schweiz und in der ganzen Welt, die sich für Menschenrechte einsetzen. Die Porträts sind Zeitzeugnisse, die berühren und uns anregen, unser eigenes Handeln im Alltag zu reflektieren.

Ziel dieses Buches ist es, das Bewusstsein für Menschenrechte zu stärken und ein eigenverantwortliches Handeln zu fördern:

- ausgehend von der humanitären Tradition der Schweiz,
- in Bezug zum Demokratieverständnis der Schweiz und
- mit Blick auf internationale Menschenrechtsbestrebungen.

Die Schweiz hat einen engen Bezug zu Menschenrechten. Die Fortführung dieser Tradition ist nicht selbstverständlich. Sie bedarf einer steten Sensibilisierung. Diese beginnt bereits in der Schule.

Entsprechende Unterrichtsmittel zu Menschenrechten gibt es bereits. Was macht das Angebot der Robert F. Kennedy Foundation Schweiz einmalig? Wir bieten ein Gesamtkonzept:

- Vom Kindergarten bis zum Gymnasium: Der Umgang mit Menschenrechten beginnt bereits bei kleinen Kindern, die lernen, Stopp zu sagen, wenn sie sich bedroht fühlen. Oder sie entdecken, wie in ihrer Nachbarschaft verschiedene Menschen zusammenleben und vergleichen dies mit der Regenbogennation in Südafrika, für die sich Nelson Mandela eingesetzt hat. Auf der Primar- und Sekundarstufe I kommt zur Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung die Vermittlung von Wissen hinzu: Was heisst Apartheid? Wo erlebe ich in der nahen Umgebung Ausgrenzung? Was unternehme ich, damit andere nicht ausgegrenzt werden? Auf der Sekundarstufe II wird das Thema in einen breiteren Kontext gesetzt, historisch reflektiert und in Bezug auf die Schweiz vertieft.
- Zugang über verschiedene Medien: Der Lehrperson sowie den Schülerinnen und Schülern stehen in Ergänzung zum vorliegenden Buch die Internetseite und eine App (www.speaktruthtopower.ch) zur Verfügung. Die Internetseite bietet Aktivitäten für den Unterricht vom Kindergarten bis zum Gymnasium. Diese basieren auf aktuellen didaktischen Ansätzen. Die App ermöglicht der Lehrperson, die verschiedenen Aktivitäten flexibel und mit wenigen Handgriffen zu einer auf die Klasse abgestimmten Lerneinheit zusammenzustellen, mit der die

Schülerinnen und Schüler selbständig arbeiten können.

- Bezug zu den drei sprachregionalen Lehrplänen: Die Aktivitäten beziehen sich auf konkrete Kompetenzen der drei sprachregionalen Lehrpläne und eignen sich für unterschiedliche Schulfächer.
- Über das Schulzimmer hinaus: Menschenrechte lassen sich nicht reduzieren auf eine Vermittlung im Unterricht. Sie haben vielmehr mit einer Haltung zu tun, die uns in unserem gesamten Alltag begleitet. Daher soll dieses Buch nicht nur Schulklassen ansprechen, sondern auch Sie als Eltern und Freunde anregen, darin zu schmökern und sich mit ihren Kindern über das Gelesene auszutauschen. Die Texte im Buch richten sich an Jugendliche und Erwachsene; für Kinder stehen auf dem Internet zu jedem Porträt auch einfachere Kurzttexte zur Verfügung.
- Gesellschaftliche Einbettung vor Ort: Die Auseinandersetzung mit Menschenrechten erfolgt im eigenen Lebensumfeld. Unsere Wanderausstellung mit den Schwarz-Weissporträts des Fotografen Eddie Adams (Pulitzerpreisgewinner) lädt Schulklassen wie die Öffentlichkeit ein, sich mit den Menschenrechtsaktivisten auseinanderzusetzen. Schulklassen werden Workshops geboten und Lehrpersonen steht eine Box mit didaktischen Anregungen zum Besuch der Ausstellung mit der Klasse zur Verfügung. Begleitet wird die Ausstellung jeweils von einem Rahmenprogramm für Erwachsene.
- Zusammenarbeit mit Pädagogischen Hochschulen, Lehrpersonen und lokalen Organisationen: Die aktuell vorliegenden Unterrichtsmaterialien wurden in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg erarbeitet. Weitere Pädagogische Hochschulen wie z.B. die PH Luzern mit dem Zentrum für Menschenrechtsbildung ergänzen diese mit neuen Aktivitäten. Rückmeldungen von Lehrpersonen werden aufgenommen und Unterrichtsmaterialien bei Bedarf angepasst. Für die Workshops und Ausstellungsbesuche wird jeweils mit lokalen Organisationen zusammengearbeitet, um den Bedürfnissen und Gegebenheiten vor Ort Rechnung zu tragen.

Das Angebot steht den Schulklassen in der Schweiz dank diverseren Sponsoren unentgeltlich offen. Wir freuen uns, wenn wir dadurch einen Beitrag zum Fortbestand der humanitären Tradition in der Schweiz leisten können.

Dr. Sandra Hutterli
 Vize-Präsidentin Robert F. Kennedy
 Human Rights Foundation Schweiz



Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, © CherryX

CHRONOLOGIE DER MENSCHENRECHTE

Ca. 1'800 v. Chr.

Der Codex Hammurabi aus Mesopotamien (heute Irak), das erste schriftliche Gesetz, verspricht „Gerechtigkeit im Königreich herrschen zu lassen, die Bösen und Gewalttätigen zu zerstören, das Land aufzuklären und das Gute der Menschheit zu fördern“.

Ca. 570 v. Chr.

Der König Kyros der Grosse von Persien (heute Iran) verfasst eine Charta für die Bevölkerung seines Königreichs. Diese garantiert Freiheit, Sicherheit, Bewegungsfreiheit, das Recht auf Eigentum sowie verschiedene ökonomische und soziale Rechte.

1215

Unter Druck des Adels unterzeichnet König John von England die Magna Charta, welche der willkürlichen Macht des Königs Grenzen setzt und punktuell frühe Ansätze von Rechtsstaatlichkeit einführt.

1648

Der westfälische Friedensvertrag zum Ende des 30-jährigen Krieges hält die Gleichberechtigung von Katholiken und Protestanten fest.

WAS SIND MENSCHENRECHTE?

Menschenrechte sind Rechte, die jeder Person alleine aufgrund ihres Menschseins zustehen. Menschenrechte stehen allen Menschen in gleicher Weise, universell und für immer zu. Menschenrechte sind auch unveräusserlich: man kann sie genauso wenig verlieren, wie man aufhören kann, ein Mensch zu sein. Menschenrechte sind unteilbar: es darf einem kein Recht verwehrt werden, weil es „weniger wichtig“ oder „nicht erforderlich“ sei. Menschenrechte sind voneinander abhängig: alle Menschenrechte sind Teil eines komplementären Systems. Die Möglichkeit, sich an der Regierung des eigenen Landes zu beteiligen hängt zum Beispiel direkt mit der Meinungsäusserungsfreiheit, dem Recht auf Bildung oder sogar dem Verfügen über die lebensnotwendigen Mittel zusammen.

Eine andere Definition der Menschenrechte ist, dass es sich dabei um die grundlegenden Normen handelt, ohne welche Menschen nicht in Würde leben können. Verletzt man Menschenrechte, ist dies, wie wenn man jemanden nicht als Mensch behandeln würde. Sich für die Menschenrechte einzusetzen bedeutet, dass man verlangt, dass die Würde aller Menschen respektiert wird. Das Fordern dieser Menschenrechte heisst auch, dass man sich verpflichtet, die Rechte anderer zu respektieren und diejenigen zu unterstützen, deren Rechte verletzt oder denen Rechte verweigert werden.

Menschenrechte sind sowohl inspirierend als auch zweckmässig. Menschenrechtsprinzipien enthalten die Vision einer freien, gerechten und friedlichen Welt. Sie stellen zudem Minimalstandards für die Behandlung von Menschen durch andere Menschen oder Institutionen weltweit auf. Wenn diese Minimalstandards nicht eingehalten werden, dienen Menschenrechte den Leuten zudem als Handlungsrahmen. Menschenrechte stehen den Leuten nämlich immer zu, auch wenn die Gesetze oder Machthaber diese nicht respektieren oder schützen.

Wir kommen täglich in den Genuss der Menschenrechte, zum Beispiel wenn wir nach unserem Glauben beten oder uns dafür entscheiden, überhaupt nicht zu glauben. Wenn wir über Politik diskutieren oder diese kritisieren. Wenn wir uns einer Gewerkschaft anschliessen oder wenn wir in andere Teile unseres Landes oder ins Ausland reisen. Wir sehen diese Rechte als selbstverständlich an, aber nicht alle Menschen auf dieser Welt können alle diese Freiheiten auf die gleiche Weise nutzen. Menschenrechte werden verletzt, wenn ein Kind von seinen Eltern missbraucht wird, wenn eine Familie obdachlos ist, wenn die Ausbildung ungenügend ist oder wenn Frauen für die gleiche Arbeit weniger verdienen als Männer. Menschenrechte beschäftigen uns jeden Tag.

1679

Der englische Habeas Corpus Act garantiert inhaftierten Personen das Recht auf ein faires Verfahren, das zudem während einer angemessenen Frist durchgeführt werden muss.

1689

Die englische Bill of Rights bestätigt die Vorranghaftigkeit des Parlaments gegenüber dem König und garantiert die Redefreiheit, das Recht auf Bürgerschaft, die Nichtanwendung von Folter, freie Wahlen und ein von Geschworenen durchgeführtes Gerichtsverfahren.

1776

Die Unabhängigkeitserklärung der USA erklärt, dass „alle Menschen gleich“ sind und begründet die Unabhängigkeit der nordamerikanischen Kolonien von England.

1789

Nachdem der französische König vom Volk gestürzt wurde, wird die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte verabschiedet.

KURZE GESCHICHTE DER MENSCHENRECHTE

Die Auffassung, dass jedem aufgrund seines Menschseins gewisse Menschenrechte zustehen, ist relativ neu. Die Wurzeln dieser Auffassung finden sich aber bereits früh in Traditionen und Lehren vieler Kulturen. Erst der Zweite Weltkrieg war jedoch Auslöser dafür, dass die Menschenrechte auf die globale Ebene und ins globale Bewusstsein rückten.

Während langer Zeit erwarben Menschen Rechte und Verantwortung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe – einer Familie, einem Stamm, einer Religion, einer Klasse, einer Gemeinschaft oder einem Staat. Die Traditionen der meisten Gesellschaften folgten in etwa der „goldenen Regel“, die vorschreibt „behandle andere so, wie du möchtest, dass man dich behandelt“. Der hinduistische Veda, der babylonische Kodex Hammurabi, die Bibel, der Koran und die Annalen von Konfuzius sind die fünf ältesten schriftlichen Quellen, welche die Aufgaben, Rechte und Verantwortungen der Menschen regeln. Ausserdem gab es Verhaltens- und Gerichtsbarkeitsregeln der Inka und Azteken sowie eine irokesische Verfassung. Dies lange bevor die Verfassung der USA und die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im 18. Jahrhundert proklamiert wurden. Tatsächlich verfügten alle Gesellschaften über Eigentums- und Justizsysteme sowie über Regeln um die Gesundheit und den Wohlstands ihrer Mitglieder zu fördern, wobei diese Regeln teilweise mündlich und teilweise schriftlich überliefert wurden.

VORLÄUFER DER MENSCHENRECHTS-DOKUMENTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Dokumente, welche Individualrechte zusichern, wie zum Beispiel die Magna Charta (1215), die englische Bill of Rights (1689), die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789) sowie die Verfassung und die Bill of Rights der USA (1791) sind schriftliche Vorläufer von vielen der heute bestehenden Menschenrechtsdokumente. Diese Erklärungen schlossen aber in der Regel je nach Kontext Frauen, Farbige sowie Angehörige bestimmter sozialer, religiöser, wirtschaftlicher und politischer Gruppierungen aus. Trotzdem haben unterdrückte Menschen weltweit die Prinzipien, die in diesen Erklärungen festgehalten wurden, herangezogen, um Revolutionen zu begründen und das Recht auf Selbstbestimmung oder den Schutz der Individualrechte durchzusetzen.

Den heutigen internationalen Menschenrechtskonventionen und der Errichtung der *Vereinten Nationen (UNO)* gingen wichtige Ereignisse voraus. Paradebeispiele sind die Bemühungen um die Abschaffung des Sklavenhandels und eine Beschränkung der Kriegsgräueltaten im 19. Jahrhundert. 1919 wurde die Internationale Arbeitsorganisation errichtet, welche Verträge zum Schutz der Arbeitnehmer, insbesondere bezüglich der Rechte der Arbeiter sowie ihrer Gesundheit und Sicherheit schuf. Der *Völkerbund* drückte am Ende des Ersten Weltkriegs seine Besorgnis über den Schutz von Minderheiten aus. Diese Organisation für internationalen Frieden und Zusammenarbeit, die von den siegreichen europäischen Alliierten gegründet worden war, erreichte ihre Ziele jedoch nie. Der *Völkerbund* strauchelte vor allem deshalb, weil die USA sich weigerten, ihm beizutreten und weil er die japanische Invasion in China und der Mandschurei (1931) sowie den italienischen Angriff auf Äthiopien (1935) nicht verhindern konnte. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde er dann 1939 faktisch aufgehoben.

1791

Die amerikanische Bill of Rights sowie die amerikanische Verfassung enthalten grundlegende bürgerliche und politische Rechte, darunter die Redefreiheit und das Rechtsstaatsprinzip.

1864

Die erste Genfer Konvention, ein internationaler Vertrag des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, dient dem Schutz der Kriegsverwundeten und verleiht Angestellten der Spitäler und des Roten Kreuzes Immunität.

1899–1907

Die Haager Übereinkommen werden verfasst. Diese stellen internationale humanitäre Gesetze für die Behandlung von Zivilisten, Kriegsgefangenen und Kriegsverletzten auf und fördern die friedliche Erledigung von internationalen Streitfällen.

1919

Durch den Vertrag von Versailles werden sowohl der Völkerbund als auch die Internationale Arbeitsorganisation gegründet. Diese bemüht sich um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie um soziale Gerechtigkeit.

DIE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Die Mitgliedstaaten der *UNO* versprachen, den Menschenrechten mehr Respekt zu verschaffen. Um diesem Ziel näher zu kommen schuf die *UNO* eine Menschenrechtskommission (seit 2007 Menschenrechtsrat) und beauftragte diese, einen Entwurf mit den grundlegenden Rechten und Freiheiten, die bereits in der *UNO*-Charta erwähnt wurden, zu verfassen. Die Welt richtete ihre Aufmerksamkeit nun auf die international zusammengesetzte Kommission unter der Leitung von Eleanor Roosevelt. Die Universalität des Anspruchs der Allgemeinen Erklärung widerspiegelt sich in der Zusammensetzung der Kommission. Neben Eleanor Roosevelt (USA) waren Charles Malik (Libanon), Alexandre Bogomolov (UdSSR), Peng-chun Chang (China), René Cassin (Frankreich), Charles Dukes (Grossbritannien), William Hodgson (Australien), Hernan Santa Cruz (Chile) und John P. Humphrey (Kanada) beteiligt. Am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von den damaligen 56 UN-Mitgliedstaaten angenommen. Das Resultat war einstimmig, wobei sich acht Nationen enthielten.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die auch als internationale Magna Charta bezeichnet wird, weitete die Revolution im internationalen Recht, die von der UN-Charta eingeläutet worden war, aus – nämlich dass die Behandlung eines Volkes durch seine Regierung nun von internationalem Interesse war und es sich dabei nicht mehr nur um eine inländische Angelegenheit handelte. Die Erklärung hält fest, dass alle darin genannten Menschenrechte voneinander abhängen und untrennbar sind. In der

Präambel wird denn auch ausgeführt, dass: „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet.“

Der Einfluss der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte war enorm. Die in ihr enthaltenen Prinzipien sind in den Verfassungen der meisten Mitgliedstaaten der *UNO* enthalten. Die Erklärung war ursprünglich nicht rechtlich verbindlich, Teile davon – wie etwa das Genozid-, Sklaverei- oder Folterverbot und das Gebot der Nichtdiskriminierung – haben aber den Status von Gewohnheitsrecht erlangt, weil sie als „gemeinsamer Leistungsstandard für alle Völker und Nationen“ betrachtet werden.



Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen, San Francisco, Kalifornien, 1945.

1941

Die Alliierten erklären die „vier Freiheiten“ zu ihrem Ziel: Redefreiheit, Religionsfreiheit, Wirtschaftsfreiheit und Freiheit der Lebensgestaltung. Sie wiederholen diese Verpflichtung in der Atlantik-Charta von 1941.

1942

Die UN War Crimes Commission entwickeln die theoretischen und juristischen Grundlagen für die nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten internationalen Kriegsverbrechertribunale in Nürnberg und Tokio.

1945

Die Charta der *UNO* nennt die Ziele, Funktionen und Aufgaben der *UNO*.

1947

Indiens Abtrennung von Grossbritannien führt im früheren britisch-indischen Reich zur Vertreibung von bis zu 12.5 Millionen Menschen. Es wird geschätzt, dass zwischen mehreren tausend und einer Million Menschen starben.

1948

In Südafrika wird die Rassentrennung durch die Apartheid eingeführt.

DIE GEBURT DER VEREINTEN NATIONEN (UNO)

Nach dem Zweiten Weltkrieg gewannen die Menschenrechte zunehmend an Bedeutung. Die Welt war schockiert von der Auslöschung von mehr als sechs Millionen Juden, Sinti und Roma (Fahrende), Homosexuellen und behinderten Personen durch die deutschen Nationalsozialisten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Nürnberg und Tokio Kriegsverbrechertribunale errichtet und Offiziere der geschlagenen Nationen wegen Kriegsverbrechen, „Verbrechen gegen den Frieden“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bestraft.

Verschiedene Regierungen verpflichteten sich zu diesem Zeitpunkt der Gründung der UNO. Das primäre Ziel war, den internationalen Frieden zu fördern und Konflikte zu vermeiden. Man wollte sicherstellen, dass niemandem je wieder ungerechtfertigt Leben, Freiheit, Nahrung, Obdach oder Nationalität verwehrt würde. Weltweit wurden Menschenrechtsstandards verlangt, welche Bürger vor Missbrauch durch ihre Regierungen schützen. Sodann wurden Regeln verlangt, nach denen Nationen für die Behandlung ihrer Bewohner verantwortlich gemacht werden können. Diese Stimmen waren entscheidend für die Verabschiedung der UN-Charta im Jahr 1945 – das erste Dokument der UNO, in dem die Ziele, Funktionen und Aufgaben der UNO genannt wurden. Die Schweiz trat der UNO 2002 bei.

DIE MENSCHENRECHTSPAKTE

Die UN Menschenrechtskommission schuf nach jahrzehntelangen Verhandlungen 1966 zwei Pakte, um den in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthaltenen Standards zu rechtlicher Verbindlichkeit zu verhelfen: der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UNO-Pakt I) sowie der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UNO-Pakt II). Zusammen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation werden diese als „International Bill of Human Rights“ bezeichnet. Der UNO-Pakt II hat unter anderem das Recht auf Leben, die Redefreiheit, die Religionsfreiheit und das Wahlrecht zum Inhalt. Der UNO-Pakt I ist auf die Themen Nahrung, Bildung, Gesundheit und Obdach ausgerichtet. Beide Pakte verkünden, dass alle Menschen über die enthaltenen Rechte verfügen und verbieten Diskriminierung. Beide Pakte wurden bisher von mehr als 160 Staaten ratifiziert.



Robert F. Kennedy trifft Arbeiter in Soweto, Johannesburg, Südafrika, 8. Juni 1966. Fotograf unbekannt. Fotografische Sammlung Robert F. Kennedy.

1950

Der Europarat verabschiedet in Rom die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK).

1960

Die letzten sowjetischen Gulag schliessen. Bis zur Machtergreifung von Gorbatschow werden politische Dissidenten aber weiterhin inhaftiert.

1966

Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UNO-Pakte I und II) werden von der UNO verabschiedet. Zusammen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation bilden sie die sogenannten „International Bill of Human Rights.“

1969

In San José, Costa Rica, wird die Amerikanische Menschenrechtskonvention angenommen. Diese enthält Menschenrechtsstandards für die Länder Mittel- und Südamerikas.

1971

Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz auf Bundesebene. Als letzter Kanton führte der Kanton Appenzell Innerrhoden das Frauenstimmrecht auf Druck des Bundesgerichts 1990 ein.

WEITERE MENSCHENRECHTSVEREINBARUNGEN

Zusätzlich zu den beiden Pakten hat die UNO über 20 weitere Konventionen verabschiedet, welche den Menschenrechtsschutz vergrössern. Darunter finden sich Konventionen, die bestimmte Missbräuche wie Folter oder Völkermord verhindern und verbieten wollen sowie Konventionen, die besonders verletzte Personengruppen wie z.B. Flüchtlinge (Flüchtlingskonvention, 1950), Frauen (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, 1979) und Kinder (Kinderrechtskonvention, 1989) schützen.

In Europa, Amerika und Afrika erweitern regionale Erklärungen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte die „International Bill of Human Rights“. Die europäischen Staaten haben zum Beispiel ihre eigene Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, EMRK, verabschiedet (1950). Die dramatischen Veränderungen der letzten 20 Jahre in Osteuropa, Afrika und Lateinamerika haben das verstärkte Verlangen nach der Respektierung der Menschenrechte deutlich gezeigt. Auch die Bewegungen in China, Korea und anderen asiatischen Staaten zeigen einen ähnlichen Willen zu diesen Prinzipien auf.

DIE ROLLE DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Überall auf der Welt waren die grössten Verfechter der Menschenrechte meistens nicht Angehörige des Regierungsapparates, sondern normale Bürgerinnen und Bürger. Zudem haben vor allem Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine wichtige Rolle dabei gespielt, dass sich das Augenmerk der internationalen Gemeinschaft auf Menschenrechtsfragen richtete. Aktionen von Nichtregierungsorganisationen in Zusammenhang mit der „United Nations Fourth World Conference on Women“ im Jahr 1995 in Peking, China, haben zum Beispiel dazu geführt, dass die schweren Verletzungen der Rechte der Frauen in einem bisher nie dagewesenen Ausmass wahrgenommen wurden.

Nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen wie *Amnesty International*, die Internationale Juristenkommission, *Alliance Sud*, die *International Work Group on Indigenous Affairs*, *Human Rights Watch*, *Brot für Alle*, *Robert F. Kennedy Human Rights*, *Ärzte für Menschenrechte* und die *Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme* beobachten das Verhalten von Staaten und drängen diese, die bestehenden Menschenrechtsstandards einzuhalten.

Angehörige des Regierungsapparates, welche die Menschenrechte verstehen und deren Wichtigkeit erkennen, können auch einen weitreichenden Wandel in Richtung der nachhaltigen Realisierung der Rechte bewirken. Viele Staatsoberhäupter wie etwa Ellen Johnson-Sirleaf, Michelle Bachelet Jeria oder Jimmy Carter haben sich sehr für die Menschenrechte eingesetzt. Ebenso haben Führungspersönlichkeiten wie Nelson Mandela, Mahatma Gandhi, Dag Hammarskjöld, Graça Machel, Wangari Maathai und Václav Havel Grosses für die Verwirklichung der Menschenrechte geleistet.

1973

Die militärische Machtübernahme des chilenischen Diktators Augusto Pinochet führt zum Verschwinden von zahlreichen Personen, illegalen Verhaftungen, Folter und aussergerichtlichen Tötungen.

1974

Die Schweiz tritt der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) bei.

1975–1979

Über eine Million Kambodschaner werden auf den „Killing Fields“ des Khmer Rouge Regimes unter Pol Pot hingerichtet.

1979

Die UNO verabschiedet das Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

1981

Die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker wird einstimmig angenommen.

DIE ENTWICKLUNG DER MENSCHENRECHTE

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat seit 1948 als Basis für die Entwicklung von rund 20 wichtigen Menschenrechtskonventionen gedient. Viele Menschenrechtskonventionen sind in Kraft getreten; andere befinden sich noch im Ratifizierungsprozess.

Die Erkennung und Definierung der Bedürfnisse der Menschen sowie Ereignisse auf der ganzen Welt, welche die Notwendigkeit der Beachtung der Menschenrechte und des Einsatzes für diese aufzeigen, führen dazu, dass sich die internationalen Menschenrechte fortlaufend weiterentwickeln. Das Fernziel ist, die grundlegenden Rechte aller Menschen auf der ganzen Welt zu schützen und zu fördern.

Obwohl auf der ganzen Welt grosse Fortschritte zum Schutz der Menschenrechte erzielt wurden, ist es leider immer noch so, dass Täter, die in grossem Stil getötet, gefoltert oder vergewaltigt haben, einer Bestrafung oftmals entkommen können. Nach jahrelanger intensiver Vorbereitung haben sich die Vertreter zahlreicher Staaten 1998 in Rom getroffen und das Römer Statut verabschiedet, mit welchem der *Internationale Strafgerichtshof (IStGH)* geschaffen wurde. 2002 ratifizierten 60 Staaten das Römer Statut, wodurch dieses in Kraft trat und das Gericht seine Arbeit, nämlich die Verfolgung der schwerwiegendsten Straftaten, offiziell aufnehmen konnte. Bis 2013 wurde das Statut von 122 Staaten ratifiziert. Der *IStGH* ist ein ständiges Strafgericht, welches über globale Gerichtsbarkeit verfügt. Er kann Individuen wegen der schlimmsten Straftaten – Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen – strafrechtlich verfolgen.

AKTUELLE MENSCHENRECHTS-BEWEGUNGEN

Die Verabschiedung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung 1948 wird als Beginn der modernen Menschenrechtsbewegung betrachtet, im Laufe derer tiefgreifende soziale Veränderungen stattgefunden haben: Die Frauenrechtsbewegung hat eine bessere Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreicht, zum Beispiel das Wahlrecht für Frauen. Anti-Apartheid Bewegungen in Südafrika wie auch an anderen Orten dieser Welt haben aufgezeigt, wie wichtig „transnationaler Aktivismus“ ist bei der Schaffung von demokratischen Regierungen, die auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung basieren.

Die Zeit der Menschenrechte ist gekommen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verlangt Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen auf der ganzen Welt. Jeden Tag werden Regierungen, welche die Rechte ihrer Bürger verletzen, herausgefordert und an ihre Pflichten erinnert. Jeden Tag versammeln sich Menschen weltweit und wehren sich gegen Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit. Wie Wassertropfen, die auf einen Stein tropfen, nutzen sie die Kräfte der Unterdrückung ab und bringen die Welt den in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehaltenen Prinzipien näher.



Eleanor Roosevelt und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Lake Success, New York, 1949

1984

Die UNO verabschiedet das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe.

1989

Nach Wochen friedlichen Protests und der Forderung nach politischen Reformen durch die Bevölkerung schiessen die Truppen der chinesischen Regierung beim Massaker auf dem Tiananmen Square auf unbewaffnete Protestierende und töten Tausende.

1989

Die UNO verabschiedet die Kinderrechtskonvention.

1991

Die burmesische Aktivistin Aung San Suu Kyi wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie bleibt jedoch unter Hausarrest, obwohl die internationale Gemeinschaft ihre Freilassung verlangt.

1993

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wird errichtet.

MENSCHENRECHTE IN DER SCHWEIZ – EIN KURZER HISTORISCHER ABRISS

Die Schweiz wird im internationalen Vergleich wie auch im Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger oftmals als Vorbildnation im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte und als Beförderin der internationalen Menschenrechtsbewegung wahrgenommen. Dies nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass in Genf zahlreiche internationale Organisationen wie das IKRK oder die UNO (insbesondere das *UNO Hochkommissariat für Menschenrechte*) ansässig sind. Sowohl der Blick in die Geschichte als auch das aktuelle Tagesgeschehen zeigen jedoch, dass die Entwicklung der Menschenrechte auch in der Schweiz keineswegs ein linearer Prozess oder eine Selbstverständlichkeit war und ist.

Insbesondere das 19. Jahrhundert lässt sich als stetes Ringen zwischen dem freiheitlichen Ideengut der Französischen Revolution und dem neuzeitlichen paternalistischen Denken der vorrevolutionären Eidgenossenschaft beschreiben. Als Beispiel kann etwa die Luzernische Verfassung von 1841 genannt werden; Darin finden sich zwar bereits politische Partizipationsrechte (Wahlrecht, Art. 20), doch ist der Adressatenkreis strikt beschränkt. Wahlberechtigt waren einzig katholische, männliche Kantonsbürger über zwanzig.

Erstmals mit der Bundesverfassung von 1874 finden dezidierte Teilgehälter der Menschenrechte Eingang in das Schweizerische Verfassungsrecht in Gestalt von Grundrechten. Im Vordergrund steht dabei etwa die Glaubens- und Gewissensfreiheit. So durfte niemand „zur Teilnahme an einer Religionsgemeinschaft gezwungen“ werden und „die Ausübung bürgerlicher oder politischer Rechte“ durfte „durch keinerlei Vorschriften oder Bedingungen kirchlicher oder religiöser Natur beschränkt werden“ (Art. 49). Ebenso findet zu diesem Zeitpunkt die Handels- und Gewerbefreiheit Eingang in die Verfassung (Art. 31). Einen

umfassenden Grundrechtskatalog, wie er in der heutigen Verfassung zu finden ist, sucht man bis zum Ende des 20. Jahrhunderts jedoch vergeblich in der Schweizerischen Verfassung.

Dieser umfassende Grundrechtskatalog (Art. 7–41 BV) der Bundesverfassung von 1999, der gleichzeitig die Kerngehalte der wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen wiedergibt, ist das Produkt einiger parallel verlaufender Entwicklungen im 20. Jahrhundert. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem *Schweizerischen Bundesgericht* zu, das in seiner Rechtsprechung seit den 1960er-Jahren ergänzend zum Verfassungstext ungeschriebene Grundrechte anerkannte. Unter anderem waren dies das Recht auf persönliche Freiheit, die Eigentumsgarantie (welche 1969 Eingang in die Verfassung fand), die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Sprachenfreiheit, das Recht auf Existenzsicherung sowie eine Fülle verfahrensrechtlicher Garantien. Ein weiterer wichtiger Faktor war 1974 der Beitritt der Schweiz zum *Europarat* und zur *Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)*. Mit dem Beitritt traten die in der EMRK garantierten Menschenrechte im gleichen Rang neben die in der Schweizerischen Verfassung garantierten Grundrechte. Von besonderer Bedeutung war und ist bis heute der in Art. 6 EMRK gewährte Anspruch auf ein faires Verfahren. Zudem begann die Schweiz im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sich intensiver auf der internationalen Ebene zu engagieren und gerade auch internationale Initiativen zum Schutz der Menschenrechte zu unterstützen. Niederschlag findet dieses internationale Engagement in der Verfassung von 1999, wo gleichberechtigt mit der Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz das Engagement zur „[...] Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der

1994

Während des Völkermords in Ruanda werden geschätzte 800 000 Tutsi und gemässigte Hutu getötet.

1994

Die Apartheid in Südafrika wird beendet.

1994

Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda wird errichtet.

1995

Im Massaker von Srebrenica werden über 8 000 bosnische Männer und Knaben getötet. Es handelt sich um den grössten europäischen Massenmord seit dem zweiten Weltkrieg.

1995

In Peking wird die vierte World Conference on Women abgehalten. Die Teilnehmenden einigen sich auf einen Fünfjahresplan zum sozialen, wirtschaftlichen und politischen Machtgewinn von Frauen sowie zur Verbesserung der Gesundheit und Bildung von Frauen und ihrer Ehe- und Sexualrechte.

Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ als zentrale Handlungsmaximen der Schweizerischen Aussenpolitik festgeschrieben werden (Art. 54 Abs. 2 BV).

Die fortlaufende Kodifikation der Menschenrechte in der nationalen Rechtsordnung allein bewirkt jedoch nicht deren tatsächliche Verwirklichung. Dies zeigen für die Schweiz etwa die bis 1972 anhaltenden „fürsorglichen“ Kindswegnahmen bei Fahrenden („Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse“), der Kampf um das Frauenstimmrecht, das erst 1971 auf Bundesebene verwirklicht wurde, oder die systematische Verletzung der Privatsphäre und weiterer Grundrechte von rund 900 000 Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen durch die bis 1990 praktizierte Fichierung (Anlegung von Staatsschutzakten).

Heutzutage konzentriert sich die Schweizer Menschenrechtspolitik insbesondere auf einige elementare Rechte wie das Folterverbot, die Abschaffung der Todesstrafe, Rassendiskriminierung, Recht auf Wasser und Recht auf Eigentum. Einen weiteren Akzent legt die Schweiz in ihrer Menschenrechtspolitik auf die Rechte besonders verletzlicher Personen wie Minderheiten, Frauen, Kinder, MenschenrechtsverteidigerInnen und Strafgefangene sowie auf den Bereich Menschenrechte und Wirtschaft (vgl. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, ABC der Menschenrechte, Bern 2008, S. 18f.).

Insgesamt zeigt sich, dass die Schweiz im Verlauf der letzten 150 Jahre sowohl in der Theorie als auch in der Praxis einen hohen Menschenrechtsstandard realisiert hat. Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass auch in der Schweiz die Verwirklichung der Menschenrechte mit einem steten Ringen verbunden war. Dies gilt nicht nur in der historischen Betrachtung, sondern auch für deren zukünftige Entwicklung. Menschenrechte müssen daher für ihre Realisierung gefördert, gelebt und verteidigt werden, damit sie überhaupt mit den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen Schritt halten können.

1998

1998 wird das Römer Statut von 120 Ländern unterzeichnet. Es tritt am 1. Juli 2002 in Kraft und stellt die gesetzliche Grundlage für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) dar. Der IStGH kann über die schlimmsten Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft betreffen, urteilen, zum Beispiel über Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

1998–2008

In einem Jahrzehnt des Krieges sterben in der Demokratischen Republik Kongo geschätzte 5.4 Millionen Menschen.

2001

Anlässlich der World Conference against Racism treffen sich Vertreter aller Mitgliedstaaten der UNO in Durban, Südafrika. Dort besprechen sie die Rechte von Minderheiten und Indigenen, Menschenhandel, Migration und Diskriminierung. In der Deklaration von Durban wird ein Aktionsplan zur Umsetzung der im Rahmen der Konferenz vereinbarten Ziele festgehalten.

2002

Beitritt der Schweiz zur UNO.



Verenigde Naties Genève (UNO), © BriYYZ, (Decke von Miquel Barceló)

2004
Der Afrikanische Gerichtshof für Menschenrechte und die Rechte der Völker wird errichtet.

2007
Ellen Johnson-Sirleaf aus Liberia wird als erste afrikanische Präsidentin gewählt.

2008
60-jähriges Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

2009
Der Internationale Strafgerichtshof verfolgt den Präsidenten von Sudan, Omar Hassan Al-Bashir, wegen der in Darfur verübten Gräueltaten.

2014
40-jähriges Jubiläum des Beitritts der Schweiz zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

**“NO ONE IS BORN HATING
ANOTHER PERSON BECAUSE
OF THE COLOUR OF HIS
SKIN, OR HIS BACKGROUND,
OR HIS RELIGION. PEOPLE
MUST LEARN TO HATE,
AND IF THEY CAN LEARN
TO HATE, THEY CAN BE
TAUGHT TO LOVE, FOR LOVE
COMES MORE NATURALLY
TO THE HUMAN HEART
THAN ITS OPPOSITE.”**

NELSON MANDELA

„DAS RECHT AUF EINEN ANGEMESSENEN LOHN, DAS RECHT, NICHT UNTER ZWANG ZU ARBEITEN, DAS RECHT, SICH ZU ORGANISIEREN – DREI IN DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE VERANKERTE RECHTE – WERDEN BEI ARBEITERN AUF FARMEN IN DEN USA REGELMÄSSIG VERLETZT.“

Lucas Benitez ist Mitglied der *Coalition of Immokalee Workers (CIW)* und selbst Farmarbeiter. Er wurde zu einem Anführer im Kampf um die Beendigung der Sklavenarbeit, des Menschenhandels und der Ausbeutung in der US-amerikanischen Landwirtschaft. Die *CIW* hat sich zusammen mit Robert F. Kennedy Human Rights dafür eingesetzt, dass die grössten Käufer von landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Fast Food Industrie einen auf Industrie-Ebene bestimmten Zuschlag auf die Tomaten von Florida bezahlen. Dieser soll es den Farmarbeitern ermöglichen, einen Lohn zu erzielen, von dem sie leben können. Im März 2005 und April 2007 unterzeichnete die *CIW* historisch bedeutsame Vereinbarungen mit Yum! Brands (Muttergesellschaft von Taco Bell) sowie McDonald's. Mit diesen wurde die Forderung von *CIW*, dass pro Pfund ein Penny mehr Lohn bezahlt wird, umgesetzt. RFK Human Rights und die *CIW* arbeiten daran, das Bewusstsein der Konsumenten wie auch der Regierung zu fördern und Gesetze zu schaffen, welche die Ausbeutung und Versklavung von Farmarbeitern in den USA beseitigen. RFK Human Rights ist auch ein Gründungsmitglied der *Alliance for Fair Food (AFF)*, einem Netzwerk für Menschenrechtsorganisationen, religiöse Organisationen, Studenten- und Arbeitsorganisationen sowie weitere Organisationen, die sich der Einhaltung der Menschenrechte von Farmarbeitern gewidmet haben.

Die Landwirtschaft ist zu einer Multi-Milliarden-Dollar Industrie geworden, in der Unternehmen mit Bauern verhandeln und grosse Mengen von Erzeugnissen zu den tiefstmöglichen Preisen kaufen. Um den Gewinn und das Einkommen der Bauern, Lieferanten und Arbeitsvermittler beizubehalten, wurden die Löhne der Farmarbeiter auf ein Niveau weit unter der Armutsgrenze reduziert. Ausserdem werden die Rechte der Farmarbeiter, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen durch den „National Labor Relations Act“ nicht geschützt. Viele dieser Arbeiter wurden versklavt und Opfer grausamer Menschenrechtsverletzungen. Die *CIW* wurde gegründet, um dieser schwierigen Situation zu begegnen. Die Organisation hat zum Ziel, Veränderungen in der gesamten Fast Food Industrie voranzutreiben.



Lucas Benitez, © Jeffery Salzer

Bemerkungen von Lucas Benitez (CIW) anlässlich der RFK Human Rights Award Ceremony, 20. November 2003

Frau Kennedy, Senator Kennedy und Frau Kerry Kennedy, ich bedanke mich im Namen der Mitglieder der *Coalition of Immokalee Workers* für diesen wunderbaren Tag.

Bevor ich beginne, habe ich jedoch das Gefühl, Ihnen mitteilen zu müssen, dass ich und meine compañeros heute etwas verwirrt sind, als hätten wir uns in einem Traum verloren. Wir wissen kaum noch, was real ist.

Vor nur zwei Tagen sind wir, umgeben von beinahe 3000 Polizisten in Schutzausrüstung, in die Innenstadt von Miami marschiert. Die Polizisten ritten zu Pferde, fuhren auf Fahrrädern, gingen zu Fuss und schwebten in Helikoptern über der Silhouette von Miami. Deren Propeller tönnten für uns wie die Musik eines amerikanischen

Kampfsport-Filmes. Dies alles nur, weil wir einen fairen Handel forderten, bei dem die Menschenrechte respektiert werden und uns gegen einen freien Handel, bei dem Menschen ausgebeutet werden, aussprachen.

Heute stehen wir in dieser historisch bedeutsamen Stadt – im Herzen der amerikanischen Regierung – und erhalten diese prestigeträchtige Auszeichnung für unsere Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte.

In Wahrheit sind meine companeros und ich verwirrt. Es ist für uns schwierig zu verstehen, in welcher dieser zwei Welten wir eigentlich leben – in der Welt, in der die Stimme der Armen gefürchtet wird und in der ein Protest zur Verteidigung der Menschenrechte als eine der grössten Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit gewertet wird? Oder in der Welt, in der die Verteidigung der Menschenrechte gefeiert und gefördert wird im Bestreben um eine gerechtere und ausgeglichene Gesellschaft?

Während diese Frage eine der schwierigsten und wichtigsten sein dürfte, die wir in diesem Jahrhundert beantworten müssen, bestehen keine Zweifel, wie Robert F. Kennedy sie beantworten würde, wenn er heute noch bei uns wäre. Er – wie auch ein anderer grosser Held, der vor 35 Jahren von uns weggerissen wurde, Dr. Martin Luther King – wäre mit uns in den Strassen von Miami marschiert. Gut möglich, dass er angesichts der überwältigenden Macht, die gegen uns aufgestellt wurde, die gleiche Angst verspürt hätte. Er wäre aber von seinem Glauben und seiner starken Hingabe zu sozialer Gerechtigkeit vorwärts getragen worden.

Die heutige Auszeichnung ist der Beweis dafür, dass wir als Arbeiter und arme Leute auch ein Teil dieser Demokratie sind. Sie ist ein Zeugnis dafür, dass die Vision von Robert Kennedy Realität wird. Unsere Stimmen müssen gehört und unsere Interessen berücksichtigt werden, weil ohne Gerechtigkeit kein echter, andauernder Frieden möglich ist.

Wenn wir uns heute umsehen und alle Leute hier betrachten – wir sehen Arbeiter und CEOs, Studenten und Religiöse, Künstler, Politiker, Staatsanwälte des Justizministeriums, Gewerkschaftsführer, Freunde, Familienmitglieder, Kollegen des *Freedom Network*, Aktionäre, Bürgerrechtler – kann ich Ihnen versichern, dass man nicht jeden Tag alle diese Menschen im gleichen Raum trifft!

Trotz unserer verschiedenen Leben und Ansichten haben wir uns alle hier versammelt. Was uns zusammenbringt, ist ein Gefühl, das wir alle in gleicher Weise verspüren. Ein Gefühl, das tief in unserer Menschlichkeit gründet – wir sind alle entsetzt, dass die Grundrechte noch in diesem Zeitalter und in diesem grossartigen Land verletzt

werden. Hinter den glänzenden und glücklichen Bildern, die von der Fast Food Industrie über ihre nicht endende Werbung am Fernsehen vermittelt werden – einer Werbung, die von über drei Milliarden Dollar angetrieben wird, die jährlich für Marketing ausgegeben werden – und hinter der Werbung der Supermärkte, welche an jedem Thanksgiving die Reichhaltigkeit unserer Ernte feiert, gibt es eine andere Realität.

Die Realität hinter diesen Bildern ist, dass Farmarbeiter mit ihrem Schweiss und Blut dazu beitragen, dass grosse Unternehmen einen Gewinn erzielen. Sie selbst leben aber unter der Armutsgrenze. Sie leben in Not, ohne Zuschüsse, ohne das Recht auf Entschädigung für Überstundenarbeit und ohne Schutz, wenn wir uns zusammenschliessen. Andere werden entgegen ihrem Willen zur Arbeit gezwungen. Sie werden von gewalttätigen Arbeitgebern terrorisiert, von bewaffneten Wachleuten bedroht und in moderner Sklaverei gehalten. Das Recht auf einen angemessenen Lohn, das Recht, nicht unter Zwang zu arbeiten, das Recht, sich zu organisieren – drei in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerte Rechte – werden bei Arbeitern auf Farmen in den USA regelmässig verletzt.

Ist dies das wahre Gesicht der Demokratie im 21. Jahrhundert? Ist dies alles, was wir uns für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder erhoffen können? Wir müssen hierauf aus der Tiefe unseres Herzens antworten: Nein! Wir können – wir müssen – auf eine bessere Welt hoffen, weil eine bessere Welt möglich IST!

Es ist also uns überlassen, weiterhin für eine Welt zu kämpfen, in der arme Leute und Leute, deren Stimme nicht gehört wird, den Respekt und die Würde verlangen und auch erhalten, die ihnen zustehen. Wir kämpfen für eine Welt, in der nicht mehr Unternehmen die Grenzen unserer Freiheit und unsere Träume bestimmen und in der Unternehmen unsere Phantasie nicht eingrenzen oder uns unser Schicksal verwehren.

Ich möchte mit einem speziellen Gruss an alle Mitglieder des *Coalition of Immokalee Workers* schliessen. Wir konnten den Marsch in Miami nicht weiterführen, weil wir hierher kamen. Unsere Kollegen kämpfen aber weiterhin. Sie arbeiten daran, Schritt für Schritt eine bessere Welt zu schaffen.

Gerne zitiere ich Robert F. Kennedy: „Einige sehen die Welt so, wie sie heute ist und fragen wieso. Ich sehe die Welt so, wie sie sein könnte und frage, wieso nicht?“ Die Vision, die er vor 35 Jahren hatte, hat auch heute noch Geltung. Wir von der *Coalition of Immokalee Workers* marschieren heute auf diese Vision zu. Besten Dank.

„ICH WUSSTE, DASS ES BEIM GERECHTEN HANDEL UM MEHR ALS UM EINEN GERECHTEN ENDPREIS GEHT, AUCH WENN EIN SOLCHER SCHON EIN GROSSER ERFOLG WAR. WIR WAREN DAVON ÜBERZEUGT, DASS ES DARUM GEHT, EINE UMFASSENDE GERECHTIGKEIT IM WELTHANDELS-SYSTEM ZU ERREICHEN.“

Ursula Brunner wurde 1925 in Frauenfeld geboren. 1973 sah sie im Rahmen eines Diskussionsabends einen Film über den Bananenbau in Zentralamerika, der die dort herrschenden sozialen und ökologischen Missstände aufdeckte. Dieser Film beeindruckte Brunner und sie begann, sich für einen „gerechten Handel“, insbesondere bezüglich Bananen aus Entwicklungsländern, zu engagieren. Sie organisierte sich mit ihren Mitstreiterinnen; fortan wurden sie als „Bananenfrauen von Frauenfeld“ bezeichnet. Die Gruppe von Frauen wollte die Öffentlichkeit für die Probleme des Welthandels und die Missstände im Bananenanbau sensibilisieren.

Die „Bananenfrauen“ wurden von der „Erklärung von Bern“, einer 1968 gegründeten Schweizer Nichtregierungsorganisation, unterstützt. Zusammen wurden sie erstmals 1973 in Frauenfeld aktiv. Anlässlich einer Aufklärungsaktion verteilten sie rund 600 Kilogramm Bananen, die sie auf Leiterwagen durch die Stadt zogen. Gleichzeitig verteilten sie Informationszeitschriften und sammelten Unterschriften. Drei Jahre später, 1976, reiste Brunner erstmals in das Entwicklungsland Guatemala um fair gehandelte Bananen in die Schweiz zurückzubringen. Es stellte sich jedoch heraus, dass es schwierig war, solche zu finden.

Auf Druck von Brunner und ihren Mitstreiterinnen verkauften ab 1974 rund 100 Lebensmittelgeschäfte Chiquita- oder Dole-Bananen mit einem Aufpreis von 15 Rappen pro Kilo. Der Erlös dieser Aufpreise kam nach Deckung der eigenen Kosten verschiedenen Schweizer Hilfswerken zugute, die hiermit Projekte in den Ländern Guatemala, Honduras und Kolumbien finanzieren konnten. Dieses Projekt war bis 1985 aktiv. 1985 verhängten die USA ein Embargo über Nicaragua, welches den Handel zwischen den beiden Ländern untersagt. Dadurch sollte die sandinistische Regierung Nicaraguas geschwächt werden. Weil die Bananen aufgrund dieses Embargos nicht mehr nach Kalifornien exportiert wurden, mussten sie fortan direkt nach Europa geschifft werden. Brunner fand Unterstützung durch einen Grosshändler in Marseille und konnte mit dessen Hilfe die sogenannten Nica-Bananen in die Schweiz importieren. Dies waren die ersten in der Schweiz erhältlichen Bananen, die unter gerechten Bedingungen produziert worden waren. Wieder wurden die Bananen mit einem Aufpreis verkauft, zunächst in Drittweltläden, in der Folge stieg auch der

Schweizer Detailhändler Volg ein. Wie schon zuvor konnten mit der Summe der Aufpreise Projekte in den Anbauländern finanziert werden.

1997 kamen dann die Bananen von der Nichtregierungsorganisation Max Havelaar Stiftung, die 1992 von verschiedenen Schweizer Hilfswerken gegründet worden war, auf den Markt. Die Stiftung hat ebenfalls den Vertrieb von unter gerechten Bedingungen produzierten Produkten zum Ziel und vergibt diesen ein Fairtrade-Gütesiegel. Nach Einführung dieser Max Havelaar Bananen entschlossen sich die „Bananenfrauen“, den eigenen Handel einzustellen.

Der evangelische Entwicklungsdienst „Brot für die Welt“ und „Spiele zur Entwicklungspolitik“ entwickelten zudem das Spiel „Wen macht die Banane krumm“, um die Bevölkerung auf spielerischem Weg und mittels Simulation über den Welthandel und dessen Probleme aufzuklären. Damit wurde ebenfalls ein wichtiger Beitrag zu einem fairen Handel geleistet.

Ursula Brunner und ihre Mitstreiterinnen, die „Bananenfrauen“, werden heute als Pioniere des fairen Handels in der Schweiz anerkannt. 2014 wurde Ursula Brunner mit dem Women's Business Award der Hochschule Luzern ausgezeichnet.



Text von Ursula Brunner, erstellt für „Speak Truth To Power“ Schweiz, Oktober 2014

Haben Sie auch schon darüber nachgedacht, warum Bananen so billig sind? Billiger als die Äpfel bei uns?

Diese Fragen waren der Ausgangspunkt der ersten von Frauen initiierten Bewegung, die sich für gerechtere Preise im Handel mit den Produzentenländern der Dritten Welt einsetzte. Reiche Menschen kaufen billige Bananen! Die Bananen schreckten uns auf. Sie waren seit dem Zweiten Weltkrieg ein Volksnahrungsmittel geworden und dienten als Beispiel. In gleicher Weise waren aber auch Kaffee, Zucker, Honig, Kakao und weitere Produkte betroffen.

Wir fokussierten uns auf dieses eine Produkt. Es war die einzige Möglichkeit, gehört zu werden, wobei uns dies zu Beginn nicht bewusst war. Konsumenten müssen für Bananen mehr bezahlen, damit es den Arbeitern und Arbeiterinnen auf den Plantagen besser geht.

Wir entschieden uns auch, unsere Arbeit auf die Schweiz zu konzentrieren. Wir wollten mit den Konsumenten und Konsumentinnen zusammenarbeiten. Wir bauten darauf auf, dass Menschen ihr Denken, ihr Bewusstsein und ihre Verhaltensweisen ändern können und sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Dies kann sich zum Beispiel darin äussern, dass sie für Bananen mehr bezahlen. Eigentlich haben die Konsumenten und Konsumentinnen sehr viel Macht. Der Endpreis eines Produktes ist das letzte Glied einer langen Handelskette. Die Konsumenten und Konsumentinnen können durch verantwortungsbewusste Einkäufe den Preis eines Produktes steuern bzw. zu einem gerechten Handel beitragen, indem sie gewisse Produkte nicht mehr kaufen. Menschen können auch Fragen stellen, so können sie zum Beispiel bezüglich der Bananen fragen: „Was ist ein gerechter Preis? Wie erreichen wir einen gerechten Preis?“

Wir hatten viel zu lernen. Wir informierten uns direkt in den Plantagen, bei den Arbeitern und Arbeiterinnen, den Gewerkschaften, Produzenten, Regierungsbevollmächtigten, involvierten Organisationen, Fruchthändlern in der Schweiz, Grossverteilern und bei den Fruchtgeschäften über die Produktion, die Vermarktung und den Handel mit Bananen.

Als es uns gelang, Bananen aus sogenannt unabhängiger Produktion (d.h. ohne Einflussnahme transnationaler Konzerne) von Nicaragua und später Costa Rica in die Schweiz und nach Deutschland zu importieren, errichteten wir eine eigene Struktur des Produktions-, Ankaufs- und Verkaufspreises. Diese Struktur erarbeiteten wir in direkter Zusammenarbeit mit Produzenten, Importeuren und Fruchthändlern. Sie war zwar noch nicht durchwegs gerecht, aber

in vielen Belangen besser als diejenige des konventionellen Bananenhandels. So einigten wir uns auf die Bezahlung eines guten Jahresdurchschnittspreises. Dadurch konnten die hohen Preise im Winter zu Gunsten der niedrigeren Preisen im Sommer ausgeglichen werden. Sodann erzielten die Produzenten dadurch ein relativ berechenbares Jahreseinkommen.

Innerhalb unserer „Arbeitsgemeinschaft für Gerechten Bananenhandel“ („Bananenfrauen“) haben wir ununterbrochen über die Vor- und Nachteile dieses Systems diskutiert. Dadurch konnten wir den Prozess verändern, vertiefen und verfeinern. Durch die Gespräche haben wir auch erkannt, dass es keine einfachen, geradlinigen Muster gibt. Es war wichtig zu realisieren, dass der Weg weit war und ein langer Prozess vor uns lag.

Als wir in den 1980er-Jahren die Idee eines gerechten Preises und Handels am Beispiel der Bananen verbreiten wollten, gab es keine Vorläufer. Wir gingen unseren eigenen Weg. Wir verlangten zusätzlich zum normalen Verkaufspreis einen Aufpreis von 15 Rappen pro Kilo Bananen. Wir waren uns bewusst, dass angesichts der Absatzmenge von Bananen aus Nicaragua und Costa Rica in ganz Europa ein etwas besserer Preis in der Schweiz für die Produzentenländer kaum ins Gewicht fiel. Dies, obwohl wir uns bemühten, die Absatzmenge in der Schweiz zu steigern. 10 Rappen des Aufpreises bezahlten wir in einen Fonds ein, 5 Rappen dienten zur Bestreitung unserer eigenen Kosten. Aus diesem Fonds finanzierten wir Projekte in den Plantagen. Diese sollten die äusserst prekären Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Bananenplantagen verbessern. Wir arbeiteten im medizinischen, sanitär-hygienischen Bereich, erstellten aber auch Kinderkrippen, etc. Diese Massnahmen waren für die ganze Bevölkerung denn auch sofort spürbar. Dieser Aufpreis stellte noch keinen gerechten Preis dar. Wir befanden uns aber auf dem richtigen Weg und kamen der Gerechtigkeit etwas näher.

Ich träume von einem runden Tisch, an dem alle sitzen, die am Handel von Bananen beteiligt sind, von der Produktion bis zum Ladentisch. Sie verhandeln die Preise, Margen und Kosten. Jeder Betroffene, vom Arbeiter bis zum Detaillisten, gibt an, wie viel er braucht, um zu überleben. Die Preise sollen dann auf jeder Stufe festgesetzt werden. Dadurch hat am Ende zwar keiner sehr viel, jeder bekommt aber genug, um existieren zu können. Die Konsumentinnen und Konsumenten bezahlen dann den Preis, der eine solche Verteilung erlaubt, einen gerechten Preis.

Ich weiss, dass diese Vorstellung eine Utopie ist. Dieser gerechte Preis wird ein Wunsch bleiben. Das Grundmuster stimmt aber. Einmal in all den Jahren, in denen ich mich

mit dem Bananenhandel beschäftigte, habe ich auch einen beinahe solchen Ablauf erlebt. Einmal sassen der Produzent aus Costa Rica, der europäische Importeur, der Schweizer Reifer und der Schweizer Fruchthändler, der Chef der Ladenkette, an die die Bananen aus Costa Rica verkauft wurden, die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft für Gerechten Bananenhandel“ und die Konsumenten zusammen und verhandelten die Preisstrukturen. Es fehlten zwar die Arbeitnehmenden und die Gewerkschaften, weshalb mein Traum nicht erfüllt war, ich war aber trotzdem glücklich. Es war mehr, als ich mir je erhofft hatte.

Auch damals wusste ich schon, dass es beim gerechten Handel um mehr als einen gerechten Endpreis geht, auch wenn ein solcher schon ein grosser Erfolg war. Wir waren davon überzeugt, dass es darum geht, eine umfassende Gerechtigkeit im Welthandelssystem zu erreichen. Einem System, in dem Millionen reiche Menschen Güter und Waren kaufen und geniessen, für deren Herstellung und Produktion Frauen, Männer und Kinder in den Ländern der Dritten Welt so niedrige Löhne erhalten, dass sie keine Chance haben, aus ihrer Armut und ihrem Elend auszubrechen.

Wenn wir von Gerechtigkeit sprachen, stellten wir uns eine Veränderung der Lebenssituation dieser benachteiligten Menschen vor. Das Wirtschaftssystem soll allen genug zukommen lassen, dass sie davon leben können. Eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie die Länder der Dritten Welt sie zu Recht fordern, sollte die erwähnten strukturellen und ungerechten Missstände beheben. Wir sprachen deshalb nicht mehr nur vom gerechten Preis, sondern vom gerechten Handel.

Weiterhin versuchten wir, die Produktion und den Handel mit Bananen aus Nicaragua und Costa Rica mit allen Beteiligten zu besprechen und die Rahmenbedingungen auszuhandeln. Gemäss unserer Auffassung sind folgende Rahmenbedingungen für einen gerechten Handel unerlässlich:

- Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der einheimischen Produzenten in Bezug auf die Produktion und Vermarktung ihrer Produkte.
- Es soll nicht nur der Export bestimmen, sondern es soll auch der Binnenmarkt auf- und ausgebaut werden, von dem die einheimische Bevölkerung profitieren kann.
- Gerechte Handelsbedingungen und Preise.
- Bereitschaft der Konsumenten und Konsumentinnen, einen kostendeckenden bzw. sogar gewinnbringenden Preis zu bezahlen.
- Existenzsichernde Löhne für die Arbeitnehmenden, so dass diese und ihre Familien ein menschenwürdiges Leben führen können.

Diese Jahre waren wichtige Lern- und Lehrjahre. Wir erlebten, wie heikel und verletzlich alle die Regeln sind, die wir aufstellen wollten, um einen gerechten Handel zu erreichen. Wir befanden uns sowohl mit Arbeitnehmenden, Gewerkschaften und Produzenten wie auch mit Importeuren, Fruchthändlern, Grossisten und Detaillisten in ständigem Dialog. Gleichzeitig betrieben wir auch Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung der Konsumenten und Konsumentinnen. Dadurch erfuhren wir sämtliche Nuancen und erlebten Erfolge und Misserfolge in den Bemühungen um einen gerechten Handel.

Es wurde uns darüber hinaus bewusst, wie sensibel das Gespräch über gerechten Handel, dessen Bedingungen von Menschen in den Ländern des Nordens definiert wurden, mit Menschen in Südstaaten ist. Trotz aller guter Vorsätze war diesem Vorgehen eine gewisse neokolonialistische Verhaltensweise nicht abzusprechen. Dass deshalb vor allem aus gewerkschaftlichen Kreisen im Süden Vorbehalte gegen ein solches vom Norden ausgedachtes System vorgebracht wurden, ist verständlich.

Während es in den 1970er- und 1980er-Jahren noch schwierig war, über den gerechten Handel zu sprechen und sich auf der Strasse für diesen einzusetzen, wie die Bananenfrauen dies 1973 zum ersten Mal taten, wurde das Thema in den 1990er-Jahren salonfähig. Mit der Gründung der Havelaar-Stiftung durch Schweizer Hilfswerke wurden die Bemühungen für einen gerechten Handel professionalisiert und dieser vermehrt öffentlich diskutiert. Als auch die Grossverteiler Migros und Coop sogenannte faire Bananen anboten, entschloss sich die „Arbeitsgemeinschaft für Gerechten Bananenhandel“, ihre Arbeit, mit der sie am Beispiel von Bananen aufzeigte, was gerechter Handel sein könnte und müsste, aufzugeben. Sie gründete stattdessen die „gebana ag“ und handelte selbst mit Produkten aus südlichen Ländern.

Die Frage nach einem gerechten Preis und einem gerechten Handel ist für uns noch immer ein Prozess. Die Frage nach der Gerechtigkeit ist ein Weg. Ich habe das Wort „Gerechtigkeit“ stets mit Behutsamkeit ausgesprochen, weil ich weiss, dass es vielleicht nie möglich sein wird, dass alle Menschen in Gerechtigkeit leben. Es ist mir aber wichtig, zum Unvollendeten zu stehen. Gleichzeitig möchte ich die Menschen ermutigen, aktiv zu werden und zu handeln. Niemand soll sagen können: „Da kann man ja ohnehin nichts machen.“ Bemühungen für einen gerechten Handel sind eine Möglichkeit, die Welt zu verändern.



„WIE SICH SPÄTER ZEIGTE, VERFOLGTE DAS HILFSWERK FÜR KINDER DER LANDSTRASSE SYSTEMATISCH DAS ZIEL, DIE FAHRENDEN SESSHAFT ZU MACHEN, INDEM MAN DIE KINDER IN PFLEGEFAMILIEN STECKTE UND IN ANSTALTEN VERSORGTE.“

Hans Caprez, 1940 geboren, ist ein Deutschschweizer Journalist. Er arbeitete zunächst als Lehrer im Domleschg (Scheid) und in Tamins. Später wandte er sich dem Journalismus zu und arbeitete während 28 Jahren beim Schweizerischen Beobachter. In zahlreichen Artikeln und Reportagen enthüllte er die illegalen Praktiken des Pro-Juventute Hilfswerkes *Kinder der Landstrasse*. Dabei ging es um Zwangsmassnahmen gegen die jenische Minderheit in der Schweiz. Im Rahmen dieser Artikel beleuchtete Caprez auch die Rolle des Staates, der Vormundschaftsbehörden und der Psychiatrie bei der Durchsetzung der Zwangsmassnahmen.

Das Hilfswerk *Kinder der Landstrasse* wurde 1926 auf Initiative Alfred Siegfrieds gegründet und bildete eine autonome Abteilung innerhalb der Stiftung Pro Juventute. Ziel des „Hilfswerkes“ war es, die als krankhaft eingestufte Lebensweise der Jenischen auszutilgen. Mit Hilfe der lokalen Behörden nahm das Hilfswerk deshalb den Jenischen systematisch die Kinder weg. Sie wurden – oft als Verdingkinder – in Pflegefamilien platziert oder in Erziehungsheimen gesteckt. Viele kamen später in psychiatrische Kliniken oder in Strafanstalten. Jeder Kontakt zu den leiblichen Eltern wurde unterbunden. Durch die „Verpflanzung in gesundes Erdreich“ sollten die Kinder zu „sesshaften und brauchbaren Menschen“ umerzogen werden. Für die Kultur, die Sprache und den Zusammenhalt der jenischen Minderheit hatten diese illegalen, vom Staat unterstützten Praktiken verheerende Folgen. Bis zur Auflösung des Hilfswerkes im Jahr 1972/73 waren über 600 jenische Kinder von den Zwangsmassnahmen betroffen. Andere erlitten im Rahmen vormundschaftlicher Massnahmen oder durch die Tätigkeit des katholischen *Seraffischen Liebeswerkes* ein ähnliches Schicksal.

Opfer dieser Zwangsmassnahmen ist auch die Schriftstellerin Mariella Mehr. Die Jenische wurde 1947 in Zürich geboren und ihren fahrenden Eltern weggenommen. Sie wuchs in verschiedenen Kinder- und Erziehungsheimen auf und wurde mehrfach in psychiatrische Anstalten eingewiesen. 19 Monate verbrachte sie in der Frauenstrafanstalt Hindelbank.

Caprez' Enthüllungen im Schweizerischen Beobachter führten 1973 zur Einstellung des Kinderhilfswerks. Der Bund, welcher die Stiftung jahrelang finanziell unterstützt hatte, bezahlte den Betroffenen eine symbolische Wiedergutmachung.



Hans Caprez, © Ester Vonnplan

Im folgenden Artikel des Journalisten Beat Grossrieder erinnert sich Hans Caprez an jene Geschehnisse. Der Artikel wurde 40 Jahre nach der Aufhebung des Hilfswerkes abgedruckt, im Beobachter 10/2012 vom 9. Mai 2012.

Eines Tages stand eine aufgebrachte Frau in meinem Büro und erzählte von Vorgängen, die ich nicht für möglich gehalten hatte. Das war im Spätherbst 1971, ein Jahr zuvor war ich zum Beobachter gestossen, dessen kleine Redaktion damals in einer Villa in Basel logierte. Meine Informantin war ohne Voranmeldung erschienen; ich wollte, dass meine Tür immer für alle offen war, so entstanden die besten Geschichten. Und ich muss sagen, dass ich auf Unrecht jeglicher Art schon immer allergisch reagiert habe.

Die Jenische Theres Huser erzählte mir, das *Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse* der Pro Juventute habe ihr in den Fünfzigerjahren fünf Kinder weggenommen. Wie sich später zeigte, verfolgte das 1926 gegründete Werk systematisch das Ziel, die Fahrenden sesshaft zu machen, indem man die Kinder in Pflegefamilien steckte und in Anstalten versorgte. Bund, Kantone, Gemeinden und kirchliche Stellen unterstützten sie dabei. Frau Huser hatte diese Praxis bis vor Bundesgericht angefochten, war aber abgeblitzt. Man muss sich das vorstellen: Pro Juventute war eine angesehenere Stiftung, in der vom Bundesrat bis zum Bankdirektor das ganze Bürgertum Einsitz nahm – und nun kam eine „Zigeunerin“ und stellte diese Institution in Frage.

Ich sagte mir: Warum soll ich dem Bundesgericht mehr glauben als ihr? Zumal ihre Geschichte haarsträubend war: 1952, als sie ihr drittes Kind erwartete, hatte sie sich in einem Wald versteckt, um sich dem Zugriff der Pro Juventute zu entziehen. Plötzlich kamen zwei Polizisten, führten die Hochschwangere ab und transportierten sie ins Tessin, in ihren Herkunftskanton. Im Spital von Bellinzona brachte sie ihr Kind zur Welt, dann schnappte die Falle zu: Pro Juventute brachte das Neugeborene direkt vom Wochenbett aus an einen Pflegeplatz, die beiden Geschwister landeten bei Nonnen in einem Heim. Auch die zwei später geborenen Kinder versorgte das „Hilfswerk“ an unbekanntem Orten.

Ich telefonierte mit dem Anwalt von Frau Huser, der mir alles bestätigte. Und ich machte den Polizeikommissär ausfindig, der den Abtransport angeordnet hatte. Sogar dieser Beamte sagte, er habe die Verhaftung kritisiert, sich aber fügen müssen. So kam es vor 40 Jahren, im April 1972, zum ersten Artikel: „Fahrende Mütter klagen an“. Im Text stand klar, das Vorgehen der Pro Juventute sei weder juristisch noch menschlich haltbar. Damit stach ich in ein Wespennest: All die Lehrer und Grossbürger, die hinter der Pro Juventute standen, protestierten. Mehrere tausend kündigten ihr Abonnement – da bekam ich schon einen gewaltigen Druck zu spüren.

Ein Zürcher Professor der Heilpädagogik und mehrere hohe Mitglieder der Pro Juventute zitierten mich zu einer Unterredung. Sie wiegelten ab und baten mich eindringlich, sofort damit aufzuhören, denn ich würde das Wirken der ganzen Stiftung gefährden. Radio und TV brachten gar nichts, nur einzelne Zeitungen fassten nach. Wenig später bestellte mich Beobachter-Verleger Max Ras junior ins Büro und sagte: „Das ziehen wir durch, egal, was es kostet!“ Ich war natürlich erleichtert. Auch die übrige Redaktion stand immer voll hinter mir.

Nachdem sich noch mehr Opfer gemeldet hatten, liess ich weitere Artikel folgen. Manche Mündel hatte man an ihren Pflegeplätzen missbraucht. Ich stellte Pro Juventute vor die Wahl: Entweder das „Hilfswerk“ geht sofort zu – oder ich mache auch den sexuellen Missbrauch publik. Das war natürlich brenzlich, denn damals lagen noch keine schriftlichen Beweise vor. Um weitere Fälle zu finden, suchte ich Orte auf, an denen man Jenische trifft. Ich war auf den Märkten von Chur, Ilanz und Thusis; ich setzte mich von Winterthur bis St.Gallen in die Bahnhofbuffets. Doch viele wollten sich nicht äussern, sie hatten Angst vor Repressionen.

Ab Mitte der achtziger Jahre änderte sich die Lage radikal. Der damalige Pro Juventute-Sekretär Werner

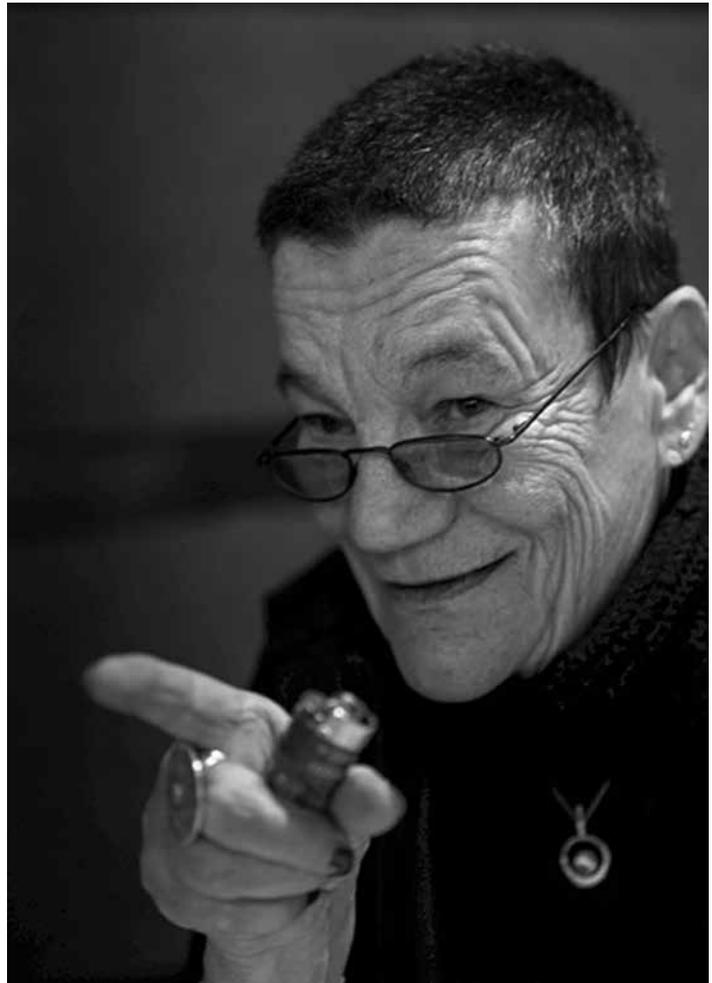
Stauffacher meldete sich bei mir und sagte, sein schlechtes Gewissen plage ihn. Ich traf ihn im Zentralsekretariat in Zürich, er führte mich in den Keller. Dort lagen die ganzen geheimen Akten des „Hilfswerks“. Das Werk hatte jede Kleinigkeit minutiös dokumentiert. Dazu gabs Stammbäume von jenischen Sippen, Dossiers mit Besuchsberichten und dubiosen psychiatrischen Gutachten. Aber was mich am meisten in Wut versetzte, waren Briefe und Karten, die die Kinder an die Eltern geschickt hatten und umgekehrt. Diese Post, darunter Kinderzeichnungen und Fotos, hatte Pro Juventute einfach abgefangen. So wollte man die Familien nachhaltig zerstören und jeden Kontakt unterbinden.

Jeden Kontakt verhindern – das war dem „Hilfswerk“ derart gut gelungen, dass die dritte Phase, die Zusammenführung der Familien, die bis in die neunziger Jahre andauerte, scheitern musste. Viele Angehörige waren verstorben, andere unauffindbar. Nach all den Jahren liessen sich die Familien nicht mehr kitten, zurück blieb ein Scherbenhaufen.

Schlaflose Nächte hatte ich aber vor allem wegen des Desasters um die Wiedergutmachung. Um die Betroffenen finanziell zu entschädigen, hatte man einen Fonds eingerichtet und einen Anwalt engagiert. Leider wurden die Opfer erneut bevormundet, diesmal vom Anwalt. Ich kritisierte ihn, es kam zu Ehrverletzungsprozessen, die ich grösstenteils gewann. Trotzdem fühle ich mich bis heute mitschuldig: Ich selbst hatte diesen Anwalt weiterempfohlen, obschon ich ein ungutes Gefühl hatte. Hätte ich doch bloss auf dieses Gefühl gehört.

„MIT DEM SEGEN DER KIRCHE UND DEM DER PSYCHIATRIE VERSEHEN SCHWÄRMEN SIE AUS, DIE SÄUBERER, ENT-SORGEN DIE LANDSTRASSE VON VOLKSSCHÄDLINGEN DEINER ART, VOM BUNTRIECHENDEN DUNG EINER DÜSTEREN FREIHEIT.“

Mariella Mehr setzt sich seit den 1970er Jahren für die Interessen der Fahrenden ein. Sie war 1973 Gründungsmitglied der *Radgenossenschaft der Landstrasse*, einer Selbsthilfeorganisation der Jenischen. Seit 1974 publiziert Mehr journalistisch und schriftstellerisch. 1981 erschien ihr erster Roman. Mehr ist zudem Mitglied der *International Romani Writers (IRWA)*, zeitweise war sie auch in dessen Vorstand. Für ihre Arbeit erhielt sie zahlreiche literarische Auszeichnungen sowie 1998 den Ehrendokortitel der historisch/philosophischen Fakultät der Universität Basel.



Mariella Mehr, © WOZ, Ursula Häne

Auszüge aus „Kehretuni“, 1989 geschriebener und 1996 überarbeiteter Brief von Mariella Mehr an ihre Mutter Maria Emma Mehr.

Phralalen, Pejalen Mama

Quante Mamera, Liebe Mutter

Mein Gehirn ist kein Sperrkonto, das ich mit unsern Erinnerungen belasten könnte, um so, befreit von aller Erinnerung, fröhlich weiterleben zu können. Ein jeder meiner Tage ist ein neuer Versuch und ein Lernen, mit diesen Erinnerungen, den Deinigen und meinigen, mit den Erinnerungen an die Geschichte unseres Volkes zu leben, ohne daran zu zerbrechen. Du, Mamera, bist daran zerbrochen.

Deinesgleichen hat man das Beeren- und Wurzellesen frühzeitig ausgetrieben, das kindliche Feuerchen schnell das Fürchten gelehrt bei Spucke und Hieben, die Kinder von der Brust ihrer Mütter weggezerrt und in Häusern versorgt, wo die Vollwertigen wohnen und jene, deren Erbgut

zur Ehre des Landes gereicht, solche, die Recht und Ordnung schaffen. Deinesgleichen sind auch heute mitgemeint, wenn in diesem Land der Kriegsbeginn gefeiert wird, dieser unselige Tag vor 50 Jahren, das Todesurteil für Deinesgleichen im Nachbarland. Was hat denn Deinesgleichen zu klagen, würden sie sagen, es ging Dir nicht an die Gurgel, die Entsorgung der Schweizer Landstrasse hielt Mass, den Strassenkehrern waren die christlichen Hände gebunden, die sie heuer zum Grossgottwirlobendich gen Himmel erheben, jenen Obervollzugsbeamten zu ehren, den sie sich zurechtbogen, und der sie Menschen in wertvolle und minderwertige einteilen hiess, die Ermordung der einen billigte, die andern zu Ebenbildern seiner selbst erkor.

Er war ein guter Mensch, hiess es von jenem Strassenkehrer, der im Dienst der Pro Juventute stand, erfüllt von hehrer Fürsorge für Deinesgleichen, behaupten seine Erben, und dass Deinesgleichen an dieser Fürsorge erstickt, verrückt gemacht wurde, was soll das jene kümmern, die nichts vom Beeren- und Wurzellesen verstehen und heute noch behaupten, von nichts und allem nichts gewusst zu haben. Nichts von den Massengräbern, randvoll der ungebetenen Gäste dieses Jahrhunderts, nichts von den zerstörten Unterleibern Deiner Brüder und Schwestern, nichts vom herausgerissenen Gedärm dieser Untermenschen, nichts von ihrem Flehen und Beten für ihre zutodegequälten Kinder, und die, die in der Not, die sind dem süssen Herzjesulein am nächsten, ihnen gehört das Himmelreich. Das süsse Herzjesulein, dieses Flammenherz, an dem Deinesgleichen röstete, was hätten unsere bescheidenen Feuer, gespiesen von Schwemmholz, dem Geschenk uns gutgesinnter Bäche und Flüsse, auszurichten vermocht gegen ihre Gier, Ordnung zu schaffen und Deinesgleichen zu Lebzeiten Grabsteine an die ohnehin wunden Füsse zu ketten, auf dass Dir das Gehen zur Last werde.

Die Liebe der jenischen Mütter, sagten sie, ist animalisch und primitiv. Sie bedarf der Läuterung, also sterilisierten sie Dich, nachdem Du zwei Kinder geboren hattest.

„Wir entvölkern die Landstrasse“, verkündete der in den Diensten der Pro Juventute stehende Strassenkehrer Dr. Alfred Siegfried 1926. Johlend und kreuzeschlagend schwärmt sie aus, die Putzbrigade, bis in die letzten Winkel schweizerischer Bergtäler. Mit dem Segen der Kirche und dem der Psychiatrie versehen schwärmen sie aus, die Säuberer, entsorgen die Landstrasse von Volksschädlingen Deiner Art, vom buntriechenden Dung einer düstren Freiheit. Die heimatet fortan auf der Flucht vor den Häschern und kriecht nachts in die Hecken, die hält jetzt den Dung und die fröhlichen Winde in einer Dauerverstopfung zurück, bis sie schliesslich daran krepirt.

Zigeunerinnen sind gefährliche, sittlich verwarloste, triebhafte Männerfresserinnen, hiess es, als Dir einer den Pfahl ins kindliche Fleisch schlug und auf dem „gesunden Erdreich“, in das man Deinesgleichen verpflanzte, seinen erbbiologisch einwandfreien Samen verschleuderte. Dir ins Gesicht und in den unfertigen Mädchenleib. Raus, rein mit dem herrischen Schlegel, der das Untergeschoss Deines Leibes beherrscht. Wäre gelacht, wenn da angeklopft, gefragt und gekostet werden müsste bei Deinesgleichen. Keiner Unschuldigen wird da die Unschuld zur Unzeit geraubt, denn unsere Erbsünde, die wird uns nicht genommen bei der Taufe, die tragen wir mit ein Leben lang, wir Minderwertigen, deren Haar lang über die Schulter fällt und deren Körper den Geruch verzehrter Beeren und Wurzeln noch immer verströmt, in aller Schamlosigkeit der Entrechteten.

In Irrenanstalten wird Dir Erinnerung zurechtgerückt. „Wir haben uns also mit einer Haftentlassung nicht zu beeilen“ heisst es 1945 in der Strafanstalt Bellechasse, eine der wilden Mülldeponien, wie sie für Deinesgleichen zu Dutzen standen und schluckten, was die von der Eidgenossenschaft subventionierte Stiftung Pro Juventute an Strassenmüll zusammenkehrte.

Aber dieser Müll musste, in Ermangelung härterer und eindeutigerer rassistischer Gesetze, ernährt und bekleidet werden. So beklagte sich der Pro Juventute Günstling Siegfried in seinen Monatsnachrichten weinerlich: „Wir können sie nicht nach Afrika schicken, darum bitten wir unsere werten Gönner um warmes Schuhwerk und Winterbekleidung für die Ärmsten unsererer Schützlinge“, für Deinesgleichen, Mamera, die aus dem Kinderzeugs herauswuchs und nicht nach Afrika oder Madagaskar verschickt werden konnte, wie dies die braunen Nachbarn für ihre eigene Landplage vorsahen, die minderwertigen Juden, deren Weiber ebenso gefährlich, triebhaft und männerfressend daherkamen wie Deinesgleichen, diese schändlichen Christuskreuziger. Man besann sich dann anders drüben, bei den Braunen. Die verbrannten nicht in der Gluthitze der afrikanischen Sonne, nein. Die verbrannten in den deutschen Mülldeponien, die, nachdem sie, durch Arbeit frei geworden, im Gas umkamen. Denen wurde die Minderwertigkeit im Feuer geläutert, auf ewig und immer.

Ich habe einen Geburtstag zu feiern, Deinen sechzigsten, den zu feiern Dir nicht vergönnt war. Lacio drom, Mamera. Bächtälö drom, Du Tapfere, ich wünsche Dir Glück, Frieden und einen langen Tod.

Nur Lebende müssen sich erinnern.

**“I WANTED TO SEND A
MESSAGE TO THE PEOPLE
WHO WANTED TO FIGHT
FOR FREEDOM THAT THE
DICTATORS COULD NOT
WIN BY PUTTING US IN JAIL.
I WANTED TO PROVE THAT
YOU CANNOT, BY FORCE,
SILENCE SOMEONE WHO
DOESN'T AGREE WITH YOU.”**

DOAN VIET HOAT

Maired Corrigan-Maguire und Betty Williams hatten sich nicht aktiv an der Friedensbewegung in Nordirland beteiligt, bis sie 1976 direkt mit der Gewalt konfrontiert wurden. Am 10. August 1976 fuhren Danny Lennon und John Chillingworth, Mitglieder der *Irish Republican Army (IRA)*, durch Belfast. Im Auto hatten sie ein Gewehr. Die IRA wollte mit physischer Gewalt ein vereinigt Irland ohne Kontrolle durch Grossbritannien erzwingen. Britische Truppen eröffneten das Feuer auf das Fahrzeug. Sie argumentierten, das Gewehr sei gegen sie gerichtet worden. Lennon wurde sofort getötet, Chillingworth schwer verletzt. Das Fahrzeug drehte zum Gehsteig ab und traf dort Maireads Schwester Anne sowie drei ihrer Kinder. Anne überlebte, die drei Kinder starben.

Betty Williams, selbst Protestantin, begann daraufhin, in den protestantischen Nachbarschaften Petitionen zirkulieren zu lassen. In diesen forderte sie ein Ende der konfessionsgebundenen Gewalt. Sie sammelte über 6 000 Unterschriften. An der Beerdigung der Kinder traf Williams auf Maguire, eine Katholikin.

Maguire und Williams gründeten daraufhin zusammen mit dem Journalisten Ciaran McKeown die *Community of Peace People*. Diese bemühte sich darum, Katholiken und Protestanten zusammenzuführen und die konfessionsgebundene Gewalt zu beenden. Maguire, Williams und McKeown vertraten die Auffassung, eine Versöhnung sei durch den allmählichen Einschluss der gesamten Bevölkerung in Schulen, Wohngebieten und Sportvereinen möglich. Die *Community of Peace People* organisierte Sommerlager für katholische und protestantische Jugendliche und bemühte sich so darum, in einem sicheren und toleranten Umfeld Freundschaften zu schaffen. Die Organisation publizierte zudem die Zeitung *Peace by Peace*, die alle zwei Wochen erschien. Schliesslich stellte sie den Familienangehörigen von Gefangenen einen Bus-Service zu den Gefängnissen nach Belfast zur Verfügung. Es wurden insbesondere auch Märsche und Demonstrationen organisiert, mit dem Ziel, die Gewalt zu beenden. In einem Fall organisierte Williams einen Marsch mit 10 000 Frauen – Protestantinnen und Katholikinnen – zu den Gräbern der Kinder. In der folgenden Woche erschienen 35 000 Personen, um ihre Unterstützung für eine Einheit und die Beendigung des Konflikts zu demonstrieren. 1976 wurde Mairead Corrigan-Maguire und Betty Williams

für ihren Beitrag zur Lösung der Probleme in Nordirland der Friedensnobelpreis verliehen. Nach Erhalt dieser Auszeichnung engagierte sich Mairead Corrigan-Maguire als eine der Gründerinnen des *Committee on Administration of Justice*, einer Menschenrechtsorganisation, die sich für die weltweite Befreiung von politischen Gefangenen – unter ihnen die Friedensnobelpreisträger Aung San Suu Kyi aus Burma und Liu Xiaobo aus China – einsetzt. Williams fungiert heute als Präsidentin des *World Center of Compassion for Children*, einer Organisation, die Kindern eine starke politische Stimme verleiht, welche in von Krieg, Hunger oder sozialem, ökonomischem oder politischem Umbruch geprägten Gebieten leben.

„REGIERUNGEN KÖNNEN ZWAR EINEN UNTERSCHIED MACHEN, LETZTLICH SIND ES ABER DIE EINZELNEN MENSCHEN – DAS HEISST JEDER VON UNS –, DIE DEN TRAUM DER GEWALTLOSIGKEIT REALITÄT WERDEN LASSEN. WIR, DIE MENSCHEN, MÜSSEN GEWALTLOS DENKEN UND HANDELN.“



Mairead Corrigan-Maguire, © Architects of Peace Foundation

„Gewaltlosigkeit und Menschenrechte: Lehren von Nordirland“ von Mairead Corrigan Maguire, vorgetragen im Jahr 2006 am Gwangju Summit Uprising and Peace on the Korean Peninsula

Ich möchte dem Präsidenten Kim Dae-jung und dem Präsidenten Gorbatschow für ihre Einladung zu diesem Gipfeltreffen danken. Ich schätze mich glücklich, hier zu sein und erinnere mich an den Geist des historisch bedeutsamen „May 18th Gwangju Democratic Movement“. Dieses verlieh vielen Menschen weltweit die Hoffnung, dass gewaltlose Gesellschaften aufgebaut werden können, die auf Gleichberechtigung, Menschenrechten und internationalen Gesetzen basieren.

Die nordirische Bevölkerung und der Friedensprozess, den sie in Angriff genommen hat, könnten anderen Menschen als Lehre dienen. Wie wir befinden sich nun andere Länder in einem politischen Übergang und suchen die Lösung von Konflikten und den Aufbau von Frieden. Wir möchten aber betonen, dass sie zwar diejenigen Dinge, die

uns helfen, berücksichtigen sollen, sie aber eigene Lösungen für ihre einzigartigen und komplexen Probleme finden müssen.

Eine der Konsequenzen der 80-jährigen Trennung von Irland war die Trennung der Menschen im Norden von denjenigen im Süden. Dies führte zu einem Mangel an Kommunikation und Vertrauen, und zu Angst vor dem Anderen, weil er „anders“ sei. In Nordirland sind Argwohn und der Mangel an Vertrauen zwischen den beiden grössten Gemeinschaften – abgesehen durch Religion, politische Allianzen, nationale Identitäten und die Tatsache, dass sie oft nicht zusammen leben – gross. Dieses Vertrauen muss von beiden Gemeinschaften, die sich verändern und deren gemeinsame Zukunft sich noch immer entwickelt, wieder aufgebaut werden.

Die jüngsten „Schwierigkeiten“ traten in Nordirland im Jahr 1969 auf. Anlass für den Konflikt waren soziale, ökonomische, politische, historische und religiöse Umstände. Tragischerweise brach Gewalt aus, die sich über beinahe 30 Jahre hinzog, statt dass die Probleme in einem demokratischen Prozess gelöst worden wären. Das „Good Friday Agreement“, welches am 10. April 1998 unterzeichnet wurde, fixierte einen politischen Rahmen und behandelte viele der umstrittenen Themen. Sodann schuf es einen Rahmen der Kooperation und der Partnerschaft, der die Möglichkeit von besseren Beziehungen zwischen den beiden Gemeinschaften im Norden, den beiden Teilen Irlands sowie zwischen Irland und Grossbritannien eröffnete. Die Implementierung des „Good Friday Agreements“ dauert bis heute an. Die heutige direkte Herrschaft durch London ist jedoch nicht akzeptabel und es bleibt zu hoffen, dass die Regierungsmacht bald übertragen wird und gleichmässig durch beide Seiten ausgeübt werden kann.

Wir haben noch einen weiten Weg vor uns, obwohl wir bereits viel erreicht haben. Es ist wichtig, sich dessen bewusst zu sein. Wir wissen nun aber, dass der bewaffnete Kampf vorüber ist und dass während langer Zeit nicht berücksichtigte politische Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlungen nun behoben werden. Mit Wohlwollen, Grosszügigkeit und Vergebung ist Frieden möglich.

Der Friedensprozess war lang und anstrengend, eine der wichtigsten Lehren ist aber: Die Menschen, die sich für die Lösung eines Konfliktes einsetzen, dürfen nie aufgeben. Eine andere wichtige Lehre für uns alle war, dass Gewalt, sei es Gewalt durch den Staat oder durch die Gegner, nie einen anhaltenden Vorteil bringt, jedoch immer lang anhaltendes Leid und Not. Eine der wichtigsten Einsichten aus dem Konflikt in Nordirland ist, dass Gewalt, Militarismus und Para-Militarismus keine tiefgründenden ethischen oder

politischen Probleme lösen. Diese Probleme können nur durch Gewaltlosigkeit, umfassenden Dialog und die Bereitschaft der Menschen und Politiker, zu vergeben und zusammen eine gerechte und geteilte Zukunft zu schaffen, gelöst werden.

Um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen braucht es mutige soziale und politische Führer sowie Menschen, die dazu bereit sind, für den Frieden Risiken einzugehen. Man muss dazu bereit sein, den ersten Schritt zu machen und über den eigenen Schatten zu springen (wie es auf dieser Halbinsel auch passiert ist). Vor allem muss man die Menschlichkeit der anderen sehen, deren Standpunkt erkennen und anerkennen, dass auch sie Angst haben und dass diese Angst thematisiert werden muss. Dies hilft, den Menschen und der Situation eine persönliche Note zu geben. Wiederum bedeutet dies, dass es manchmal nötig ist, einen Kompromiss einzugehen. Es ist allerdings wichtig, auch beim Abschluss eines Kompromisses den eigenen Prinzipien treu zu bleiben. Verschiedenheiten lassen sich nicht vermeiden und es ist wichtig, die Unterschiede zu respektieren und Institutionen zu schaffen, welche alle Teile unserer verschiedenartigen Gesellschaften repräsentieren und diese gleich behandeln.

Einer der Gründe für den Konflikt in Nordirland war die Tatsache, dass die Mehrheit während fünfzig Jahren regiert und der Minderheit die Bürgerrechte verweigert hatte. Wir wissen nun, dass das Mehrheitsprinzip in geteilten Gesellschaften keine wirkliche Demokratie darstellt. Um Gerechtigkeit und Gleichberechtigung sicherzustellen ist es nötig, umfassende politische Institutionen zu schaffen, welche die Rechte der Minderheiten wahren. Ebenfalls wichtig ist das Einführen eines Instant-Runoff-Voting¹, d.h. einer proportionalen Vertretung. Eine proportionale Vertretung führt zu Situationen, in denen alle gewinnen. Spaltenden Methoden wie ja/nein-Referenden, die zu Gewinn/Verlust-Situationen und damit zu einer gefährlichen Polarisierung der Gemeinschaft führen, sind hingegen zu vermeiden.

Es gibt in der heutigen Welt viele Beispiele dafür, wie Konflikte gelöst werden können. Von diesen Beispielen kann viel gelernt werden. Ich hoffe, dass das Beispiel in Nordirland anderen, die sich in noch viel schlimmeren Situationen befinden, irgendwann – wenn wir uns selbst und unser Land heilen können – Hoffnung spenden kann. Die vielen Probleme, welchen die Menschheit gegenüber steht, sind uns bekannt. Wir sind besorgt angesichts der Armut, der Umweltprobleme, der nuklearen Waffen und des Kriegs. Sie gefährden unsere Leben und das Leben unserer Kinder weltweit. Was können wir angesichts solcher Schwierigkeiten tun? Ich glaube, dass wir alle dazu

berufen sind, nicht-tötende, gewaltlose Gesellschaften zu schaffen, sowohl auf lokaler wie auch auf internationaler Ebene. Wir müssen uns an unsere grundlegenden Werte zurückbesinnen: dass menschliches Leben heilig ist und dass wir einander nicht töten oder verletzen, sondern unsere Probleme auf eine zivilisierte Weise lösen sollen. Auch nötig ist die Erkenntnis, dass die Erde unser Zuhause ist und wir uns um sie kümmern müssen, damit wir sie unseren Kindern als ihr rechtmässiges Erbe weitergeben können. Wir befinden uns in der „United Nations Decade for a Culture of Peace and Non-violence for the Children of the World (2001–2010)“. Ich weiss, dass diese Initiative der UNO auch von der südkoreanischen Regierung unterstützt wird. Wir können alle helfen, diese angestrebte Kultur zu schaffen. Wir können damit beginnen, Gewaltlosigkeit in unseren Heimen, Schulen, Universitäten, Gesellschaften und auf jeder Gesellschaftsebene als einen Lebensstil, einen Weg zur Lösung von Problemen und als eine politische Wissenschaft, die funktioniert, zu lehren. Dies wird zu einer neuen Kultur des Mitgefühls und zu Gewaltlosigkeit führen.

Meiner Meinung nach muss die Welt von Gewalt, nuklearen Waffen und von Krieg befreit werden. Dies ist Teil der Bewegung für Gewaltlosigkeit. Alle Menschen müssen den Krieg und gewaltsame Übergriffe ablehnen. Ich möchte die USA hier dringend bitten, keine Angriffe auf den Iran zu verüben, sondern das Problem der weltweiten Verbreitung von nuklearen Waffen durch Dialog und Verhandlungen zu lösen. Was nützen nukleare Waffen irgendwo auf der Welt, wenn nicht ein Gefühl von Tod und Verderben hervorgerufen werden soll? Ich glaube fest daran, dass alle Regierungen, beginnend mit den USA und einschliesslich Grossbritannien, damit beginnen sollten, ihr nukleares Arsenal abzubauen. Ich hoffe, dass Israel und Nordkorea ihre nuklearen Waffen abbauen und sich daran beteiligen, Freundschaften, Vertrauen und Frieden zwischen allen Menschen und Regierungen zu schaffen. Im letzten April reiste ich nach Israel, um Mordechai Vananu zu unterstützen. Er wird noch immer in Israel festgehalten, weil er vor 20 Jahren öffentlich erklärte, dass Israel nukleare Waffen herstelle. Wir können uns alle von ihm und seinem mutigen Entscheid, die Wahrheit zu sagen, inspirieren lassen. Er musste ein grosses persönliches Opfer erbringen, als er versuchte, die Welt vor dem nuklearen Holocaust zu retten. Ich bitte die israelische Regierung darum, Vananu frei zu lassen. Er wünscht sich, Israel zu verlassen. Die Freilassung ist insbesondere deshalb angezeigt, weil Vananu keine Geheimnisse hat und keine Bedrohung der nationalen Sicherheit von Israel darstellt. Ich bitte die israelische

Regierung ausserdem darum, der Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen im Mittleren Osten mit gutem Beispiel voranzugehen. Dies bevor dieser verrückte zunehmende Wettlauf um Aufrüstung mit nuklearen Waffen noch grösser und schliesslich unaufhaltbar wird. Ich bitte die USA auch darum, die Sanktionen gegen Nordkorea und Palästina aufzuheben, der nordkoreanischen Regierung wirtschaftliche Hilfe zu leisten und die neu gewählte palästinensische Regierung mit Nahrung, medizinischer Versorgung für ihre Bürger sowie mit Mitteln zur Ausbildung ihrer Bevölkerung zu unterstützen.

Regierungen können zwar einen Unterschied machen, letztlich sind es aber die einzelnen Menschen – das heisst jeder von uns –, die den Traum der Gewaltlosigkeit Realität werden lassen. Wir, die Menschen, müssen gewaltlos denken und handeln. Wir dürfen uns nicht nur in der Vergangenheit bewegen. Dies würde unsere Fantasie und unsere Kreativität, die wir so dringend brauchen, um zusammen eine neue Zukunft aufzubauen, zerstören. Alle Völker und Nationen haben gelitten, grosse Opfer wurden erbracht. Wir haben uns alle verletzt. Wird es nicht Zeit, damit zu beginnen, einander wenigstens zu vergeben, wenn wir schon nicht vergessen? Ein grossartiger irischer Poet, William Butler Yeats, schrieb einst: „zu lang ein Opfer kann ein Herz aus Stein machen“. Es ist wichtig, dass wir uns nicht erlauben, dass sich unsere Herzen gegenüber anderen Menschen oder anderen Nationen verhärten. Wir müssen bereit sein, zu vergeben. Eine Figur in einem Theaterstück eines anderen berühmten irischen Schriftstellers, Sean O’Casey, ruft: „Nimm unsere Herzen aus Stein und gib uns Herzen aus Fleisch.“ Als junges Mädchen lernte ich diese Worte als eigentliches Gebet: „Oh, nimm unsere Herzen aus Stein und gib uns Herzen aus Liebe.“ Um unsere Welt zu verändern brauchen wir eine spirituelle und eine politische Evolution. Die nötigen politischen Schritte sind oft sehr naheliegend: Halte die Menschenrechte und die internationalen Gesetze ein, verlange von der Regierung, sich ebenfalls an diese zu halten, unterstütze und gestalte die *UNO*, etc. Die ganze Gesetzgebung, alle Resolutionen und alle guten Worte nützen aber nichts, wenn wir als Männer und Frauen uns nicht entwickeln und uns ändern. Dies damit wir, die Gesamtheit der Menschheit, den helleren und menschlicheren Weg, nämlich zusammen zu leben und Konflikte zu lösen, beschreiten können. Zu feiern, was an unseren Kulturen und Traditionen gut ist und die früheren Mittel der Gewalt, des Militarismus, der nuklearen Waffen und des Kriegs zu verwerfen, erscheint wie ein Traum. Aber zu dem, von dem wir träumen, sollen wir werden. Lass uns deshalb wagen, zusammen von einer besseren

Welt zu träumen und zusammen daran zu arbeiten, dass dieser Traum wahr wird. Besten Dank und Friede und Glück für die koreanische Bevölkerung.

¹ Bei diesem System kann jeder Wähler eine Reihenfolge der von ihm gewünschten Vertreter angeben, d.h. er kann sich dazu äussern, wen er am liebsten gewählt sehen würde und wer bei einer Nichtwahl desselben als nächstes in Frage kommt, etc.

„WIR SIND FÜR LEBEN UND ERSCHAFFUNG, WIR SIND GEGEN KRIEG UND VERNICHTUNG UND IN UNSERER WUT IN DIESER FURCHTBAREN WOCHE SCHRIEN WIR, DASS DIE GEWALT AUFHÖREN MUSS.“

Auszug aus Betty Williams' Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 1977:

Ich stehe hier mit einem Gefühl von Bescheidenheit, einem Gefühl von Geschichte und Ehre. Ich stehe auch hier im Namen des Mutes, einer Herausforderung einen Namen zu geben.

Demütig nehme ich offiziell den Friedensnobelpreis entgegen. Eine solche Auszeichnung konnte berechtigterweise verliehen werden, weil durch die Beteiligung so vieler Menschen an unserer Kampagne eine grosse Aufmerksamkeit auf uns als deren Anführer gerichtet wurde. Mairead Corrigan und ich sind jeden Tag unseres Lebens froh, dass wir den ersten Schritt gemacht haben. Einen Schritt, der das grosse Verlangen nach Frieden hervorgebracht hat. Dies nicht nur in den Herzen der nordirischen Bevölkerung, sondern, wie wir bald herausgefunden haben, in den Herzen der Menschen weltweit... nicht zuletzt in Norwegen. Die Grosszügigkeit der norwegischen Bevölkerung in Bezug auf unser Anliegen ist der Hauptgrund, weshalb wir nun in der Lage sind, unsere Kampagne auszuweiten.

Alleine das Verlangen nach Frieden zu wecken, wäre aber nie genug gewesen. Die ganze Energie, die ganze Entschlossenheit, die überwältigende Forderung nach einem Ende dieses widerlichen Kreislaufs unnötiger Gewalt nur auszudrücken, hätte unter den Menschen nur kurz und zweifelt nachgehallt, wie es schon so oft geschehen ist... hätten wir uns nicht daran ausgerichtet, diese Energie und diese Entschlossenheit positiv zu nützen, ein für allemal.

In der ersten Woche gründeten Mairead Corrigan, Ciaran McKeown und ich deshalb das *Movement of the Peace People*. Dies, um der Sehnsucht eine Führung und eine Richtung zu geben. Wir waren uns sicher, dass die Sehnsucht da ist, tief in den Herzen der meisten Menschen – und sogar tiefer in den Herzen jener, die das Gefühl hatten oder vielleicht noch immer haben, sich uns widersetzen zu müssen.

Wenn wir uns an diese erste Woche zurückerinnern, werden wir nicht nur an die Gründung der *Peace People*, sondern immer auch noch an etwas anderes denken. Für diejenigen Personen, die sich am stärksten für unsere Kampagne einsetzten, war die prägendste Erinnerung an diese Woche der Tod eines jungen Republikaners sowie von drei Kindern, die vom Fahrzeug des toten Mannes überfahren

wurden. Schon vor den tragischen Ereignissen an diesem sonnigen Nachmittag des 10. August 1976 war eine tiefe Frustration über die anhaltende Gewalt offensichtlich. Es war eine sinnlose und dumme Gewalt. Der Tod dieser vier jungen Leute in einem Moment schrecklicher Gewalt führte dazu, dass die Frustration explodierte und so die Grundlage für eine echte Friedensbewegung schuf. Vielleicht machte die Tatsache, dass es sich bei einem dieser Kinder um ein sechs Wochen altes Baby handelte, das von seiner Mutter im Kinderwagen gestossen wurde, die Tragödie besonders unerträglich. Vielleicht war die Trauer so gross, weil die drei Kinder derselben Familie, das Baby Andrew, der kleine John und die achtjährige Joanne Maguire, in einem Unfall starben, in dem auch ihre Mutter Anne, Mairead's Schwester, schwer verletzt wurde. Vielleicht wurden die Leute durch die schlichte Überflüssigkeit dieses schrecklichen Verlusts dazu motiviert, in dieser Woche zu tausenden zu demonstrieren. Wir denken auch an den jungen Republikaner Danny Lennon, der an diesem Tag sein Leben verlor. Einige mögen argumentieren, dass er am Versuch beteiligt war, an diesem Tag Soldaten zu erschiessen und deshalb bekam, was er verdiente. Wir sind aber der Meinung, dass sein Tod ein weiteres junges Leben ist, das unnötig verloren wurde. Wir sind der Meinung, dass jeder Tod der letzten acht Jahre und jeder Tod in jedem Krieg, der je geführt wurde, unnötig verschwendetes Leben ist. Die Arbeit der Mutter wird hier verschmäht.

Wir sind für Leben und Erschaffung, wir sind gegen Krieg und Vernichtung und in unserer Wut in dieser Woche schrien wir, dass die Gewalt aufhören muss.

Wir schrien aber nicht nur. Ciaran McKeown schrieb die „The Declaration of the Peace People“. Deren einfache Worte zeigten den Weg zu echtem Frieden auf. Als die Deklaration publiziert wurde, verkündeten wir die Gründung von *The Movement of Peace People*. Wir planten zunächst eine Serie von Kundgebungen. Diese sollten während vier Monaten durchgeführt werden, hunderttausende von Personen mobilisieren und sie dazu aufrufen, den Weg der Deklaration einzuschlagen.

Die erklärten Worte sind zwar einfach zu verstehen, der Weg zum Ziel ist aber schwierig. Dies wissen alle Menschen, die je mit dem Friedensnobelpreis in Verbindung gebracht wurden. Auf diesem Weg müssen wir nicht nur jegliche Mittel der Gewalt zurückweisen, sondern auch für den Frieden arbeiten... und wir tun es. Es ist der Weg der Hingabe, der harten Arbeit und des Mutes.

In diesen vier Monaten versammelten sich hunderttausende Menschen. Wir würden nicht hier stehen, wenn sie es nicht getan hätten. Ich stehe deshalb voller Demut hier



Betty Williams, © Architects of Peace Foundation

und erhalte diese Auszeichnung. Ich bin aber auch stolz, im Namen der *Peace People* hier zu sein und diese Auszeichnung entgegenzunehmen.

Mir ist auch der historische Wert dieser Auszeichnung bewusst. Mir sind die Menschen bekannt, die vor mir hier standen und diese Auszeichnung erhalten haben. Wir denken zum Beispiel an Martin Luther King, dessen Andenken wir in Ehren halten und dessen Wertvorstellungen und Stimme uns noch immer ebenso inspirieren, wie sie bereits Millionen Menschen weltweit inspiriert haben. Wir denken an die Menschen, die sich aktiv für den gewaltlosen Kampf für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.

[...]

In aller Bescheidenheit angesichts der Anstrengungen von so vielen Menschen bin ich deshalb stolz, in deren Namen hier zu stehen und in unserer aller Namen diese Auszeichnung anzunehmen.

Ich bin aber auch wütend. In Anbetracht der täglichen Verschwendung menschlicher Leben bin ich heute genauso wütend – auf eine ruhige und tiefe Weise – wie an dem Tag, an dem ich sah, wie die jungen Leben in den Strassen von Belfast zerstört wurden.

Ich bin wütend und die *Peace People* sind wütend, dass der Krieg zu Hause noch immer nicht ganz zu Ende ist. Auf der ganzen Welt sehen wir die gleiche Dummheit, die zu Kriegen führt, die sogar noch viel schlimmer sind als der kleine Krieg, den die kleine Bevölkerung von Nordirland erdulden musste. Wir sind wütend über die anhaltende Verschwendung von Ressourcen für militärische Zwecke, während Menschen in Not leben und manchmal sogar auf einen baldigen Tod hoffen, der sie von ihrer Hoffnungslosigkeit erlöst. Wir kochen vor Wut darüber, dass täglich pro Minute 500 000 Dollar für Krieg und die Vorbereitung von Krieg ausgegeben werden: In jeder dieser Minuten sterben über acht Personen, weil sie nicht über genügend Mittel zum Überleben verfügen. Jeden Tag sterben 12 000 Personen an Armut, Unterernährung und Not; dennoch werden jeden Tag 720 Millionen Dollar für die Aufrüstung ausgegeben. Überlegen Sie sich diese verrückten Prioritäten; immerhin haben wir Zeit, darüber nachzudenken, während andere sterben. Überlegen Sie sich: Wenn die 500 000 Dollar, die pro Minute für Aufrüstung ausgegeben werden, für nur eine Minute angehalten und unter den 12 000 Personen, die an diesem Tag sterben, verteilt werden könnten, würde jeder dieser Menschen 40 Dollar erhalten. Dies würde es ihm erlauben, in Luxus zu leben, statt aus Not zu sterben. Wenn der für Aufrüstung während eines Tages ausgegebene Betrag auf die notleidenden Menschen übertragen würde, könnten die 12 000 Todeskandidaten 720 000 000 Dollar

unter sich verteilen. Mit anderen Worten würde jeder der Todeskandidaten an einem Tag 60 000 Dollar erhalten. Was diese verrückten Prioritäten noch schlimmer macht, ist, dass diese unverschämten Mengen an Geld im Namen der Freiheit oder der Gemeinschaft ausgegeben werden. Zweifelsfrei sind die Toten und Sterbenden erleichtert, dass Freiheit und Gemeinschaft so effizient verteidigt werden!

Wir wissen, dass dieses verrückte und unmoralische Ungleichgewicht nicht über Nacht ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Wir wissen auch, dass es nicht ohne grossen Kampf ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Es braucht einen unaufhörlichen Kampf, um die Menschen dazu zu bringen, aufzuhören, ihre riesigen Ressourcen für Waffen auszugeben sondern andere Menschen zu unterstützen, die auf unserem gemeinsamen Planet leben, im Osten und Westen wie auch im Norden und Süden. Dieser Kampf muss sogar noch grösser sein, weil er unbewaffnet geführt werden muss. Es muss ein gewaltloser Kampf sein. Dieser verlangt mehr Mut und mehr Hartnäckigkeit als den Mut, abzudrücken oder tödliche Knöpfe zu betätigen. Die Menschen müssen Kriege nicht nur beenden, sondern den Mut haben, den Krieg nicht einmal vorzubereiten.

Eines Tages werden wir die Worte von Carl Sandburg ernst nehmen müssen: „Eines Tages wird ein Krieg stattfinden und niemand wird kommen.“ Wird das nicht schön? Eines Tages wird ein „Krieg“ stattfinden, aber niemand wird kommen. Und wenn niemand kommt, gibt es keinen Krieg. Wir müssen nicht gehen, wir brauchen keinen Krieg. Es scheint aber, dass man mehr Mut braucht um NEIN zu sagen, als um JA zu sagen. Vielleicht haben wir Frauen die Idee, es sei mutig und männlich, in den Krieg zu ziehen, um Frauen und Kinder zu „verteidigen“, zu lange unterstützt. Frauen weltweit sollen von heute an die Männer dazu auffordern, den Mut zu haben, nicht in den Krieg zu ziehen und nicht für eine militarisierte Welt zu arbeiten, sondern für eine Welt voller Frieden, für eine gewaltlose Welt.

[...]

Die einzige Gewalt, welche diese Hürden abrechen kann, ist die Gewalt der Liebe, die Gewalt der Wahrheit und der Seele. Wir wissen alle, dass ein einfacher Handschlag oder eine einfache Umarmung die Feindschaft zwischen zwei Personen beenden kann. Vervielfachen Sie diese Zeichen von Freundschaft überall auf der Welt, dann wären die Momente herzergreifender Freundschaften in den furchtbaren Schützengraben des ersten Weltkriegs nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel in allen zwischenmenschlichen Verhältnissen. [...]

Dem norwegischen Volk und dem *Nobelkomitee* sagen wir (Tusen Tak!) tausend Mal danke, wieder und wieder.

Der ganzen Welt gegenüber wiederholen wir die Botschaft, die wir im August 1976 verkündet haben. Es ist die Deklaration der *Peace People*:

„Wir haben eine einfache Botschaft dieser Bewegung für Frieden an die Welt.

Wir wollen lieben und leben und eine gerechte und friedliche Gesellschaft aufbauen.

Wir wollen für unsere Kinder, was wir für uns selbst wollen, nämlich dass unsere Leben zu Hause, bei der Arbeit und beim Spiel voller Freude und Frieden sind.

Wir erkennen, dass der Aufbau eines solchen Lebens von uns allen Engagement, harte Arbeit und Mut verlangt.

Wir erkennen, dass es in unserer Gesellschaft viele Probleme gibt, die Quellen für Konflikt und Gewalt darstellen.

Wir erkennen, dass jede abgeschossene Kugel und jede explodierte Bombe unsere Arbeit schwieriger macht.

Wir lehnen den Gebrauch der Bombe, der Kugel und aller Methoden der Gewalt ab.

Wir widmen uns tagtäglich der Arbeit mit unseren Nachbarn von nah und fern um eine friedliche Gesellschaft zu schaffen, in welcher die Tragödien, die wir erlebt haben, nur noch eine schlechte Erinnerung und eine anhalte Warnung sind.“

Von 1948 bis 1994 herrschte in Südafrika ein System der gesetzlichen Rassentrennung, Apartheid genannt. Unter der Apartheid entzogen Gesetz der schwarzen Bevölkerung und anderen Minderheiten ihre Rechte und ihre Würde. 1994 wurde die Apartheid durch die Bemühungen des reformfreudigen Präsidenten Frederik de Klerk und des Führers des *African National Congress (ANC)*, Nelson Mandela, beendet.

Die politische Karriere von de Klerk begann 1969, als er in das „House of Assembly“, eine der Parlamentskammern Südafrikas, gewählt wurde. Er stieg innerhalb der *National Party* schnell auf, nachdem er zum Leiter mehrerer Ministerien berufen worden war. Während dieser Zeit machte sich de Klerk einen Namen als Befürworter der rassengetrennten Universitäten. Er war damals nicht für die Unterstützung von Reformen bekannt. Im Februar 1989 wurde de Klerk dann zum Vorsitzenden der *National Party* gewählt. Nur wenige Monate später, nachdem Präsident P.W. Botha wegen eines Schlaganfalls abgedankt hatte, wurde er zu Südafrikas neuem Präsidentem gewählt. Als Präsident widmete sich de Klerk der Reformation der Apartheid. Er trat mit Repräsentanten von vier verschiedenen offiziellen Rassengruppen in Kontakt (Weisse, Schwarze, Menschen gemischter Rasse und Inder), um eine Verfassung für die Zeit nach der Apartheid zu schaffen. Zudem verordnete de Klerk die Entlassung politischer Gefangener. Unter diesen befand sich auch der Anti-Apartheid-Aktivist und spätere südafrikanische Präsident Nelson Mandela. Sodann hob de Klerk das Verbot politischer Gruppierungen wie des *African National Congress* und des *Pan-Africanist Congress of Azania* auf.

Die Bemühungen von de Klerk gipfelten in der Aufhebung der Apartheid-Gesetze durch die Regierung im Jahr 1991. Diese Aufhebung wurde von den weissen Wählern stark unterstützt. De Klerk, Mandela und mehrere andere Repräsentanten erstellten den Entwurf für eine neue Verfassung. Diese führte zu vielrassigen nationalen Wahlen.

Diese Wahlen resultierten im Sieg der *ANC* und Nelson Mandelas, der 27 Jahre im Gefängnis verbracht hatte. Mandela war damit der erste schwarze Präsident Südafrikas. Sein Charisma, seine Selbstironie und das Fehlen jeglicher Verbitterung über die schlechte Behandlung, der er unterworfen worden war, ebenso wie seine unglaubliche Lebensgeschichte erklären teilweise seine aussergewöhnliche globale Beliebtheit.

1993 wurden Frederik Willem de Klerk und Nelson Mandela zusammen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Dieser wurde ihnen für ihren Beitrag zur Schaffung einer nicht-rassistischen Demokratie in Südafrika und damit dem Ende der Apartheid verliehen.

„KRISEN MÖGEN UNS BEFALLEN, SCHLACHTEN MÖGEN UM UNS HERUM TOBEN – ABER MIT GLAUBEN UND DER SICHERHEIT, WELCHE DIESER BRINGT, WERDEN WIR DEN FRIEDEN GENIESSEN – DEN FRIEDEN, DER ÜBER JEDES VERSTÄNDNIS HINAUSGEHT.“

Auszug aus Frederik Willem De Klerks Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 1993:

Bis zum Ende dieses Jahrhunderts und dem Beginn eines neuen Jahrtausends dauert es noch etwas mehr als sechs Jahre. In drei Jahren wird sich der Tod von Alfred Nobel zum hundertsten Mal jähren, in acht Jahren wird dieser Preis zum hundertsten Mal verliehen.

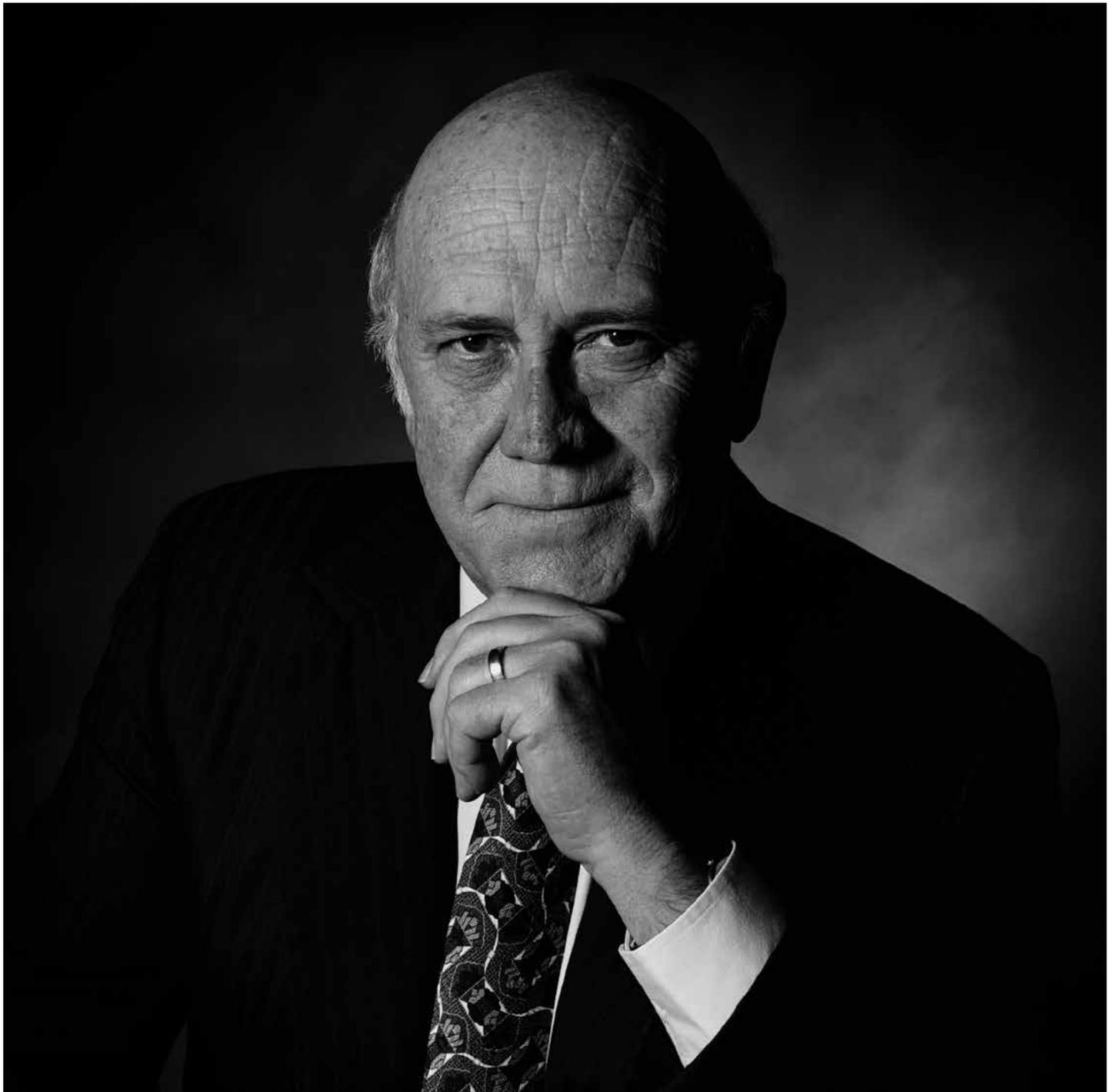
Im Laufe dieser Jahre haben sich die fürchterlichsten Kriege und Gemetzel in der langen und gewaltvollen Geschichte der Menschheit ereignet. Während wir heute sprechen

- regnen Granaten auf belagerte Ortschaften in Bosnien;
- bestehen verbitterte Konflikte in Georgien, Armenien und Aserbaidshans;
- werden verheerende Kriege und Konflikte in Afrika geführt – in Angola, in Somalia und seit kurzem in Burundi; und
- in meinem eigenen Land, obwohl wir bereits riesige Fortschritte gemacht haben, sind seit Beginn dieses Jahres über 3 000 Menschen aufgrund politischer Gewalt gestorben.

Wie immer sind vor allem unschuldige Menschen – und vor allem Kinder – Opfer dieser Konflikte. Wir schulden es insbesondere den Kindern dieser Welt, die Konflikte zu einem Ende zu bringen und eine neue Zukunft für sie zu schaffen. Sie verdienen Frieden und die Möglichkeit, ein gutes Leben zu führen. Ich würde diese Ansprache gerne ihnen und all jenen widmen, die sich darum bemühen, ihre Not zu lindern, wie zum Beispiel *UNICEF* dies tut.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, ob wir in Bezug auf unser Ziel des weltweiten Friedens Fortschritte erzielen. Oder werden wir von der Mühle der Zeit gefangen gehalten und drehen uns immer um die Achse der sinnlosen Aggression und Selbstzerstörung? Hat die Reihe von Nobelpreisträgern seit 1901 eine allgemeine Bewegung der Menschheit in Richtung Frieden hervorgebracht?

Wenn wir an die grosse Ehre denken, die uns als Empfänger dieses Preises zuteil wird, müssen wir uns diese Fragen in aller Bescheidenheit stellen. Wir müssen uns auch überlegen, wie der von uns angestrebte Frieden aussehen soll.



Frederik Willem de Klerk, © Architects of Peace Foundation

Ich glaube, dass der grösste Frieden derjenige ist, den wir aus unserem Glauben an Gott ableiten; aus der Gewissheit über unsere Beziehung mit unserem Erschaffer. Krisen mögen uns befallen, Schlachten mögen um uns herum toben – aber mit Glauben und der Sicherheit, welche dieser bringt, werden wir den Frieden geniessen – den Frieden, der über jedes Verständnis hinausgeht.

Die religiösen Überzeugungen schlagen sich natürlich

auch in einer bestimmten Einstellung dem Frieden gegenüber nieder. Ich habe leider nur Zeit, auf wenige der weltweit existierenden Ansichten über Frieden und seine Auswirkungen auf menschliche Beziehungen einzugehen.

Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Konflikt: Im Laufe der Geschichte bestand in vielen Gesellschaften, in welchen Menschen unterdrückt wurden, kein Konflikt. Das Fehlen eines Konflikts gründete aber nicht in

Harmonie, Wohlwollen oder dem Konsens der involvierten Parteien, sondern in Angst, Unverständnis und Machtlosigkeit. Ohne Gerechtigkeit oder Konsens gibt es deshalb keinen echten Frieden. Genauso wenig beinhaltet Frieden notwendigerweise Ruhe.

Die Geschichte der Menschheit befindet sich in permanentem Fluss. Keine Beziehung – zwischen Einzelnen, Gemeinschaften, politischen Parteien oder Ländern – bleibt die Gleiche. Es entstehen immer neue Situationen, die unsere ständige Aufmerksamkeit erfordern. Es entstehen Spannungen, die entschärft werden müssen. Militante radikale Minderheiten, die den Frieden stören wollen, müssen in Schach gehalten werden. Ohne ständige Anstrengung, Planung und harte Arbeit kann deshalb kein richtiger Frieden existieren. Frieden ist somit nicht die Abwesenheit von Konflikt. Frieden ist auch kein Stillstand. Frieden ist eine geistige Verfassung. Länder, Gemeinschaften, Parteien und Individuen versuchen in dieser geistigen Verfassung, ihre Unterschiede durch Vereinbarungen, Gespräche und mittels Kompromissen zu lösen, statt Drohungen, Zwang und Gewalt anzuwenden.

Frieden ist auch ein Rahmen. Es ist ein Rahmen aus Regeln, Gesetzen, Abkommen und Vereinbarungen – ein Rahmen, der Mechanismen für eine friedliche Lösung der unvermeidbaren Interessenkonflikte zwischen Ländern, Gemeinschaften, Parteien und Individuen zur Verfügung stellt. Es ist ein Rahmen, in welchem der unaufhaltsame und dynamische Prozess geregelt und angepasst werden kann, den die soziale, ökonomische und politische Entwicklung mit sich bringt.

Bei unserer Suche nach Frieden sollten wir uns immer fragen, was wir tun müssen, um Bedingungen zu schaffen, in denen Frieden gedeihen kann. Es ist einfach, diejenigen Mächte und Umstände zu definieren, die den Frieden stören und diese Mächte und Umstände zu beseitigen: Frieden gedeiht nicht, wo Armut und Entbehrung herrschen. Er gedeiht nicht, wo Unverstand und ein Mangel an Bildung und Information bestehen. Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ausbeutung sind dem Frieden abträglich. Frieden wird durch Angst und Neid innerhalb einer Gruppe stark bedroht, ebenso auch wenn unrealistische Erwartungen geweckt wurden. Intoleranz gegenüber anderen Rassen, Klassen und Religionen sowie Vorurteile sind tödliche Feinde des Friedens.

Weil der grösste Teil der menschlichen Geschichte von solchen Umständen charakterisiert wurde, sollten wir nicht staunen, dass ein grosser Teil der Geschichte aus einer bedauernswerten Erzählung über Gewalt und Krieg besteht.

Es besteht aber Grund zum Optimismus. Weltweit bewegen sich Mächte, die sich für Frieden einsetzen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist eine dieser Mächte. Sie ist sehr wichtig. Wirtschaftliche Entwicklung, die durch einen freien Markt geschaffen wird, verändert überall Gesellschaften: Sie hilft, Armut zu beseitigen und verschafft Mittel, die benötigt werden, um die dringendsten Bedürfnisse der Armen zu befriedigen. Sie verbreitet Bildung und Informationen an einen bisher nie erreichten Teil der globalen Bevölkerung. Sie verändert soziale und ökonomische Beziehungen und setzt die veralteten politischen und verfassungsmässigen Systeme unwiderstehlich unter Druck – ob diese nach links oder nach rechts ausgerichtet sind.

Demokratie geht Hand in Hand mit wirtschaftlicher Entwicklung. Wo immer wirtschaftliche Entwicklung Einzug hält, fördert sie die Einführung repräsentativer und demokratischer Institutionen – Institutionen, die alle einen Nährboden für Frieden schaffen.

Die Basis für die grundlegenden Reformen die in Südafrika stattgefunden haben, wurde nicht durch externen Druck geschaffen, sondern vor allem durch die sozialen Veränderungen, welche das wirtschaftliche Wachstum verursacht hat.

Insofern als die Apartheid durch Druck abgeschafft wurde, stammte dieser Druck in erster Linie von Millionen friedliebender Menschen, die in unsere Städte zogen und Teil unserer Wirtschaft wurden, nicht von einem bewaffneten Kampf.

Die Erkenntnis, dass weitreichende Veränderungen unumgänglich geworden sind, wurde nicht durch politische Reden und Manifeste gewonnen. Vielmehr führte vor allem die Enthüllung der Realitäten, die mittels Fernsehen und Radio in Millionen von Häuser gebracht wurden, zu dieser Einsicht.

Der wichtigste Faktor, der zur treibenden Kraft in Richtung eines neuen Zeitalters in Südafrika wurde, war ein grundlegender Sinneswandel. Dieser Sinneswandel fand auf beiden während Jahrzehnten am Konflikt beteiligten Seiten statt. Es handelte sich dabei nicht um eine plötzliche Veränderung, sondern um einen Prozess – einen Prozess der Selbstbeobachtung und der Gewissensprüfung; der Reue; der Erkenntnis der Sinnlosigkeit des laufenden Konflikts und der Anerkennung, dass die Strategien gescheitert waren und der Konflikt eine grosse Ungerechtigkeit mit sich gebracht hatte.

Dieser Prozess brachte die *National Party* dazu, sich ein für alle Mal klar von der Apartheid und der Separationsbewegung loszulösen. Sie löste sich klar von allen Formen der Diskriminierung.

Wir kamen somit zum Punkt, an dem wir, als Südafrikaner, damit beginnen konnten, die Generationen des Vorurteils, der Feindschaft und der Angst, die uns trennten, zu überbrücken. Dieser Prozess brachte uns an den Verhandlungstisch. Dort konnten wir damit beginnen, die geistige Verfassung und den Rahmen für Frieden, von dem ich vorher gesprochen habe, zu entwickeln. Diese bereiteten den Weg für eine neue südafrikanische Verfassung, die nun vom Parlament debattiert wird. Die neue Verfassung sieht unter anderem folgendes vor:

- die Schaffung eines Rechtsstaats, eines konstitutionellen Systems, in dem das Recht – die Konstitution und die Grundrechtecharta – souverän ist;
- den Schutz der Grundrechte aller Individuen, Gemeinschaften und kulturellen Gruppierungen durch eine Grundrechtecharta, übereinstimmend mit dem, was universell akzeptiert wird;
- ein unabhängiges Verfassungsgericht, das als Wächter der Konstitution und der Grundrechtecharta amtiert;
- klar definierte verfassungsrechtliche Prinzipien, an welche sich jede künftige Verfassung halten muss;
- eine ausgewogene Teilung der Aufgaben und Befugnisse zwischen starken Provinzregierungen, die auf bundesstaatlichen Prinzipien beruhen, und einer starken Zentralregierung;
- sowie spezielle Mehrheitsverhältnisse und Mechanismen für Verfassungsänderungen.

Ich glaube, dass diese Übergangsverfassung einen angemessenen Rahmen von Vereinbarungen und Regeln sowie von gegenseitiger Kontrolle enthält. Diese Faktoren sind wichtig für Frieden in unserer vielschichtigen Gesellschaft. Sie stellt zudem sicher, dass sich alle Südafrikaner an allen Aktionen beteiligen können. Sie diskriminiert in keiner Weise aufgrund von Farbe, Glaube, Klasse oder Geschlecht.

Die Verfassung beinhaltet alle wichtigen Sicherungsmassnahmen, welche unsere Gemeinschaften brauchen werden, um ihre Identitäten und ihre Lebensweisen beizubehalten. Sie weist ausserdem angemessene Garantien für politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte der Einzelnen auf.

Ich glaube, dass dieser Rahmen für Frieden Erfolg haben wird, wenn wir jetzt die geistige Verfassung schaffen können, von der ich gesprochen habe. Die geistige Verfassung, die für Frieden nötig ist – eine geistige Verfassung, die Menschen dazu bringt, Differenzen durch Verhandlungen, Kompromiss und Vereinbarungen zu lösen, statt durch Zwang und Gewalt.

Ich glaube, dass eine solche geistige Verfassung in

Südafrika heute schon existiert, auch wenn sie zerbrechlich sein mag. Alle unsere Vorsitzenden, auch Herr Mandela und ich, werden als gute Beispiele vorangehen, um diese geistige Verfassung zu festigen. Wir werden sehr geschickt handeln müssen, um die Absichten einzelner Minderheiten, die mit zivilen Konflikten drohen, im Keim zu ersticken. Wir werden den Rahmen des Friedens, auf den wir uns geeinigt haben, standhaft und entschieden verteidigen.

Es besteht kein Raum für Selbstzufriedenheit. Alle von uns, die an Frieden glauben, müssen ihre Bemühungen verdoppeln. Sie müssen sämtlichen Mitbürgern versichern, dass ihre Rechte und ihre Sicherheit sichergestellt werden.

Ich zweifle nicht daran, dass wir Erfolg haben werden. Unter allen Südafrikanern wächst das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Wir wissen, dass keiner von uns Erfolg haben kann, wenn wir nicht zusammenarbeiten. Sodann haben wir erkannt, dass wir alle scheitern werden, wenn wir versuchen, eng begrenzte Partikularinteressen zu verfolgen.

Vor fünf Jahren hätten die Leute am gesunden Verstand von jedem gezweifelt, der vorhergesehen hätte, dass Herr Mandela und ich im Jahr 1993 zusammen den Friedensnobelpreis erhalten.

Und jetzt sind wir heute beide hier vor Ihnen. Wir sind politische Gegner. Unsere Meinungen gehen bei Schwerpunktthemen weit auseinander und wir werden bald eine anstrengende Wahlkampagne gegeneinander führen. Aber ich glaube, dass wir es in der geistigen Verfassung und innerhalb des Rahmens des Friedens tun werden, der bereits errichtet wurde.

Wir werden es tun – und viele andere Vorsitzende werden es mit uns tun –, weil es keinen anderen Weg zu Frieden und Wohlstand für die Bevölkerung unseres Landes gibt. In den vergangenen Konflikten gewann niemand in unserem Land. Mit der Versöhnung werden alle von uns zu Gewinnern.

Die Kompromisse, die wir erzielt haben, haben von allen Beteiligten Opfer verlangt. Es war weder für die Anhänger von Herrn Mandela noch für meine Anhänger einfach, Wertvorstellungen aufzugeben, die sie während vielen Jahrzehnten gepflegt hatten.

Wir haben es aber getan. Und weil wir es getan haben, besteht Hoffnung.

Die neue Ära, die in unserem Land erwacht, unter den grossartigen Sternen des Südens, wird uns aus dem stillen Kummer unserer Vergangenheit in eine Zukunft mit Möglichkeiten und Platz für Freude und Schönheit führen – für echten und dauerhaften Frieden.

„BILDUNG IST DIE MÄCHTIGSTE WAFFE, DIE DU EINSETZEN KANNST, UM DIE WELT ZU VERÄNDERN.“
AUSSAGE DES PRÄSIDENTEN DES AFRIKANISCHEN NATIONALKONGRESSES

Nelson Mandela anlässlich seiner Amtseinführung als Präsident der demokratischen Republik Südafrika, Union Buildings, Pretoria, 10. Mai 1994:

Ihre Majestäten, Ihre Hoheiten, werte Gäste, Kameraden und Freunde:

Durch unsere Präsenz hier und durch unsere Feiern in andern Teilen des Landes und der Welt verleihen wir einer neugeborenen Freiheit heute Ehre und Hoffnung.

Wir haben aus der aussergewöhnlichen menschlichen Katastrophe, die zu lange angedauert hat, Lehren gezogen. Gestützt auf die gesammelten Erfahrungen muss eine Gesellschaft geschaffen werden, auf welche die ganze Menschheit stolz ist.

Unsere täglichen Geschäfte als normale Südafrikaner müssen eine eigentliche südafrikanische Realität erzeugen. Diese soll den menschlichen Glauben an Gerechtigkeit und das Vertrauen in das Edle der menschlichen Seele stärken und unsere Hoffnungen auf ein herrliches Leben für uns alle erhalten.

Wir schulden dies uns selbst wie auch allen anderen Menschen weltweit, die hier so gut vertreten sind.

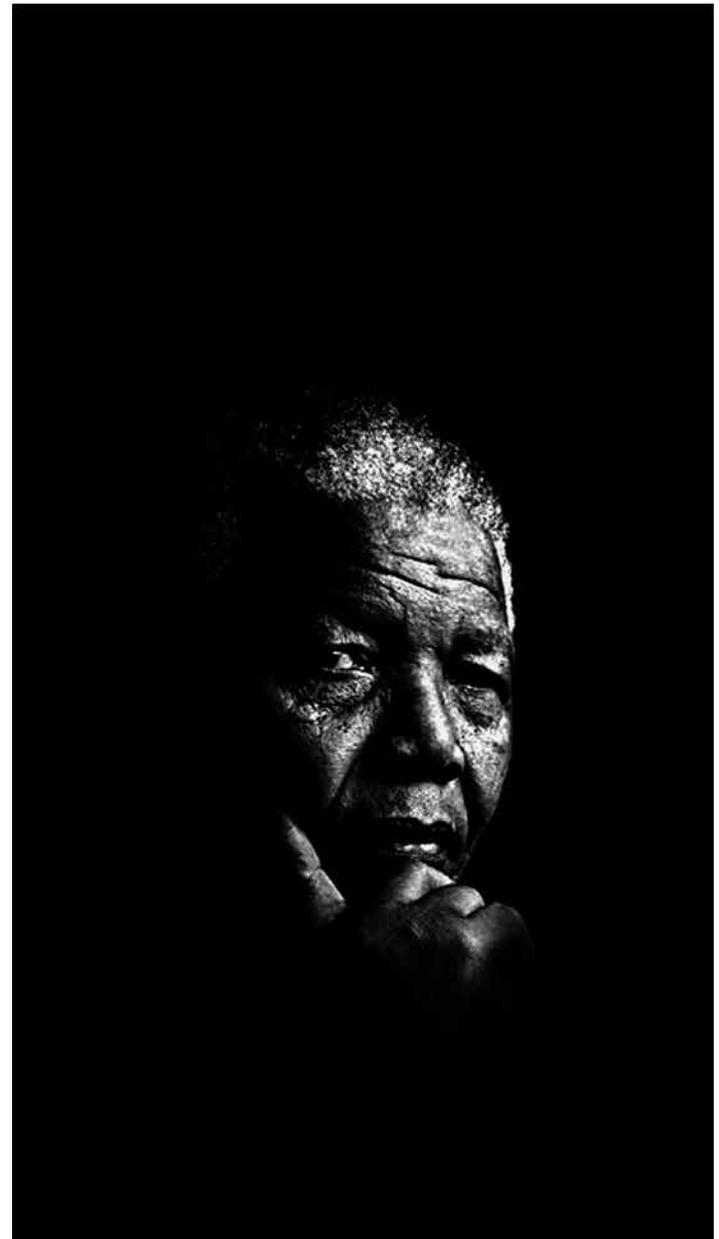
Meinen Mitbürgern sage ich ohne zu zögern, dass wir alle so eng mit der Erde dieses schönen Landes verbunden sind wie die berühmten Jakarandabäume in Pretoria und die Mimosen im Bushveld-Komplex.

Jedes Mal, wenn einer von uns die Erde dieses Landes berührt, verspüren wir ein Gefühl der persönlichen Regeneration. Die Stimmung der Nation ändert sich wie sich auch die Jahreszeiten ändern.

Wir erfreuen uns und geniessen es, wenn das Gras grün wird und die Blumen blühen.

Diese spirituelle und physische Einheit, die wir mit unserer gemeinsamen Heimat teilen, erklärt die Tiefe des Schmerzes, den wir alle in unseren Herzen spürten, als wir sahen, wie unser Land durch einen furchtbaren Konflikt auseinandergerissen wird. Es schmerzte uns, als wir sahen, wie unser Land von den Menschen dieser Welt verschmäht, geächtet und isoliert wurde, weil es zum Boden für eine schädliche Ideologie sowie für Rassismus und die Unterdrückung von Rassen wurde.

Wir, die Bevölkerung von Südafrika, sind dankbar, dass uns die Menschlichkeit zurück in ihren Schoss genommen hat. Dass wir, die vor kurzer Zeit noch geächtet wurden,



Nelson Mandela, © Bill Brooks

heute das seltene Privileg erhalten haben, die Nationen der Welt auf unserer Erde zu Gäste zu haben.

Wir danken allen verehrten internationalen Gästen dafür, dass sie hierhergekommen sind, um zusammen mit unserer Bevölkerung den gemeinsam erzielten Sieg der Gerechtigkeit, des Friedens und der menschlichen Würde zu feiern.

Wir vertrauen darauf, dass ihr weiterhin zu uns steht, wenn wir die Herausforderung annehmen, Frieden, Wohlstand, und Demokratie zu schaffen und Sexismus sowie Rassismus zu verhindern.

Wir sind dankbar über die Rolle, welche unsere grosse Bevölkerung und die politischen, demokratischen und

religiösen Führer, die Führer der Frauen und der jungen Menschen, die Wirtschaftsführer, die traditionellen und die anderen Führer, gespielt haben, um diesen Abschluss herbeizuführen. Nicht zuletzt ist mein Vizepräsident, der ehrenwerte F.W. de Klerk, zu erwähnen.

Achtung gebührt auch den Sicherheitskräften, auf allen hierarchischen Ebenen, für die ausgezeichnete Rolle, die sie in der Sicherstellung der ersten demokratischen Wahlen und des Übergangs von bluthungrigen Truppen, die sich noch immer weigern, das Licht zu sehen, zu Demokratie, gespielt haben.

Die Zeit für die Heilung der Wunden ist gekommen. Der Moment der Überbrückung der uns teilenden Kluften ist gekommen. Es steht uns die Zeit des Aufbaus bevor.

Wir haben endlich unsere politische Emanzipation erreicht. Wir schwören uns, unser Volk von den dauerhaften Fesseln der Armut, der Entbehrung, des Leids und der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder aus anderen Gründen zu befreien.

Wir konnten die letzten Schritte zur Freiheit unter relativ friedlichen Umständen gehen. Wir verpflichten uns zu umfassendem, gerechtem und dauerhaftem Frieden.

Wir konnten bei Millionen unserer Bürger Hoffnung erzeugen. Wir sind die Vereinbarung eingegangen, eine Gesellschaft aufzubauen. In dieser sollen alle Südafrikaner, Schwarze und Weisse, mit stolz erhobenem Kopf gehen können. Sie sollen in ihren Herzen keine Angst tragen und sollen in ihrem Recht auf menschliche Würde bekräftigt werden. Wir möchten eine Regenbogennation, die mit sich selbst und der Welt im Reinen ist.

Als Zeichen ihres Einsatzes für die Erneuerung unseres Landes wird die neue Übergangsregierung der nationalen Einheit die Amnestie verschiedener Menschen, die momentan inhaftiert sind, dringlichst behandeln.

Wir widmen diesen Tag allen Helden und Heldinnen dieses Landes und des Rests der Welt. Sie haben auf viele Arten geopfert und ihre Leben dafür gegeben, dass wir frei sein können. Ihre Träume sind wahr geworden. Freiheit ist ihre Belohnung.

Wir sind voller Demut, aber auch erhoben von der Ehre und dem Privileg, dass ihr, das Volk von Südafrika, unserer Partei und mir als erstem Präsidenten eines vereinten, demokratischen, nicht rassistischen und nicht sexistischen Südafrika, die Führung unseres Landes aus dem Tal der Dunkelheit anvertraut habt.

Wir erkennen, dass der Weg zur Freiheit noch immer nicht einfach ist. Wir wissen, dass niemand alleine Erfolg erzielen kann. Wir müssen alle zusammen als ein vereintes Volk handeln. Wir müssen uns für die nationale

Aussöhnung, die Schaffung einer Nation und die Geburt einer neuen Welt einsetzen.

Lass es Gerechtigkeit für alle geben.

Lass es Frieden für alle geben.

Lass es Arbeit, Brot, Wasser und Salz für alle geben.

Lasst alle wissen, dass der Körper, der Geist und die Seele eines jeden befreit wurden, damit sie sich selbst verwirklichen können.

Dieses schöne Land soll nie, nie und nimmer mehr die Unterdrückung des einen durch den anderen erleben oder unter der Erniedrigung, das Stinktier der Welt zu sein, leiden.

Lass Frieden regieren.

Die Sonne soll nie untergehen über einem so prächtigen menschlichen Erfolg.

Gott segne Afrika!

Vielen Dank.

„ES GIBT IMMER NOCH FRAUEN, DIE IN DER TEMPELANLAGE SIND UND DIE HILFE BENÖTIGEN. NIEMAND REPRÄSENTIERT DIESE BESSER ALS JEMAND, DER EBENFALLS DORT WAR UND DENSELBEN SCHMERZ ERLEBTE... GEGEN ALLE WAHRSCHEINLICHKEIT HABE ICH MICH DAZU ENTSCHLOSSEN, DIESE AUFGABE ZU ÜBERNEHMEN UND DARÜBER ZU SPRECHEN. SEITHER MACHE ICH DIES.“

Juliana Dogbadzi wurde als kleines Kind aufgrund einer Tradition, die unter dem Namen „Trokosi“ bekannt ist, in einer Tempelanlage in ihrem Heimatland Ghana versklavt. Dort wurde sie gezwungen, ohne Lohn und ohne dass man ihr Essen oder Kleidung zur Verfügung gestellt hätte, zu arbeiten und einem „heiligen“ Mann für sexuelle Dienste zur Verfügung zu stehen. Im Alter von 23 Jahren, nach 17 Jahren in der Tempelanlage und mehreren fehlgeschlagenen Fluchtversuchen, konnte sie fliehen.

„Trokosi“ stammt von den Ewe-Wörtern „tro“ (Gottheit oder Fetisch) und „kosi“ (Sklavin) und bedeutet „Sklavin der Götter“. Es handelt sich dabei um einen religiösen und kulturellen Brauch, bei dem junge Mädchen, vor allem Jungfrauen, in lebenslange Knechtschaft geschickt werden. Sie müssen in der Tempelanlage für angebliche Verbrechen ihrer Verwandten büßen. Im südöstlichen Teil Ghanas befinden sich schätzungsweise 5 000 junge Mädchen und Frauen in rund 345 Tempelanlagen. Die kühne Flucht von Juliana Dogbadzi und ihre anschließende Verurteilung des Brauchs führten 1999 zu dessen Verbot in Ghana. Die Strafverfolgung gegen die „Trokosi“ ist allerdings noch immer nicht konsequent. Dogbazi spricht sich weiterhin gegen die „Trokosi“ aus. Gleichzeitig bereist sie das Land, trifft Sklavinnen und versucht, deren Freilassung zu erwirken.

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000

Ich war nie in einem Schulzimmer. Ich ging nie zur Schule. Als ich sieben Jahre alt war, brachten mich meine Eltern aus unserem Haus und sandten mich zu einer Tempelanlage. Dort war ich während siebzehn Jahren Sklavin eines fetischen Priesters. Die Leute sagten, mein Grossvater habe zwei Dollar gestohlen. Als er der Straftat beschuldigt und darum gebeten wurde, das Geld zurückzugeben, bestand er auf seiner Unschuld. Die Frau, die ihn wegen des Diebstahls angeklagt hatte, ging zur Tempelanlage und verwünschte die Familie meines Grossvaters. Ab diesem Zeitpunkt begannen Mitglieder meiner Familie zu sterben. Ein Wahrsager sagte, dass sich mein Grossvater bei der „Trokosi“-Tempelanlage melden müsse, wenn er weitere Tode verhindern wolle. Der Priester teilte meiner Familie dann mit, sie müsse ein junges Mädchen zur Tempelanlage bringen, um die Götter zu besänftigen. Eine meiner Schwestern wurde daraufhin zur 600 Meilen entfernten Tempelanlage in Kebenu geschickt, wo sie aber einige Jahre später verstarb. Weil ich unmittelbar nach dem Tod meines Grossvaters geboren worden war, wurde ich zu ihrem Ersatz.

Ich lebte und arbeitete auf den Feldern des Priesters und sorgte dafür, dass das Gelände sauber war. Gleichzeitig wurde ich vom Priester auf zerrissenen Matten auf kalten Böden fensterloser Hütten mehrfach vergewaltigt. Die anderen Sklavinnen und ich erhielten weder Nahrung noch medizinische Versorgung. Wir mussten nach der Arbeit auf den Feldern des Priesters noch Holz köhlern oder in den nahegelegenen Dörfern Feuerholz verkaufen, damit wir genug verdienten, um Essen kaufen zu können. Manchmal assen wir nichts als rohen Pfeffer oder Palmkernnüsse, um am Leben zu bleiben.

Weil ich bei meiner Ankunft noch ein Kind war, wusste ich nicht, was ich tun musste. Eine ältere Sklavin kümmerte sich um mich. Sie konnte mir aber nicht viel helfen, weil sie aufgrund der Vergewaltigungen durch den Priester viele Kinder hatte. Sie sagte: „Schau, kleines Mädchen, pass auf dich auf oder du wirst sterben.“ Es befanden sich einmal hundert Sklavinnen in meiner Tempelanlage, der Priester



sandte aber etwa neunzig von ihnen zur Arbeit auf seine Felder oder in andere Dörfer. Zusammen hatten sie etwa 65 Kinder, die sie ebenfalls versorgen mussten.

Wir lebten zu zwölft – vier Frauen und acht Kinder – in einem strohgedeckten Haus, das aus einem Zimmer bestand. Es war aus Lehm gebaut und hatte weder Fenster noch Türen. Der Regen gelangte direkt ins Haus, ebenso wie die Schlangen. Der Raum war zwanzig Fuss lang und zwölf Fuss breit. Die Decke war tief, nur wenig höher als unsere Köpfe. Wir schliefen alle zusammen auf einer Matte auf dem Boden. Ich kann mich noch an mehr erinnern, diese Erinnerungen auszusprechen bringt aber den alten Schmerz wieder hoch. Es ist schwierig, diese Erfahrungen nochmals zu durchleben.

Im Bereich der Tempelanlage darf man keine Schuhe tragen und keinen Hut anziehen, um sich vor der stechenden Sonne zu schützen. Man hat nur ein kleines Stück Tuch, das man um sich wickeln kann, wenn es regnet oder kalt ist. Ein typischer Tag in der Tempelanlage spielte sich wie folgt ab: du erwachst um fünf Uhr morgens, gehst zum etwa fünf Kilometer entfernten Fluss um dort Wasser für die Anlage zu holen, kehrst den Boden, bereitest das Essen für den Priester vor (von dem du selbst aber nichts essen darfst), gehst auf die Felder, wo du bis sechs Uhr abends arbeitest und kommst dann zurück um zu schlafen, ohne etwas gegessen zu haben oder aber du suchst noch nach Essensresten. Nachts rief der Priester jeweils eine von uns zu sich in sein Zimmer und vergewaltigte sie. Als ich zum ersten Mal vergewaltigt wurde, war ich etwa zwölf Jahre alt.

Gewisse Sklavinnen wurden vom Priester bevorzugt. Der Priester mochte diejenigen Mädchen, die sich seinen sexuellen Wünschen fügten und hasste diejenigen, die sich immer zur Wehr setzten. Die letzteren schlug er. Diejenigen Mädchen, die der Priester mochte, sagten immer, sie wären klug, weil sie sich so verhalten würden, dass sie nicht geschlagen würden. Einige von uns behaupteten jedoch, sie wären dumm und würden den Sex mit einem Mann, den sie nicht liebten, genießen. Als ich Leute sah, die zu unserem Dorf kamen, um Essen zu kaufen und die schöne Kleider trugen, dachte ich, ich müsse etwas verändern, um ein besseres Leben zu erhalten. Ich müsse die Freiheit erlangen.

Ich musste etwas tun, um mein Leben zu ändern. Ich floh mehrere Male. Das erste Mal ging ich zu meinen Eltern. Ich sagte ihnen, dass ich in der Tempelanlage leide. Meine Eltern fürchteten sich aber und wollten nicht, dass ich bei ihnen bleibe. Sie sagten, die Götter würden sie erschlagen, wenn sie mich behalten würden. Sie brachten mich deshalb zurück zum Priester, wo ich wieder die gleichen Qualen erleiden musste. Da ich dies nicht noch einmal erleben

wollte, musste ich einen anderen Weg finden, um mich selbst und die anderen Frauen zu befreien.

Bei meiner zweiten Flucht floh ich in ein Dorf in der Nähe der Tempelanlage. Ein junger Mann gab mir Essen und nahm mich zu sich. Er nutzte mich aus und schwängerte mich. Als der Priester dies herausfand, schickte er mehrere junge Männer ins Dorf um mich zu holen. Diese schlugen mich unaufhörlich, ich hatte danach an meinem ganzen Körper Verletzungen. Ich brach zusammen und starb beinahe. Der Vater des Kindes hätte sich um uns gekümmert, der Priester drohte ihm aber mit dem Tod. Der junge Mann musste dem Priester einige Flaschen Schnaps und ein Huhn übergeben. Zudem wurde er gewarnt, sich mir nicht mehr zu nähern, andernfalls würde er sterben. Ich habe ihn seither nicht mehr gesehen. Er hat unser gemeinsames Kind nie gesehen.

Als ich zum dritten Mal floh, war ich entschlossen, nie mehr zur Tempelanlage zurückzukehren. Ich war damals im dritten Monat schwanger – das Resultat einer weiteren Vergewaltigung durch den Priester. Ich fühlte mich nicht wohl. Ich hatte auch seit einigen Tagen nichts gegessen. Ich war schwanger und brauchte Nahrung, ansonsten würde ich sterben. Ich entschied deshalb, zu einer Farm in der Nähe zu gehen. Diese Farm gehörte dem Priester. Ich wollte dort einen Maiskolben von der Ernte nehmen, welche die anderen Sklavinnen und ich gepflanzt hatten. Ich wurde jedoch beim Stehlen des Mais erwischt und der Priester befahl den jungen Männern im Dorf, mich zu schlagen, bis ich bewusstlos sei. Als ich wieder zu mir kam, sah ich auf meinem ganzen Körper Blutergüsse und Wunden. Durch die Misshandlungen hatte ich fast mein ungeborenes Kind verloren. Ich entschied daraufhin, dass ich endlich aus der Tempelanlage fliehen muss, weil ich sonst getötet würde. Es sollte aber nicht sein. Ich hatte Angst und ging zurück zur Tempelanlage. Dieser Vorfall war jedoch der Wendepunkt in meinem Leben. Ich war damals etwa siebzehn oder achtzehn Jahre alt und entschlossen, etwas zu tun, um den anderen Menschen in der Tempelanlage zu helfen.

Eines Tages kam ein Mitarbeiter einer gemeinnützigen Organisation, der *International Needs Ghana*, zur Tempelanlage, um mit dem Priester zu sprechen. Dies war meine Chance. Ich weiss nicht, woher meine plötzliche Zuversicht kam, es war aber jegliche Angst gewichen. Ich fürchtete mich nicht vor dem Tod und war bereit, für andere zu sterben. Gott sei Dank hatte ich dieses Gefühl! Ich floh jedoch nicht unmittelbar danach, weil ich sehr schwach und meine Schwangerschaft fortgeschritten war. Ausserdem konnte ich nicht weit gehen. Zum Glück kam das Baby aber

einige Wochen später zur Welt. Mit dem Baby auf meinem Rücken und meinem ersten Kind, Wonder, an der Hand, floh ich durch den Busch zur Hauptstrasse. Dort nahm mich jemand nach Adidome und zum Sitz von *International Needs Ghana* mit.

Die Mitglieder dieser Organisation brachten mir viele Fähigkeiten bei und hielten mich vom Priester fern. Sie lehrten mich zum Beispiel, Brot zu backen. Trotzdem dachte ich: „Es gibt weitere Frauen, die noch in der Tempelanlage sind und die Hilfe benötigen. Niemand repräsentiert diese besser als jemand, der ebenfalls dort war und denselben Schmerz erlebte. Jemand, welcher der Welt erzählen kann, was in den Tempelanlagen passiert. Wenn niemand diese Praxis beendet, werden wir alle unter Schmerzen sterben müssen.“ Gegen alle Wahrscheinlichkeit habe ich mich dazu entschlossen, diese Aufgabe zu übernehmen und darüber zu sprechen. Seither mache ich dies. Ich ging zu den Tempelanlagen und sprach mit ihren Bewohnern und Bewohnerinnen. Ich ermutigte sie, die Tempelanlage zu verlassen, so wie ich es auch getan habe.

Die Tradition der Tempelanlagen erhebt Machtansprüche, die sie nicht hat, um den Sklavinnen Angst einzulösen und sie davon abzuhalten, zu fliehen. Diese Vorgehensweise ist ein absichtlicher Versuch von Männern, Frauen zu unterwerfen. Ein Mann begeht ein Verbrechen und die Frau muss dafür bezahlen. Dies kann nicht akzeptiert werden. Der Schrein ist auch ein Verbrechen gegen Kinder. Das Kind einer Sklavin teilt das Elend seiner Mutter. Wenn die Mutter genügend zu essen hat, kann auch das Kind essen. Wenn sie kein Essen hat, verhungert das Kind. Wenn die Mutter Kleidung hat, hat auch das Kind Kleidung. Wenn nicht, dann hat auch das Kind keine Kleider. Wenn die Mutter auf die Felder geht, muss das Kind mitgehen. Es gibt tausende „Trokosi“-Sklavinnen mit Kindern, die Hilfe benötigen. Auch diejenigen, die befreit wurden, brauchen Hilfe, um sich vom Leid, das ihnen in den Schreinen widerfahren ist, zu erholen.

Im Gegensatz zu den meisten Mädchen und Frauen habe ich die Angst, die vom „Trokosi“-System verbreitet wird, überwunden. Dies war meine Waffe. Jetzt, wo ich geflohen bin, helfe ich anderen Frauen, ihre Angst zu überwinden, indem ich meine Geschichte erzähle. Ich erkläre ihnen, was ich momentan mache und dass ich noch lebe und nicht tot bin, wie man es ihnen glaubhaft machte. Ich versuche den Priestern beizubringen, welchen Schmerz die Frauen im Schrein erleiden. Gewisse Priester erlauben mir nicht mehr, ihren Schrein zu betreten. Wenn ich in der Stadt bin, informiere ich die Öffentlichkeit über das Leben in den Schreinen und setze mich für ein Ende dieser Praxis ein.

Was ich mache, ist gefährlich. Ich bin aber bereit, für eine gute Sache zu sterben. Gewisse Leute schicken mir Drohbriefe, andere konfrontieren mich in der Öffentlichkeit. Glücklicherweise sind die Menschen, mit denen ich arbeite, aber sehr stark und ermutigen mich. Bis heute unterstützen mich acht Mädchen bei meiner Arbeit. Mein nächster Schritt in Richtung Auflösung der „Trokosi“ ist, sicherzustellen, dass die geltenden Gesetze durchgesetzt werden. Ausserdem unterstützte ich Organisationen in der Republik Togo und in Benin dabei, die beschriebene Praxis in ihren Ländern ebenfalls zu einem Ende zu bringen.

Ich glaube, dass ich eine Berufung habe. Dies, weil es seltsam ist, nach allem, was ich durchgemacht habe, zu leben, gesund zu sein und arbeiten zu können. Den Unterschied gemacht haben die Hilfe, die ich von *International Needs Ghana* erhalten habe sowie mein Selbstvertrauen. Ich habe meinen Eltern vergeben, weil ich weiss, dass sie mir dies aus Unkenntnis und aus Angst angetan haben. Ich will nicht, dass sie Schuldgefühle haben. Aus diesem Grund erzähle ich ihnen denn auch nicht, was ich erlebt habe. Ich sehe meine Eltern allerdings nicht oft. Heute bin ich glücklich verheiratet und hatte soeben das erste geplante Kind mit einem Mann, den ich liebe. Mein heutiges Leben ist wie das Leben jeder anderen jungen Frau.

**“FEW WILL HAVE THE
GREATNESS TO BEND
HISTORY ITSELF; BUT EACH
OF US CAN WORK TO
CHANGE A SMALL PORTION
OF EVENTS, AND IN THE
TOTAL OF ALL THOSE
ACTS WILL BE WRITTEN
THE HISTORY OF THIS
GENERATION.”**

ROBERT F. KENNEDY

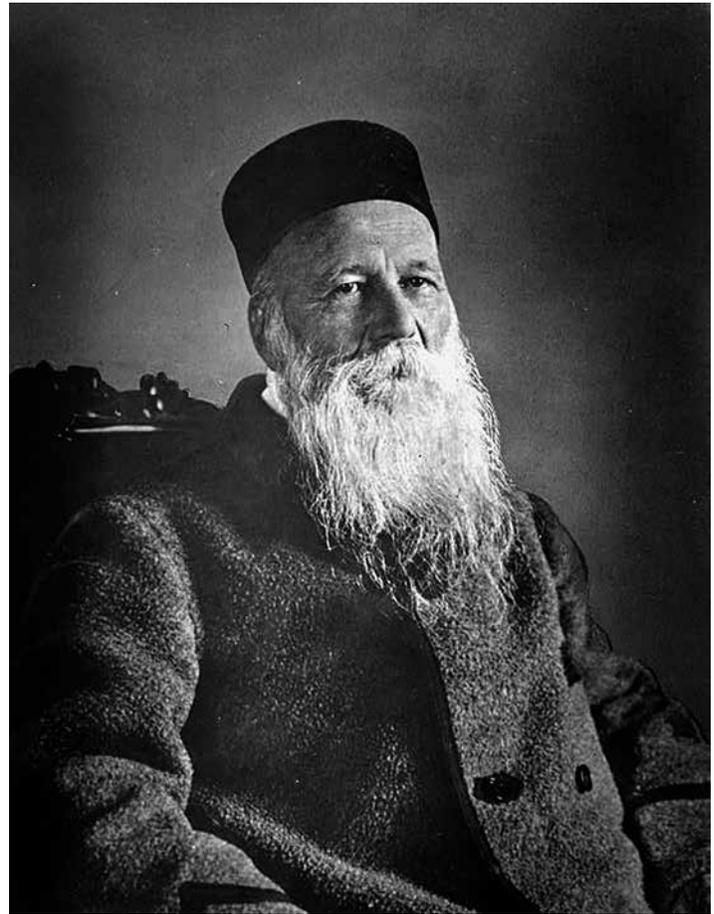
HENRY DUNANT

„DIE STRÖMUNG GEGEN DEN KRIEG MUSS EINE ALLGEMEINE WERDEN. ES MUSS DEN NATIONEN BEWIESEN WERDEN, WIE HOCH DER PREIS DES RUHMES, DES SOGENANTEN RUHMES IST, DER SIE SO LEICHT VERWIRRT. ES IST VON GRÖSSTER WICHTIGKEIT, IHNEN SOLCHES IMMER VORZUSTELLEN. MAN MUSS DEN GEDANKEN EINES INTERNATIONALEN SCHIEDSGERICHTS IN DEN GEIST DER VÖLKER UND INDIVIDUEN EINDRINGEN MACHEN.“

Henry Dunant wurde am 8. Mai 1828 in Genf geboren. Die soziale Stellung seiner Familie erlaubte ihm eine sorgenfreie Jugend. Durch das soziale Engagement seiner Mutter begegnete Dunant aber auch früh Armut und Elend. Diese Begegnungen haben stark zum lebenslangen sozialen Engagement von Dunant beigetragen.

Im Rahmen einer Geschäftsreise begab sich Henry Dunant im Juni 1859 in die Nähe der italienischen Stadt Solferino. Dort wurde er Zeuge der erschreckenden Zustände unter den Verwundeten nach einer Schlacht zwischen der Armee Österreichs und den Truppen Sardinien-Piemonts und Frankreichs. Er sah, wie auf dem Schlachtfeld rund 40000 Tote und Verwundete beinahe ohne Hilfe zurückblieben und versuchte auch selbst, den Verwundeten wo immer möglich zu helfen. Henry Dunant schilderte deren Situation in seinem Buch „Eine Erinnerung an Solferino“, das er 1862 auf eigene Kosten veröffentlichte und in Europa verteilte. Später wurde das Buch zum Welterfolg. In seiner Erzählung ging Dunant nicht nur auf das Kampfgeschehen in Solferino, das Schicksal der Verwundeten und die bestehende medizinische Versorgung ein, sondern zeigte auch Möglichkeiten auf, wie das Schicksal der Verwundeten verbessert werden könnte.

Im folgenden Jahr wurde das *Internationale Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege* mit Sitz in Genf gegründet. Seit 1876 führt dies den Namen *Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)*. Die 1864 beschlossene erste Genfer Konvention stützt sich auf die Vorschläge aus Dunants Buch. Dunants Geschäfte hingegen liefen ab den 1870er-Jahren immer schlechter und führten zu seinem finanziellen Ruin. 1901 erhielt Dunant den Friedensnobelpreis, der in diesem Jahr erstmals verliehen wurde. Erteilt wurde er Dunant für seine Bemühungen bezüglich der Gründung des Roten Kreuzes sowie die Initiierung der Genfer Konvention. Dunant starb am 30. Oktober 1910 verarmt in Heiden.



Henry Dunant. © Time Life Pictures

Auszüge aus: Henry Dunant, „Kleines Arsenal gegen den Militarismus“, in: „Die Waffen nieder!“, Band 8–9, S. 310–314:

Dass die Wahrheit erschreckt, das kann man hauptsächlich mit Bezugnahme auf den Krieg behaupten. Darum, weil sie erschreckt, will man die Wahrheit nicht allzulaut verkündigen, das würde oft den Interessen gewisser Leute sowie ihrer Stellung in der Welt Schaden bringen. Sie fürchten mit ihren Ansichten vereinzelt zu bleiben, denn das Joch der einmal aufgenommenen Ideen ist so schwer, dass man es nicht abzuschütteln wagt, selbst wenn manche dieser Ideen schädlich sind. Sie belasten uns oft in einem solchem Maass, dass sie sich mitunter an die Stelle unseres Gewissens setzen. Wenn wir uns immer an die Wahrheit halten würden, dann gäbe es in unseren Anschauungen, Gedanken, Urtheilen und unserer sogenannten Weisheit so vieles durchzunehmen, zu verbessern und abzuändern, dass dies unsere ganze Erziehung umgestalten hiesse. Wie viel Mühe geben wir uns, um uns selbst zu täuschen, die Wahrheit zu verhüllen, zu compliziren was an sich einfach ist, und uns Illusionen zu machen.

Der Chauvinismus verherrlicht die rohe Gewalt, er

predigt die Ungerechtigkeit im sogenannten „Occupationsrecht“, der sich die civilisirten Völker gegenüber denjenigen anmassen, die sie als „zurückgebliebenes Volk“ bezeichnen. In keiner Beziehung hat sich das Menschengeschlecht mehr zu vervollkommen bestrebt, als gerade in derjenigen, deren Endzweck die Massenvernichtung von seinesgleichen bedeutet. Man wusste sie durch so verherrlichende Betrachtungen zu legitimiren, dass sie als Naturgesetz angenommen wird. Der Brauch, die Ueberlieferung, die Nothwehr, haben den Krieg sanktioniert; man umgiebt ihn mit Bewunderung und Lobpreisungen, ja man kam soweit, den Eroberungskrieg, den Krieg wegen Gebietsvergrösserung, den Krieg um seines selbst willen unbestritten zu glorifiziren. Unsere zeitgenössische Civilisation, die dazu bestimmt sein sollte, die Menschen zu verbinden, dient täglich mehr dazu, sich gegenseitig besser, leichter, bequemer vertilgen zu können. Wahrlich, es scheint, dass jetzt der moderne Fortschritt bloss im Erfinden der sichersten Vernichtungsmaschinen besteht; und das Waffenhandwerk ist zur Zerstörungs-Wissenschaft geworden.

Es ist schimpflich, eine volle Börse zu entwenden, aber es ist namenlos gross, eine Krone zu stehlen. Die Schande nimmt ab im Verhältniss zur Grösse des Verbrechens. Wer hat das gesagt? Kein geringerer als Friedrich Schiller in seinem Fiesco. Heutigen Tages sind es nicht die Herrscher, die von Schiller geschulmeister zu werden verdienen, denn sie alle sind friedlich gesinnt. Die Völker sind es, die erzogen werden müssen, denen man patriotische Begriffe antichauvinistischer Art und humanitäre Grundsätze der Gerechtigkeit einprägen soll. Man muss sie darüber belehren, dass es nicht zweierlei Moral giebt: eine für das Individuum, die andere für die Nation. Das Oberhaupt der kath. Kirche, Papst Leo XIII. hat selbst auf die Friedensliebe der Fürsten hingewiesen, in seiner am 11. Febr. 1889 gehaltenen Ansprache: „Alle Herrscher und alle Regierungen Europas, bezeugen es laut, dass sie nur einen Wunsch, ein Ziel haben: Die Wohlthat des Friedens zu erhalten. Die Abneigung der Völker gegen den Krieg manifestirt sich alle Tage mehr. Und gewiss ist dies die gerechtfertigteste Abneigung, die es gibt... Nichts ist wichtiger für Europa, als die Kriegsgefahr zu beschwören, und so muss alles was zu diesem Zwecke gethan wird, als ein Werk allgemeinen Heils anerkannt werden.“

Der Krieg, der seinen Ursprung in den schlimmsten Leidenschaften des Menschen hat und eine Schule der Im-moralität für die untersten Volksschichten bildet, kann fortan nicht einmal mehr „ritterlich“ genannt werden, wegen der Anwendung aller neuerfundener Zerstörungsmittel. Es wird nicht einmal mehr ein Duell zwischen zwei Völkern

sein, – da man im Kriege keinen Ausstand nimmt, einem Kämpfenden vier andere gegenüber zu stellen und die niederträchtigsten Fallstricke die bewundertsten sind. – Man verbirgt, man verstellt sich, man maskirt seine Bewegungen, unternimmt falsche und Scheinattaquen, man spionirt, man bezahlt Verräther. Man unternimmt mit Gleichmuth, was die mindest strenge Ehrlichkeit nicht begreifen würde, und wessen man sich in Friedenszeiten aufs tiefste schämen müsste, das ist eine „Kunst“, die Kriegskunst. Alle Mittel, selbst die verdammungswürdigsten sind erlaubt. Man schreckt vor keiner Gewissenlosigkeit zurück. Was würde man von einem Edelmann halten, der sich zu einem Zweikampf begäbe, begleitet von einem halben Dutzend Raufbolden, die seinen Gegner einfach todtzuschlugen? Dies wäre ein hinterlistiger Ueberfall, der denjenigen, welcher sich seiner bedient auf immer ehrverlustig machen würde. Im Kriege kommt dieser Fall täglich vor und zeugt nur von hervorragender Geschicklichkeit.

Und wenn man durch solche Mittel mit Hinterlist – Kriegslist – aus dem Hinterhalt den Sieg erschlichen hat, dann beflaggt man die Städte und die Völker sind berauscht von Siegesstolz. Der Sinn für Moral wird verdorben. Obendrein gehen jene im Kriege angenommenen Unsitten allmählig in das bürgerliche Leben über: Die Falschheit, die Rohheit, Schlechtigkeit, Ungerechtigkeit, Hinterlist, Verrätherei, Verleumdung und noch viele andere, wenig schöne Dinge sind nach einem Kriege immer häufiger als zu anderen Zeiten.

Wenn irgend ein Nörgler die Bemerkung wagt, dass man im Leben nicht zweifache Moral predigen solle, oh, dann herrscht grosse Entrüstung. Wenn derselbe strenge Aristark die Millionen beklagt, die zu militärischen Zwecken verausgabt werden, wird unwillig ausgerufen: „Aber wir sind ja gezwungen dazu! Wir können doch nicht hinter den anderen Nationen zurückbleiben. Und wenn wir nicht Alles, was zur Bewaffung unseres Heeres nöthig ist, anschafften, würden wir geschlagen und unterjocht; oder wir würden jeglichen Einfluss, jede Machtstellung verlieren, wenn wir nicht alles thäten, was möglich ist.“ Zugegeben. Es ist sicher und gewiss, dass ein Einzelner nichts vermag. Doch, wenn wir ehrliche Leute und wahre Patrioten sind, so müssen wir – gerade in Anbetracht dieser Thatsache – denjenigen unsere Bruderhand zum Bunde reichen, die einen Zustand muthig bekämpfen, der für Alle schädlich und ein grosses Unrecht vor Gott und der Menschheit ist. Sie sind nur spärlich gesät und wenig zahlreich, diese Pioniere der Civilisation: um so mehr Ursache, ihnen behilflich zu sein, sie mit unserer Sympathie, unserem Einfluss, unserer Mitwirkung zu unterstützen. Das ist ein Theil der Verpflichtung

aller edlen Menschen. Das schlägt in unser aller Fach, wer und was wir auch sein mögen.

In unseren Tagen ist die öffentliche Meinung eine gewaltige Macht, mit der wir rechnen müssen. Wohlan, die öffentliche Meinung wird von Einzelnen gebildet und besteht aus solchen. Durch sie sind nach und nach die Sklaverei, die Leibeigenschaft, die Tortur, die Hexenprozesse, der Bagno etc. gefallen. Diese Ungerechtigkeiten sind heute abgeschafft; und das scheint uns ganz natürlich. Eine Zeit wird kommen, da wir ein Gleiches von den Kriegen sagen werden, und erst die Worte: Friede auf Erde zur Wirklichkeit werden sollen. Diese Zeit möglichst rasch herbeizuführen, muss aller Orten Jeder das seine hinzuzuthun. Das ist unumgänglich nöthig. [...]

Es gibt ein Uebel, das sich von Einem zum Anderen verbreitet, ohne sich zu erschöpfen; ein Gift, das sich selbst bildet und vermehrt, ein lebendiges Gift, ein Seuchengift. Wenn ein Kranker davon ergriffen wird, so theilt es sich allen jenen mit, die mit ihm die Luft desselben Raumes athmen. Ein Theil des Giftstoffs, der durch die Adern des Kranken schleicht, geht auf dessen Umgebung über. Dieses Gift taucht an einem bestimmten Orte auf, es heftet sich an einen Organismus, bald hat es ihn ganz zerstört, es greift um sich und verheert eine ganze Gegend.

Dieser Art ist die Infektions-Krankheit des Militarismus, dessen moralische Miasmen und verderbliche Ausströmungen über ganz Europa verbreitet sind. Alle athmen sie ein. Dieses Uebel stammt aus dem Leben in verdorbener Atmosphäre, es ist eine Epidemie, die ansteckend ist, wie die Influenza, die Pest, die Tollwuth. Um ihr den Schein von Grösse und Gesundheit zu verleihen, sucht man allenthalben blendende Ausreden dafür. Man malt sie in den glänzendsten Farben, umgiebt sie mit hochtönender Bewunderung. Die Anhänger des Krieges reizen die nationale Eitelkeit, erwecken die Eigenliebe des Volkes, verweisen auf ehemalige Rachebedürfnisse der Rassen, auf traditionellen Hass und Eifersucht. Und alles dies um persönlichen Gross zu befriedigen aus ungesundem Ehrgeiz, aus eitler Ruhmsucht, Leichtfertigkeit oder Dummheit! Sie vergewaltigen die öffentliche Meinung, die friedliebenden Herrscher, die stets leichterregbaren Völker. Sie machen diese glauben, dass die Entfaltung materieller Kraft das einzige Mittel für die Sicherheit sei. Sie paradiren vor den Augen der Bevölkerung mit den zahlreichen Corps von Infanterie und Cavallerie.

„Man berauscht sie durch die Klänge kriegerischer Musik, durch den Lärm der Trommeln und Kanonen“ (Jean-Baptiste Say). Man pflegt unter ihnen die Idee der Macht und des militärischen Ruhms. Man thut mit einem

Worte was man kann, um ihre kriegerischen Begierden zu reizen. Man verkündigt, dass der Krieg die höchste und edelste Art der Verwerthung menschlicher Fähigkeiten sei, die „heiligste der Pflichten.“ – Nur zu oft geschieht es, in schwierigen Fällen, dass jene Männer, in deren Händen die Leitung internationaler Geschicke liegt, gegenüber von fremden Mächten eine um so hochfahrendere Sprache führen, je mehr Einfluss ihnen zur Verfügung steht um weithin zu wirken.

Dieser Hochmuth wird dann den Völkern selbst eingeimpft. Doch lehrt die Erfahrung, dass man sich schon öfter verrechnet hat, wenn man zu übermüthig gewesen. Das Volk lässt sich nur zu leicht und thöricht fortreissen, selbst gegen sein eigenes Interesse, auf der Bahn der unbesonnensten und dümmsten Eitelkeit. Nicht mit Unrecht heisst es, dass die Menschen schnellfüssig sind, wenn es gilt Blut zu vergiessen. Sie sind einfach blind.

Wir brauchen also eine allgemeine, mächtig wirkende, weitverbreitete Reaktion, die von oben kommen soll, d.h. von den leitenden Klassen, den besten in allen Ländern. Die wahre Aristokratie sollte jener Worte des Grafen Ferron de La Ferronnays eingedenk sein, als er von Vorurtheilen und nationalen Gehässigkeiten sprach: Herr Ferron de La Ferronnays sagte 1855 „der nationale Geist, der an sich schöne Patriotismus, in dem man aber vom höchsten Gesichtspunkt betrachtet, viel Egoismus findet, wird täglich mehr jenem vereinenden Geiste Platz machen, der, ich bin davon überzeugt, eines Tags in der ganzen christlichen Welt herrschen wird.“

In einem Briefe an den ehrwürdigen Abbé Martin de Noirlieu, datiert von Sorrent, in welchem er über seine Wünsche zu Gunsten eines sozialen Staates spricht, wo ewiger Friede herrschen möge, ruft dieser edelherzige Mann aus: „Wird denn der Egoismus in dieser Welt niemals enden? Sollten wir nicht lechzen nach jenem Thau, der die Dürre unserer Herzen erquicken wird!“ Der Abbé Martin de Noirlieu, Erzieher des Grafen von Chambord, war von den gleichen Gefühlen beseelt. Und wie viele Andere mit ihm, Fenélon mitgerechnet, der die Worte sprach: „Alle Nationen der Erde sind nur die verschiedenen Stämme derselben Familie.“ Der gütige Erzbischof von Cambrai fügte hinzu: „Wenn die Menschen Ruhm ernten wollen, weshalb suchen sie ihn nicht im Streben, Gutes zu thun?“

Wenn man die Reihen der Trefflichen aufzählen wollte, die den Krieg verurtheilten, das gäbe eine gar lange Liste. Ein berühmter Priester, Mitglied der französischen Akademie, der Père Gratre, ruft aus: „Diese Heere, die einander durch Feuer und Eisen vernichten, was anderes vollbringen sie mit ihren Händen, als die sichtbare Fortsetzung von

Kain's Verbrechen?“

Auf einen Joseph de Maistre, (der sich selbst schlimmer hinstellt, als er wirklich war und den der grosse katholische und legitimistische Dichter, der Vicomte Alfred de Vigny, einen Fälscher und Spötter nennt) wie viele kommen da der hervorragenden Geister, die den Krieg verurteilen und verdammen, den Krieg, „der alle Unbill, alle Leiden, alle Absurditäten in sich vereint, der den Acker des Pfluges beraubt, die Werkstätten des thätigen Armes, die Mütter ihrer Kinder“ (Fred. Passy, Mitglied des Instituts de France).

Alfred de Vigny selbst sagt Folgendes: „Der Krieg ist von Gott verflucht und selbst von jenen Menschen, die ihn hervorrufen und die davor einen heimlichen Abscheu haben; und die Erde schreit zum Himmel nur um von ihm das belebende Nass ihrer Blumen und den klaren Thau der Wolken zu begehren.“

Die Strömung gegen den Krieg muss eine allgemeine werden. Es muss den Nationen bewiesen werden, wie hoch der Preis des Ruhmes, des sogenannten Ruhmes ist, der sie so leicht verwirrt. Es ist von grösster Wichtigkeit, ihnen solches immer vorzustellen. Man muss den Gedanken eines internationalen Schiedsgerichts in den Geist der Völker und Individuen eindringen machen. Das ist die Arbeit, die vor allem gethan werden sollte. Aber man muss beharrlich, ohne zu erlahmen, eine energische Propaganda fortführen. Dann werden die Menschen aller Klassen, selbst die ungebildetsten und beschränktesten, die man so leicht beeinflusst, es ebenso natürlich finden, dass ein Streit zwischen Nationen einem Schiedsgerichtshof überwiesen werde, als dass die Differenzen Einzelner vor den Friedensrichter gebracht werden, wie es schon immer geschieht.



Henry Dunant © IKRK

Auszüge aus Henry Dunant, „Eine Erinnerung an Solferino, Schweizerisches Rotes Kreuz“ (1988), S. 11, 18f., 24f., 30, 33ff., 71ff., 75f.

Um jeden Hügel, jede Erhebung, jeden Felsvorsprung wird hartnäckig gekämpft. Leichenhaufen liegen auf den Höhen und in den Hohlwegen.

Es ist ein Kampf Mann gegen Mann, ein entsetzlicher, schrecklicher Kampf. Österreicher und alliierte Soldaten treten sich gegenseitig unter die Füsse, machen einander mit Kolbenschlägen nieder, zerschmettern dem Gegner den Schädel, schlitzen einer dem anderen mit Säbel oder Bajonett den Bauch auf. Es gibt keinen Pardon. Es ist ein allgemeines Schlachten, ein Kampf wilder, wütender, blutdürstiger Tiere. Selbst die Verwundeten verteidigen sich bis zum letzten Augenblick. Wer keine Waffen hat, packt den Gegner und zerreisst ihm die Gurgel mit den Zähnen.

An anderer Stelle wütet ein ähnlicher Kampf. Er wird noch schrecklicher durch das nahen einer Reiterschwadron, die im Galopp anstürmt. Die Pferde zertreten mit ihren beschlagenen Hufen Tote und Verwundete. Einem armen Blessierten wird die Kinnlade fortgerissen, einem anderen der Kopf eingeschlagen, einem dritten, den man hätte retten können, die Brust eingedrückt.

Inmitten dieser zahlreichen, sich überall und immer wieder erneuernden Kämpfe hört man wilde Flüche aus dem Munde von Männern so vieler verschiedener Nationen. Und wie viele von ihnen hat man gezwungen, schon im Alter von zwanzig Jahren Menschen zu töten!

Einem Leutnant eines Linienregiments wird der linke Arm durch eine Kartätschenkugel zerschmettert. Das Blut fliesst in Strömen aus seiner Wunde. Wie er so unter einem Baum sitzt, legt ein ungarischer Soldat auf ihn an. Ein Offizier hält ihn zurück, begibt sich dann zu dem jungen verletzten Franzosen, drückt ihm mitfühlend die Hand und ordnet an, dass er an einen weniger gefährlichen Platz gebracht wird.

Marketenderinnen eilen wie einfache Soldaten im feindlichen Feuer nach vorne. Sie wollen den armen Verletzten beistehen, die unaufhörlich nach Wasser schreien. Doch während sie ihnen zu trinken geben und versuchen, sie zu pflegen, werden sie selbst verwundet.

Während des Kampfes waren überall, in den Gutshöfen, Häusern, Kirchen und Klöstern der Umgebung oder auch im Freien, im Schatten der Bäume, behelfsmässige Verbandstätten eingerichtet worden. Hier legte man am nächsten Morgen verwundeten Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten Notverbände an. Die französischen Ärzte hatten unermüdliche Hingabe gezeigt. Viele von ihnen gönnten sich

während mehr als vierundzwanzig Stunden keinen Augenblick Ruhe.

Während einer Schlacht bezeichnet gewöhnlich eine schwarze Fahne, die auf einem erhöhten Punkt aufgefplant ist, die Verbandplätze oder Feldlazarette der kämpfenden Regimenter, und aufgrund gegenseitiger stillschweiger Übereinkunft wird auf diese Stellen nicht geschossen. Nichtsdestoweniger schlagen auch dort zuweilen Bomben ein, und dann bleiben auch die Verwaltungsbeamten und Wärter nicht verschont und ebensowenig die Wagen, die mit Brot, Wein und Fleisch beladen sind, aus dem Suppe für die Verletzten gekocht werden soll. Diejenigen verwundeten Soldaten, die noch gehen können, begeben sich selbst zu diesen Verbandplätzen. Die anderen, welche infolge Blutverlustes oder mangelnder Pflege erschöpft sind, werden mittels Sänften oder Tragbahnen dorthin gebracht.

[Die Husaren] treffen auf zahlreiche Verwundete, die alle um Wasser bitten. Ein Tiroler, der unweit ihres Biwaks liegt, fleht sie in erschütternden Worten unaufhörlich um Wasser an. Man kann ihm nichts geben, denn es gibt keines mehr. Am nächsten Morgen findet man ihn tot mit schaumbedeckten Lippen und den Mund voll Erde. Sein aufgeschwollenes Gesicht ist grün und schwarz.

Im allgemeinen ist es so, dass die Mannschaften eines jeden Korps ihre eigenen Waffengefährten betreuen. Sie stellen nach der Auffindung die Erkennungsnummer des Getöteten fest und legen dann mit Hilfe dafür bezahlter lombardischer Bauern den Leichnam in voller Uniform in ein Massengrab. Leider muss man annehmen, dass einige Bauern aus Achtlosigkeit oder grober Nachlässigkeit mehr als einen Lebenden zusammen mit den Toten beerdigt haben. Orden, Geld, Uhren, Briefe und Papiere, welche man bei den Offizieren findet, sollen später den Familien zugesandt werden, aber die Zahl der Leichname, die begraben werden müssen, ist zu gross, als dass man diese Aufgabe getreulich erfüllen könnte.

Die Feldintendantur ist unermüdlich bemüht, Verwundete zu bergen; teil verbunden, teils noch ohne Pflege, werden sie auf Mauleseln, die Bahren und Körbe tragen, nach den Verbandplätzen gebracht. Von dort verteilt man sie auf Dörfer oder Flecken, welche dem Ort, wo sie gefallen sind oder wo sie aufgefunden wurden, am nächsten liegen.

Von Castiglione sollten die Verwundeten nach den Spitälern von Brescia, Cremona, Bergamo und Mailand gebracht werden, um endlich regelmässige Pflege zu geniessen; dort sollten auch die notwendigen Amputationen vorgenommen werden. Aber die Österreicher hatten bei ihrem Durchzug fast alle Fuhrwerke des Landes gewaltsam requiriert und mitgenommen, die Transportmittel der

französischen Armee wiederum waren im Verhältnis zu der erschreckenden Anzahl der Verwundeten völlig unzureichend, so musste man sie denn zwei oder drei Tage auf den Verbandplätzen warten lassen, bevor man sie nach Castiglione bringen konnte, wo die Verstopfung bereits unbeschreiblich war. Die ganze Stadt verwandelte sich in ein grosses behelfsmässiges Hospital für Franzosen sowohl wie für Österreicher. Bereits im Laufe des Freitags wurde hier das Lazarett des grossen Hauptquartiers aufgeschlagen. Die Bewohner geben alles hin, was sie an Decken, Leinen, Strohsäcken und Matratzen entbehren können. Das Hospital von Castiglione, die Kirche, das Kloster und die Kaserne San Luigi, die Kapuzinerkirche, die Gendarmeriekaserne ebenso wie die Kirchen Maggiore, San Giuseppe, Santa Rosalia, alle sind überfüllt mit Verwundeten, die eng nebeneinander auf Stroh liegen. Auch die Strassen, Höfe und Plätze werden mit Stroh bedeckt. Auch die Privathäuser füllen sich bald mit Verwundeten.

Jetzt gibt es genug Wasser und Lebensmittel, und dennoch sterben die Verwundeten vor Hunger und Durst. Jetzt gibt es genug Scharpie, aber es fehlt an Händen, um sie auf die Wunden zu legen. Es fehlt an Wärtern; in diesem entscheidenden Augenblick kann man nicht genügend Hilfskräfte aufreiben.

Wozu so viele Szenen des Schmerzes und der Verzweiflung schildern und dadurch vielleicht peinliche Gefühle erregen? Warum mit soviel Behagen sich über bejammernswerte Bilder verbreiten und sie in einer Weise ausmalen, die man übergenu und trostlos nennen könnte?

Es sei mir erlaubt, auf diese sehr natürliche Frage mit einer anderen Frage zu antworten:

Gibt es während einer Zeit der Ruhe und des Friedens kein Mittel, um Hilfsorganisationen zu gründen, deren Ziel es sein müsste, die Verwundeten in Kriegszeiten durch begeisterte, aufopfernde Freiwillige, die für ein solches Werk besonders geeignet sind, pflegen zu lassen?

Da man nun einmal darauf verzichten muss, dass sich Wünsche und Hoffnungen der Gesellschaft der Friedensfreunde, die Träume des Abbé de St.Pierre und die begeisterten Phantasien des Grafen de Sellon jemals erfüllen werden;

da man immer wieder den Ausspruch eines grossen Denkers wiederholen könnte: Die Menschen sind so weit gekommen, dass sie sich töten, ohne sich zu hassen; dass einer den anderen ausrottet, ist der höchste Ruhm und die grösste von allen Künsten;

da man es so weit gebracht hat, zu erklären, dass, wie Graf Joseph de Maistre versichert, „der Krieg göttlich sei“; da man jeden Tag neue und schreckliche Vernichtungs-

Henry Dunant Briefmarken



mittel erfindet, und zwar mit einer Ausdauer, die eines besseren Zwecks wert wäre, und da die Erfinder solcher mörderischen Maschinen in fast allen grossen europäischen Staaten, die alle immer stärker aufrüsteten, mit Beifall überschüttet und ermutigt werden;

da man endlich – ohne andere Anzeichen zu erwähnen – gemäss der geistigen Lage in Europa Kriege voraussehen kann, die, wie es scheint, in näherer oder fernerer Zukunft unvermeidlich sein werden;

warum sollte man da nicht eine Zeit verhältnismässiger Ruhe und Stille benutzen, um eine Frage von so grosser und umfassender Wichtigkeit von dem doppelten Standpunkt der Menschlichkeit und des Christentums aus zu studieren, warum sollte man nicht versuchen, hierüber zu einem Entschluss zu kommen?

Zweifellos wird ein Gegenstand von so allgemeinem Interesse, wenn er nur einmal zur Debatte gestellt ist, Überlegungen und Schriftsätze bei anderen hervorrufen, die geschickter und sachverständiger sind als ich. Aber wenn man dieses edle Ziel erreichen will, ist es dann nicht nötig, dass dieser Gedanke einmal den verschiedenen Zweigen der grossen europäischen Familie unterbreitet wird, um die Aufmerksamkeit und das Mitgefühl aller derjenigen zu erwecken, deren Seele so empfänglich ist, dass die Leiden ihrer Mitmenschen sie bewegt?

Gesellschaften solcher Art würden, sobald sie einmal für die Dauer errichtet sind, natürlich zu Friedenszeiten untätig bleiben, aber sie würden in ständiger Bereitschaft sein für den Fall eines Krieges. Dann aber würden sie nicht nur auf das Wohlwollen der eigenen Landesbehörden zählen dürfen, sondern auch von den Herrschern der kriegführenden Mächte alle Vollmachten und Erleichterungen verlangen können, die nötig sind, um ihre Werke zu dem erwünschten Ziel zu führen. Es müssten also in jedem Land die ehrenwertesten und am meisten geachteten Männer als leitende Mitglieder der Hauptausschüsse tätig sein. Diese Ausschüsse müssten sich an diejenigen wenden, die, vom Gefühl wahrer Menschlichkeit getrieben, bereit wären, sich augenblicklich diesem barmherzigen Werk zu widmen, bereit wären, im Einverständnis mit den militärischen Instanzen, mit ihrer Unterstützung und unter ihrer Leitung auf dem Schlachtfeld selbst, während des Gefechts, Pflege

und Hilfe zu leisten und diesen Dienst an den Verwundeten bis zu ihrer völligen Genesung fortzusetzen. Man wird die Bereitschaft zu einem solchen freiwilligen Opfer häufiger finden, als man zu glauben geneigt ist, und sehr viele werden künftighin, da sie von den höheren Verwaltungsbehörden ermutigt und unterstützt werden, selbst das Gefühl haben, von Nutzen zu sein und Gutes tun zu können. So werden sie zweifellos, selbst auf eigene Kosten, herbeieilen, um für einige Zeit diese so menschenfreundliche Aufgabe durchzuführen. Wie gross wäre in unserem Jahrhundert, das man anklagt, voll Egoismus und Kälte zu sein, für edle und mitfühlende Herzen, für ritterliche Charaktere der Anreiz, gleichen Gefahren zu trotzen wie der Krieger, aber aufgrund einer freiwilligen Sendung des Friedens, des Trostes und der Selbstverleugnung!

Hätte es bei Solferino ein solches internationales Hilfswerk gegeben oder wären am 24., 25. und 26. Juni in Castiglione oder zur gleichen Zeit auch in Brescia, Mantua oder Verona solche freiwilligen Helfer gewesen, wieviel unbeschreiblich Gutes hätten sie leisten können!

Welchen Nutzen hätte eine Schar tatkräftiger, begeisterter und mutiger Helfer auf dem Felde der Vernichtung bringen können, in jener unheilvollen Nacht vom Freitag zum Sonnabend, als Tausende von Verwundeten vor Qual stöhnten und herzerreissend um Hilfe riefen, Tausende, die nicht nur unter furchtbaren Schmerzen, sondern auch unter einem entsetzlichen Durst litten!

Hätte man genügend Hilfskräfte gehabt, um die Verwundeten auf der Ebene von Medole bergen zu können oder auch aus den tiefen Gräben von San Martino, den Schanzen der Höhe Fontana, den Hügeln von Solferino, dann hätte man diesen oder jenen armen Bersagliere, jenen Ulanen oder Zuaven nicht während langer Stunden des 24. Juni in banger Todesangst unter der grauenhaften Furcht, vergessen zu sein, hilflos liegen lassen müssen. Umsonst versuchten sie, sich trotz furchtbarer Schmerzen zu erheben und von weitem mit der Hand Zeichen zu geben, damit man ihnen eine Bahre schicke. Dann wären auch am nächsten Tage nicht, wie es entsetzlicherweise wahrscheinlich geschehen ist, so viele Lebende zusammen mit den Toten beerdigt worden!

Wenn man Transportmittel für die Verwundeten gehabt hätte, die besser gewesen wären als jene, über die wir bis heute verfügen, hätte man jenem Gardeschützen die schmerzliche Amputation ersparen können, der er sich in Brescia unterziehen musste. Sie ist dadurch nötig geworden, weil ihm beklagenswerterweise während des Transports vom Verbandplatz seines Regiments bis nach Castiglione keine Pflege zuteil werden konnte.

„WENN MENSCHENRECHTE NICHT IN GESETZEN FESTGEHALTEN ODER VON STAATEN NICHT UMGESETZT WERDEN, WERDEN DIE MENSCHEN KEINE ANDERE WAHL HABEN, ALS EINEN ‚AUFSTAND GEGEN DIE TYRANNEI UND DIE UNTERDRÜCKUNG‘ DURCHZUFÜHREN, WIE DIES AUCH IN DER PRÄAMBEL DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE WIEDERGEgeben IST.“

Shirin Ebadi gründete das *Defenders of Human Rights Center* im Iran. Dieses hat zum Ziel, die Rechte der Frauen und Kinder zu stärken und politische Häftlinge sowie Personen, die wegen politischen Vergehen angeklagt werden, zu schützen. Ebadi hat gesehen, wie Frauen im Iran häufig schlecht behandelt werden. Sie selbst ist wegen ihrer Arbeit für die Menschenrechte diskriminiert und mit Haftstrafen und Exil bedroht worden.

Im Alter von 22 Jahren wurde Ebadi zu einer der ersten Richterinnen im Iran ernannt. Sie war im Begriff, vorsitzende Richterin zu werden, als Schah Mohammad Reza Pahlavi in einer Revolution gestürzt wurde und Ayatollah Ruhollah Khomeini seine Nachfolge antrat. Khomeini schuf einen konservativen Gottesstaat, in dem Frauen und Minderheiten nicht die gleichen Rechte genossen. Infolgedessen wurden Ebadi und alle ihre weiblichen Richterkolleginnen aus ihren Positionen entlassen. Teilweise wurden ihnen niedrigere Stellen zugeteilt. Ebadi erhielt die Stelle als Sekretärin in jenem Gerichtssaal, in dem sie bis dahin den Vorsitz geführt hatte. Sie verlangte eine frühzeitige Pensionierung und gründete eine Kanzlei, welche sich der Verteidigung von politischen Dissidenten sowie von Frauen und Kindern widmet.

Ebadis Widerstand führte zu mehreren Verhaftungen, festigte aber auch ihre Stellung als eine der berühmtesten Anwältinnen im Iran.

2003 wurde Ebadi für ihre Bemühungen um die Einhaltung der Menschenrechte sowie der Rechte der Frauen, Kinder und der politischen Gefangenen im Iran mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie war die erste Muslimin und erst die fünfte dem Islam angehörige Person insgesamt, welcher der Friedensnobelpreis übergeben wurde.

Shirin Ebadi gründete zudem zahlreiche Nichtregierungsorganisationen im Iran, darunter auch die *Million Signatures Campaign*, welche die rechtliche Diskriminierung der Frauen im Iran zu einem Ende bringen will. Zusammen mit der Nobelpreisträgerin Jody Williams gründete Ebadi 2006 die *Nobel Women's Initiative*. Im Rahmen dieser Initiative sollen sich Nobelpreisträgerinnen gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Ebadi hat auch zahlreiche Artikel und Bücher über die Menschenrechte im Iran geschrieben. Diese wurden bereits in 14 Sprachen übersetzt.

Auszug aus Shirin Ebadis Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 2003:

Ich fühle mich sehr geehrt, dass meine Stimme heute von diesem angesehenen Ort aus die Menschen der Welt erreicht. Diese grosse Ehre wurde mir vom norwegischen Nobelkomitee verliehen. Ich grüsse den Geist von Alfred Nobel und begrüsse alle wahren Nachfolger auf diesem Weg.

Dieses Jahr wurde der Friedensnobelpreis einer Frau aus dem Iran, aus einem muslimischen Land im mittleren Osten, verliehen. Ohne Zweifel wird meine Wahl eine Inspiration für die vielen Frauen sein, die danach streben, ihre Rechte wahrzunehmen, nicht nur im Iran, sondern in der ganzen Region. Rechte, die ihnen im Laufe der Geschichte entzogen wurden. Diese Wahl wird dazu führen, dass Frauen im Iran und auch in der übrigen Welt an sich selbst glauben.

Frauen stellen in jedem Land die Hälfte der Bevölkerung dar. Frauen nicht zu berücksichtigen und von der aktiven Beteiligung am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben auszuschliessen, wäre gleichbedeutend mit dem Entzug der Hälfte aller Fähigkeiten aus der gesamten Bevölkerung. Die patriarchalische Kultur und die Diskriminierung der Frauen, vor allem in islamischen Ländern, können sich nicht ewig fortsetzen.

Verehrte Mitglieder des norwegischen Nobelkomitees! Wie Ihnen sicherlich bewusst ist, wird die Verleihung dieses Preises einen positiven und weitreichenden Einfluss auf die humanitären und strebsamen Bemühungen der Menschen im Iran und der ganzen Region haben. Der Segen dieses Preises wird jeden freiheitsliebenden und friedensuchenden Menschen einschliessen, ob Frau oder Mann.

Ich bedanke mich beim norwegischen Nobelkomitee für diese Ehre, die mir verliehen wurde, wie auch für den Segen dieser Ehre, der allen friedliebenden Menschen meines Landes zugutekommt.

Heute ist gleichzeitig der 55. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte anerkennt gleich zu Beginn die angeborene Würde jedes Menschen und die gleichen und unveräusserlichen Rechte aller Menschen als Garant für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Sie verspricht eine Welt, in der alle Menschen ihre Meinung frei äussern können und in der die Menschen vor Angst und Armut abgesichert und geschützt werden.

Leider erwähnt der diesjährige Bericht des United Nations Development Programme (UNDP) wie auch bereits in den vergangenen Jahren eine Zunahme von Katastrophen.



Diese Katastrophen distanzieren die Menschheit von der idealistischen Welt der Autoren der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. 2002 lebten beinahe 1.2 Milliarden Menschen in grösster Armut und verdienten weniger als einen Dollar am Tag. Über 50 Länder befanden sich im Krieg oder litten unter Naturkatastrophen. 22 Millionen Menschen sind bisher an AIDS gestorben und 13 Millionen Kinder sind wegen AIDS zu Waisen geworden.

Gleichzeitig haben in den letzten zwei Jahren verschiedene Staaten die universell gültigen Menschenrechte verletzt. Als Vorwand für diese Verletzungen haben sie die Ereignisse des 11. September sowie den Krieg gegen den internationalen Terrorismus herangezogen. Die Resolution 57/219 der *UNO-Vollversammlung* vom 18. Dezember 2002, die Resolution 1456 des *UNO-Sicherheitsrates* vom 20. Januar 2003 und die Resolution 2003/68 der *UNO-Menschenrechtskommission* vom 25. April 2003 erklärten und unterstrichen, dass alle Staaten sicherstellen müssen, dass jegliche Massnahmen, die sie zur Bekämpfung des Terrorismus ergreifen, mit ihren Verpflichtungen und dem internationalen Recht im Einklang stehen, vor allem mit den internationalen Menschenrechten und dem humanitären Recht. Allerdings wurden Verordnungen angenommen, welche die Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten einschränken sowie spezielle Gremien und ausserordentliche Gerichte geschaffen, welche gerechte Gerichtsbeschlüsse schwierig und manchmal sogar unmöglich machen. Dies wurde unter Vorspiegelung des Kriegs gegen den Terrorismus gerechtfertigt und den entsprechenden Institutionen wurde so Legitimität verschafft.

Die Besorgnis der Menschenrechtsaktivisten nimmt zu, wenn sie sehen, dass internationale Menschenrechte nicht nur von deren bekannten Gegnern unter dem Vorwand der kulturellen Relativität verletzt werden, sondern dass auch westliche Demokratien, d.h. Länder, welche die UN-Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als erste unterzeichnet haben, gegen die darin enthaltenen Prinzipien verstossen. So wurden während Monaten hunderte Personen im Zuge militärischer Konflikte verhaftet und in Guantanamo gefangen gehalten. Sie kamen nicht in den Genuss der in den Genfer Konventionen, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte festgehaltenen Rechte.

Darüber hinaus stellen sich Millionen von Bürgern seit einigen Jahren und vor allem in den letzten Monaten folgende Frage: Weshalb sind einige Entscheide und Resolutionen des *UNO-Sicherheitsrates* verbindlich während andere Resolutionen des Rates keine bindende Wirkung haben? Weshalb wurden die Dutzenden in den letzten 35 Jahren

erlassenen UN-Resolutionen betreffend die Besetzung von palästinensischen Gebieten durch Israel nicht umgehend umgesetzt? Weshalb wurden der irakische Staat und die irakische Bevölkerung in den letzten 12 Jahren zwei Mal Angriffen, militärischen Überfällen, Wirtschaftssanktionen und schliesslich auch militärischer Besetzung ausgesetzt, das erste Mal gestützt auf eine Empfehlung des *Sicherheitsrates* und das zweite Mal trotz des Widerstandes des *UNO-Sicherheitsrates*?

Meine Damen und Herren,
Erlauben Sie mir, etwas über mein Land, meine Region, meine Kultur und meinen Glauben zu erzählen.

Ich bin Iranerin, eine Nachfahrin von Kyros dem Grossen. Er ist der Kaiser, der vor 2500 Jahren auf dem Gipfel der Macht verkündete „...er würde nicht über die Menschen regieren, wenn sie dies nicht wünschen“. Zudem versprach er, niemanden zu zwingen, seine Religion oder seinen Glauben zu wechseln und garantierte allen Menschen die Freiheit. Die Charta von Kyros dem Grossen ist eines der wichtigsten Dokumente in der Geschichte der Menschenrechte.

Ich bin Muslimin. Im Koran wird zitiert, wie der Prophet des Islams sagt: „Du sollst an deinen Glauben und an meine Religion glauben.“ Das gleich heilige Buch sieht die Mission aller Propheten darin, alle Menschen dazu zu bringen, Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Seit der Ankunft des Islams ist die iranische Zivilisation und Kultur erfüllt und durchtränkt von Menschenfreundlichkeit, dem Respekt für das Leben sowie die Religion und den Glauben anderer, der Verbreitung von Toleranz und Kompromiss sowie der Vermeidung von Gewalt, Blutvergiessen und Krieg. Die Koryphäen der iranischen Literatur, vor allem unserer gnostischer Literatur, von Hafiz, Mowlavi (im Westen besser bekannt als Rumi) und Attar bis zu Saadi, Sanaei, Naser Khosrow und Nezami, sind Botschafter dieser humanitären Kultur. Ihre Botschaft manifestiert sich in diesem Gedicht von Saadi:

*„Die Söhne von Adam hängen als Glieder aneinander
Sie wurden aus einem Wesen geschaffen
Wenn das Unheil der Zeit ein Glied befällt
Können die anderen Glieder nicht mehr ruhen.“*

Iraner und Iranerinnen kämpfen seit über 100 Jahren gegen anhaltende Konflikte zwischen Tradition und Moderne. Indem sie sich alten Traditionen zuwenden, versuchten und versuchen einige, die Welt aus den Augen ihrer Vorgänger zu sehen und die Probleme und Schwierigkeiten der heutigen Welt mit der Tugend und den Werten

der Alten zu bewältigen. Viele andere möchten mit der Entwicklung der Welt aber Schritt halten und nicht hinter der übrigen Zivilisation, der Entwicklung und dem Fortschritt zurückliegen. Gleichzeitig respektieren sie ihre historische und kulturelle Vergangenheit sowie ihre Religion und ihren Glauben. Die iranische Bevölkerung hat vor allem in den letzten Jahren gezeigt, dass sie die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten als ihr Recht betrachtet und dass sie über ihr Schicksal selbst bestimmen will.

Diesen Konflikt kann man nicht nur im Iran, sondern auch in vielen anderen muslimischen Staaten beobachten. Einige Moslems haben despotische Regierungen unter dem Vorwand, Demokratie und Menschenrechte seien mit den Lehren des Islams und der traditionellen Struktur islamischer Gesellschaften nicht zu vereinbaren, gerechtfertigt und tun dies auch heute noch. Es ist tatsächlich nicht einfach, mittels traditionellen, patriarchalischen und pater-nalistischen Methoden über ein Volk zu regieren, dem seine Rechte bekannt sind.

Der Islam ist eine Religion, deren erste Predigt zum Propheten mit dem Wort „Rezitiere!“ beginnt. Der Koran schwört auf den Schreibstift und auf das, was dieser schreibt. Eine solche Predigt und Botschaft kann mit Bewusstsein, Wissen, Weisheit, freier Meinungsäußerung und kulturellem Pluralismus nicht in Konflikt stehen.

Auch die Diskriminierung der Frauen in islamischen Staaten – sei es im Bereich des Zivilrechts oder im Bereich der sozialen, politischen und kulturellen Gerechtigkeit – hat ihre Wurzeln nicht im Islam, sondern in der patriarchalischen und von Männern dominierten Kultur, welche in diesen Gesellschaften vorherrscht. Diese Kultur lässt keine Freiheit und keine Demokratie zu. Genauso wenig glaubt sie an gleiche Rechte für Männer und Frauen und an die Befreiung der Frauen aus der Vorherrschaft der Männer (Väter, Ehemänner, Brüder, ...). Dies, weil solche Rechte die historische und traditionelle Position der Machthaber und der Vormunde in dieser Kultur bedrohen würden.

Man darf nicht in egoistischer und verachtungsvoller Weise nur an die eigene Sicherheit und die eigene Geborgenheit denken, wenn man die internationalen Gesetze zu den Menschenrechten, darunter auch das Recht der Nationen, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen, als allgemeingültig betrachtet und wenn man an die Priorität und den Vorrang der parlamentarischen Demokratie gegenüber anderen politischen System glaubt. Dies muss man denjenigen sagen, welche die Idee eines Konflikts zwischen Zivilisationen aufgeworfen oder Krieg und militärische Interventionen in dieser Region angeordnet und auf die soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Schwerfälligkeit

des Südens verwiesen haben, um ihr Handeln und ihre Meinung zu rechtfertigen. In Bezug auf künftige Entwicklungen und internationale Beziehungen muss die UNO der Suche nach neuen Mitteln und Ideen höchste Priorität zuordnen, damit die Länder des Südens ebenfalls in den Genuss der Menschenrechte und der Demokratie kommen, gleichzeitig aber ihre politische Unabhängigkeit und territoriale Intaktheit beibehalten können.

Die Entscheidung des Friedensnobelpreiskomitees, den Preis im Jahr 2003 mir zu verleihen, als erster Iranerin und erster Frau eines muslimischen Landes, inspiriert mich und Millionen Iranerinnen sowie Angehörige anderer islamischer Staaten. Wir haben nun die Hoffnung, dass unsere Anstrengungen, Bemühungen und der Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte und die Einführung der Demokratie in unseren Ländern die Unterstützung, den Rückhalt und die Solidarität der internationalen Zivilgesellschaft genießen. Dieser Preis gehört allen Menschen im Iran. Er gehört den Menschen islamischer Staaten und den Menschen des Südens. Verliehen wird er für die Einführung der Menschenrechte und der Demokratie.

Meine Damen und Herren,
Am Anfang meiner Rede sagte ich, dass Menschenrechte Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden garantieren. Wenn Menschenrechte nicht in Gesetzen festgehalten oder von Staaten nicht umgesetzt werden, werden die Menschen keine andere Wahl haben, als einen „Aufstand gegen die Tyrannei und die Unterdrückung“ durchzuführen, wie dies auch in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wiedergegeben ist. Ein der Würde und der Menschenrechte beraubter Mensch, ein Mensch, der am Verhungern ist, ein Mensch, der von Armut, Krieg und Krankheit geplagt wird, ein gedemütigter Mensch und ein geplündertes Mensch kann die Rechte, die er verloren hat, nicht geltend machen oder zurückgewinnen.

Wenn das 21. Jahrhundert sich vom Kreislauf der Gewalt, der terroristischen Handlungen und des Kriegs befreien und die Wiederholung der Ereignisse des 20. Jahrhunderts verhindern will – dem Jahrhundert der meisten Katastrophen in der Geschichte der Menschheit – gibt es keinen anderen Weg, als jedes Menschenrecht zu verstehen und die Menschenrechte für die ganze Menschheit zu verwirklichen, unabhängig von Rasse, Geschlecht, Glauben, Nationalität oder sozialem Status.

In Erwartung dieses Tages.

„DIE BEHÖRDEN DRÄNGEN DIE FAMILIE, GIFT ZU NEHMEN, SODASS SIE STERBEN, DIE MUTTER, DER VATER, VIELE KINDER, ALLE ZUR SELBEN ZEIT.“

Kek Galabru, geboren am 4. Oktober 1942, schloss 1968 in Frankreich das Medizinstudium ab. Von 1968 bis 1971 praktizierte und forschte sie in Phnom Penh, Kambodscha. Zudem setzte sie ihre Arbeit in Kanada, Brasilien und Angola fort.

Von 1987 bis 1988 trug Galabru wesentlich dazu bei, Verhandlungen zwischen Hun Sen, Präsident des kambodschanischen Ministerrats, und Prinz Sihanouk von der Opposition herbeizuführen. Diese Verhandlungen führten zu einem Friedensabkommen, das den Bürgerkrieg im Jahr 1991 beendete. Unter den Augen der UNO wurden dann Wahlen durchgeführt.

Galabru gründete die *Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights (LICADHO)* während der Zeit der Übergangsverwaltung durch die UNO.

LICADHO setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein, mit speziellem Fokus auf die Rechte von Frauen und Kindern. Die Organisation informiert die Bevölkerung über ihre Rechte. Während der Wahlen im Jahr 1993 erklärten die 159 Angestellten der LICADHO 16000 Menschen den Abstimmungsvorgang, schulten 775 Wahlbeobachter und produzierten und verteilten eine Million Merkblätter zu den Wahlen. Seither ist LICADHO eine der Organisationen, welche sich am stärksten für den Schutz der Menschenrechte in Kambodscha einsetzt. LICADHO dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und gewährt Opfern solcher Verletzungen ärztliche Betreuung, rechtliche Unterstützung und anwaltschaftliche Vertretung. Von ihrem Hauptsitz in Phnom Penh sowie den zwölf Niederlassungen in verschiedenen Provinzen aus erbringt LICADHO diesen Opfern von Menschenrechtsverletzungen direkte Unterstützung – insbesondere Folteropfern, Kindern und Frauen. 2005 wurde Galabru im Rahmen des Projekts „1000 Women for the Nobel Peace Prize“ für den Friedensnobelpreis nominiert.

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth to Power“, 2000:

Als die UNO mit 20000 Angestellten die Verwaltung von Kambodscha übernahm, gründeten wir die LICADHO (*Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights*). Weil wir kein Geld hatten, richteten wir ein kleines Büro im Haus meiner Eltern ein. Die Informationen über die neue Organisation verbreiteten sich rasch und nach fünf oder sechs Monaten hatten wir 180000 Anhänger, alles Freiwillige.

Wir wollten, dass die UNO die Wahlen anführt und überwacht, weil dies der einzige Weg war, um diese erfolgreich durchzuführen. Als bekannt wurde, dass die *Royalist Party* ebenfalls an den Wahlen in Kambodscha im Jahr 1993 teilnehmen wollte, begann die CPP (*Cambodian People's Party* und führende Partei) vor unseren Augen, auf die oppositionellen Royalisten zu schießen. Wir waren Zeugen hiervon, ebenso wie die UNO. Die UNO konnte aber nichts tun, weil sie gemäss ihrem Mandat nur auf Angriffe gegen sich selbst reagieren durfte. Für mich war undenkbar, dass ich ein solches Regime tolerieren würde, ohne etwas dagegen zu tun. Ziel der LICADHO war, ein Umfeld zu schaffen, in dem solche Vorgehensweisen nie wieder vorkommen würden. Wir sahen, dass die Regierung in Kambodscha fast gleich handelte wie zuvor die Khmer Rouge. Zusammen mit der UNO dokumentierten wir die Tötungen. In weniger als einem Jahr wurden hunderte Menschen verletzt. Viele Menschen starben. Die führende Partei konnte zwar Menschen töten, sie konnte die UNO und das Friedensabkommen aber nicht blockieren und musste der UNO überall Zutritt gewähren.

Die UNO installierte ein gutes Netzwerk. Sie organisierte 50000 kambodschanische Freiwillige für eine Wählerbildung. Wir druckten beinahe 500000 Heftchen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, um diese an die Menschen zu verteilen. Sodann produzierten wir eine Million einseitige Merkblätter, mit denen wir der Bevölkerung mitteilten, dass man geheim wählen kann. Dies war wichtig, weil die CPP den Menschen erklärt hatte, dass sie einen Satelliten hätte, der in die Kabine sehen und sagen könne, wen man gewählt habe; und dass sie wissen würde, wenn man sie nicht wähle. Die CPP führte auch Menschen vor den Buddha und zwang sie dazu, einen Eid abzulegen und zu schwören, wen sie wählen würden. Weil die



Kek Galabru, © Eddie Adams

Mitglieder der CPP Waffen trugen, hatten die Menschen Angst, nicht die CPP als Empfänger ihrer Stimme anzugeben. Die CPP sagte ihnen dann, dass Buddha sie mit dem Tod bestrafen würde, wenn sie sich nicht an ihren Eid hielten. Wir beruhigten die Menschen und erklärten ihnen, dass Buddha dem Guten und der Gerechtigkeit verpflichtet sei und dass er diejenigen bestrafen würde, die Menschenrechte verletzen. Die Opfer aber würde er schützen. Wir sagten ihnen, dass sie in den Kabinen alleine seien und wählen könnten, wen sie wollten. Gleichzeitig klärten wir sie darüber auf, nach dem Wählen niemandem zu sagen, wen sie gewählt hatten. Trotz der Einschüchterung durch die CPP nahmen 90% der Bevölkerung an den Wahlen teil. Die Mehrheit wählte die *Royalist Party* und nachdem diese gewonnen hatte, sprachen sich die Menschen auch über ihr Wahlverhalten aus. Die CPP ermahnte die Bevölkerung, vorsichtig zu sein und der UNO nicht so stark zu vertrauen. Sie sagte, die UNO sei wie ein Boot: das Boot fahre weg, die kambodschanische Bevölkerung hingegen sei der Hafen, der dauerhaft hier bleibe.

Nun haben wir endlich Frieden. Weil wir uns aber seit 1970 in einem Bürgerkrieg befanden, leben viele Kinder auf der Strasse. Sie leben unter schlechten Bedingungen. Manchmal sind es Waisen, die gar keine Eltern haben; manchmal haben sie nur einen Elternteil, meist die Mutter. Ihre Väter wurden getötet. Oder ihre Eltern sind so arm, dass die Kinder versuchen müssen, auf eigenen Beinen zu stehen: sie bemalen eine Dose, um diese dann zu verkaufen. So wollen sie 25 Cents am Tag verdienen. Sie schlafen auf der Strasse. Sie sind die Beute der ausländischen Sextouristen, dieser Schweine. Asiatische Männer aus der Umgebung bevorzugen junge Mädchen; europäische Pädophile bevorzugen Jungen. Wir haben viele Bordelle. Wenn man diese nachts passiert, findet man in ihnen viele elf- oder zwölfjährige Kinder.

Wir sprachen mit einem Mädchen, das erst dreizehn Jahre alt war. Sie war seit zwei Jahren im Bordell. Asiatische Männer glauben, dass sie ab einem gewissen Alter, sagen wir fünfzig, jünger werden, wenn sie eine sexuelle Beziehung mit einer Jungfrau haben. Sie glauben, dass die ganze Energie dieses Mädchens und alle anderen guten Dinge zu ihnen kommen, wenn sie Sex mit einer Jungfrau haben. Jetzt haben wir ein Problem mit AIDS, weil die Männer keine Kondome tragen, vor allem beim Sex mit einer richtigen Jungfrau. Um eine Jungfrau zu finden, schicken die Männer einen Vermittler in ein Dorf. Dieser soll eine sehr arme Familie finden und die Mädchen für Sex kaufen. Der Vermittler bezahlt die Familie und sagt: „Ihre Tochter kann in einem Restaurant arbeiten oder das Haus meines Freundes

putzen: Hier, ich weiss Sie sind sehr arm, hier sind 100 Dollar.“ Für diese Menschen sind 100 Dollar sehr viel Geld. Sie haben zu Hause nicht einmal zehn Dollar. Der Vermittler verkauft das Mädchen dem Klienten dann für zwischen 500 und 700 Dollar. Der Mann bleibt ein oder zwei Wochen beim Mädchen – es ist seine Entscheidung. Er bleibt aber nicht länger als einen Monat, weil er dann alle guten Dinge vom Mädchen genommen hat. Danach wird sie für 200 Dollar an ein Bordell verkauft. Ihr Leben wird zu einem Albtraum.

Ein Mädchen, das von ihrer Mutter an ein Bordell verkauft worden war, sagte uns, dass sie ihre Mutter nicht hasst. Sie sagte: „Das ist mein Karma“ und meint damit, dass sie in ihrem früheren Leben etwas sehr Schlechtes getan haben und jetzt für diesen Fehler bezahlen muss. Das Mädchen erklärte: „Ich muss meine Mutter gut behandeln, weil sie immer noch diejenige Person ist, die mich auf die Welt gebracht hat.“ Dieses Mädchen schickt ihrer Mutter noch immer Geld. Gemäss Statistiken der Regierung gibt es in Kambodscha 20 000 Kinderprostituierte. Wir glauben, dass man diese Zahl verdrei-, vervier- oder sogar verfünffachen kann. Es gibt viele Kinderprostituierte, aber wir können nicht überall hingehen. Weil es illegal ist, verstecken sich die Leute. Aber alle wissen es. Das ist für uns sehr traurig und schwierig.

Kinderarbeit ist ein weiteres grosses Problem. Die Regierung verschliesst ihre Augen vor der Situation und ist wütend, weil wir die Kinderarbeit verurteilen. Sie fragt: „Ziehen Sie es vor, dass die Kinder sterben?“ Wir antworten darauf: „Es ist gut, wenn die Kinder arbeiten, solange die Arbeit nicht gefährlich ist.“ Kinder sollten zur Schule gehen können. Die Schulen sind aber nicht gratis, weil die Löhne der Lehrer sehr tief sind. Sie verdienen weniger als 20 Dollar monatlich. Um in Kambodscha ein normales Leben führen zu können, braucht man monatlich mindestens 200 Dollar. Wenn man krank ist, muss man sich von jemandem Geld leihen und monatlich 20% Zinsen bezahlen. Aus diesem Grund verkaufen die Leute ihr Land und ihr Haus und werden obdachlos. Oder die Familie zieht es vor, die Kinder sterben zu lassen. Wenn sich die Situation dahingehend entwickelt, drängen die Behörden die Familie, Gift zu nehmen, so dass die ganze Familie stirbt: die Mutter, der Vater, viele Kinder zur gleichen Zeit. Sie bevorzugen es, so zu sterben und nicht zu verhungern. Es ist für die Eltern schwierig, wenn ihre Kinder schreien: „ich habe Hunger, ich habe Hunger“. Wir haben in Kambodscha eine hohe Kindersterblichkeitsrate. Ich glaube es ist die höchste der Welt. 180 von 1 000 Kindern sterben, bevor sie fünf Jahre alt sind. In Ihrem Land in Europa stirbt wahrscheinlich

weniger als ein Kind von 1 000.

Unsere Arbeit ist oft frustrierend. Nicht selten möchten wir jemanden darum bitten, sich um LICADHO zu kümmern, so dass wir gehen können, weil es für uns zu viel ist. Es wäre für uns einfach, die Koffer zu packen, ein Flugzeug zu besteigen und nicht zurückzuschauen. Wir sagen uns dann aber: „Dies ist unmöglich, die Menschen vertrauen uns.“ Sie kommen zu uns, arbeiten und verlangen für diese Arbeit kein Geld, obwohl sie nichts haben. Wenn wir diese Leute brauchen um Wahlen zu beobachten, sind sie hier. Was wir machen, ist wichtig – wie viele Menschen konnten wir während und nach dem Staatsstreich retten? Wenn Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu uns kommen, sagen sie uns: „Ich weiss, dass ich gestorben wäre, wenn Sie nicht gewesen wären.“ Diese Aussagen und die Erfolge geben uns mehr Energie. Auch wenn wir nur eine Person retten können, ist es ein Sieg.

Wir betreuen jährlich etwa 600 bis 900 Personen medizinisch, welche von der Polizei während der Inhaftierung gefoltert wurden. Jeden Monat helfen wir etwa 100 000 bis 200 000 Personen. Ohne uns würden diese Menschen sterben. Im Gefängnis haben sie kein Essen, sie erhalten nur eine Schüssel Reis und kein Protein. Manchmal haben sie nicht einmal Trinkwasser. Einige Leute fragen uns, weshalb wir Kriminellen im Gefängnis helfen. Nicht alle Menschen im Gefängnis sind aber kriminell. Und selbst wenn es Kriminelle sind, haben auch sie Anspruch auf Nahrung und auf medizinische Betreuung. Eine Frau musste für zwei Jahre ins Gefängnis, weil sie jemandem 50 Dollar schuldete. Als sie aus dem Gefängnis entlassen wurde, konnte sie die Schuld noch immer nicht begleichen und wurde deshalb zu weiteren vier Jahren im Gefängnis verurteilt. Vier Jahre wegen 50 Dollar. Wir bezahlten für sie und sie wurde entlassen.

Es ist manchmal schwierig. Aber wie ich meinen Mitarbeitern gesagt habe: Im Moment habe ich noch die Energie, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Sie müssen aber lernen, wie diese Arbeit gemacht werden muss, weil LICADHO ihnen gehört und nicht mir. Eines Tages werde ich Ruhe brauchen. Ich bin bereits 56 Jahre alt. Eines Tages werde ich mich um meine Grosskinder kümmern müssen. Meine Mitarbeiter müssen die Arbeit dann alleine weiterführen. Sie haben viel Mut. Für mich bedeutet Mut, dass man trotz der Einschüchterung durch die herrschende Partei etwas Gutes für die Menschen und für das Land tut.

JEAN-JACQUES GAUTIER

„WESHALB STELLEN WIR UNS NICHT EINE INTERNATIONALE KONVENTION VOR, DIE, NACHDEM SIE DIE RECHTE DER GEFANGENEN DEFINIERT HAT, EINER UNABHÄNGIGEN KOMMISSION EIN BESUCHSRECHT EINRÄUMT, VERSEHEN MIT DEM RECHT DIESER KOMMISSION, DAS RESULTAT IHRER UNTERSUCHUNGEN ZU VERÖFFENTLICHEN, DIE DRINGENDEN MASSNAHMEN ZU ERGREIFEN UND SOGAR DIE STAATEN ODER DIE SCHULDIGEN FUNKTIONÄRE EINEM INTERNATIONALEN GERICHT ZU ÜBERGEBEN?“

Jean-Jacques Gautier, geboren am 21. September 1912 in Genf, studierte Rechtswissenschaften und war zunächst als Rechtsanwalt und später als Privatbankier tätig.

1973 lancierte *Amnesty International* ihre erste Kampagne gegen Folter. Diese Kampagne beeindruckte Gautier sehr. Er kündete deshalb noch im gleichen Jahr seine Stelle als Privatbankier und wollte sich fortan ausschliesslich der Verhütung der Folter widmen. Gautier formulierte die Idee eines unabhängigen internationalen und nationalen Systems zur Inspektion von Gefängnissen. Statt auf Verstösse gegen das Folterverbot zu reagieren, könnten Folterungen dank dieser Überwachung verhindert werden. Dadurch sollte das Folterverbot im Dialog statt durch Konfrontationen mit Staaten durchgesetzt werden.

1977 gründete Gautier das *Schweizer Komitee gegen die Folter* (später *Association pour la prévention de la torture*). 1986 verstarb Jean-Jacques Gautier. Das von Gautier vorgeschlagene Überwachungssystem wurde in der Europäischen Antifolterkonvention von 1987 und im Fakultativprotokoll (OPCAT) von 2002 zur UN-Anti-Folter-Konvention von 1984 völkerrechtlich verankert.



Jean-Jacques Gautier, © Association for the Prevention of Torture

„La Proposition de Jean-Jacques Gautier“, in: *La Vie Protestante*, Oktober 1976:

In dem Moment, in dem die Verteidigung der Menschenrechte in den internationalen Diskussionen wie auch bei den Anliegen der Kirchen endlich den Platz einnimmt, den sie verdient, kann niemand mehr bestreiten, dass für den Schutz der Gefangenen besondere Anstrengungen unternommen werden müssen. Dies vor allem betreffend der schlimmsten und grausamsten Verletzung der Rechte des Menschen, der Folter. Deren Einfluss und Gewalt wachsen seit einem halben Jahrhundert und sind sogar während der letzten Jahre gewachsen.

Die mutigen Gruppen, die beschlossen haben, gegen diese Plage zu reagieren, wie zum Beispiel *Amnesty International*, haben realisiert, dass zuerst die internationale Öffentlichkeit informiert werden muss. Sie haben in dieser Hinsicht unverhoffte Ergebnisse erzielt. Nicht nur ist die Missbilligung einstimmig, sondern es sind unter dem Druck der Öffentlichkeit auch zahlreiche Gefangene befreit worden. Zudem wurden die Haftbedingungen zum Teil

verbessert. Trotz dieses beachtlichen Erfolgs wissen sogar die Herbeiführer dieses Erfolgs aber, dass dieser nicht genügt; wenn man die Zunahme der Folter aufhalten und nachher deren Einfluss vermindern will, muss man sich um die Einrichtung eines institutionellen Rahmens oder, wenn man dies bevorzugt, juristischer Mittel bemühen, die die Bekämpfung der Folter auf der internationalen Ebene ermöglichen.

Es existieren zahlreiche Deklarationen oder Resolutionen der *UNO*, welche die Folter verurteilen, ebenso wie einige universelle oder regionale Konventionen, welche den Gebrauch der Folter verbieten. Diese Dokumente sind viel wichtiger, als man es im Allgemeinen glaubt; mit Ausnahme der Europäischen Menschenrechtskonvention weisen sie allerdings alle eine grosse Lücke auf: das Fehlen jeglicher Kontrolle und vor allem das Fehlen von Sanktionen gegenüber Staaten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Dies ist nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die meisten Regierungen, die solche aussprechen könnten, Folter anwenden oder sie tolerieren. Ganz im Gegenteil ist die Energie und die Ausdauer einiger Experten der *UNO* sowie von Nichtregierungsorganisationen bewundernswert. Diese haben diese Texte erfolgreich durchgebracht und andere Texte vorbereitet. Man muss fest daran glauben, dass diese Personen in einigen Jahren, gestützt von einer immer besser informierten Öffentlichkeit, reguläre Prüfverfahren werden einrichten können.

Trotzdem wären diese Verfahren sogar im besten Fall schleppend und deren Anwendung schwierig, so wie es aktuell bei der Europäischen Menschenrechtskonvention der Fall ist. Der Brauch würde es nämlich verlangen, dass die Anklage eines Staates angestrebt wird. Dies ist ein sehr schwerwiegendes Mittel, für welches verschiedene juristische Garantien und die Möglichkeit zur Verteidigung eingerichtet werden müssen. Aus diesem Grund führte die Klage gegen Grossbritannien wegen seiner 1970 in Nordirland ausgeübten Misshandlungen nicht zu einer Verurteilung, sondern zu einem Bericht der Kommission. Dieses Resultat ist nicht zu vernachlässigen. Wenn man aber bedenkt, dass die Stunden und Tage nach der Verhaftung für den Häftling die gefährlichsten sind, kann man nicht anders, als sich die Schaffung eines parallelen Systems zu wünschen, das unmittelbares und sogar präventives Handeln zulässt: die Existenz einer permanenten Kontrolle durch eine Kommission, die ermächtigt ist, die Gefängnisse und sogar die Polizeiposten zu jedem Zeitpunkt und ohne vorgängige Anzeige zu besuchen.

Es gibt in diesem Bereich nun aber einen sehr interessanten Präzedenzfall: Die beschriebenen Besuchsrechte sind genau diejenigen, welche die griechische Junta den Delegierten des *Internationalen Roten Kreuzes* zu den in einem 1969 unterzeichneten Abkommen enthaltenen Bedingungen einräumen musste. Hierzu kam es, weil in Griechenland ein Skandal herrschte, der durch einen Bericht über zahlreiche Fälle von Folter auf dem griechischen Staatsgebiet hervorgerufen worden war und – was damals noch aussergewöhnlich war – das Land mit dem Ausschluss aus dem Europarat bedroht wurde. Während seiner kurzen Anwendungszeit brachte dieses Abkommen eine deutliche Verbesserung des Schicksals der Gefangenen. Leider erneuerte Griechenland, das zwischenzeitlich gezwungen worden war, den Europarat zu verlassen, das Abkommen nach Ablauf des ersten Jahres nicht und die Folterungen wurden wieder in vollem Umfang aufgenommen.

Weshalb stellen wir uns nicht eine internationale Konvention vor, die, nachdem sie die Rechte der Gefangenen definiert hat, die bereits aus den zahlreichen Texten der *UNO* hervorgehen, einer unabhängigen Kommission ein Besuchsrecht dieser Art einräumt, versehen mit dem Recht dieser Kommission, das Resultat ihrer Untersuchungen zu veröffentlichen, die dringenden Massnahmen zu ergreifen und sogar die Staaten oder die schuldigen Funktionäre einem internationalen Gericht zu übergeben?

Es wäre utopisch zu glauben, dass eine solche Konvention im Rahmen einer globalen Konferenz das Licht der Welt erblicken würde. Es verpflichtet uns aber nichts dazu, diese universell gültige Konvention sofort zu Stande zu bringen. Wir würden sogar sagen, dass dies beim aktuellen Stand der Dinge verhängnisvoller als nützlich wäre. Die Ausgestaltung der weltweit gültigen Konventionen, die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs vorherrscht, hat nicht nur Vorteile. Wenn ein Projekt für ein Abkommen im Rahmen eines Forums von 145 Staaten diskutiert wird, spriesen Änderungsanträge und Vorbehalte wie Pilze, selbst wenn sich die Staaten bezüglich der Hauptsache einig sind. Der präsentierte Text wird durch diese Änderungen und Vorbehalte im eigentlichen Sinne seines Inhalts entleert. Im vorliegenden Fall wäre es von Vorteil, zu den Methoden des 19. Jahrhunderts zurückzukehren. Damals unterzeichneten einige Staaten einen Pakt, andere Staaten schlossen sich diesem in der Folge dann an.

In dem Bereich, in dem wir uns bewegen, kann nur eine Konvention, der sich zu Beginn lediglich wenige Staaten anschliessen, eine genügende Strenge aufweisen, um als nützliches Instrument und Modell für die künftige

Entwicklung zu dienen. Im Gegenzug wäre es wichtig, dass diese wenigen Staaten aus verschiedenen geographischen Gegenden stammen und verschiedene Ideologien vertreten. Dies, damit andere Staaten dazu ermutigt werden, sich der Konvention später ebenfalls anzuschliessen.

Das grösste Problem liegt denn auch hierin: die ersten Unterzeichner wären selbstverständlich diejenigen Staaten, die sich in Bezug auf die Behandlung der Gefangenen nicht viel vorzuwerfen haben. Und die Skeptiker hätten es leicht, zu behaupten, dass die „Ansteckung“ durch die Konvention sich niemals auf diejenigen Länder erstrecken wird, die am gefährdetsten sind. Daraus könnten sie schliessen, dass die Konvention keinen Nutzen haben würde. Diese Frage ist wichtig und verdient es, dass sie in einigen Zeilen behandelt wird.

Halten wir zunächst fest, dass die Pakte des letzten Jahrhunderts alle von einigen „fortgeschrittenen“ Staaten initiiert wurden, denen sich die anderen nach und nach anschlossen. So wurden die vom *Roten Kreuz* vorgeschlagenen Konventionen, denen sich bis heute rund hundert Staaten angeschlossen haben, zunächst von nur elf Regierungen unterzeichnet. Wären sie gleich wirksam gewesen, wenn Henry Dunant umgehend die Mitwirkung des Kaisers von China oder der Königin Pomaré verlangt hätte? Die gleiche Entwicklung kann man bei einer grossen Zahl internationaler Abkommen erkennen, insbesondere in einem anderen Bereich der Menschenrechte, nämlich dem Schutz der Arbeiter.

Es muss andererseits festgestellt werden, dass zwischen den Staaten, die „über jeden Verdacht erhoben sind“ – wenn es solche gibt – und denjenigen, welche die Folter systematisch anwenden, eine Reihe dazwischenliegender Nuancen bestehen, zum Beispiel Länder, in denen die Regierungskreise wie auch die Öffentlichkeit den Missbrauch missbilligen, manchmal aber von den Angehörigen der Polizei übergangen werden. Die Frage der Folter ist nämlich sicher eine Frage, bei der die Öffentlichkeit ihre laute Stimme hören lässt, deren Echo man sogar in den schalldichten Hallen der *UNO* wahrnimmt. So wie es eine entsetzliche Dynamik der Folter gibt, gibt es auch eine Dynamik des Widerstands gegen die Folter. Die Anzahl Menschen, die sagen, dass man diesen Zustand nicht mehr tolerieren darf, wächst unaufhörlich. Es wird den existierenden Organisationen – hoffentlich mit Unterstützung der Kirchen – möglich sein, diese Menschen in einem Land nach dem anderen zu mobilisieren und sie dazu zu bringen, ihre Regierung zu verpflichten, Farbe zu bekennen und sich den Unterzeichnern der Konvention anzuschliessen.

Man muss auch die Instabilität der heutigen Politik

berücksichtigen. In den nächsten Jahren werden sicherlich zahlreiche Umbrüche und Regierungswechsel zu beobachten sein, nicht zuletzt in den Ländern der Dritten Welt. Jedes Mal, wenn eine Regierung von Folterern gestürzt wird, könnten deren Nachfolger, von denen einige selbst unter Folter gelitten haben dürften, Interesse an der modellartigen Konvention zeigen, genauso wie es auch möglich gewesen wäre, Griechenland und Portugal für ein Abkommen dieser Art zu interessieren, wenn es im Zeitpunkt der Revolutionen in diesen Ländern ein solches gegeben hätte.

Letztlich und vor allem könnte diese Konvention einen namhaften Einfluss ausüben, selbst wenn sie wider Erwarten niemals von mehr als einer Handvoll Staaten akzeptiert wird. Wenn die Folter durch eine effektive internationale Kontrolle beendet wird, wie wir es uns vorstellen, bedeutet dies nicht auch, dass eine solche Kontrolle grundsätzlich funktionieren kann? Ist es verwegen zuzugeben, dass die Umsetzung eines Abkommens dieser Art nicht nur ein Beispiel, sondern eine Art Versuchskaninchen sein wird, deren Erfahrungen, seien es gute oder weniger gute, für die künftige internationale Gesetzgebung sehr hilfreich sein werden?

Damit wir uns richtig verstehen: die modellartige Konvention ist weder eine einfache noch eine Wunder wirkende Lösung. Im Kampf gegen den Krebs der Folter, der an unserer Zivilisation zehrt, gibt es kein Allheilmittel, dafür aber eine Reihe von Abhilfen – wir sind auf rund zwanzig gekommen. Diese sind jede für sich alleine ungenügend, sie behindern sich aber nicht, sondern unterstützten sich gegenseitig. Was wir hier vorschlagen verdient es umso mehr, versucht zu werden, weil im Vergleich zu den Mitteln, welche die Schaffung einer universellen Konvention verlangen würde, beinahe keine materiellen Mittel gebraucht werden. Zu Beginn würde es genügen, dass ein Staat mit einigen anderen Staaten in Kontakt tritt, um einen vielleicht irreversiblen Prozess auszulösen.

Wir wünschen uns nicht aus Patriotismus, dass unser Staat der Staat ist, der alles ins Rollen bringt. Vielmehr erscheint die Schweiz als kleines Land, das der aktiven Neutralität verpflichtet ist, das die Heimat des *Roten Kreuzes* und vieler anderer humanitärer Institutionen ist und das Anhänger von bescheidenen aber konkreten Massnahmen ist, dazu prädestiniert, diese Rolle zu spielen. Ausserdem wäre es schade, wenn sie diese ihr angebotene Chance nicht beim Schopf packen würde.

Am 17. Dezember 1970 stellte Nationalrat Werner Schmid eine Motion vor, die mit Unterschriften von 76 Kollegen unterstützt wurde und deren Text zwei Linien

lang war: „Der Bundesrat wird dazu aufgefordert, den Abschluss einer internationalen Konvention zum Schutz politischer Gefangener vorzubereiten.“ Am 11. März 1971 nahm der Bundesrat die Motion an. Im Januar 1975 legte das *Institut Henry-Dunant*, das vom politischen Departement mit der Erarbeitung eines Vorschlags beauftragt worden war, dem Bundesrat einen wichtigen Bericht vor. Dieser zeigte insbesondere auf, dass nur eine Konvention, welche sämtliche Gefangenen umfasst, eine wirksame Verteidigung der politischen Gefangenen ermöglicht. Auf Bitte des politischen Departements wurde dieser Bericht mehrfach überarbeitet. Aus persönlichen Gründen fühlen wir uns im Recht, nun zu verkünden, dass die definitive Version als Schlussfolgerung den Vorschlag enthält, den wir hier skizziert haben. Dieser hat die offizielle Unterstützung des *Internationalen Komitees des Roten Kreuzes* zugesprochen erhalten.

Das politische Departement zeigt sich jedoch äusserst zurückhaltend, wie wenn Druck auf das Departement ausgeübt würde, um zu verhindern, dass es sich durch dieses Abenteuer blossstellt. In einigen Monaten wird es aber möglich sein, die Ablage der Motion Schmid zu verlangen. Wenn unsere Regierung keine modellartige Konvention will, soll sie eine andere Lösung vorschlagen! Wenn sie aber die Schubladen mit den Dossiers dieser Angelegenheit wieder schliesst, muss sie wissen, dass sie damit die Tore der Gefängnisse des Leidens wieder schliesst. Dort, wo das Heulen der Gefolterten, das Tag und Nacht erklingt, eine furchtbare Anklage lanciert, nicht nur gegen ihre Peiniger, sondern gegen all jene, die in friedlicheren Gegenden leben und sich für das Schicksal der Gefolterten nicht interessieren.

„DU WILLST MIT DEM DRECK UM DICH HERUM NICHTS ZU TUN HABEN. UND DANN, EINES TAGES, WACHST DU PLÖTZLICH AUF UND REALISIERST, DASS DU EIN REGIME-KRITIKER BIST. DASS DU EIN MENSCHENRECHTSAKTIVIST BIST.“

Václav Havel war einer der prinzipientreuesten Fürsprecher der Demokratie. Ausgestattet mit einem moralischen Kompass, der ihn immer auf dem richtigen Weg hält, und einer Eloquenz auf dem politischen Parkett, die ihresgleichen sucht, spricht Havel mit der Ehrlichkeit eines Regimekritikers aus den Hallen des Präsidentenpalastes in Prag.

Der tonangebende Bühnenautor der Tschechoslowakei, unter kommunistischer Herrschaft immer wieder Opfer von staatlicher Unterdrückung, wurde für seine absurden Stücke wie „Gartenfest“, „Erschwerte Möglichkeit der Konzentration“, „Das Memorandum“, „Largo Desolato“ und „Versuchung“ gefeiert.

Havel, geboren 1936, ist Gründer von *Charter 77*, einer Organisation für Menschenrechte und Demokratie, die sich der Machtergreifung durch die Sowjets entgensetzte. Er schrieb fesselnde Texte zu den Themen Unterdrückung und Regimekritik, und sein Werk aus dem Jahr 1978, „Die Macht der Machtlosen“, ist eines der besten politischen Essays aller Zeiten.

1979 wurde er zur Vergeltung seines Menschenrechtsaktivismus zu viereinhalb Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Während dieser Zeit schrieb er „Briefe an Olga“. Als bedeutendster Wortführer des 1989 durch ihn mitbegründeten *Bürgerforums* und durch seine Führungskompetenz, seine politische Intelligenz und moralische Überzeugung trug Havel dazu bei, den Kommunismus in die Knie zu zwingen, und führte Verhandlungen für einen friedlichen Übergang zur Demokratie. Aus der Asche der sowjetischen Kontrolle erwuchs ein neuer Staat – mit den Grundfesten der Meinungsfreiheit, politischer Teilhabe, Zivilgesellschaft und der Verpflichtung zur Rechtsstaatlichkeit. 1989 wurde Havel zum ersten nicht-kommunistischen Präsidenten der Tschechoslowakei nach über vierzig Jahren gewählt.

2002 war Havel der dritte Empfänger des „Hanno R. Ellenbogen Citizenship Award“ der *Prague Society for International Cooperation*. 2003 wurde er von der indischen Regierung wegen seines besonderen Beitrags zum Frieden und zur Einhaltung der Menschenrechte in den schwierigsten Situationen unter Anwendung von gandhischen Mitteln mit dem „International Gandhi Peace Prize“, benannt nach Mohandas Karamchand Gandhi, ausgezeichnet. 2003 war Havel ausserdem der erste Empfänger des „Amnesty International’s Ambassador of Conscience Award“. Ausgezeichnet wurde er für

seine Bemühungen zur Förderung der Einhaltung der Menschenrechte. Ebenfalls im Jahr 2003 erhielt er die höchste zivile Auszeichnung der USA, die Freiheitsmedaille („The Presidential Medal of Freedom“). 2008 wurde er von *A Different View* als einer der 15 Verfechter weltweiter Demokratie bezeichnet, zusammen mit Nelson Mandela, Lech Walesa und Corazon Aquino. Václav Havel starb am 18. Dezember 2011 im Alter von 75 Jahren.



Václav Havel, © Eddie Adams

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000:

ÜBER FÜHRUNG UND MUT

Die Krise, in der sich die Führer der Welt befinden, ist einer der Gründe für die Gewalttaten, die wir heute überall auf der Welt sehen. Die Zeit nach dem Kommunismus bot neuen moralischen Führern eine Chance, weil während der Übergangszeit in diesen Ländern keine professionellen oder hauptberuflichen Politiker existierten. Dies ermöglichte es Intellektuellen, in die Politik einzusteigen und dadurch neue Ideen in den politischen Prozess einzubringen. Diese Personen wurden aber nach und nach unterdrückt – die Mühle zermahlte sie – und ein grosser Teil der Möglichkeit verlor sich.

Einige Führer kann man respektieren – und ich respektiere diese auch – wie zum Beispiel den Dalai Lama. Ich rechne ihnen hoch an, dass sie noch immer bereit sind, ihr Leben oder ihre Freiheit zu opfern, obwohl sie oft keine Hoffnung mehr haben, nicht einmal einen kleinen Erfolgsschimmer am Horizont mehr erkennen können. Diese Führer sind bereit, Verantwortung für die Welt zu übernehmen, zumindest für den Teil der Welt, in dem sie leben. Ich habe diese Führer schon immer respektiert und anerkenne, was sie tun. Mut in der Öffentlichkeit zu haben bedeutet, dass man sich gegen die Meinung der Mehrheit ausspricht (und dabei gleichzeitig riskiert, die eigene Meinung zu verlieren) und die Wahrheit darstellt. Ich habe die Personen, die genau hierzu in der Lage sind, immer bewundert.

Man wird nicht über Nacht Regierungskritiker. Man entscheidet sich nicht einfach dazu, dies zu werden. Dieser Prozess ist vielmehr eine lange Kette von Schritten und Ereignissen. Während dieses Prozesses überlegt man sich sehr oft gar nicht, was genau passiert. Man weiss nur, dass man jegliche Schuld, die das eigene Leben verschmutzen würde, vermeiden will. Du willst mit dem Dreck um dich herum nichts zu tun haben. Und dann, eines Tages, wachst du plötzlich auf und realisierst, dass du ein Regimekritiker bist. Dass du ein Menschenrechtsaktivist bist. Bei mir war es ähnlich. Erst viel später, als ich im Gefängnis war, dachte ich über den Prozess nach und überlegte mir, weshalb ich getan hatte, was ich getan hatte. Es muss irgendeine – nennen Sie sie „überirdische“ – Energiequelle bestehen, die einem hilft, alle Opfer zu überwinden. Manche Menschen mögen mit der Idee einer solchen überirdischen Quelle nicht einverstanden sein, ich kann sie aber spüren. Während ich im Gefängnis war, überlegte ich mir oft, weshalb ein Mensch sich dazu entschliesst, anständig zu bleiben und seine Integrität zu behalten, selbst wenn man alleine ist und

niemand die eigenen Handlungen oder Gedanken kennt – ausser man selbst. Sogar in diesen Situationen kann sich ein Mensch schlecht fühlen, ein schlechtes Gewissen haben oder etwas bereuen. Weshalb? Wie ist dies möglich? Meine Antwort auf diese Fragen ist, dass ein anderes Auge bestehen muss, das einen betrachtet – nicht nur die Personen um einen herum machen den Unterschied. Ich habe keinen Beweis dafür, dass ein solches Auge existiert, ich verlasse mich aber auf die urbildliche Sicherheit, dass ein solches existiert.

ÜBER ANGST

Ich habe ein ganzes Spektrum an Ängsten verspürt und verspüre diese immer noch. Gewisse Ängste sind stärker als andere. Aber vielleicht waren auch meine Bemühungen, diese Ängste zu überwinden, grösser. Die grösste Angst habe ich davor, dass ich jemanden enttäuschen könnte und dann ein schlechtes Gewissen hätte. Ich könnte zum Beispiel, wenn ich in ein mir unbekanntes lateinamerikanisches Land reise, gebeten werden, vorzusprechen, vor dem Parlament eine Rede zu halten. Ich versuche blumig zu sprechen und die anderen zu beeindrucken. Wenn die Rede vorüber ist, frage ich aber immer jemanden: „Wie war es? War es gut? Habe ich die Anforderungen erfüllt?“ Ich verspüre diese Unsicherheit immer. Ich habe schon immer unter Lampenfieber und unter Angst gelitten. Die Angst ist immer bei mir, ich handle aber trotzdem.

ÜBER HUMOR

Wenn ein Mann oder eine Frau dazu bereit ist, für etwas, das ihm oder ihr wichtig ist, alles zu opfern, führt dies dazu, dass diese Person sich sehr ernst nimmt. Sein oder ihr Gesicht wird sehr steif, beinahe unmenschlich, und diese Person wird zu einem Denkmal. Wie Sie wissen, werden Denkmäler aus Stein oder Gips gebaut und können sich nur sehr schwer bewegen. Ihre Bewegungen sind schwerfällig. Wenn man seine Menschlichkeit behalten will, ist es wichtig, eine gewisse Distanz zu bewahren. Um diese Distanz bewahren zu können, muss man eine gewisse Absurdität in den eigenen Handlungen erkennen können, vielleicht sogar Lächerlichkeit.

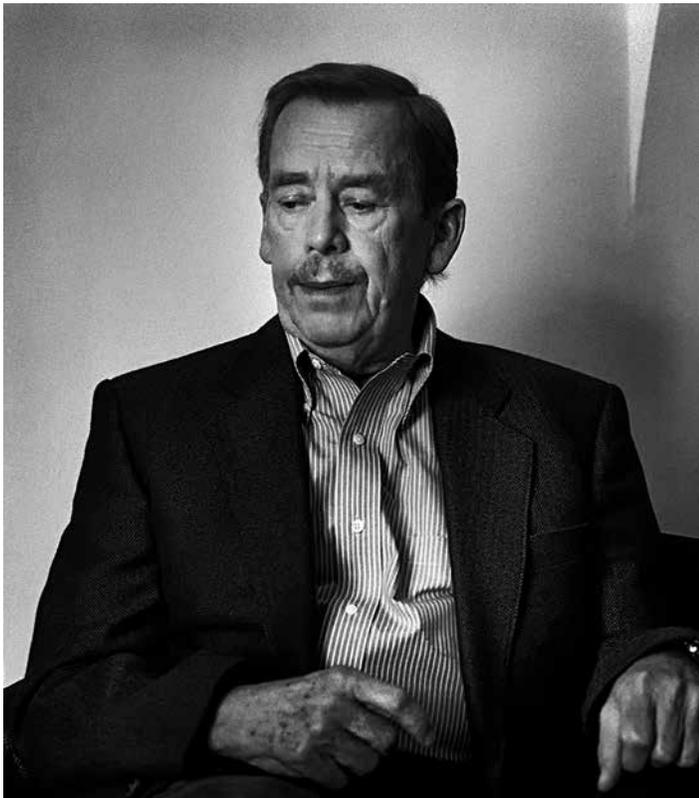
ÜBER HOFFNUNG

Menschen verwechseln Hoffnung oft mit Vorhersagen. Vorhersagen sind die Wissenschaft, genau zu studieren, was in der Welt um einen herum passiert. Mit diesen Beobachtungen macht man dann entweder eine positive Prognose (weil man Optimist ist) oder eine negative Prognose (die negative Auswirkungen auf die Personen rundum hat). Es ist aber

wichtig, zwischen Hoffnung und Vorhersagen zu unterscheiden. Ich betrachte Hoffnung als einen Geisteszustand. Wenn unser Leben keinen Sinn machen würde, würde keine Hoffnung bestehen, weil der Sinn des Lebens, d.h. die Bedeutung des Lebens, eng mit Hoffnung verknüpft ist.

ÜBER FREIHEIT UND VERANTWORTUNG

Freiheit ohne Verantwortung ist vielleicht etwas, das sich beinahe alle wünschen. Man könnte tun was man möchte, ohne Verantwortung für das, was man getan hat, übernehmen zu müssen. Dies wäre allerdings ein utopisches Leben. Ausserdem würde ein Leben ohne Verantwortung keinen Sinn machen. Ich glaube deshalb, dass der Wert des Lebens mit Verantwortung verknüpft ist. Und wenn die Freiheit nicht mit Verantwortung einhergeht, verliert sie ihren Inhalt und ihren Sinn und damit auch an Gewicht.



**“SOME SEE THE WORLD AS
IT IS TODAY AND ASK, WHY.
I SEE THE WORLD AS IT
COULD BE AND ASK,
WHY NOT.”**

ROBERT F. KENNEDY

„IN DIESEM MOMENT, IN DEM ICH HIER ZU IHNEN SPRECHE, MARSCHIEREN JUNGE ARABER, MÄNNER UND FRAUEN, IN FRIEDLICHEN DEMONSTRATIONEN. SIE VERLANGEN VON IHREN HERRSCHERN FREIHEIT UND WÜRDE. SIE BEGEHEN DIESEN EHRBAREN WEG NICHT MIT WAFFEN, SONDERN MIT DEM GLAUBEN AN IHR RECHT AUF FREIHEIT UND WÜRDE. SIE MARSCHIEREN AUF EINEM DRAMATISCHEN SCHAUPLATZ. DIESER BEINHÄLTET SOWOHL DAS SCHÖNSTE DES MENSCHLICHEN GEISTES – OPFER UND DAS STREBEN NACH FREIHEIT UND LEBEN – WIE AUCH DIE SCHRECKLICHSTEN FORMEN – EGOISMUS, UNGERECHTIGKEIT UND DEN WUNSCH, AN MACHT UND REICHTUM FESTZUHALTEN.“

Tawakkol Karman, in Jemen wegen ihres Engagements für Aktivismus und Journalismus als „Mutter der Revolution“ bekannt, wurde 1979 in Mekhlaf in der Provinz Ta'izz geboren. Ihr Vater, Abdul Salam, bearbeitete als Regierungsminister rechtliche und parlamentarische Angelegenheiten. Karman erlangte an der Universität Sana'a einen Master in Politikwissenschaften. Nach dessen Erteilung engagierte sie sich zusammen mit sieben weiteren Journalistinnen in der Gründung einer Organisation, die jährliche Berichte über die Pressefreiheit in Jemen veröffentlicht, der *Women Journalists Without Chains*. Dies, um sich den ständigen Beschimpfungen zu widersetzen, denen Frauen ausgesetzt sind, die sich an friedlichen Protesten beteiligen. Tawakkol Karman wurde von der Regierung regelmässig bedroht und schikaniert. Die Regierung des Präsidenten Ali Abdullah Saleh inhaftierte sie zudem mehrmals. Ausserdem wurde Karman von der Regierung mit Briefen und Telefonanrufen belästigt, weil sie sich weigerte, zu akzeptieren, dass des Antrags der *Women Journalists Without Chains*, legal eine Zeitung und eine Radiostation zu gründen, abgelehnt wurde.

Darüber hinaus lehnten auch die Frauen der Universität al-Iman Tawakkol Karman ab. Anlässlich eines Protests im Jahr 2010 versuchte eine Frau sogar, Karman zu erstechen. Jemenitische Frauen, die sich an friedlichen Protesten beteiligen, werden schon seit sehr langer Zeit beschimpft. 2010 verhaftete und misshandelte die Regierung Frauen, darunter auch Karman, die sich versammelt hatten, um gegen die ungerechte Besteuerung und die Unterdrückung abweichender Meinungen in Jemen zu protestieren.

Karman ist Herausgeberin des halbjährlichen „Press Freedom Report“. Gemäss diesem hat die Gewalt gegen jemenitische Journalisten zugenommen. Im Bericht 2006 wurden Fälle aufgeführt, in denen Journalisten inhaftiert worden waren. 2007 enthielt der Bericht zahlreiche Dokumentationen direkter Angriffe auf Journalisten sowie von Angriffen auf

deren Sicherheit. Während Aktivisten in Ägypten und Tunesien sich gegen ihre Herrscher wehrten, initiierte Karman 2010/2011 eine Bewegung, die gegen die Herrschaft von Präsident Saleh gerichtet war. Im April 2011 sagte sie: „Unser Land beginnt, sich zu verändern. Die Revolutionäre sind der Meinung, dass das jemenitische Volk eine Lösung für seine Probleme finden wird, wenn die Regierung abgedankt hat. Dies, weil die Regierung die Ursache der meisten dieser Probleme ist. Ein neues Jemen mit einer besseren Zukunft für alle erwartet uns.“

2011 wurde Karman im Alter von 32 Jahren mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie teilte den Friedensnobelpreis mit zwei anderen weiblichen Aktivistinnen, Johnson Sirleaf und Leymah Gbowee. Alle wurden für ihren „gewaltlosen Kampf für die Sicherheit der Frauen und für die Rechte der Frauen zu umfassender Beteiligung am Friedensprozess“ ausgezeichnet. Karman bemüht sich auch heute noch, das Ziel der Pressefreiheit in Jemen zu erreichen.



Auszug aus Tawakkol Karmans Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 2011:

Ich war schon immer der Meinung, dass Widerstand gegen Unterdrückung und Gewalt möglich ist, ohne ähnliche Unterdrückung und Gewalt anzuwenden. Ich habe immer daran geglaubt, dass die menschliche Gesellschaft von Männern wie auch von Frauen geschaffen wird. Wenn Frauen ungleich behandelt und ihnen die ihnen zustehenden Rechte verwehrt werden, offenbaren sich alle sozialen Defizite der Gesellschaft. Diese Gesellschaft leidet unter einer kulturellen Krankheit. Am Ende leidet die ganze Gesellschaft, sowohl Männer als auch Frauen. Eine Lösung betreffend der Anliegen der Frauen kann nur in einer freien und demokratischen Gesellschaft erreicht werden, in der menschliche Energie freigesetzt wird, diejenige der Männer wie auch jene der Frauen. Unsere Zivilisation wird menschliche Zivilisation genannt und ist nicht nur Männern oder Frauen zugeordnet.

Seit 1901 sind Millionen von Menschen in Kriegen gestorben, die mit etwas Weisheit und Mut hätten vermieden werden können. Die arabische Welt hat ihren Teil zu diesen tragischen Kriegen beigetragen, obwohl sie das Land der Prophezeiungen und der heiligen Botschaften, die nach Frieden verlangen, ist. Von diesem Land kam die Botschaft der Thora „Du sollst nicht töten“, das Versprechen der Bibel „Gesegnet seien die Friedensmacher“ und die abschliessende Botschaft des Korans, die dringend bittet „Ihr alle, die glaubt, geht Frieden ein, einer und alle“. Ebenso beinhaltet der Koran die Warnung, dass „wenn jemand einen Menschen aus einem anderen Grund als für Totschlag oder Korruption auf der Erde tötet, es ist als hätte er die ganze Menschheit getötet“.

Trotz dieser erwähnten grossartigen geistigen Leistungen ist die Geschichte der Menschheit blutbefleckt. Millionen wurden bei Aufstieg und Niedergang von Königreichen zu Opfern. Dies erzählt uns die antike Geschichte, und die jüngste Geschichte bestätigt es! Die neuesten Beweise zeigen auf, dass der Kerngehalt der Botschaften, die nach Frieden verlangen, wieder und wieder niedergedrückt wird. Das menschliche Gewissen wurde oft von den Stimmen der Kriegsflugzeuge, der Raketen, der Raketenwerfer, der Bomben und aller Mittel zur Tötung übertönt!

Die Menschheit war sich immer ihrer Verantwortung bewusst, die Grundlage für ein anständiges und würdiges Leben zu schaffen. Dieses Bewusstsein war stets stärker als der Wille, Leben zu töten. Trotz grosser Schlachten ist das Überleben der Menschheit der klarste Ausdruck von ihrem Streben nach Wiederaufbau und nicht nach Zerstörung,

nach Fortschritt und nicht nach Rückschritt und Tod. Dank der schnellen und erstaunlichen Entwicklung der Informationstechnologie und der Revolution der Kommunikation verstärkt sich diese Tendenz Tag für Tag durch alle möglichen Kommunikationsarten. Die Mauern zwischen menschlichen Gesellschaften sind eingestürzt. Die Leben und die Schicksale von Gemeinschaften sind zusammengeflossen. Dies kennzeichnet das Aufkommen einer neuen Phase, einer Phase, in der Völker und Nationen dieser Welt nicht nur Einwohner eines kleinen Dorfes sind, sondern Familienmitglieder.

Man kann sagen, dass unsere heutige Welt, die durch Wissen und über Jahre gewonnene gute und schlechte Erfahrungen verfeinert und weiterentwickelt wurde, mit überzeugten Schritten auf eine neuen Welt und auf eine strahlende Globalisierung zugeht. Es wird eine neue und positive Welt mit Perspektiven für alle Menschen und mit Globalisierung sein. In dieser wird allen Menschen Freiheit, Wahrheit, Gerechtigkeit und Kooperation garantiert. In dieser neuen Welt stützen sich alle Beziehungen, der Handel und die Gesetze auf das Verbot aller Formen und Praktiken des Ausschlusses und der Versklavung von Menschen durch andere Menschen. Dies bedeutet, dass bei der Globalisierung nie mehr auf das Gesetz des Stärkeren und die Gewalt gegen Gruppen, Völker und Nationen zurückgegriffen wird, um diesen ihre Freiheit und ihre menschliche Würde zu entziehen. Träume ich von zu viel...?

Frieden innerhalb eines Landes ist genauso wichtig wie Frieden zwischen den Ländern. Krieg ist nicht nur ein Konflikt zwischen Staaten. Es gibt noch einen anderen Krieg, der noch viel härter ist: der Krieg eines despotischen Führers, der sein eigenes Volk unterdrückt. Es ist ein Krieg jener, denen die Menschen ihr Leben und ihre Zukunft anvertraut haben, die dieses Vertrauen aber missbraucht haben. Es ist ein Krieg jener, denen die Menschen ihre Sicherheit anvertraut haben, die aber ihre Waffen gegen ihr eigenes Volk richten. Es ist der Krieg, in dem sich die Menschen in den arabischen Staaten heute befinden.

In diesem Moment, in dem ich hier zu Ihnen spreche, marschieren junge Araber, Männer und Frauen, in friedlichen Demonstrationen. Sie verlangen von ihren Herrschern Freiheit und Würde. Sie begehen diesen ehrbaren Weg nicht mit Waffen, sondern mit dem Glauben an ihr Recht auf Freiheit und Würde. Sie marschieren auf einem dramatischen Schauplatz. Dieser beinhaltet sowohl das Schönste des menschlichen Geistes – Opfer und das Bestreben nach Freiheit und Leben – wie auch die schrecklichsten Formen – Egoismus, Ungerechtigkeit und den Wunsch, an Macht und Reichtum festzuhalten.

Friede bedeutet nicht nur Kriege, sondern auch Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu beenden. In den arabischen Gebieten finden brutale Kämpfe zwischen Regierungen und Menschen statt. Das menschliche Gewissen kann nicht in Frieden ruhen, wenn es sieht, wie junge arabische Menschen von den Todesmaschinen der Tyrannen zerdrückt werden. Der Geist des Friedensnobelpreises ist der Geist des Friedens. Auf diesen freuen wir uns heute, während wir die Bestrebungen des arabischen Volkes nach Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit unterstützen. Wenn wir diesen Geist unterstützen, beweisen wir den Despoten, dass die Ethik eines friedlichen Kampfes stärker ist als die mächtigen Waffen der Unterdrückung und des Kriegs.

Die Revolutionen des arabischen Frühlings in Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen und Syrien sowie auch die gleichgerichteten Bewegungen in anderen arabischen Ländern wie Algerien, Marokko, Bahrain, Sudan und weiteren Ländern fanden nicht auf isolierten und von den schnellen und erstaunlichen Entwicklungen und Veränderungen, die auf unserer Welt beobachtet werden können, abgetrennten Inseln statt. Die Menschen in den arabischen Ländern sind aufgewacht und haben gesehen, wie wenig Freiheit, Demokratie und Würde sie haben. Die arabischen Menschen, die sich auf friedliche und zivilisierte Weise auflehnen, wurden während vieler Jahrzehnte von den Regimen autoritärer Tyrannen niedergehalten und unterdrückt. Die Tyrannen selbst haben sich der Korruption und der Plünderung des Vermögens der Bevölkerung hingegeben. Indem sie der Bevölkerung die Freiheit und das natürliche Recht auf ein würdiges Leben genommen haben, sind sie zu weit gegangen. Die Regime haben das Recht der arabischen Bevölkerung auf eine rechtmässige menschliche Existenz missachtet. Sie haben Armut und Arbeitslosigkeit gedeihen lassen, um sicher zu stellen, dass die Herrscher und ihre Familienmitglieder nach ihnen die volle Kontrolle über die Bevölkerung beibehalten können. Erlauben Sie mir zu sagen, dass unser unterdrücktes Volk sich aufgelehnt und das Einläuten eines neuen Zeitalters erklärt hat. In diesem werden sich die Herrschaft des Volks und sein unbesiegbare Wille durchsetzen. Die Menschen haben beschlossen, sich zu befreien und gehen nun in den Fussstapfen der zivilisierten freien Völker dieser Erde.

Viele Nationen, auch die arabische Bevölkerung, haben gelitten, obwohl sie sich nicht im Krieg befanden. Sie lebten aber auch nicht in Frieden. Der Frieden, in dem sie lebten, war ein unechter „Frieden der Gräber“, der Frieden der Unterwerfung unter einen Tyrannen oder die Korruption.

Dieser lässt Menschen verarmen und tötet ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Heute sollte die Menschheit die Menschen in ihrem friedlichen Kampf um Freiheit, Würde und Demokratie unterstützen. Jetzt, wo sich unsere Bevölkerung dazu entschlossen hat, aus der Stille auszubrechen und sich bemüht, zu leben und den Inhalt des unsterblichen Satzes von Kalif Omar ibn al-Khattab „Seit wann hast du Menschen versklavt, wenn ihre Mütter sie als Freie geboren haben?“ umzusetzen.

Als ich hörte, dass mir der Friedensnobelpreis verliehen wird, war ich in meinem Zelt auf dem Taghyeer Platz in Sana'a. Ich war eine der Millionen jungen, revolutionären Menschen. Wir konnten uns dort nicht einmal vor der Unterwerfung und Unterdrückung durch das Regime von Ali Abdullah Saleh schützen. In diesem Moment dachte ich über den Unterschied zwischen der Bedeutung des Friedens, der vom Nobelpreis gefeiert wird, und der Aggression, die von Ali Abdullah Saleh gegen Befürworter friedlicher Veränderung ausgeübt wird, nach. Die Freude darüber, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen, machte es für uns allerdings einfacher, mit der vernichtenden Ironie umzugehen.

Millionen jemenitischer Frauen und Männer, Kinder, Junge und Alte, gingen in 18 Provinzen auf die Strasse und verlangten Freiheit, Gerechtigkeit und Würde. Sie benutzten gewaltlose aber wirkungsvolle Mittel, um ihre Ziele zu erreichen. Wir konnten auf effiziente und effektive Weise dafür sorgen, dass unsere Revolution friedlich bleibt, obwohl in dieser grossartigen Nation über 70 Millionen Schusswaffen verschiedener Ausführung vorhanden sind.

Nun bin ich hier, ich stehe vor Ihnen in dieser feierlichen internationalen Zeremonie. Ich bin hier, in diesem einzigartigen Moment, einem der wichtigsten Momente der menschlichen Geschichte. Dabei komme ich aus einem Land des arabischen Orients, aus dem Jemen der Weisheit und der alten Zivilisation, aus dem Jemen, das zurzeit den grossartigsten, mächtigsten und grössten Ausbruch der Revolution des arabischen Frühlings erlebt. Der Beginn dieser friedlichen und volksnahen Revolution von jungen Menschen wird bald ein Jahr her sein. Die Revolution hatte ein Begehren: friedliche Veränderung und das Bestreben nach einem freien und würdigen Leben in einem demokratischen und bürgerlichen Staat, der vom Gesetz bestimmt wird.

Die friedliche Revolution dieser jungen Menschen ist von den anderen Revolutionen des arabischen Frühlings nicht isoliert oder abgetrennt. Mit grossem Bedauern und Traurigkeit muss ich aber bemerken, dass sie nicht dasselbe internationale Verständnis, die gleiche Unterstützung oder dieselbe Aufmerksamkeit erlangte wie andere

Revolutionen, die in der Gegend stattfanden. Dies sollte das Gewissen der Welt verfolgen, weil es die grundlegenden Konzepte der Fairness und der Gerechtigkeit in Frage stellt.

Durch euch und euer universales Forum schicken wir der Welt eine klare und ausdrucksvolle Nachricht, in der wir betonen:

- Unsere Jugendrevolution ist friedlich, vom Volk getragen und wird von den Menschen unterstützt. Im Namen der jugendlichen Revolutionäre versichere ich den Menschen weltweit, dass wir uns einem friedlichen Kampf gewidmet haben. Es ist eine strategische Wahl. Wir weichen nicht davon ab und ziehen uns nicht zurück, unbeachtet der Opfer und unbeachtet des Ausmasses der staatlichen Unterdrückung, Tötung und Gewalt.
- Unsere Revolution ist dazu entschlossen, der Korruption zu begegnen und ein freies und würdiges Leben sicherzustellen, ungeachtet der Opfer und des harten Leids. Dies bis ein demokratischer Bürgerstaat errichtet wird, in dem Rechtsstaat, Gleichberechtigung und eine friedliche Ausübung von Macht vorherrschen.
- Die friedliche Revolution der jungen Bevölkerung hat erreicht, dass sich ihr und ihren Märschen hunderttausende Frauen angeschlossen haben. Diese erfüllten und erfüllen noch immer eine wichtige, bemerkenswerte und wirksame Rolle bei den Aktivitäten der Revolutionäre und dabei, sogar betreffend der kleinsten Details Demonstrationen zu führen.
- Wegen der friedlichen und volksnahen Jugendrevolution haben die Stimme und der donnernde Marsch von jungen Menschen dominiert, während die Stimme des Terrors und der explosiven Gürtel, die von Ali Saleh als Rechtfertigung für seine Herrschaft gebraucht wurde, abgeklungen ist.

Ich würde gerne betonen, dass die Revolutionen des arabischen Frühlings mit dem Zweck hervortraten, einen Bürgerstaat und einen Rechtsstaat zu schaffen. Darauf ist die Bevölkerung angewiesen. Die Revolutionen entstanden als Ausdruck der Unzufriedenheit der Menschen mit der herrschenden Korruption, der Vetternwirtschaft und der Bestechung. Die Menschen wissen, dass ihre Revolutionen vier Stadien durchlaufen werden, die nicht umgangen werden können:

- Umsturz des Diktators und seiner Familie.
- Umsturz seiner Sicherheitsdienste und seines Militärs sowie seiner durch Vetternwirtschaft geschaffenen Netzwerke.
- Errichtung der Institutionen des Übergangstaates.
- Bewegung zu einer konstitutionellen Legitimität und

Errichtung eines modernen, demokratischen Bürgerstaates.

Heute sollte die Welt dazu bereit sein, den jungen arabischen Frühling in allen Stadien des Bestrebens nach Freiheit und Würde zu unterstützen. Die gebildete Welt sollte unmittelbar nach dem Ausbrechen der Jugendrevolution damit beginnen, das Vermögen der Führer des Regimes und seiner Sicherheitsbeamten sowie der Angehörigen des Militärs zu beschlagnahmen und einzufrieren. Dies reicht nicht einmal. Diese Personen sollten vor den *Internationalen Strafgerichtshof* gebracht werden. Für die Mörder, die den Leuten das Essen stehlen, sollte keine Immunität bestehen.

Schliesslich denke ich nach, während ich hier vor Ihnen stehe. In diesem Moment, den jedermann aufgrund der Anerkennung und der Wertschätzung, die er vermittelt, zu erreichen wünscht, mache ich mir Gedanken. Während ich dies mache, sehe ich eine grosse Anzahl arabischer Frauen. Ohne deren harten Kampf und deren Streben, ihre Rechte in einer Gesellschaft, die von Männern dominiert wird, zu erlangen, wäre ich nicht hier. Ich bedanke mich bei allen Frauen, die wegen des geschichtlichen Hintergrundes und der Unnachgiebigkeit des herrschenden Systems nicht gesehen wurden, bei allen Frauen, die für das Wohl einer gesunden Gesellschaft mit gerechten Beziehungen zwischen Männern und Frauen Opfer erbracht haben und bei allen Frauen, die in Ländern ohne soziale Gerechtigkeit oder Chancengleichheit auf dem Weg zu Frieden stolpern... ohne sie wäre dieser Tag nicht Wirklichkeit geworden.

Friede sei mit euch.



„WIR MÜSSEN DIE UMFASSENDE GLEICHHEIT ALLER MENSCHEN VOR GOTT, VOR DEM GESETZ UND VOR DEN FÜHRUNGSGREMIEN DER REGIERUNG ERREICHEN. WIR MÜSSEN DIES NICHT TUN, WEIL ES WIRTSCHAFTLICH GESEHEN VORTEILHAFT IST, OBWOHL ES DIES IST; NICHT, WEIL GOTTES GESETZE ES VERLANGEN, OBWOHL SIE ES TUN; NICHT, WEIL DIE MENSCHEN IN ANDEREN LÄNDERN SICH DIES WÜNSCHEN. WIR MÜSSEN ES AUS DEM EINZIGEN UND ELEMENTAREN GRUND TUN, DASS ES DAS EINZIGE RICHTIGE IST.“

Robert F. Kennedy, allgemein bekannt unter seinen Initialen „RFK“, war amerikanischer Politiker und ein prominentes Mitglied der Kennedy-Familie. Er war von 1965 bis zu seinem Tod 1968 Mitglied des US-Senates. Dort repräsentierte er den Staat New York. Vor seiner Wahl in den Senat amtierte er von 1961 bis 1964 als Justizminister unter seinem Bruder, dem Präsidenten John F. Kennedy, sowie dessen Nachfolger Lyndon B. Johnson. Er war ein Symbol des modernen amerikanischen Liberalismus und ein vielversprechender Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1968.

Robert F. Kennedy beschäftigte sich intensiv mit dem Wahlrecht der Afroamerikaner sowie deren Recht auf Bildung und den Gebrauch öffentlicher Plätze. Er demonstrierte sein Engagement für die Grundrechte in einer 1961 an der *University of Georgia Law School* gehaltenen Rede wie folgt: „Wir werden nicht daneben stehen oder uns distanzieren. Wir werden uns bewegen. Ich glaube, dass der Entscheid im Jahr 1954 richtig war (Entscheid des *Supreme Court* über die Aufhebung der Rassentrennung an den Schulen). Meine Ansicht zählt aber nicht. Es ist das Gesetz. Einige von Ihnen mögen glauben, der Entscheid sei falsch gewesen. Dies spielt aber keine Rolle. Es ist das Gesetz.“ Im September 1962 sandte Kennedy U.S. Marshals und Truppen nach Oxford, Mississippi, um einen Entscheid des dortigen Bundesgerichts durchzusetzen, welcher dem ersten afroamerikanischen Studenten – James Meredith – den Zugang zur *University of Mississippi* erlaubte.

Robert Kennedy betrachtete das Wahlrecht als Schlüssel zu Gerechtigkeit unter den Rassen und unterstützte Präsident Kennedy, als dieser den „Civil Rights Act“ von 1964, ein weitreichendes Grundrechtsgesetz, vorschlug. Dieser wurde angenommen, nachdem Präsident Kennedy am 22. November 1963 getötet worden war.

Robert Kennedy setzte sich auch für die Armen, Jungen, Rassenminderheiten und die Indianer ein. Er versuchte, das amerikanische Volk über die Armut zu informieren und reiste in die städtischen Ghettos, nach Appalachia, ins Mississippi Delta sowie in die Lager der Migrantenarbeiter. Sodann

versuchte er, der Armut mittels neuer Gesetze zu begegnen. Er bemühte sich darüber hinaus, die private Industrie davon zu überzeugen, sich in von Armut geplagten Gebieten einzurichten und dadurch Arbeitsstellen für die Arbeitslosen zu schaffen. Ferner betonte er den Vorrang der Arbeit gegenüber der Fürsorge. Schliesslich setzte sich Robert Kennedy auch für den Fortschritt der Menschenrechte im Ausland ein.

Am 5. Juni 1968 wurde Robert Francis Kennedy im Ambassador Hotel in Los Angeles erschossen, kurz nachdem er den Sieg in den wichtigen demokratischen Vorwahlen in diesem Staat verkündet hatte. Er starb frühmorgens am 6. Juni 1968 im Alter von 42 Jahren.



v.l. Robert F. Kennedy, Edward M. Kennedy, John F. Kennedy
© John F. Kennedy Bibliothek

Auszüge aus Robert F. Kennedys Rede „Day of Affirmation“, 6. Juni 1966, University of Cape Town, Südafrika, N.U.S.A.S.

Ich kam wegen meines grossen Interesses und meiner Zuneigung für ein Land hierher, das Mitte des siebzehnten Jahrhunderts von den Holländern besiedelt, dann von den Briten übernommen wurde und jetzt endlich unabhängig ist; ein Land, in dem die eingeborene Bevölkerung zunächst unterworfen wurde, sodass das Verhältnis zu dieser heute noch problematisch ist; ein Land, das sich abgrenzte; ein Land, das reiche natürliche Ressourcen mittels moderner Technologie gezähmt hat; ein Land, das einst Sklaven importierte und nun darum kämpfen muss, die letzten Spuren dieser früheren Zwangsarbeit zu beseitigen. Ich beziehe mich natürlich auf die Vereinigten Staaten von Amerika.

Ich freue mich aber, in Südafrika zu sein. Ich möchte hier Menschen aller Gesellschaftsschichten treffen und alle verschiedenen Meinungen hören, einschliesslich jener, die die Meinung der Regierung vertreten. Mit allen möchte ich diskutieren. Ich freue mich, heute die *National Union of South African Students* zu treffen, die während eines Jahrzehnts für die Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gekämpft hat.

Wir feiern heute die Freiheit. Im Herzen dieser westlichen Freiheit und der Demokratie steht der Glaube, dass der einzelne Mensch, jedes Kind Gottes, wertvoll ist und dass die ganze Gesellschaft sowie auch der Staat zu seinem Nutzen existieren. Es muss das Ziel jeder westlichen Gesellschaft sein, dass alle Menschen frei sind.

Das erste Element dieser individuellen Freiheit ist die Meinungsäusserungsfreiheit: das Recht, sich auszudrücken und Ideen zu vermitteln, die Regierung an ihre Aufgaben und Pflichten zu erinnern und vor allem das Recht, die eigene Mitgliedschaft und Loyalität zur politischen Körperschaft und damit zur Gesellschaft zu bekräftigen.

Hand in Hand mit der Meinungsäusserungsfreiheit geht das Recht, gehört zu werden und an den Entscheidungen der Regierung mitzuwirken. Alles, was das Leben lebenswert macht – Familie, Arbeit, Ausbildung, ein Ort um Kinder grosszuziehen und ein Ort, um zu schlafen – hängt von den Entscheidungen der Regierung ab; all das kann von einer Regierung, welche die Wünsche ihrer Bevölkerung nicht berücksichtigt, zu Grunde gerichtet werden. Die Regierung soll sich rechtfertigen müssen – gegenüber allen Menschen. Und selbst eine Regierung, die von der Bevölkerung gewählt wurde, wie es gemäss unserer eigenen Verfassung der Fall ist, muss in der Macht beschränkt werden. Dies sind heilige Rechte der westlichen Gesellschaften. Diese sind denn auch die wesentlichen Unterschiede

zwischen uns und dem Nazi-Regime in Deutschland.

Diese Forderungen sind der Kern unserer Differenzen mit dem Kommunismus. Ich lehne den Kommunismus ab, weil er den Staat über die Individuen und die Familie stellt und weil es keine Meinungsäusserungsfreiheit, keine Freiheit zu protestieren, keine Religionsfreiheit und keine Pressefreiheit gibt. Dies sind Charakteristika totalitärer Staaten. Der Weg, sich dem Kommunismus zu widersetzen ist aber nicht, die Diktatur zu imitieren, sondern sich für die Freiheit einzusetzen.

Viele Nationen haben ihre eigenen Definitionen und Erklärungen dieser von mir erwähnten Grundsätze hervorgebracht. Es gab aber oft tiefe Kluften zwischen den Versprechungen und den erbrachten Leistungen, den Idealen und der Realität. Die Ideale haben uns jedoch immer an unsere Pflichten erinnert. Und – mit schmerzlicher Langsamkeit – hat sich die Situation verbessert.



Robert F. Kennedy während einer Rede in Portland, Oregon, Mai 1968 während der Präsidentschaftswahlkampagne. © Clyde Keller



Robert F. Kennedy trifft Cesar Chavez, der seinen Hungerstreik beendet, 3. Januar 1968, Delano CA, USA.
© George Ballis, 1976 / The Image Works

Mein Land hat während zwei Jahrhunderten darum gekämpft, keine Bürger aufgrund ihrer Rasse oder gesellschaftlichen Schicht zu diskriminieren. Als mein Vater in Boston aufwuchs, gab es noch Schilder, die sagten, dass Personen irischer Abstammung nicht angestellt würden. Zwei Generationen später war Präsident Kennedy der erste katholische Staatschef; wie vielen fähigen Männern wurde vor 1961 die Möglichkeit genommen, zum Fortschritt der Nation beizutragen, weil sie Katholiken oder irischer Abstammung waren? Wie viele Söhne italienischer, jüdischer oder polnischer Eltern schlummerten in Slums – unwissend, ungelernt, ihr Potential für die Nation und die Menschheit für immer verloren? Welchen Preis werden wir bezahlen müssen bis Millionen schwarzer Amerikaner von allen Möglichkeiten, die unser Land zur Verfügung stellt, profitieren können?

In den letzten fünf Jahren hat sich die Situation der Schwarzen und der Armen verbessert. Dies mehr als in den hundert Jahren zuvor. Es bleibt aber noch viel zu tun. Wir haben Gesetze erlassen, welche die Diskriminierung bei der Ausbildung, bei der Arbeit und im Wohnungswesen

verbieten. Diese Gesetze alleine können das Erbe von Jahrhunderten aber nicht überwinden.

Der Weg zur Freiheit ist nicht einfach. Wir verpflichten uns einem friedlichen und gewaltlosen Wandel. Am wichtigsten ist, dass sich alle staatlichen Entscheidungsträger für das Ziel der Gleichheit vor dem Gesetz einsetzen, genauso wie wir uns jetzt dafür einsetzen, die tatsächliche Chancengleichheit zu erreichen.

Wir müssen die umfassende Gleichheit aller Menschen vor Gott, vor dem Gesetz und vor den Führungsgremien der Regierung erreichen. Wir müssen dies nicht tun, weil es wirtschaftlich gesehen vorteilhaft ist, obwohl es dies ist; nicht, weil Gottes Gesetze es verlangen, obwohl sie es tun; nicht, weil die Menschen in anderen Ländern sich dies wünschen. Wir müssen es aus dem einzigen und elementaren Grund tun, dass es das einzige Richtige ist.

Wir sehen ein, dass Probleme und Hindernisse überwunden werden müssen, um in den USA dieses Ziel zu erreichen. Genauso erkennen wir, dass andere Nationen in Lateinamerika, Asien und Afrika ihre eigenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme und ihre

eigenen Hindernisse bei der Beseitigung von Ungerechtigkeiten haben.

Gewisse Menschen befürchten, dass ein Wandel die Rechte der Minderheiten untergehen lassen wird, vor allem wenn die Minderheit einer anderen Rasse angehört als die Mehrheit. In den USA glauben wir an den Schutz der Minderheiten; wir anerkennen die Beiträge, welche diese leisten können ebenso wie deren Führungspotential. Wir glauben nicht, dass irgendwelche Menschen – ob es Minderheiten, Mehrheiten oder einzelne Menschen sind – „entbehrlich“ sind. Wir haben ausserdem erkannt, dass sich die Gerechtigkeit noch nicht durchgesetzt hat und sich die Menschheit manchmal langsam bewegt.

Nicht alle entwickeln sich auf die gleiche Art und mit der gleichen Geschwindigkeit. Die Schritte, welche die USA unternommen haben, sind für andere Länder vielleicht nicht die richtigen. Was wichtig ist, ist dass sich alle Nationen in Richtung Freiheit bewegen, in Richtung Gerechtigkeit für alle, in Richtung einer Gesellschaft, die stark und flexibel genug ist, um den Forderungen aller ihrer Bürger zu begegnen und in Richtung einer Welt grossen Wandels.

In wenigen Stunden hat das Flugzeug, das mich zu diesem Land gebracht hat, Ozeane und Länder überquert, die ein Schmelztopf der menschlichen Geschichte gewesen sind. Wir konnten keine Grenzen zwischen Nationen sehen, keine gewaltigen Golfe oder hohen Mauern, die Menschen von anderen Menschen trennen; nur Natur und die Arbeit des Menschen überall – Häuser, Fabriken und Farmen – reflektieren das Streben des Menschen nach Bereicherung. Überall bringen Technologie und Kommunikation Menschen und Nationen einander näher. Die Ängste des einen werden unvermeidlich zu den Ängsten von allen. Unsere neue Nähe baut falsche Masken ab und die Illusion der Unterschiedlichkeit, welche am Ursprung der Ungerechtigkeit sowie des Hasses und des Kriegs steht, verschwindet.

Jede Nation hat andere Hindernisse und andere Ziele. Wenn ich zu jungen Menschen auf der ganzen Welt spreche, beeindruckt mich aber nicht deren Verschiedenheit, sondern die Ähnlichkeit ihrer Ziele, ihrer Wünsche und ihrer Befürchtungen sowie ihrer Hoffnungen für die Zukunft. Es gibt in New York Diskriminierungen, es gibt die Ungleichbehandlung verschiedener Rassen durch die Apartheid in Südafrika und es gibt Knechtschaft in den Bergen von Peru. Menschen verhungern in den Strassen von Indien, ein ehemaliger Premierminister wird im Kongo kurzerhand hingerichtet, Intellektuelle werden in Russland inhaftiert und Tausende werden in Indonesien abgeschlachtet; überall auf der Welt werden Vermögen für Rüstungsgüter

verschwendet. Es handelt sich dabei um verschiedenartige Übel; sie sind aber alle Werke des Menschen. Sie reflektieren die fehlende menschliche Gerechtigkeit, die Unzulänglichkeit des menschlichen Mitgefühls und die Mangelhaftigkeit unserer Sensibilität für das Leid unserer Mitmenschen. Sie zeigen auch die Grenze unserer Fähigkeit auf, Wissen für das Wohlergehen unserer Mitmenschen weltweit zu nutzen.

Ich glaube, dass wir uns darauf einigen könnten, welche Art von Welt wir alle schaffen wollen. Es wäre eine Welt unabhängiger Nationen, die sich zu einer internationalen Gemeinschaft hinbewegen, wobei jede dieser Nationen die Grundfreiheiten schützen und respektieren soll. Es wäre eine Welt, in der von jeder Regierung verlangt wird, dass sie die soziale Gerechtigkeit sicherstellt. Es wäre eine Welt mit ständigem wirtschaftlichem Fortschritt – wobei nicht materielles Wohlergehen das eigentliche Ziel ist, sondern dieses als Mittel dafür verwendet wird, jedem Menschen die Nutzung seiner Fähigkeiten zu erlauben. In Kürze wäre es eine Welt, von der wir stolz wären, sie geschaffen zu haben.

Wenn wir ausserhalb unserer Grenzen als Führer auftreten wollen, wenn wir jenen helfen, die unsere Hilfe brauchen und wenn wir unseren Verpflichtungen der Menschheit gegenüber nachkommen, müssen wir alle zunächst die Grenzen niederreissen, welche die Geschichte zwischen den Menschen unseres eigenen Landes aufgebaut hat – Barrieren aufgrund von Rasse und Religion, sozialer Gesellschaftsschicht oder Unkenntnis.

Unsere Antwort ist die Hoffnung der Welt; das heisst, uns auf die Jugend zu verlassen. Die Grausamkeiten und Hürden dieser sich schnell wandelnden Welt werden nicht vor veralteten Dogmas und abgenutzten Sprüchen weichen. Die Veränderung wird nicht von denen bewirkt, die die Illusion von Sicherheit bevorzugen gegenüber der Aufregung und der Gefahr, die selbst ein noch so friedlicher Fortschritt mit sich bringt. Die Welt verlangt nach den Fähigkeiten der Jugend; nicht wegen ihres Alters, sondern wegen ihrer Einstellung, ihrer Willens- und Vorstellungskraft und der Vorherrschaft von Mut über Ängstlichkeit. Wir leben in einer revolutionären Welt. Den heutigen jungen Leuten wurde eine grössere Verantwortung aufgebunden als jeder Generation, die je gelebt hat. „Es gibt“, sagte ein italienischer Philosoph „nichts Schwierigeres, das man sich vornehmen kann, nichts Gefährlicheres, das man unternehmen kann oder in seinem Erfolg Unsicheres als die Einführung einer neuen Ordnung der Dinge in die Hand zu nehmen.“ Dies ist jedoch der Massstab für die Aufgabe der jungen Generation, und der Weg ist voller Gefahren.

Zunächst gibt es die Gefahr der Vergeblichkeit; der Glaube, dass es nichts gibt, das ein Mann oder eine Frau gegen die enorme Vielfalt an Misständen auf dieser Welt tun kann – gegen Elend und Unwissenheit, Ungerechtigkeit und Gewalt. Viele der grössten Bewegungen der Welt, seien diese Gedanken oder aktive Handlungen, stammen jedoch von einzelnen Menschen. Ein junger Mönch startete die protestantische Reformation, ein junger General vergrösserte das Reich von Mazedonien bis zu den Grenzen der Welt, eine junge Frau gewann das französische Staatsgebiet zurück. Ein junger italienischer Entdecker entdeckte die Neue Welt und der 32-jährige Thomas Jefferson verkündete, dass alle Menschen gleich geboren werden. „Gib mir einen Platz zum Stehen“, sagte Archimedes „und ich werde die Welt bewegen.“ Diese Menschen bewegten die Welt. Wir alle können dies auch. Nur wenige Menschen werden die Grösse haben, Geschichte zu schreiben. Jeder von uns kann aber kleine Dinge verändern. Die Geschichte dieser Generation wird dann durch die Summe aller dieser Taten geschrieben. Tausende Freiwillige des *Friedenskorps* bewirken etwas in abgeschiedenen Dörfern und städtischen Slums in dutzenden Ländern. Tausende unbekannte Männer und Frauen in Europa leisteten den Nazi Widerstand. Viele starben, aber alle trugen letztlich zur Stärke und Freiheit ihrer Länder bei. Die menschliche Geschichte wird durch die unzähligen verschiedenen Taten, die von Mut und Glauben zeugen, geformt. Jedes Mal, wenn ein Mensch für ein Ideal oder dafür einsteht, das Schicksal anderer zu verbessern oder sich gegen Ungerechtigkeiten wehrt, sendet er eine kleine Welle von Hoffnung aus. Wenn sich diese Wellen kreuzen, entsteht ein Strom, der die mächtigsten Mauern der Unterdrückung und des Widerstands niederreißen kann.

„Wenn Athen euch grossartig erscheint“, sagte Perikles, „dann erinnert euch daran, dass der Ruhm dieser Stadt von tapferen Menschen und von Menschen, die sich ihrer Pflichten bewusst waren, geschaffen wurde.“ Dies ist der Ursprung der Grösse in allen Gesellschaften und es ist der Schlüssel zu Fortschritt in unserer Zeit.

Die zweite Gefahr sind Sachzwänge. Wir müssen denjenigen begegnen, die sagen, dass sich Hoffnungen und Überzeugungen den unmittelbaren Notwendigkeiten beugen müssen. Natürlich, wenn wir effizient handeln wollen, müssen wir mit der Welt wie sie ist umgehen. Wir müssen Dinge erledigen. Wenn es aber etwas gab, für das Präsident Kennedy einstand, und das bei den jungen Menschen weltweit die tiefsten Gefühle hervorrief, war es sein Glaube, dass Idealismus, hohe Erwartungen und tiefgreifende Überzeugungen mit den praktischsten und effizientesten Plänen



Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichnet das Bürgerrechtsgesetz von 1965. Edward und Robert Kennedy und weitere schauen zu.
© Yoichi Okamoto für das White House

kompatibel sind. Er war der Ansicht, dass es zwischen Idealen und realistischen Möglichkeiten keinen Widerspruch gibt. Es ist unrealistisch oder stur, Probleme lösen zu wollen und zu handeln, ohne sich von den höchsten moralischen Zielen und Werten führen zu lassen, auch wenn wir alle Leute kennen, die dies behaupten. Meiner Meinung nach ist dies aber gedankenloser Unsinn. Solches Handeln lässt nämlich den menschlichen Glauben, die Leidenschaft und das Vertrauen ausser Acht. Dies aber sind Kräfte, die letztlich stärker sind als alle Berechnungen unserer Ökonomen und Generäle. Natürlich braucht man viel Mut und Selbstvertrauen, um unsere Massstäbe, unseren Idealismus und unsere Vision angesichts unmittelbarer Gefahr aufrechtzuerhalten. Wir wissen aber auch, dass nur diejenigen, die sich trauen, in hohem Mass zu scheitern, auch in hohem Mass etwas erwirken können.

Ich glaube, dass dieser neue Idealismus auch das gemeinsame Erbe einer Generation ist, die gelernt hat, dass Effizienz zwar zu den Lagern in Auschwitz oder den Strassen von Budapest führen kann, dass aber nur die Menschlichkeit und die Liebe die Höhen der Akropolis erklimmen können.

Die dritte Gefahr ist die Ängstlichkeit. Nur wenige Menschen sind dazu bereit, der Missbilligung ihrer Kameraden, der Kritik ihrer Kollegen und der Empörung der Gesellschaft standzuhalten. Moralischer Mut ist ein selteneres Gut als Tapferkeit im Krieg oder hohe Intelligenz. Es ist jedoch die unerlässliche, grundlegende Eigenschaft derjenigen, welche die Welt verändern wollen. Aristoteles sagte: „Bei den Olympischen Spielen werden nicht die besten und stärksten Männer gekrönt, sondern diejenigen, die sich auf die Liste setzen... So gewinnen auch im Leben der Ehrenwerten und Guten diejenigen, die richtig handeln, den Preis.“ Ich glaube, dass in der heutigen Generation diejenigen, die den Mut haben, sich auf einen moralischen Konflikt

einzulassen, Gefährten in jeder Ecke der Welt finden werden.

Für diejenigen unter uns, die Glück haben, ist die vierte Gefahr die Bequemlichkeit. Die Versuchung, den einfachen und vertrauten Weg der persönlichen Ziele und des wirtschaftlichen Erfolgs zu gehen, der sich so glanzvoll vor denjenigen ausbreitet, die das Privileg einer Ausbildung haben. Dies ist aber nicht der Weg, den die Geschichte für uns abgesteckt hat. Es gibt einen chinesischen Fluch, der sagt „Möge er zu interessanten Zeiten leben.“ Ob es uns gefällt oder nicht, wir leben in interessanten Zeiten. Es sind Zeiten der Gefahr und der Unsicherheit; diese Zeiten sind aber auch offener für die kreative Tatkraft der Menschen als alle anderen Zeiten der Geschichte. Über jeden hier wird letztlich ein Urteil gefällt – jeder wird letztlich ein Urteil über sich selbst fällen – betreffend der Bemühungen, mit welchen er zur Schaffung einer neuen Gesellschaft auf dieser Welt beigetragen hat und betreffend des Ausmaßes, in welchem seine Ideale und Ziele diese Bemühungen geformt haben.

Wir trennen uns also, ich gehe zurück in mein Land und ihr bleibt hier. Wir sind – wenn ein 40-jähriger Mann dieses Privileg für sich beanspruchen darf – Kollegen in der Gemeinschaft junger Menschen. Jeder von uns hat seine eigene Aufgabe. Ich weiss, dass ihr euch zeitweise mit euren Problemen und Schwierigkeiten sehr alleine fühlen müsst. Ich bin aber sehr beeindruckt von dem, für was ihr einsteht sowie von euren Anstrengungen. Ich hoffe, dass ihr Mut aus dem Wissen schöpft, dass ihr mit anderen jungen Menschen in jedem Land verbunden seid. Sie kämpfen mit ihren Problemen und ihr mit euren, aber ihr alle verfolgt ein gemeinsames Ziel. Ihr seid mit anderen jungen Menschen auf viele Weisen enger verbunden als mit den älteren Menschen. Ihr seid alle entschlossen, eine bessere Zukunft



Robert F. Kennedy begrüsst Minenarbeiter, 1960, West Virginia, für eine Wahlkampfveranstaltung seines Bruders John F. Kennedy. © Bob Lerner

zu schaffen. Präsident Kennedy sprach zu den jungen Menschen von Amerika, darüber hinaus aber zu allen jungen Menschen weltweit, als er sagte: „Die Energie, der Glaube, die Hingabe, welche wir in dieses Unterfangen hineingeben, wird unser Land und alle, welche ihm dienen, entzünden – und der Schein dieses Feuers kann wahrhaftig die ganze Welt erhellen.“

Und er fügte hinzu: „Mit einem guten Gewissen als unserem einzigen sicheren Lohn, mit der Geschichte als letztem Richter über unsere Taten, lasst uns hingehen, um das Land zu führen, das wir lieben. Wir bitten Gott um seinen Segen und seine Hilfe, wissen aber, dass Gottes Arbeit hier auf der Erde wahrhaftig unsere eigene sein muss.“ Ich danke euch.



Robert F. Kennedy, Children at Sunnyside, © 2006 Clyde Kellier

„WIR KÖNNEN UNS FÜR DAS VORRECHT DES FRIEDENS UND DES GEORDNETEN LEBENS, DAS UNS OHNE UNSER VERDIENST NOCH IMMER GESCHENKT IST, DADURCH DANKBAR ERWEISEN, DASS WIR ES MIT DEM BRUDER TEILEN, DER UNVERSCHULDET ALLES VERLOREN HAT.“

Gertrud Kurz wurde am 15. März 1890 in Lutzenberg, Appenzell Ausserrhoden, geboren. 1938 organisierte sie eine Weihnachtsfeier, zu der sie auch Flüchtlinge, welche in der Stadt Bern lebten, einlud. Bei den Flüchtlingen handelte es sich zu diesem Zeitpunkt vor allem um deutsche Intellektuelle und Juden. In der Folge suchten auch Flüchtlinge aus anderen Ländern Asyl in der Schweiz, wobei sich die Flüchtlingspolitik der Schweiz zunehmend verschärfte. Aus dieser Einladung von Flüchtlingen entstand die *Kreuzritter-Flüchtlingshilfe*, ein eigenes Hilfswerk, das zunächst ausschliesslich auf privater Basis betrieben wurde. Kurz empfing ratsuchende Flüchtlinge zu Hause. Von dort erteilte sie auch telefonische Auskünfte. Sie unterstützte die Flüchtlinge materiell, intervenierte bei Behörden, um Ausweisungen zu verhindern und setzte sich in der Öffentlichkeit für die Rechte der Flüchtlinge ein.

Gertrud Kurz hatte das Ziel, für die Flüchtlinge in der Schweiz einen Ort der Geborgenheit zu schaffen. Von Flüchtlingen und Behördenmitgliedern wurde sie liebevoll „Mutter Kurz“ oder „Mutter der Flüchtlinge“ genannt. Kurz versuchte stets, Entscheidungsträger auf einer menschlich-emotionalen Ebene anzusprechen. Sie kritisierte Behördenmitglieder denn auch nicht, sondern versuchte, sie für das Schicksal der Flüchtlinge zu sensibilisieren.

Nachdem sich immer mehr Freiwillige meldeten und zur Betreuung von Flüchtlingen zur Verfügung stehen wollten, entstanden weitere Hilfswerke in Basel, St.Gallen, Zürich, Genf und Lausanne. 1941 wurde die *Kreuzritter-Flüchtlingshilfe* an die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe angeschlossen, blieb aber ein privates Hilfswerk.

1942 setzte sich Kurz beim damaligen Bundesrat und Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements Eduard von Steiger gegen die massive Rückweisungspraxis ein. Mit ihrer Tätigkeit sorgte Kurz ähnlich wie etwa Paul Grüninger, der ab Frühjahr 1938 die illegale Einreise von (vor allem jüdischen) Flüchtlingen aus Österreich organisierte, für einen Kontrapunkt zur restriktiven schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs. Anfangs der 1960er-Jahre wurde sie zweimal für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Kurz setzte sich bis zu ihrem Tod am 26. Juni 1972 für die Flüchtlings- und Friedensarbeit ein.



Gertrud Kurz, 1965. © Jac. de Nijs / Focosammlung Anief, Nationaal Archief, Den Haag, Holland

Artikel von Gertrud Kurz: *Der Bund*, Nr. 523, 8. November 1942

Es wird uns Menschen, die wir immer noch in Geborgenheit leben dürfen, nie ganz möglich sein, uns in die vielfache schwere Not unserer Flüchtlinge hineinzudenken. Viel ist darüber gesagt und geschrieben worden, aber es muss wohl immer wieder gehört werden.

Stehen wir nicht immer wieder fassungslos vor der Tatsache, dass es heute noch Menschen gibt, die der Willkür ihrer Mitmenschen preisgegeben sind – denen alles genommen wurde und die zu „büßen“ haben ohne jeden Rechtsanspruch? Sie sind auf unsern „guten Willen“ und auf unser Verständnis angewiesen. Sie können sich auf kein menschliches Gesetz berufen, aber sie vertrauen sich denen an, die an das göttliche Gesetz und Recht glauben. Mögen unsere Gewissen durch dieses Gesetz geschärft werden für die

Not der Rechtlosigkeit und mögen wir willig sein, unsern Flüchtlingen Verlorenes zu ersetzen und für sie einzustehen.

Die meisten Flüchtlinge haben nur ihr Leben gerettet und alles andere dahinten lassen müssen. Ihre Mittellosigkeit ist uns ebenso anvertraut wie ihre Rechtlosigkeit. Wir können uns für das Vorrecht des Friedens und des geordneten Lebens, das uns ohne unser Verdienst noch immer geschenkt ist, dadurch dankbar erweisen, dass wir es mit dem Bruder teilen, der unverschuldet alles verloren hat.

Jede Woche treffen wir uns einmal mit unsern alten und mit den neuangekommenen Flüchtlingen. Immer neue Gesichter tauchen auf: gequälte, leidende und dankbare, befreite Gesichter; solche, die noch von überstandenen Schrecken zeugen, und andere, die zuversichtlich vorwärts schauen in ein neues Leben hinein. Auf manchen Neuangekommenen liegt ganz besondere Hoffnungslosigkeit. Ihre Augen sehen suchend in die Ferne und ihre Gedanken gehen eigene, notvolle Wege. Ehe wir auseinandergehen, lassen sie uns teilnehmen an dem, was sie beunruhigt und quält.

Schwer und dunkel ist das Kapitel Flucht. Tausendfach sind die Leiden der Fliehenden. Selten kommt es vor, dass eine ganze Familie zusammen fliehen kann. Immer wieder werden Eltern von ihren Kindern getrennt und verlieren Kinder ihre Eltern; Frauen müssen ihre Männer hergeben, und Männer sind gezwungen, ihre Frauen einem ungewissen Schicksal zu überlassen. Das Heimweh zehrt an allen unsern Flüchtlingen, und die jahrelange Trennung zermürbt ihre Seele und ihre Nerven. Für manchen Flüchtling ist es demütigend, in Abhängigkeit leben zu müssen. Während junge Flüchtlinge in den verschiedenen Arbeitslagern für unser Land arbeiten, indem sie Bodenverbesserungen vornehmen und Pflanzungen bestellen, Strassen bauen, Torf stechen, leiden unsere älteren Emigranten sehr unter der ihnen aufgezwungenen Untätigkeit.

Unsere Flüchtlinge wissen, dass sie in unserm Lande nur vorübergehend, das heisst bis zu ihrer Weiterreise, wohnen dürfen. Mehr als 4000 Flüchtlinge haben denn auch seit 1939 unser Land wieder verlassen. Vielen ist es gelungen, nach Nordamerika zu gelangen, andere bekamen ein Visum für Südamerika, und manche haben in Palästina ein neues Leben angefangen. Trotz grösster Schwierigkeiten werden auch heute noch Ausreisen vorbereitet. Aber wissen die Flüchtlinge, was ihrer im fremden Lande wartet? Mittellos kommen sie an ihrem Bestimmungsorte an, oft zermürbt schon durch die schweren Erlebnisse von Verfolgung und Flucht. Langsam gelingt es ihnen, soweit zu kommen, dass sie sich selbst über Wasser halten können. Auf denen aber,

die bei uns zurückbleiben, liegt die Not der Zukunftslosigkeit wie eine schwere Last. Wir können sie nicht davon befreien, aber wir sollten versuchen, etwas Freude in ihren Alltag zu bringen, damit sie nicht verbittert und verkümmert hineingehen müssen in die kommende Zeit, die ganze Menschen brauchen wird.

In Zeiten der Verfolgung hängen die Menschen mit doppelter Liebe an ihren leidverbundenen Angehörigen. Alles ist ihnen genommen worden: Haus, Heimat und all ihr Besitztum; Ehre und Recht und jegliche Freiheit. Wenn ihnen auch die liebsten Menschen entrissen werden, dann bricht alles zusammen, was das Leben doch lebenswert machte und ihrem Dasein noch einen wirklichen Sinn gab. Wir alle, die wir unsere Eltern in Sicherheit wissen, und die wir uns unserer Kinder freuen dürfen, wir wollen an die Flüchtlinge denken, deren Nächte dunkel und qualvoll sind, deren Herzen aufschreien in Angst und Sorge um ihre gefährdeten oder schon verschollenen Angehörigen.

Von allen Völkern werden heute ungeheure Opfer gefordert; wir haben das Vorrecht, mit unserm Opfer armen gequälten Menschen helfen zu dürfen. Lasst uns von diesem Vorrecht reichlich Gebrauch machen, zum Segen der Verfolgten und zum Segen unseres eigenen Landes.

Vorwort von Gertrud Kurz in der Broschüre „Nie wieder!“, 1946

Unsere Dankesschuld

Wir stehen heute in der grossen Gefahr, abgestumpft zu werden gegenüber all dem grauenhaften Leid, von dem Tausende von Menschen betroffen sind. Wir hören davon in Vorträgen, wir lesen Zeitungsberichte und Briefe, deren Inhalt uns zutiefst erschüttern müsste, aber sie bereiten uns kaum mehr eine schlaflose Nacht. Und was viel schlimmer ist, sie reissen uns nicht heraus aus unserem geruhsamen Leben und verpflichten uns nicht zu neuen Anstrengungen.

Doch da gibt es nun Menschen, die sind selbst durch Nacht und Grauen gegangen. Sie erheben heute ihre Stimme und mahnen: „Vergesst nicht so leicht, was kaum erst geschehen ist!“ Legt es nicht einfach ad acta, helft mit, dafür zu sorgen, dass so grauenhaftes Geschehen nimmermehr möglich sein wird!“ Wir wollen ihre Stimmen nicht überhören, sondern ihre Bestrebungen unterstützen, auf dass ihr erlittenes Leid nicht umsonst gewesen sei. Wir wollen ihnen aber auch materiell beistehen, damit sie ihren Kameraden, die ihre leibliche und seelische Kraft eingebüsst haben, zu Hilfe kommen können. Wir Verschonten wollen nicht zögern, auch hier eine Dankesschuld abzutragen!

„SOLANGE DIE WELT DIE TIBETISCHE FRAGE NICHT ANGEHT, HALTEN DIE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN.“

Lhamo Thondup wurde 1935 als neuntes Kind einer Bauernfamilie, die in der chinesischen Grenzregion von Amdo lebte, geboren. Als Zweijähriger wurde er von tibetischen Mönchen als vierzehnte Reinkarnation des Dalai Lama erkannt. Dieser wird als eine Erscheinungsform des Bodhisattva des Mitgeföhls betrachtet. Lhamo Thondup wurde neu Tenzin Gyatso genannt und nach Lhasa gebracht, um dort eine 16-jährige Ausbildung in metaphysischen und religiösen Texten zu absolvieren. Diese bereiteten ihn auf seine Rolle als weltliches Oberhaupt der Tibeter und spirituelles Oberhaupt der Buddhisten vor.

Nach der chinesischen Invasion in Tibet im Jahr 1949 und während der folgenden Jahre wurde die tibetische Bevölkerung brutal unterdrückt. Tausende Tibeter wurden hingerichtet oder verhungerten in Gefangenenlagern. Hunderte Klöster, Tempel und andere kulturelle und historische Gebäude wurden geplündert und zerstört. Um die tibetische Kultur und Identität zu zerstören, zwangen die Chinesen die Tibeter dazu, sich wie Chinesen zu kleiden, als Atheisten zu leben, Bücher zu verbrennen und ihre Vorbilder und Lehrer zu verurteilen, zu erniedrigen und zu töten.

1959 floh Dalai Lama zusammen mit 80 000 Tibetern nach Nordindien ins Exil. Er ist seither nie nach Tibet zurückgekehrt. In den 1960er- und 1980er-Jahren folgten weitere Wellen der Unterdrückung. Die Unterdrückung der tibetischen Bevölkerung hält bis heute an. Bis anhin hat die chinesische Regierung über eine Million Tibeter, ein Fünftel der Bevölkerung, ermordet, gefoltert oder verhungern lassen. Angesichts dieser staatlichen Unterdrückung stellt sich die Frage: Wo sammeln die Tibeter die Kraft, um den Kampf weiterzuführen? Seine Heiligkeit der Dalai Lama inspiriert die Tibeter, für ihre Überzeugungen einzustehen und an ihren Träumen festzuhalten. Er fordert dazu auf, diejenigen, die sein Land geraubt und sein Volk massakriert haben, nicht als Mörder und Diebe anzusehen, sondern als Menschen, denen Vergebung und Mitgeföhls zusteht. Seit 1959 hat er als Anerkennung seiner lebenslangen Botschaft des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des interreligiösen Verständnisses, der weltweiten Verantwortung und des Mitgeföhls mehr als 84 Auszeichnungen, Ehrendoktorate und andere Preise, einschliesslich des Friedensnobelpreises im Jahre 1989, erhalten. Zudem hat er über 72 Bücher verfasst und beschreibt sich selbst als einfachen buddhistischen Mönch.



Der US-Präsident Barack Obama trifft seine Heiligkeit den Dalai Lama im Kartenzimmer des Weissen Hauses am 18. Februar 2010.
© Offizielles Foto des Weissen Hauses von Pete Souza

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000:

ÜBER MITGEFÜHL

Als ich die Lager der Nationalsozialisten in Auschwitz besuchte, war ich gänzlich unvorbereitet auf den tiefen Ekel, den ich angesichts der Öfen, in denen hunderttausende Personen verbrannt worden waren, verspürte. Die blosser Berechnung und Kaltherzigkeit, für welche diese Brennöfen Zeugnis ablegten, überwältigten mich. Ich erkannte, dass es soweit kommt, wenn Gesellschaften das Gefühl verlieren. Und obwohl Gesetze und internationale Konventionen bestehen, um solche Katastrophen zu verhindern, ereignen sich diese gleichwohl immer wieder und auch heute noch. Was ist mit Stalin und seinen Pogromen? Was ist mit Pol Pot, dem Architekten der Killing Fields? Und was ist mit Mao – einem Mann, den ich kannte und einst bewunderte – und seinem barbarischen Irrsinn der Kulturrevolution? Alle drei hatten eine Vision und ein Ziel mit einem sozialen Programm. Nichts kann aber das menschliche Leid, welches daraus resultierte, rechtfertigen. Wie Sie sehen, beginnt also alles mit dem Individuum. Es beginnt damit, sich zu fragen, was die Konsequenzen des eigenen Handelns sind. Ethisches Handeln schädigt nicht. Und wenn wir für das Leid anderer sensibler wären, würden wir es weniger gut aushalten, deren Schmerzen zu sehen. Umso mehr würden wir uns bemühen, sicherzustellen, dass unser Handeln kein Leid bringt. Auf Tibetisch nennen wir dies „nying je“, was in der Regel als Mitgeföhls übersetzt wird.

ÜBER LEID

Alle Menschen wünschen sich Glück. Echtes Glück zeichnet sich durch Frieden aus. Ein empfindungsfähiger Mensch erlebt aber auch Leid. Diese schmerzliche Erfahrung verbindet uns mit anderen und ermöglicht es uns, uns in jemand anderen einzufühlen. Viele Menschen in Tibet haben erlebt, dass einem weggenommen wird, was man gerne hätte. Als Flüchtlinge haben wir unser Land verloren und wurden von jenen getrennt, die wir lieben. Wenn ich schlechte Neuigkeiten aus Tibet höre, werde ich sehr traurig. Ende der 1970er- und anfangs der 1980er-Jahre kamen mehr Tibeter als üblich nach Indien, um mich zu besuchen. Sie erzählten mir, dass ihre Väter, Eltern, Brüder oder Schwestern getötet und sie selbst gefoltert worden seien oder gelitten hätten. Ich weinte oft. Heute, nachdem ich so viele solche Geschichten gehört habe, sind meine Tränen versiegt. Es ist wie bei einem Soldaten, der beim ersten Schuss, den er hört, noch Angst hat, der sich aber an das Geräusch gewöhnt, nachdem er viele Schüsse gehört hat, und nicht mehr erschrickt.

Als die Chinesen die Geduld mit mir verloren und ihren Unmut an Panchen Lama ausliessen, war ich sehr traurig. Ich akzeptiere denn auch eine gewisse Verantwortung für das, was passiert ist. Aber was konnte ich tun? Es macht keinen Sinn, mutlos oder traurig zu sein, wenn sich solche Dinge ereignen. Das Gefühl hilfloser Wut vergiftet nur den Geist, verbittert das Herz und schwächt die Kraft. Ich fasse Mut beim Ratschlag des alten indischen Meisters Shantideva: „Wenn eine Möglichkeit besteht, das Leid zu überwinden, besteht kein Grund zur Sorge. Wenn keine Möglichkeit besteht, das Leid zu überwinden, nützt es nichts, sich zu sorgen.“ Um mit unserer Situation klar zu kommen, müssen wir diese Aussage beherzigen.

Wir müssen uns zudem daran erinnern, dass sich der im Menschen tief verwurzelte Drang zu Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit schliesslich durchsetzen wird. Es lohnt sich auch, sich daran zu erinnern, dass aus der schwierigsten Zeit am meisten Weisheit und Stärke gewonnen wird. Ein grossartiger tibetischer Lehrer, der mehr als zwanzig Jahre im Gefängnis verbrachte und dort entsetzliche Behandlung, einschliesslich Folter, erduldet, schrieb während seiner Gefangenschaft Briefe. Diese schmuggelte er nach aussen. Zahlreiche Personen lasen seine Briefe und erklärten, sie würden die tiefgreifendsten Lehren über Liebe und Mitgefühl enthalten, die sie je gehört hätten.

ÜBER ETHIK UND UMWELT

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass das Tibet, in dem ich aufwuchs, ein Paradies der Tierwelt war. Tiere wurden

kaum gejagt. Grosse Herden von „kyang“ (wilde Esel) und „drong“ (wilde Yaks) streunten zusammen mit schimmernenden „gowa“ (Gazellen), „wa“ (Füchse) und „tsoe“ (Antilopen) über die Ebenen. Die edlen Adler flogen hoch über den Klöstern und nachts konnte man die Rufe der „wookpa“ (lang-ohrige Eulen) hören. Heute ist diese Tierwelt verschwunden, weil sie ihren Lebensraum verloren hat und gejagt wurde. Zudem wurden die Wälder von Tibet von den Chinesen kahl geschlagen. Peking gibt sogar zu, dass die Abholzung der Wälder die katastrophalen Überschwemmungen in Westchina zumindest teilweise verursacht hat. Sensibilität für die Umwelt muss Teil davon sein, zu erkennen, dass unsere Handlungen weltweit Auswirkungen haben. Zurückhaltung ist, wie überall, wichtig.

ÜBER GEWALTLOSIGKEIT

Der Vorsitzende Mao sagte einmal, politische Macht komme von einem Gewehrlauf. Ich glaube jedoch, dass sich durch Gewalt zwar kurzfristig Ziele erreichen lassen, sich aber nichts langfristig erhalten lässt. Ich glaube fest daran, dass Gewalt Gegengewalt erzeugt. Einige mögen sagen, dass meine Hingabe zur Gewaltlosigkeit lobenswert sei, diese aber nicht zum Ziel führe. Ich bin davon überzeugt, dass die Leute dies sagen, weil es Mut braucht, sich auf die Gewaltlosigkeit zu verlassen und es schwierig ist, sich nicht entmutigen zu lassen. Aber während es einst nur um Frieden im eigenen Land ging, geht es heute um den Weltfrieden – die heutige gegenseitige menschliche Abhängigkeit ist offensichtlich.

Wir müssen erkennen, dass Gewaltlosigkeit das primäre Merkmal der politischen Revolutionen war, die in den 1980er-Jahren stattgefunden haben. Ich habe die Idee geäussert, dass Tibet, zusammen mit anderen Gebieten, zu einer Friedenszone erklärt wird. Länder wie Indien und China, die sich seit langem im Krieg befinden, könnten von der Gründung eines demilitarisierten Gebiets enorm profitieren. Sie könnten einen beachtlichen Teil ihres Einkommens, das sie heute für den Unterhalt ihrer Grenztruppen ausgeben, einsparen.

Auf der persönlichen Ebene kann Gewalt eine höhere Leistungsbereitschaft untergraben. Ich bin zum Beispiel der Meinung, dass Hungerstreiks als Protestmittel problematisch sind. Als ich die tibetischen Hungerstreiks das erste Mal besuchte (am 2. April 1988 in Neu Delhi), hatten die Streikenden seit zwei Wochen nichts mehr gegessen. Sie befanden sich deshalb noch in nicht allzu schlechter physischer Verfassung. Die Streikenden baten mich bereits zu Beginn, sie nicht vom Streik abzubringen. Weil sie den Hungerstreik für Tibet durchführten, welches auch in

meiner Verantwortung liegt, wollte ich ihnen eine Alternative zum Hungerstreik aufzeigen. Wenn ich ihnen eine Alternative hätte aufzeigen können, hätte ich sie vom Streik abbringen können. Leider gab es aber keine Alternative. Die indische Polizei schritt schliesslich ein und brachte die Streikenden ins Spital. Ich war sehr erleichtert. Die Streikenden handelten jedoch mutig und entschieden, was beeindruckend ist. Und glücklicherweise mussten sie nicht sterben, nicht, weil sie ihre Meinung geändert hätten, sondern weil die indische Regierung sie dazu zwang, zu leben. Die Streikenden selbst betrachteten es nicht als eine Form von Gewalt, sich selbst zu opfern, ich aber schon. Obwohl sie realisierten, dass unser Anliegen ein und dasselbe war, hätten sie nicht denken sollen, dass der Tod durch die Hand ihrer Feinde eine angemessene Konsequenz für ihre Handlungen sei. Dies ist eine wichtige Unterscheidung.

ÜBER MENSCHENRECHTE

Menschenrechtsverletzungen sind Symptome des Problems Tibet im weiteren Sinn, und solange die Welt die tibetische Frage nicht angeht, halten die Menschenrechtsverletzungen an. In der Zwischenzeit leiden die Tibeter, die Chinesen schämen sich und der allgemeine Unmut vergrössert sich. Die chinesischen Behörden sind besorgt um Einheit und Stabilität. Die Methode, die sie in Tibet anwenden, schafft aber Instabilität und Uneinigkeit. Sie ist widersprüchlich und funktioniert nicht.

ÜBER DEN WERT DES LEBENS

Ich bin mir bewusst, dass es einem Zweck dient, der Dalai Lama zu sein. Wenn das eigene Leben für andere nutzbringend und förderlich wird, ist sein Zweck erfüllt. Ich habe eine riesige Verantwortung und eine unmögliche Aufgabe. Solange ich aber mit echter Motivation weitermache, bin ich gegen diese enormen Schwierigkeiten beinahe immun. Was immer ich tun kann, tue ich; sogar, wenn es über meine Möglichkeiten hinausgeht. Ich bin natürlich der Meinung, dass ich ausserhalb der Regierungsorganisation nützlicher wäre. Jüngere, gebildete Leute sollten meine Aufgaben übernehmen, während ich die mir verbleibende Zeit und Energie auf die Anerkennung des Werts des Menschen richten sollte. Dies ist letztlich das Wichtigste. Wenn der Wert des Menschen nicht respektiert wird von jenen, welche die Regierung handhaben oder an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt sind, vergrössern sich Probleme aller Art, wie zum Beispiel Kriminalität und Korruption. Die kommunistische Ideologie anerkennt den Wert des Menschen nicht, weshalb Korruption vorherrscht. Die buddhistische Kultur kann helfen, die Selbstdisziplin zu erhöhen,

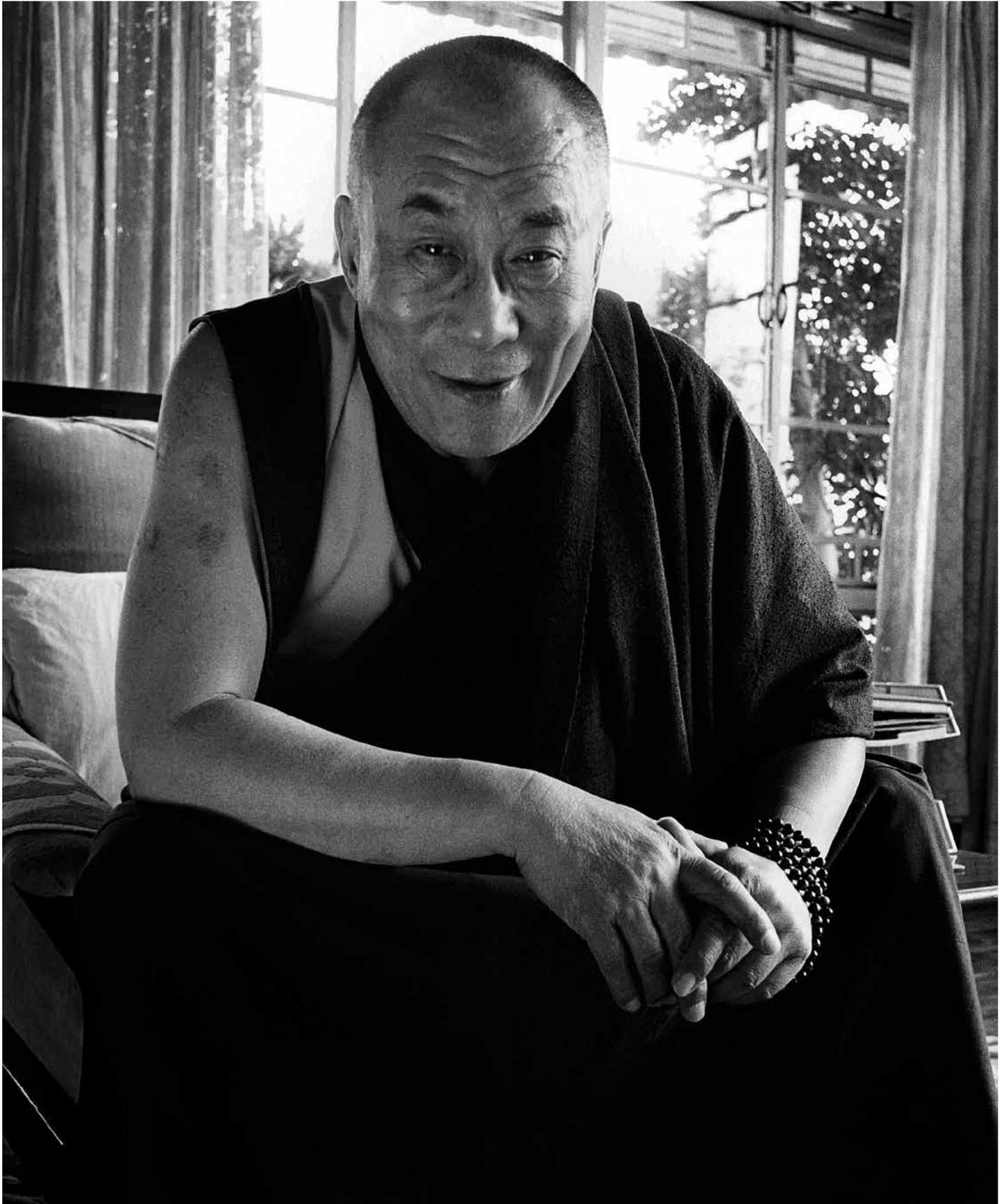
was Korruption automatisch reduziert. Sobald wir mit einer gewissen Freiheit nach Tibet zurückkehren können, werde ich meine weltliche Autorität abgeben. Dann werde ich mich für den Rest meines Lebens auf die Anerkennung des Werts des Menschen und die Harmonie zwischen den verschiedenen religiösen Traditionen fokussieren. Ich werde der buddhistischen Welt zudem weiterhin den Buddhismus lehren.

ÜBER ZIELE UND DIE UNBESTÄNDIGKEIT

Ein politischer Führer und zugleich ein moralischer Führer zu sein, ist nicht inhärent widersprüchlich, solange man die politischen Aktivitäten oder Ziele seriös und mit korrekten Zielen ausführt. Korrekte Ziele bedeutet, nicht für den eigenen Namen, den eigenen Ruhm oder die eigene Macht zu arbeiten, sondern für das Wohl anderer.

Noch weitere fünfzig Jahre – und ich, Tenzin Gyatso, werde nur noch eine Erinnerung sein. Die Zeit verstreicht ohne Aufhalt. Die chinesischen Behörden und die tibetische Bevölkerung wollen, dass ich meine Arbeit fortführe. Ich bin nun aber über 64 Jahre alt. Das bedeutet, dass ich in zehn Jahren 74 Jahre alt sein werde, in weiteren zehn Jahren 84 Jahre alt. Es bleibt mir deshalb wenig Zeit, aktiv tätig zu sein. Meine Ärzte sagen mir gestützt auf meinen Puls, dass ich 103 Jahre alt werde. In der Zeit, die mir verbleibt, bis zu meinem letzten Tag, möchte ich zu Gunsten aller enge Beziehungen mit denjenigen pflegen, die Tibets Freunde wurden während dessen schwierigster Zeit. Sie haben es nicht für Geld gemacht und sicher auch nicht für Macht (weil sie als unsere Freunde mehr Mühe gehabt haben dürften, mit China Handel zu treiben), sondern aus Mitgefühl und aus menschlicher Sorge. Ich erachte diese Freundschaften als sehr wertvoll. Hier ein kurzes Gebet, dass mich inspirierte zu meinem Bestreben, anderen zu nützen:

*Möge ich zu allen Zeiten jetzt und für immer werden
Ein Schützer für jene ohne Schutz
Ein Führer für jene, die den Weg verloren haben
Ein Schiff für jene, die Ozeane überqueren
Eine Brücke für jene, die Flüsse überqueren
Ein Asyl für jene in Gefahr
Eine Lampe für jene ohne Licht
Ein Ort mit Teppichen für jene, die kein Obdach haben
Und ein Diener für alle in Not*



The Dalai Lama. © Edelle Adams

EMILIE LIEBERHERR

„WIR FORDERN ALLE BÜRGER UNSERES LANDES AUF, ZU BEDENKEN, DASS UNSERE DEMOKRATIE OHNE DIE MITWIRKUNG DER FRAUEN UNVOLLKOMMEN UND EINSEITIG IST UND DASS ECHTE HUMANITÄT AUCH IM STAAT DIE PARTNERSCHAFT VON MANN UND FRAU VORAUSSETZT.“

Emilie Lieberherr (geb. 14. Oktober 1924) war schon als Kind politisch interessiert. Politik bedeutete für sie „das Leben der Menschen in unserer Gesellschaft zu verbessern, ganz besonders das Los der Benachteiligten“. Sie setzte sich denn auch besonders für Frauen, Junge, Alte und sozial ausgegrenzte Menschen ein.

Lieberherr fand Ende der 1960er-Jahre erstmals politische Beachtung. Sie war eine Verfechterin der Gleichstellung von Mann und Frau und setzte sich für das Frauenstimmrecht in der Schweiz ein. 1969 stellte sie sich als Präsidentin des „Aktionskomitees für den Marsch auf Bern“ zur Verfügung, bei dem am 1. März 1969 rund 5000 Schweizer Bürgerinnen sowie auch einige Bürger mit einer Protestaktion in Bern auf den unhaltbaren Zustand der Frauen und die mangelnde Gleichberechtigung in der Schweiz hinwiesen. Zudem war Lieberherr eine Vorkämpferin des Konsumentenschutzes in der Schweiz. Sie gründeten denn auch das *Konsumentinnenforum der Deutschen Schweiz* und präsierte dieses während mehreren Jahren.

Lieberherr trat der Sozialdemokratischen Partei (SP) bei und war von 1970 bis 1994 als erste Frau Stadträtin der Stadt Zürich und Vorsteherin des Zürcher Sozialamts. Neben ihrem Einsatz für die Rechte der Frau prägte Lieberherr die Alters- und Drogenpolitik Zürichs und der Schweiz. Lieberherr vertrat von 1978 bis 1983 auch als Ständerätin den Kanton Zürich im eidgenössischen Parlament. Von 1976 bis 1980 war Lieberherr schliesslich die erste Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen.

Emilie Lieberherr lebte bis zu ihrem Tod am 3. Januar 2011 mit ihrer langjährigen Lebenspartnerin.



Emilie Lieberherr, © Stadtarchiv Zürich, Nachlass Emilie Lieberherr

Ansprache von Emilie Lieberherr, 1. März 1969, Bundesplatz, Bern:

BEGRÜSSUNG (auf Schweizerdeutsch gesprochen)

Frauen und Männer, wir begrüssen euch zur heutigen Demonstration auf dem Bundesplatz in Bern. Ich danke allen Männern, die sich heute mit uns solidarisch erklären. Den Frauen danke ich für den Mut, öffentlich für ihre Rechte einzutreten und damit zu zeigen, wie ernst ihr Interesse an dieser Sache ist. Zwei Gründe haben uns veranlasst, nach Bern zu kommen:

1. Unser jahrzehntelanges Warten auf die Gleichberechtigung, auf das Recht, die Gesetze, denen wir uns alle unterziehen müssen, mitgestalten zu können.
2. Unmittelbarer Anlass war die Nachricht, dass der Bundesrat dem Parlament empfiehlt, die Menschenrechtskonvention mit Vorbehalten zu unterzeichnen. Zwei dieser Vorbehalte betreffen die Frauen, nämlich das Wahlrecht und das Recht auf gleiche Ausbildung für Mädchen und Knaben.

Diese Nachricht hat unsere gut eidgenössische Geduld aufs höchste strapaziert. Sie ist ein Schlag ins Gesicht der Frauen und hat unser Vertrauen in den Bundesrat erschüttert. Wir stehen hier nicht als Bittende, sondern als Fordernde.

Wir fordern alle Bürger unseres Landes auf zu bedenken, dass unsere Demokratie ohne die Mitwirkung der Frauen unvollkommen und einseitig ist und dass echte Humanität auch im Staat die Partnerschaft von Mann und Frau voraussetzt.

Wir fordern das Parlament auf, die Menschenrechtskonvention erst dann zu unterschreiben, wenn keine Vorbehalte mehr gemacht werden müssen, damit die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts nicht um weitere Jahrzehnte hinaus verzögert wird. Wir verlangen sofortige Schritte, damit in unserem Land auch die Frauen in den Genuss der Menschenrechte gelangen.

Chers amis de la Suisse Romande, nous vous saluons et vous remercions de votre solidarité dans notre lutte contre la discrimination de la femme suisse. Je tiens à vous féliciter du courage dont vous avez fait preuve par votre présence ici.

Cari amici della Svizzera Italiana. Vi salutiamo e vi ringraziamo della vostra solidarietà nella nostra lotta contro la discriminazione della donna svizzera. Mi congratulo con voi del coraggio che dimostrate con la vostra presenza.

RESOLUTION (auf Hochdeutsch gesprochen)

Wir Schweizerinnen hier auf dem Bundesplatz fordern das volle Stimm- und Wahlrecht auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates darf erst dann unterzeichnet werden, wenn dieser Vorbehalt nicht mehr nötig ist. Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Sämtliche vorgeschlagenen Vorbehalte stellen die Glaubwürdigkeit unseres Landes als Rechtsstaat und Demokratie in Frage. Wir fordern deshalb alle gutgesinnten Politiker und Bürger auf, das Frauenstimmrecht im Bund, den Kantonen und allen Gemeinden so rasch als möglich zu verwirklichen.

LOSUNGEN

(im Wechsel mit dem Publikum skandierend)

Zäme hänke, zäme änke, zäme länke!

Mänscherächt für beidi Gschlächt!

Händ Vertraue zu de Fraue!

Frauerächt – Menscherächt!

Stüre zahle – aber au a d'Wahle!

Mir stönd, trotz allne schöne Phrase, im Recht no i dr
Entwickligsphase

Es macht si himmeltruurig schlächt, Dienscht go leischte
ohni Recht. Bundesrat – uf zur Tat!

Auszüge aus einem Interview von Erika Mägli und Sandra Tinner mit Emilie Lieberherr aus dem Jahr 2008:

Es war für mich klar, dass ich mich für die Frauen einsetzen würde. Schon als kleines Kind im Kanton Uri schwang ich Reden für das Frauenstimmrecht. Ich ging im Kanton Uri von der ersten Primarklasse bis Ende Sekundarschule zu Menzinger Schwestern in die Schule, das waren reine Mädchenklassen. Schlimm fand ich damals, dass alle diese Mädchen eigentlich gar keine Gelegenheit hatten, einen Beruf zu ergreifen. Mein Vater hingegen sagte immer, „alle Kinder müssen einen Beruf erlernen, egal welchen, ohne Unterschied zwischen Mädchen und Buben“. Von den 42 Mädchen, die mit mir in der ersten Primarklasse waren, haben etwa sieben eine Berufslehre gemacht. Alle anderen gingen in ein Restaurant oder in einen Haushalt arbeiten.

Ich sagte auch schon als kleines Mädchen, dass ich Juristin werden wolle und für die Frauen weibeln gehe, wenn sie vor Gericht gehen müssen. Ich wollte also Frauen vertreten vor Gericht. Es kam dann aber nicht so weit. Ich wollte in Bern an die Universität. Mit meiner kantonalen Wirtschaftsmatura war ich zwar im juristischen Bereich, ich hätte aber nicht Rechtsanwältin werden können. Ich schrieb Feldmann, dem damaligen Berner Erziehungsdirektor, einen Brief. Dies, weil ich kurz zuvor erfahren hatte, dass diejenigen, die in Schwyz die kantonale Wirtschaftsmatura gemacht hatten, von der Uni angenommen würden. Dieser freche Feldmann liess mich dann kommen und sagte mir doch, man könne die Frauenschule von Ingenbohl nicht mit der Männerschule in Schwyz vergleichen!

Viel später schlug ich Arthur Bachmann, SP-Regierungsrat aus Winterthur, vor, das Stimm- und Wahlrecht für die Frauen erst einmal auf kommunaler Ebene einzuführen, um so den Weg für das eidgenössische Frauenstimm- und Wahlrecht zu ebneten. In Neuenburg, Waadt und Genf gab es dies ja schon. Die Vorlage sollte also für den Kanton Zürich nur lauten: „Man kann eine kommunale Stimm- und Wahlrechtsvorlage bringen.“ Politik der kleinen Schritte. Das wurde dann angenommen. Und die Stadt Zürich war die erste Gemeinde, die sofort eine solche Vorlage brachte. Wir hatten ja diesen Marsch auf Bern gemacht und den Männern dort auf dem Bundesplatz ein bisschen eingeheizt. Es hatte dort ja überall so viele Leute, schon am Bahnhof. Der Kampf fürs Frauenstimmrecht hatte auch schon seit 1886 gedauert.

MARTIN LUTHER KING JR.

„EIN GERECHTES GESETZ IST EIN VON MENSCHEN GEMACHTES GESETZ, DAS MIT DEM GESETZ DER MORAL ODER DEM GESETZ GOTTES ÜBEREINSTIMMT. EIN UNGERECHTES GESETZ DAGEGEN IST EIN GESETZ, DAS MIT DEM GESETZ DER MORAL NICHT HARMONIERT. ALLE RASSENTRENNUNGSGESETZE SIND UNGERECHT, WEIL DIE RASSENTRENNUNG DIE SEELE VERFORMT UND DER PERSÖNLICHKEIT SCHADEN ZUFÜGT. ES GIBT DEM VERFECHTER EIN FALSCHES GEFÜHL DER ÜBERLEGENHEIT UND DEM OPFER EIN FALSCHES GEFÜHL DER MINDERWERTIGKEIT. DIE RASSENTRENNUNG IST DESHALB NICHT NUR VOM POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN STANDPUNKT AUS UNGESUND, SIE IST AUCH MORALISCH FALSCH UND SCHRECKLICH.“

Martin Luther King jr. wurde am 15. Januar 1929 in Atlanta geboren. Sein Vater war Prediger der baptistischen Ebenezer-Gemeinde Atlantas. King setzte sich bereits in jungen Jahren gegen die Segregation ein und sprach sich für eine Stärkung der USA als Nation aus. In dieser Haltung wurde er denn auch von seinem Vater unterstützt. Schon als 14-jähriger Junge nahm er an einem Redner-Wettbewerb teil und gewann diesen auch.

Ab 1944 studierte King am Morehouse College. Während des Studiums wurde er in die Problematik der Rassentrennung eingeführt und mit Mahatma Gandhis gewaltfreiem Widerstand konfrontiert. Zur gleichen Zeit wurde King erstmals politisch aktiv. Nach Abschluss des Studiums am Morehouse College studierte King Theologie. 1954 wurde er Pastor der Dexter Avenue Baptist Church in Montgomery, Alabama. Von 1951 bis 1955 verfasste King zudem seine Doktorarbeit an der Boston University. Gleichzeitig setzte er sich weiter mit Gandhis Thesen zur Gewaltfreiheit auseinander.

Am 1. Dezember 1955 weigerte sich Rosa Parks, eine schwarze Bürgerrechtlerin, ihren Sitzplatz in einem öffentlichen Bus in Montgomery einem Weissen zu überlassen. Sie wurde deshalb festgenommen und verurteilt. Dieser Vorfall führte zu einer grossen Solidarisierung unter den Schwarzen. Am 5. Dezember 1955, dem Tag des Gerichtsverfahrens, boykottierte die schwarze Bevölkerung die öffentlichen Busse. King wurde zum Leiter der Montgomery Improvement Association, welche den Boykott koordinierte, gewählt. Mittels dieses Boykotts, der schliesslich rund 385 Tage anhielt, sollte die grosse wirtschaftliche Abhängigkeit weisser Unternehmer von den Schwarzen aufgezeigt werden. Gleichzeitig sollte deutlich gemacht werden, wie wenig Rechte den Schwarzen im Gegenzug gewährt wurden.

1957 wurde King zum Präsidenten der *Southern Christian*

Leadership Conference (SCLC) gewählt. In den folgenden Jahren reiste er durch die Südstaaten der USA und sprach sich für die Rechte der Schwarzen aus. Gleichzeitig betonte er, dieser Kampf müsse gewaltlos erfolgen. King war immer wieder Opfer von Ermordungsversuchen. 1963 wurde King zudem kurzzeitig inhaftiert.

1963 organisierte King den „Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit“. In der Landeshauptstadt Washington sollte einmal mehr auf die Probleme der Schwarzen aufmerksam gemacht werden und die Politiker dazu bewegt werden, ihre Haltung zu ändern. Die Demonstration fand am 28. August 1963 statt und verlief friedlich. Es hatten sich über 250 000 Menschen, darunter auch Zehntausende Weisse, versammelt. An diesem Tag in Washington hielt King die berühmte Rede „I Have a Dream“.

Ab 1966 verlagerte King seine Bemühungen in den Norden und setzte sich vermehrt gegen Armut ein. Obwohl zu dieser Zeit ein gewalttätiger radikaler Flügel innerhalb der Bürgerrechtsbewegung entstand, war King nach wie vor der Gewaltlosigkeit verpflichtet. Am 4. April 1968 wurde King auf dem Balkon des Lorraine Motels in Memphis erschossen.

1963 wurde King von der Zeitschrift Time als „Man of the Year“ bezeichnet. 1964 wurde ihm der Friedensnobelpreis verliehen. 1977 und damit nach seinem Tod wurde King mit der Freiheitsmedaille („The Presidential Medal of Freedom“), der höchsten zivilen Ehrung in den USA, ausgezeichnet. 1978 erhielt er den Menschenrechtspreis der Vereinten Nationen. Seit 1986 wird Martin Luther King jedes Jahr am dritten Montag im Januar, dem „Martin Luther King Day“ geehrt und gefeiert.



Martin Luther King Jr. wird 1958 in Montgomery, Alabama wegen Vagabundierens verhaftet.

Auszüge aus dem Brief aus dem Gefängnis in Birmingham vom 16. April 1963

Meine lieben Amtsbrüder!

Hier im Gefängnis von Birmingham kam mir Ihr Schreiben in die Hände, in dem Sie unsere augenblicklichen Aktionen als „unklug und zeitlich ungelegen“ bezeichnen. Ich halte mich selten damit auf, kritische Äusserungen über mein Tun und Denken zu beantworten. Da ich aber glaube, dass Sie Männer guten Willens sind, und da Sie Ihre Kritik offen und ehrlich ausgesprochen haben, möchte ich versuchen, Ihnen ohne Empfindlichkeit eine sachliche Antwort zu geben.

Zunächst will ich Ihnen erklären, warum ich mich in Birmingham aufhalte; denn Sie scheinen auch der Meinung zu sein, dass ich hier ein „Eindringling“ sei. Ich habe die Ehre, Präsident der *Southern Christian Leadership Conference* zu sein. Vor einigen Monaten bat uns unsere Zweigorganisation hier in Birmingham, uns für eine gewaltlose direkte Aktion bereitzuhalten, falls eine solche für nötig erachtet würde. Wir sagten ihnen das fest zu und als die Stunde kam, lösten wir unser Versprechen ein.

Hauptsächlich bin ich aber in Birmingham, weil hier Ungerechtigkeit herrscht. Ich muss hier denen, die ausserhalb meiner Heimatstadt leben, die Botschaft der Freiheit überbringen.

Zudem weiss ich um die engen Beziehungen zwischen allen Städten und Staaten. Ich kann nicht untätig in Atlanta herumsitzen, ohne mich darum zu kümmern, was in Birmingham geschieht. Wenn irgendwo Ungerechtigkeit herrscht, ist die Gerechtigkeit überall in Gefahr. Wir sind in einem Netz wechselseitiger Beziehungen gefangen, in ein einziges Gewand des Schicksals gehüllt. Was den Einen unmittelbar berührt, berührt indirekt auch alle anderen. Wir können es uns heute nicht mehr leisten, in einer so engherzigen, altmodischen Vorstellung wie der des „fremden Agitators“ zu leben. Wer in den USA lebt, kann in diesem Land nirgends als „Fremdling“ angesehen werden.

Sie bedauern die Demonstrationen, die im Moment in Birmingham stattfinden. Aber leider bedauern Sie die Umstände, die zu diesen Demonstrationen geführt haben, nicht. Es ist unglücklich, dass in Birmingham Demonstrationen stattfinden. Aber noch unglücklicher finde ich es, dass die Vormachtstellung der Weissen in dieser Stadt den Schwarzen keine andere Wahl liess.

Bei jedem gewaltlosen Feldzug gibt es grundsätzlich vier Stufen: Sammeln von Tatsachenmaterial zur Feststellung, ob Ungerechtigkeiten existieren; Verhandlung; Selbstreinigung; und direktes Handeln. In Birmingham haben wir diese

vier Stufen durchlaufen. Niemand kann leugnen, dass die Rassengerechtigkeit diese Stadt verschlingt. Birmingham ist wahrscheinlich diejenige amerikanische Stadt, in der die Rassentrennung am vollkommensten gelebt wird. Es ist bekannt, dass sie den hässlichen Rekord an Brutalität hält. Schwarze wurden durch Gerichte in höchstem Mass ungerecht behandelt. In Birmingham gibt es mehr unaufgeklärte Bombenanschläge auf Häuser und Kirchen von Schwarzen als in jeder anderen Stadt in diesem Land. Das sind die harten, ungläublichen Tatsachen. Auf Grund dieser Zustände haben die Führer der Schwarzen mit den Stadtvätern zu verhandeln versucht. Aber die politischen Führer haben sich durchweg geweigert, sich auf Verhandlungen, die in gutem Glauben geführt werden, einzulassen.

Im September vergangenen Jahres bot sich dann die Gelegenheit zum Gespräch mit einigen Wirtschaftsführern der Stadt. Im Laufe der Verhandlungen machten die Geschäftsleute gewisse Versprechungen – zum Beispiel versprachen sie, die verletzenden Rassenschilder von den Läden zu entfernen. Auf diese Versprechungen hin beschlossen Reverend Fred Shuttlesworth und die Führer der *Alabama Christian Movement for Human Rights*, alle Demonstrationen vorläufig einzustellen. Wochen und Monate vergingen, bis wir erkannten, dass wir Opfer uneingelöster Versprechen waren. Die wenigen Schilder, die kurzzeitig entfernt wurden, wurden wieder aufgehängt; die anderen blieben.

Wie schon so oft sahen wir unsere Hoffnungen auch jetzt wieder zunichte gemacht und die dunklen Schatten tiefer Enttäuschung fielen über uns. So blieb uns keine andere Wahl, als uns auf eine direkte Aktion vorzubereiten, bei der wir unsere ganze Person dafür einsetzen würden, unseren Fall dem Gewissen der örtlichen und nationalen Gemeinschaft vorzulegen.

Natürlich können Sie fragen: „Weshalb eine direkte Aktion? Warum Sitzstreiks, Märsche und dergleichen? Wäre der bessere Weg nicht der der Verhandlung gewesen?“ Sie haben Recht, auf den Verhandlungsweg hinzuweisen. Gerade das ist ja der Zweck der gewaltlosen direkten Aktion. Die gewaltlose direkte Aktion will eine Krise herbeiführen, eine schöpferische Spannung erzeugen, um damit eine Gemeinschaft, die sich bisher hartnäckig gegen Verhandlungen gesträubt hat, zu zwingen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Sie will die Probleme so dramatisieren, dass man nicht mehr an ihnen vorbei kommt. Dass ich die Schaffung von Spannung als Teil des gewaltlosen Widerstands erwähne, mag schockierend klingen. Ich muss Ihnen aber gestehen, dass ich mich vor dem Wort „Spannung“ nicht fürchte. Ich habe mich immer

MARTIN LUTHER KING JR.



Fotografie eines Treffens im Weissen Haus mit Führern der Bürgerrechtsbewegung. Erste Reihe: Martin Luther King, Jr., Robert F. Kennedy, Roy Wilkins, Lyndon B. Johnson, Walter P. Reuther, Whitney M. Young, A. Philip Randolph. Zweite Reihe: Zweite von links: Rosa Parks, Hinterste Reihe, dritter von links: James Farmer, 22. Juni 1963

gegen gewaltsame Spannungen eingesetzt, es gibt aber auch konstruktive, gewaltfreie Spannungen, die für Wachstum nötig sind. Es ist der Zweck der direkten Aktion, eine so krisengeladene Situation zu schaffen, dass sich die Tür zu Verhandlungen unweigerlich öffnet. Ich teile daher Ihre Meinung, dass verhandelt werden muss. Zu lange schon ist unser geliebter Süden in dem unheilvollen Versuch stecken geblieben, statt im Dialog im Monolog zu leben.

Eine grundlegende Feststellung in Ihrem Schreiben ist, dass die von mir und meinen Kollegen unternommene Aktion zum falschen Zeitpunkt erfolgt sei. Verschiedentlich ist gefragt worden: „Warum habt ihr der neuen Regierung keine Zeit zum Handeln gelassen?“ Ich kann auf diese Frage nur antworten, dass die neue Regierung von Birmingham ebenso zum Handeln angetrieben werden muss wie die alte. Meine Freunde, ich muss Ihnen sagen, dass wir ohne

entschlossenen, legalen und gewaltlosen Druck auf dem Weg zur Gleichberechtigung nicht einen einzigen Schritt vorwärtsgekommen sind. Bedauernswerterweise hat die Geschichte gezeigt, dass die Privilegierten ihre Privilegien selten freiwillig aufgeben. Der Einzelne vermag vielleicht das moralisch Richtige zu erkennen und freiwillig seine ungerechte Einstellung aufzugeben; wie Reinhold Niebuhr sagte, tendieren Gruppen aber dazu, weniger moralisches Empfinden zu haben als Einzelne.

Wir wissen aus schmerzlicher Erfahrung, dass der Unterdrücker dem Unterdrückten niemals freiwillig die Freiheit gibt; der Unterdrückte muss sie fordern. Offen gestanden, habe ich noch nie an einer direkten Aktion teilgenommen, die nach dem Zeitplan derer, die nicht unter der Qual der Segregation gelitten haben, „zur rechten Zeit“ kam. Seit Jahren höre ich das Wort „Warte!“ Es

klingt jedem Schwarzen mit schmerzlicher Vertrautheit im Ohr. Aber mit diesem „warte“ meinte man fast immer „niemals“. Wir müssen erkennen, wie auch einer unserer ausgezeichneten Juristen, dass „zu lange aufgeschobene Gerechtigkeit einer verweigeren Gerechtigkeit gleichkommt“.

Wir haben während mehr als 340 Jahre auf unsere verfassungsmässigen und von Gott gegebenen Rechte gewartet. Für die, die den quälenden Stachel der Rassentrennung nie gespürt haben, ist es vielleicht einfach, „warte“ zu sagen. Aber wenn Sie erlebt haben, wie der brutale Mob Ihre Väter und Mütter nach Belieben lyncht; wenn Sie gesehen haben, wie hasserfüllte Polizisten Ihre schwarzen Brüder und Schwestern beschimpfen, sie mit Füßen treten und sogar töten; wenn Sie sehen, wie der weitaus grösste Teil Ihrer zwanzig Millionen schwarzen Brüder inmitten einer im Überfluss lebenden Gesellschaft in einem luftdicht abgeschlossenen Käfig der Armut erstickt; wenn Ihnen plötzlich die Zunge nicht mehr gehorcht und Sie zu stammeln anfangen bei dem Versuch, Ihrer sechsjährigen Tochter zu erklären, warum sie nicht in den öffentlichen Vergnügungspark gehen darf, für den gerade im Fernsehen Reklame gemacht wurde und Sie in ihren Augen Tränen aufsteigen sehen, wenn sie hört, dass farbige Kinder den Park nicht betreten dürfen. Wenn Sie sehen, wie sich an ihrem kleinen geistigen Himmel lastende Wolken der Minderwertigkeit bilden und ihr Wesen sich zu verkrampfen beginnt, weil unbewusst ein Gefühl der Bitterkeit den Weissen gegenüber in ihr aufsteigt; wenn Sie sich auf die in schmerzlicher Erregung vorgebrachte Frage Ihres fünfjährigen Söhnchens: „Papi, warum behandeln die Weissen die Schwarzen so gemein?“, irgendeine Antwort ausdenken müssen; wenn Sie über Land fahren und Nacht für Nacht in einer unbequemen Ecke Ihres Autos schlafen müssen, weil kein Motel Sie aufnehmen will; wenn Sie tagein, tagaus durch die quälenden Schilder „Weisse“ und „Schwarze“ gedemütigt werden; wenn Ihr Vorname zu „Nigger“ und Ihr Mittelname zu „Boy“ (ganz gleich wie alt Sie sind) wird, Sie mit dem Nachnamen „John“ angesprochen werden und Ihre Frau und Ihre Mutter niemals höflich mit „Missis“ angesprochen werden; wenn Sie immer und immer wieder gegen das erniedrigende Gefühl ankämpfen müssen, ein „Niemand“ zu sein, dann werden Sie verstehen, warum es uns so schwer fällt, zu warten. Es gibt eine Zeit, wo das Mass des Erträglichen überläuft und der Mensch nicht länger gewillt ist, sich in Abgründe der Verzweiflung stossen zu lassen. Ich hoffe, meine Herren, Sie können nun unsere berechtigten und unvermeidlichen Ungeduld verstehen.

Sie zeigen sich sehr besorgt darüber, dass wir die Absicht haben, Gesetze zu brechen. Das ist bestimmt eine berechnete Sorge. Man könnte sich fragen: „Wie können Sie es rechtfertigen, einige Gesetze zu übertreten und anderen zu gehorchen?“ Das liegt daran, dass es zwei Arten von Gesetzen gibt, gerechte und ungerechte. Ich wäre der erste, der es befürwortet, gerechten Gesetzen zu gehorchen. Es besteht nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Pflicht, den gerechten Gesetzen zu gehorchen. Umgekehrt ist man moralisch dazu verpflichtet, ungerechte Gesetze zu missachten.

Wo liegt nun der Unterschied zwischen beiden? Wie erkennt man, ob ein Gesetz gerecht oder ungerecht ist? Ein gerechtes Gesetz ist ein von Menschen gemachtes Gesetz, das mit dem Gesetz der Moral oder dem Gesetz Gottes übereinstimmt. Ein ungerechtes Gesetz dagegen ist ein Gesetz, das mit dem Gesetz der Moral nicht harmoniert. Um es mit den Worten von Thomas von Aquin auszudrücken: „Ein ungerechtes Gesetz ist ein menschliches Gesetz, das nicht im Gesetz des Ewigen und im Gesetz der Natur verwurzelt ist.“ Jedes Gesetz, das die menschliche Persönlichkeit aufbaut, ist gerecht. Jedes Gesetz, das die menschliche Persönlichkeit erniedrigt, ist ungerecht. Alle Rassentrennungsgesetze sind ungerecht, weil die Rassentrennung die Seele verformt und der Persönlichkeit Schaden zufügt. Es gibt dem Verfechter ein falsches Gefühl der Überlegenheit und dem Opfer ein falsches Gefühl der Minderwertigkeit. Aus diesem Grund kann ich die Menschen dazu auffordern, dem Beschluss des Obersten Bundesgerichtes vom Jahre 1954 zu gehorchen, weil er moralisch richtig ist; und ich kann sie dazu auffordern, die Rassentrennungsverordnungen zu missachten, weil sie moralisch falsch sind.

Wir wollen uns einmal einem konkreteren Beispiel für gerechte und ungerechte Gesetze zuwenden. Ein ungerechtes Gesetz ist ein Gesetz, das eine zahlenmässige oder kräftemässige Mehrheit einer Minderheit vorschreibt zu befolgen, an das sie sich selbst aber nicht gebunden fühlt. Damit wird die unterschiedliche Behandlung von Menschen legalisiert. Aus dem gleichen Grund ist ein gerechtes Gesetz ein Gesetz, das eine Mehrheit einer Minderheit auferlegt und das sie selbst zu befolgen gewillt ist. Damit wird die gleiche Behandlung von Menschen legalisiert.

Lassen Sie mich Ihnen noch eine andere Erklärung liefern. Ein ungerechtes Gesetz ist ein einer Minderheit diktiert Gesetz, an dem diese Minderheit nicht mitwirken konnte, weil sie nicht das Recht hatte, zu wählen. In Alabama werden alle möglichen hinterhältigen Methoden angewendet, um die Schwarzen daran zu hindern, sich in die Wahllisten eintragen zu lassen. Und es gibt Wahlkreise,

in denen nicht ein einziger Schwarzer registriert ist, obwohl die Mehrzahl der Bevölkerung Schwarze sind. Kann ein Gesetz, das unter diesen Umständen zustande kam, als demokratisch zu Stande gekommen bezeichnet werden?

Es gibt Fälle, in denen ein Gesetz gerecht zu sein scheint, in seiner praktischen Anwendung aber ungerecht ist. So wurde ich zum Beispiel verhaftet, weil ich für unsere Demonstration keine Genehmigung eingeholt hatte. Nun ist an einer Vorschrift, nach der für eine Demonstration eine Genehmigung erforderlich ist, durchaus nichts Unrechtes. Wenn diese Vorschrift aber dazu benutzt wird, die Rassentrennung aufrechtzuerhalten und den Staatsbürgern das ihnen durch die Verfassung gewährleistete Recht friedlicher Versammlung und friedlichen Protestes zu verweigern, dann ist sie ungerecht.

Wer ein ungerechtes Gesetz brechen will, muss es offen, in brüderlicher Liebe und in der Bereitschaft tun, die Strafe dafür auf sich zu nehmen. Ich behaupte, dass derjenige die grösste Hochachtung vor dem Gesetz zeigt, der ein Gesetz bricht, das ihm vor seinem Gewissen ungerecht erscheint und der bereitwillig die Strafe auf sich nimmt und ins Gefängnis geht, um damit das Gewissen seiner Mitbürger wachzurütteln und ihnen die Augen für die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes zu öffnen.

Ich muss Ihnen, meinen christlichen und jüdischen Brüdern, zwei Geständnisse machen. Als erstes muss ich bekennen, dass ich in den letzten Jahren von den gemässigten Weissen zutiefst enttäuscht wurde. Ich bin beinahe zum Schluss gekommen, dass das grosse Hindernis auf dem Weg des Schwarzen in die Freiheit nicht der Weisse Bürgerrat oder der Ku-Klux-Klan ist, sondern der gemässigte Weisse, dem „Ordnung“ mehr bedeutet als Gerechtigkeit; der einen negativen Frieden ohne Spannungen einem positiven Frieden, in dem Gerechtigkeit herrscht, vorzieht. Oberflächliches Verständnis von Menschen guten Willens ist entmutigender als absolutes Missverständnis von Menschen bösen Willens. Lauwarme Anerkennung ist viel irreführender als völlige Ablehnung.

Ich hatte gehofft, die gemässigten Weissen würden verstehen, dass das Gesetz und die Ordnung dazu da sind, die Gerechtigkeit durchzusetzen. Ich hatte gehofft, der gemässigte Weisse würde verstehen, dass die augenblickliche Spannung in den Südstaaten nur eine notwendige Übergangsphase ist. Eine Übergangsphase von einem negativen Frieden, in dem der Schwarze die Ungerechtigkeit teilnahmslos hinnahm zu einem positiven Frieden, in dem alle Menschen die Würde und den Wert der menschlichen Persönlichkeit respektieren. Eigentlich sind wir, die wir uns an einer gewaltlosen direkten Aktion beteiligen,

nicht die, die die Spannung erzeugen. Wir bringen nur die bereits vorhandene, verborgene Spannung an die Oberfläche.

Sie behaupten in Ihrem Brief, dass unser Vorgehen, obwohl es friedlich ist, verurteilt werden muss, weil es Gewalttätigkeiten herbeiführe. Ist dies nicht wie wenn man einen Beraubten verurteilen würde, weil er dadurch, dass er Geld besass, die verwerfliche Tat des Raubes heraufbeschwor? Ist dies nicht wie wenn man Jesus verurteilen würde, weil sein einzigartiges Gottesbewusstsein und seine nie endende Unterwerfung unter Gottes Willen die böse Tat seiner Kreuzigung heraufbeschworen? Wir müssen zur Erkenntnis kommen, dass es, wie auch die Bundesgerichtshöfe es regelmässig bestätigt haben, falsch ist, einen Menschen zum Aufgeben seiner Bemühungen um die grundlegenden verfassungsmässigen Rechte aufzufordern, weil diese Bemühungen Gewalttätigkeiten auslösen könnten. Die Gesellschaft muss die Beraubten schützen und die Räuber bestrafen.

Ich erhielt soeben einen Brief von einem weissen Bruder aus Texas. Er schreibt: „Alle Christen wissen, dass die Farbigen eines Tages die Gleichberechtigung erlangen werden. Aber ist es nicht möglich, dass Sie sich in zu grosser religiöser Eile befinden? Das Christentum hat beinahe zweitausend Jahre gebraucht, um zu erreichen, was es hat. Die Lehren von Christus brauchen Zeit, um auf der Erde anzukommen.“ Was hier gesagt wird, erwächst aus einem tragischen Missverständnis des Begriffes Zeit. Es ist die merkwürdige rationale Vorstellung, dass die Zeit die Fähigkeit besässe, unweigerlich alle Übel zu heilen. Die Zeit ist aber durchaus neutral; sie kann sowohl destruktiv als auch konstruktiv genutzt werden. Ich habe immer mehr das Gefühl, dass die Menschen bösen Willens die Zeit wesentlich nützlicher verwendet haben als die Menschen guten Willens. Unsere Generation wird nicht nur die hasserfüllten Worte und Taten der schlechten Menschen zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der guten Menschen. Menschlicher Fortschritt kommt niemals auf den Rädern des Unvermeidlichen herangerollt. Er ist das Ergebnis unermüdlicher Bemühungen der Menschen, die bereit sind, Mitarbeiter Gottes zu sein. Jetzt ist es Zeit, die Grundsätze der Demokratie zu verwirklichen. Jetzt ist es Zeit, unsere nationale Politik aus dem Treibsand der Rassenungerechtigkeit zu heben und auf den sicheren Felsen menschlicher Würde zu stellen.

Sie bezeichnen unser Vorgehen in Birmingham als extremistisch. Zuerst war ich ziemlich enttäuscht, dass Amtsbrüder meine gewaltlosen Bemühungen für die eines Extremisten ansahen. Ich begann darüber nachzudenken,

Martin Luther King Jr. begrüsst die Menge auf den Stufen des Lincoln Memorial, wo er seine berühmte Rede „I Have a Dream“ hielt, anlässlich des Bürgerrechtsmarsches nach Washington, D.C., am 28. August 1963.



dass ich eigentlich in der Mitte zwischen zwei widerstrebenden Mächten der Schwarzen stehe. Die eine ist die Macht der Trägheit. Ihr sind die Schwarzen verfallen, die infolge langjähriger Unterdrückung alle Selbstachtung und das Gefühl, jemand zu sein, verloren und sich der Segregation angepasst haben; sowie ausserdem ein paar Schwarze des Mittelstandes, die aufgrund eines akademischen Titels und wirtschaftlicher Sicherheit auf eine gewisse Weise von der Rassentrennung profitieren und die für die Probleme der Massen gefühllos wurden. Die andere Macht ist die der Bitterkeit und des Hasses, die einer Befürwortung der Gewaltanwendung gefährlich nahekommt. Sie findet ihren Ausdruck in den verschiedenen schwarzen Nationalistengruppen, die überall im Land entstehen. Diese Bewegung wird von der Enttäuschung über das Fortbestehen der Rassendiskriminierung genährt. Sie besteht aus Menschen, die den Glauben an Amerika verloren haben,

das Christentum ablehnen und zu dem Schluss gekommen sind, dass der weisse Mensch ein unverbesserlicher „Teufel“ sei.

Ich habe versucht, zwischen diesen beiden Mächten zu stehen und zu sagen, dass wir weder der „Nichtstuerei“, der Trägheit noch dem Hass und der Hoffnungslosigkeit der schwarzen Nationalisten nacheifern sollen. Es gibt nämlich einen besseren Weg, den der Liebe und des gewaltlosen Protestes.

Unterdrückte können nicht immer unterdrückt bleiben. Irgendwann erwacht der Drang nach Freiheit. So ist es dem Afroamerikaner ergangen. Wenn man dieses vitale Drängen, das die Gemeinschaft der Schwarzen umfasst, erkennt, sollte man mühelos verstehen können, weshalb öffentliche Demonstrationen stattfinden. Wenn der Schwarze seinen unterdrückten Gefühlen nicht auf diese gewaltlose Weise Luft machen kann, werden sie sich in

Gewaltausbrüchen äussern; das ist keine Drohung, sondern eine Tatsache, die von der Geschichte bestätigt wird.

Ich hatte gehofft, dass die gemässigten Weissen das erkennen würden. Vielleicht war ich zu optimistisch; vielleicht erwartete ich zu viel. Ich hätte wohl realisieren müssen, dass nur wenige Mitglieder der unterdrückenden Rasse das tiefe Geächze und das leidenschaftliche Verlangen der unterdrückten Rasse verstehen können und dass noch weniger erkennen, dass es notwendig ist, die Ungerechtigkeit durch eine starke, beharrliche und entschlossene Aktion auszurotten. Ich bin allerdings dankbar dafür, dass einige unserer weissen Brüder im Süden die Bedeutung dieser sozialen Revolution begriffen und sich ihr angeschlossen haben. Im Gegensatz zu vielen ihrer gemässigten Brüder und Schwestern haben sie die Dringlichkeit des Augenblicks erkannt und spürten die Notwendigkeit einer mächtigen Aktion als Gegenmittel zur Bekämpfung der Krankheit der Rassentrennung.

Lassen Sie mich noch von meiner zweiten Enttäuschung sprechen. Ich bin furchtbar enttäuscht von der weissen Kirche und ihren führenden Männern. Es gibt natürlich einige bemerkenswerte Ausnahmen. Ihnen, Reverend Stallings, ein besonderes Lob, dass Sie in christlicher Gesinnung am vergangenen Sonntag in Ihrem Gottesdienst auch Schwarze willkommen hiessen und dies auf nicht getrennter Basis. Trotz dieser bemerkenswerten Ausnahmen muss ich aber in aller Ehrlichkeit wiederholen, dass ich von der Kirche enttäuscht wurde. Ich sage das nicht als einer jener negativen Kritiker, die an der Kirche immer etwas auszusetzen haben. Ich sage es als Prediger des Evangeliums, der die Kirche liebt; der von ihr genährt wurde; der von ihren spirituellen Segnungen gestützt wurde und der ihr treu bleibt.

Als ich vor mehreren Jahren plötzlich in die Leitung des Bus-Protestes in Montgomery gewählt wurde, glaubte ich, dass uns die weisse Kirche unterstützen würde. Ich glaubte, die weissen Pfarrer, Priester und Rabbiner der Südstaaten würden zu unseren stärksten Verbündeten zählen. Stattdessen waren einige von ihnen ausgesprochene Gegner, die unsere Freiheitsbewegung einfach nicht verstehen wollten und deren Führer in ein falsches Licht setzten. Zu viele andere waren mehr vorsichtig als mutig und blieben still hinter der einschläfernden Sicherheit bunter Kirchenfenster.

Ich habe zahlreiche führende Persönlichkeiten der Kirche in den Südstaaten die Gläubigen in ihren Gottesdiensten dazu auffordern gehört, sich dem Beschluss der Aufhebung der Rassentrennung zu fügen, weil das Gesetz es so wolle. Ich sehnte mich aber danach, weisse Pfarrer

sagen zu hören: „Befolgt diesen Erlass, weil die Integration moralisch richtig und der Schwarze euer Bruder ist.“ Ich habe beobachtet, wie die Kirche inmitten schreiender Ungerechtigkeiten gegen Schwarze abseits stand und nur fromme Belanglosigkeiten und scheinheilige Trivialitäten im Munde führte. So gehen wir also auf das Ende des 20. Jahrhunderts zu, mit einer Gemeinde von Gläubigen, die sich dem Status quo weitgehend angepasst hat und gewissermassen als Schlusslicht hinter anderen Organisationen der Bürgerschaft hermarschiert, statt den Menschen auf dem Weg zu höheren Ebenen der Gerechtigkeit voranzuleuchten.

Ich hoffe, dass die Kirche als Ganzes die Forderung dieser entscheidenden Stunden erfüllen wird. Aber selbst wenn die Kirche der Gerechtigkeit nicht zu Hilfe kommt, verzweifle ich nicht an der Zukunft. Ich fürchte mich nicht vor dem Ausgang unseres Kampfes in Birmingham, auch wenn unsere Motive im Augenblick missverstanden werden. Wir werden unser Ziel der Freiheit in Birmingham und im ganzen Land erreichen, weil Freiheit das Ziel Amerikas ist. Wenn wir auch misshandelt und verachtet werden, ist unser Schicksal mit dem Amerikas verbunden. Wir waren hier, bevor die ersten Siedler in Plymouth landeten. Wir waren hier, bevor Jeffersons Feder die majestätischen Worte der Unabhängigkeitserklärung in die Blätter der Geschichte eintrug. Über zwei Jahrhunderte arbeiteten unsere Vorväter in diesem Land ohne Lohn; sie machten die Baumwolle zum König; sie bauten die Häuser ihrer Herren inmitten brutaler Ungerechtigkeit und schmachvoller Erniedrigung – und doch entfalteten und entwickelten sie sich aus einer unergründlichen Vitalität heraus weiter. Wenn uns die unsäglichen Grausamkeiten der Sklaverei nicht aufhalten konnten, wird es unseren jetzigen Gegnern ganz gewiss nicht gelingen. Wir werden die Freiheit gewinnen, weil das heilige Erbe unserer Nation und der ewige Wille Gottes in unseren widerhallenden Forderungen enthalten sind.

Ehe ich schliesse, muss ich noch auf einen anderen Punkt in Ihrem Schreiben eingehen, der mich tief betrübt hat. Sie sprechen der Polizei von Birmingham ein warmes Lob dafür aus, dass sie die „Ordnung“ aufrechterhalten und „Gewalttätigkeit verhindert“ habe. Ich bezweifle, dass Sie die Polizei mit so warmen Worten gelobt hätten, wenn Sie gesehen hätten, wie Hunde ihre Zähne in unbewaffnete, gewaltlose Schwarze gruben. Ich bezweifle, dass Sie die Polizisten so schnell loben würden, wenn Sie sehen könnten, wie grässlich und unmenschlich sie die Schwarzen hier im Stadtgefängnis behandeln; wenn Sie sehen würden, wie die Polizisten alte und junge schwarze Frauen herumstossen

und beschimpfen; wie sie alte und junge schwarze Männer schlagen und treten; wenn Sie beobachten könnten, wie sie uns nun schon zum zweiten Mal das Essen verweigert haben, weil wir gemeinsam unser Tischgebet singen wollten. Ich kann in Ihr Lob der Polizei von Birmingham nicht mit einstimmen.

Es ist wahr, dass die Polizei die Demonstranten ziemlich diszipliniert behandelt hat. In gewissem Sinne sind sie also in der Öffentlichkeit „gewaltlos“ gewesen. Aber zu welchem Zweck? Um das bösartige System der Rassentrennung aufrechtzuerhalten. Während der letzten Jahre habe ich in meinen Predigten ständig betont, die Gewaltlosigkeit verlange, dass die Mittel, die wir gebrauchen, lauter sind wie die Ziele, nach denen wir streben. So habe ich klarzumachen versucht, dass es falsch ist, unmoralische Mittel anzuwenden, um moralische Ziele zu erreichen. Aber jetzt möchte ich fast behaupten, dass es genauso falsch oder noch falscher ist, moralische Mittel anzuwenden, um unmoralische Ziele zu erreichen. Vielleicht waren Gouverneur Connor und seine Polizisten in der Öffentlichkeit ziemlich gewaltlos, genauso wie Chief Prichett in Albany, Georgia. Aber sie haben das moralische Mittel der Gewaltlosigkeit angewendet, um das unmoralische Ziel der Rassengerechtigkeit aufrechtzuerhalten.

Ich wünschte, Sie hätten die Schwarzen, die in Birmingham in den Sitzstreik traten und an den Demonstrationen teilnahmen, für ihren hohen Mut, ihre Leidensbereitschaft und ihre erstaunliche Disziplin inmitten der Provokationen gelobt. Eines Tages werden die Südstaaten ihre wahren Helden erkennen. Das werden Menschen wie James Meredith sein, mit einem noblen Ziel, das es ihnen ermöglicht, dem höhnischen und feindlich gesinnten Mob und der qualvollen Einsamkeit, die das Leben des Pioniers kennzeichnet, zu begegnen. Das werden alte, unterdrückte und geschlagene schwarze Frauen sein, wie jene 72-jährige Frau in Montgomery, die sich mit Würde erhoben hat und sich zusammen mit ihren Leuten dazu entschloss, getrennte Busse nicht zu benutzen. Das werden die jungen Oberschüler und Studenten sein, die jungen Prediger des Evangeliums und viele der Kirchenältesten, die mutig und ohne gewalttätig zu sein, in Imbissstuben in den Sitzstreik traten und bereit waren, um ihres Gewissens willen ins Gefängnis zu gehen. Eines Tages wird der Süden erkennen, dass sich diese enterbten Kinder Gottes, als sie sich in den Imbissstuben niedersetzten, in Wirklichkeit für den amerikanischen Traum und für die heiligsten Werte unseres jüdisch-christlichen Erbes erhoben; und dass sie so unsere ganze Nation zu den reichen Brunnen der Demokratie zurückführten, die die Gründerväter in der Verfassung und

der Unabhängigkeitserklärung in die Tiefe gegraben hatten.

Wenn ich in diesem Brief irgendetwas gesagt habe, womit ich die Wahrheit übertrieben und eine unbegründete Ungeduld bewiesen habe, bitte ich Sie um Verzeihung. Sollte ich aber in diesem Brief etwas gesagt haben, was hinter der Wahrheit zurückbleibt, und eine Geduld bewiesen haben, die sich mit weniger als Brüderlichkeit zufrieden gibt, dann bitte ich Gott um Vergebung.

Lasst uns alle hoffen, dass die dunklen Wolken des Rassenvorurteils bald vorüberziehen, dass sich der dichte Nebel des Nichtverstehens bald von unseren verängstigten Gemeinschaften hebt und dass in nicht allzu ferner Zukunft die strahlenden Sterne der Liebe und der Brüderlichkeit mit all ihrer funkelnden Schönheit über unserer grossartigen Nation leuchten.

Um des Friedens und der Brüderlichkeit willen, Ihr
Martin Luther King



**“HAPPINESS IS NOT
SOMETHING READY MADE.
IT COMES FROM YOUR OWN
ACTIONS.”**

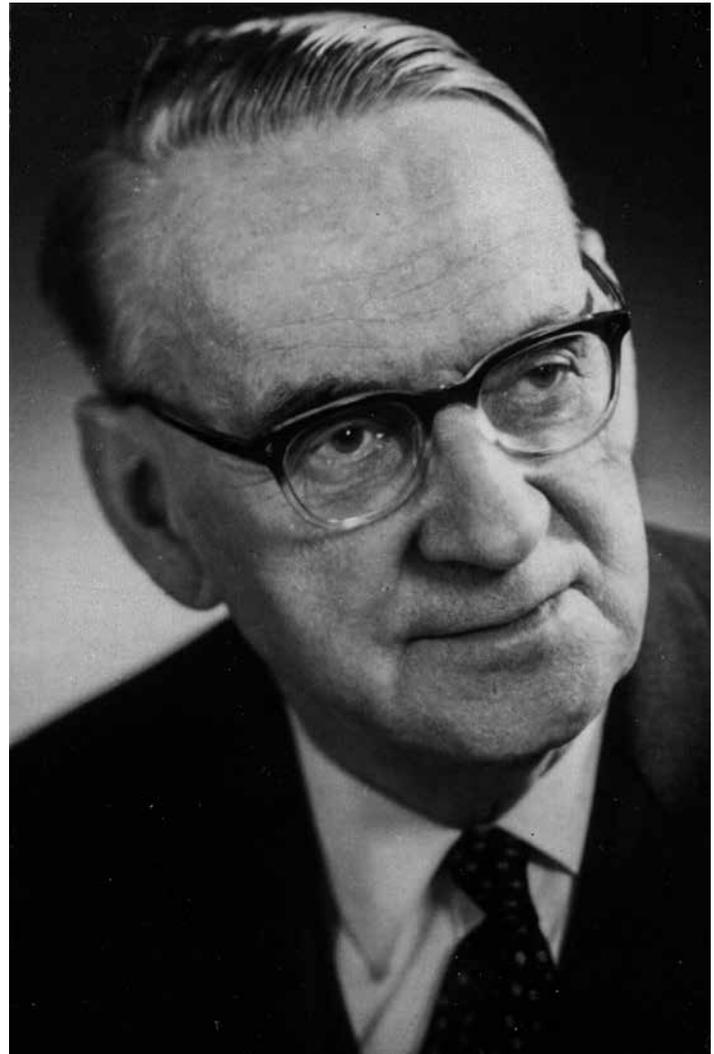
THE DALAI LAMA

„BALD WAREN AUCH DIE BEWILLIGTEN 50 000 SCHUTZBRIEFE VERGRIFFEN UND NOCH IMMER FLEHTEN TAUSENDE VOR UNSEREN TOREN UM SOLCHE LEBENSRETTENDE ZERTIFIKATE.“

Die Schweiz verstand sich während des Zweiten Weltkriegs als sogenanntes Transitland, das Flüchtlingen allenfalls als kurzfristiger Aufenthaltsort vor der Weiterreise dienen könne. Insbesondere aus Angst vor Überfremdung schloss sie 1942 die Grenzen weitgehend und überliess tausende Flüchtlinge ihrem Schicksal. Ende desselben Jahres wurde diese Politik zwar zögerlich wieder geändert, erst im Juli 1944 öffnete die Schweiz die Grenze auch für jüdische Flüchtlinge wieder. Selbst dann hielt sie aber an der Idee des Transitlandes und der Vorstellung, dass die Flüchtlinge die Schweiz baldmöglichst wieder zu verlassen hätten, fest.

Carl Robert Lutz, geboren am 30. März 1895 in Walzenhausen AR, war Schweizer Diplomat. 1942 wurde er nach Budapest versetzt. Seine Funktion als Leiter der Abteilung „Fremde Interessen“ gab ihm die Möglichkeit, ab Mai 1944 für Juden Schutzbriefe auszustellen, die eine Ausreise nach Palästina ermöglichten. Diese Schutzbriefe wurden von der ungarischen Polizei und dem Eichmann-Kommando, einer Sondereinheit der Schutzstaffel (SS) mit dem Auftrag, die Juden in Ungarn zu vernichten, respektiert. Ab Juli 1944 wurde Lutz in seiner Tätigkeit durch den schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg unterstützt. Wallenberg stellte nach dem Vorbild der Schutzdokumente von Carl Lutz „Schutzpässe“ aus und unterstützte Lutz in der Unterbringung von Menschen in Schutzhäusern. Dank dieser Schutzbriefe konnten insgesamt 62 000 ungarische Juden, rund die Hälfte der jüdischen Bevölkerung von Budapest, vor der Deportation in Konzentrationslager bewahrt und gerettet werden.

Lutz' Tätigkeit blieb lange ungewürdigt. Ganz im Gegenteil wurde ihm vom *Eidgenössischen Politischen Departement* vorgeworfen, seine Kompetenzen überschritten zu haben. Erst 1958 wurde seine Leistung positiv gewertet und er wurde im Parlament für seinen Einsatz in Budapest gelobt. 1960 wurde er zum Titular-Generalkonsul befördert. 1964 wurde Carl Lutz mit dem Titel „Gerechter unter Völkern“ geehrt. Seine erste Frau Gertrud Lutz-Fankhauser wurde erst in den 80er-Jahren von Yad Vashem geehrt. Carl Lutz verstarb 1975. 1991, 16 Jahre nach seinem Tod, wurde zu seinen Ehren in Budapest ein Denkmal errichtet. 1995 erfolgte die posthume Rehabilitation durch die Schweizer Behörden. 2014 wurde Lutz mit der Ehrenmedaille der George-Washington-Universität ausgezeichnet.



Carl Lutz, © Archiv Agnes Hirschi

Auszüge aus den Aufzeichnungen über die Rettungsaktion im Kriegswinter 1944 durch Konsul Carl Lutz, Chef der Schutzmachtabteilung der schweizerischen Gesandtschaft, Budapest, vom 24.2.1949:

Bis zum Einmarsch der deutschen Armee im März 1944 waren der Dienst und das Leben, trotz der Verdunkelung, fast normal. Am 18. März änderte sich jedoch alles schlagartig. Mit der deutschen Armee zog auch die Vorhut des Himmlerstosstrupps ein, an deren Spitze Obersturmbannführer der SS Eichmann stand. Es wurden für die jüdischen Einwohner die Nürnbergesetze angewandt, d.h.

Zusammenziehung aller Juden Budapests in sogenannte Judenhäuser und Tragen des gelben Sterns. Die Juden Budapests und Ungarns, die eigentlich das letzte Reservoir der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa bildeten und sich in Ungarn sicher wähnten, erfasste eine ungeheure Panik. Dessen wurde ich gewahr, als sich am nächsten Morgen vor meinem Bureau mehrere Tausend erschrockener Menschen angestaut hatten, die um Schutz flehten. Gerade weil wir die grösste Schutzmacht waren und eine Anzahl von fremden Gesandtschaftsgebäuden in Besitz hatten, war die Schweiz als neutrale Macht bei der Bevölkerung Budapests schon lange in aller Munde. Es waren meistens ungarische Staatsbürger, was eine Inschutznahme seitens einer fremden Macht auf diplomatischem Wege so gut wie ausschloss. Doch die Gesetze des Lebens sind nun einmal stärker als menschliche Paragraphen. Der Ansturm vor meinem Bureaugebäude wurde mit jedem Tag grösser und vehementer, denn Eichmann hatte bereits mit den Evakuierungen aus der ungarischen Provinz nach den Vernichtungslagern in Polen begonnen. Man sprach damals noch von Arbeitslagern. Jeden Tag rollten ein Dutzend Züge nach Osten. Die Menschen wagten nicht auszusprechen, was sie ahnten. Noch setzte eine Rückwanderung aus der Provinz nach Budapest ein, denn Tausende von Juden hatten sich in ländliche Gegenden geflüchtet in der Hoffnung, mit oder ohne gefälschte Papiere, welche sie als Christen tarnten, besser untertauchen zu können und so das Ende des Kriegs abzuwarten. Die Situation war in der Tat sehr ernst geworden. Mich quälte ständig die Frage, wie ich den Leuten helfen könnte, ohne bei der akkreditierten Regierung persona non grata zu werden. Zusammen mit Moshe Krausz, den ich zu verschiedenen Malen vom Arbeitsdienst befreien konnte, und der der langjährige Leiter des Palästina-Auswanderungsamtes in Budapest war, sann ich nach einem legalen Weg, irgendwie die schützende Hand über die immer grösser werdenden Massen halten zu können. Mir mangelte die Zeit, um mich der neuen Aufgabe, die eine rein humanitäre war und wozu ich niemals einen Auftrag, weder schweizerischerseits noch jüdischerseits, erhalten habe, zu widmen. Meine Aufgabe war ja die Wahrnehmung der Interessen der feindlichen Staatsbürger in Ungarn, die immer grössere Aufmerksamkeit erforderte, je mehr sich der Krieg seinem Höhepunkt näherte. Zusammen mit Moshe Krausz erwog ich den Plan zu versuchen, alle solche Juden zu schützen, welche den Wunsch und die Absicht hatten, nach Palästina auszuwandern, denn Palästina war noch britisches Mandatsgebiet. Als Christ, der ich immer trachtete nicht nur dem Namen nach zu sein, hielt ich die Notlage und meine Position für einen Befehl des Gewissens, einen

Weg zu finden, diesen Tausenden zum Tode Verurteilten beizustehen. Nach reiflicher Überlegung suchte ich um eine Audienz beim deutschen Gesandten und beim ungarischen Aussenminister nach, um meinen Plan vorzutragen, diejenigen Juden in Obhut nehmen zu dürfen, welche nach Palästina auswandern wollten. Die Verhandlungen dehnten sich bis in den Sommer hinein aus. Inzwischen wurden die Juden in sogenannte Judenhäuser kommandiert, wobei, wie bereits erwähnt, alle den gelben Stern tragen mussten. Die Strassen durften sie nur zum Einkaufen von Lebensmitteln betreten. Die Panik wuchs mit jedem Tag.

Die gemässigten Elemente verliessen allmählich ihre Posten und an ihre Plätze kamen Leute, die mehr kommunistenfeindlich als deutschfreundlich waren. Sie sahen in den Juden Freunde der Kommunisten und Sowjets und waren daher gewillt, dem deutschen Drängen, um einiger Tausend ausgesuchter „Arbeitsjuden“ nachzugeben. Der Zeitpunkt war nun gekommen, wo meinem Verlangen stattgegeben wurde, diejenigen Juden, welche nach Palästina auswandern wollten, in Obhut zu nehmen. Diese mussten aber im Besitze eines Auswandererpasses sein, auf Grund dessen sie dann einen sogenannten Schutzbrief erhalten konnten, auf dem bestätigt wurde, dass sie im Auswanderungspass aufgeführt waren. Die Erstellung dieser Pässe, die „Schweizerkollektivpässe“ genannte wurden, bot erhebliche Schwierigkeiten, wenn sich auch zahlreiche Volontäre zur Verfügung stellten, um bei den Schreibarbeiten mitzuhelfen. Meine Idee war, Kollektivpässe von je 1 000 Personen zu erstellen. In mühsamer Nachtschicht wurden vorläufig 4 Pässe angefertigt, die heute historische Dokumente sind. Während des Tages war nämlich ein ruhiges Arbeiten nicht möglich, weil die Bureaux mit „Besuchern“ vollgepfropft waren. Auch des nachts schliefen sich sehr viele in die Arbeitsräume der Schutzmachtabteilung ein, weil sie sich dort sicher wähnten, denn zu dieser Zeit trieben sich jugendliche Pfeilkreuzlerbanden² auf den Strassen herum, um Juden abzuführen. Jede Nacht erdröhnten von der Donau Schüsse von den Erschiesungen der abgefangenen Menschen. Es musste nun rasch gehandelt werden. Zwar war mir nach einer längeren Konferenz die Bewilligung erteilt worden, jedem Juden, dessen Namen im Pass enthalten war, einen sogenannten Schutzbrief auszustellen, doch wurden diese von der Polizei und den Gendarmen zuerst nicht überall anerkannt. Deshalb ersuchte ich um Durchgabe eines Befehls über den Rundfunk, dass schweizerische Schutzbriefe von allen Regierungsorganen zu respektieren seien. Diesem meinem Ansuchen wurde von der Regierung stattgegeben mit dem Resultat, dass am nächsten Morgen eine unübersehbare

Menge sich vor meinem Bureau angesammelt hatte, sodass berittene Polizei mir den Weg bahnen musste. Die Leute versuchten mir buchstäblich die Kleider vom Leibe zu reissen. Es wurden sofort 5 000 Schutzbriefe während der Nacht ausgefertigt und mit dem Stempel der Gesandtschaft versehen. Diese waren jedoch binnen weniger Stunden vergriffen. Ich stellte mich auf den Standpunkt, dass die ungarische Regierung 5 000 Einheiten gemeint habe, d.h. 5 000 Familien, also total ca. 50 000 Personen, und bewilligte die Ausgabe von weiteren 45 000 Briefen, wofür ich die Verantwortung übernahm. Ferner spielte ich mit dem Gedanken der Anerkennung der Pfeilkreuzler seitens der Schweizerregierung.

Dass ich mich auf einem Vulkan bewegte, war mir jede Stunde des Tages bewusst, denn Obersturmbannführer Eichmann liess mir mündlich mitteilen, dass kein Jude lebend Budapest verlassen würde, sodass meine Liebesmühe umsonst sei. Doch ich vertraute einer höheren Macht. Ich befand mich gleichsam unter einer Lawine, die mich zu erdrücken drohte.

Die ungarische Regierung forderte nun ein Verzeichnis der geschützten Juden, welchem Wunsche nachgegeben wurde, doch war dieses nicht alphabetisch geordnet. Es war mir bewusst, dass die Schutzbriefe allein nicht genügend Schutz boten.

Zu dieser Zeit (etwa Juli 1944) kam Wallenberg nach Budapest mit einem Schreiben des schwedischen Königs an Reichsverweser Horthy. Er suchte mich nach seiner Ankunft und bat mich, ihn über meine Rettungsaktion zu informieren und ihm den Text unserer Schutzbriefe zu



Gedenktafel für Carl Lutz in Walzenhausen

geben, damit er eine ähnliche Aktion starten könne. Ich erteilte ihm alle gewünschten Auskünfte, auch über meine Verhandlungen mit den ungarischen und deutschen Stellen.

Auf der amerikanischen Gesandtschaft, wo sich unsere Bureau befanden, war schon grosser Platzmangel, und so sah ich die Dringlichkeit, eine Ausweichstelle zu schaffen, die in einem Glashaus an der Vadasz utca gefunden wurde. Die neue Sektion hiess „Auswanderungsabteilung der Schweizerischen Gesandtschaft“. Innerhalb zweier Tage hatten sich dort aber auch schon an die 2 000 Menschen eingekerkert. Dort wurden auch die Schutzbriefe ausgegeben. Immerhin wurde durch dieses neue Gebäude der Andrang von der eigentlichen Schutzmacht abgeleitet und die unter dem offiziellen Schutze stehenden fremden Staatsbürger hatten wieder freien Zutritt zu unseren Bureau.

Anfangs Oktober kapitulierte die ungarische Armee; Horthy selbst demissionierte. Die ungarischen Pfeilkreuzler, mit Szálasi an der Spitze, übernahmen die Regierungsgewalt. Die Situation änderte sich mit diesem Tage schlagartig. Die Deportationen von ganzen Lagern in der Umgebung Budapests nach dem Osten wurden beschleunigt. Eichmann brüstete sich, in kurzer Zeit 600 000 Menschen aus der ungarischen Provinz in die „Arbeitslager“ nach Auschwitz und ähnliche Orte befördert zu haben. Die Deportationen der jüdischen Bevölkerung Budapests konnten mit jedem Tag einsetzen.

Ich ersuchte die ungarische Regierung, mir eine Gruppe Häuser zur Verfügung zu stellen, um die unter Schweizer Schutz stehenden Juden unterzubringen. Diesem Wunsche wurde nun tatsächlich nachgegeben. Binnen vier Tagen mussten etwa 20 000 christliche Bewohner ausgesiedelt werden und an die 30 000 oder mehr Juden fanden in den genannten Häusern Platz. Die Umsiedlung wurde



Carl Lutz Briefmarke

unter dem Schutz von etwa 100 Gendarmen durchgeführt. Die Häuser unter Schweizer Schutz wurden mit diesbezüglichen Tafeln versehen. Der Andrang in diese Häuser war naturgemäss ungemein gross. Moshe Krausz unternahm es mit einem Stab treuer Mitarbeiter für die Verpflegung der in den „Schweizerhäusern“ einquartierten Menschen zu sorgen.

Bald waren auch die bewilligten 50 000 Schutzbriefe vergriffen, und noch immer flehten Tausende vor unseren Toren um solche lebensrettende Zertifikate. Ich konnte das Kontingent unmöglich überschreiten, ohne den Zorn der Behörden heraufzubeschwören und die ganze Aktion zu gefährden. Bald bildeten sich jüdische Zentralen, um Schutzbriefe zu fälschen und solche zu Tausenden zu verteilen und z.T. zu verkaufen. Die ungarischen Behörden wurden sehr bald darauf aufmerksam und drohten nun, alle Juden in ihren Gewahrsam zu nehmen. Ich protestierte und versprach bei der Sichtung der guten und schlechten Schutzbriefe persönlich mitzuhelfen. Das war nun aber eine herzergreifende Aufgabe, kam doch die Nichtanerkennung eines solchen Scheines für die Inhaber einem

Todesurteil gleich, weil ihr Leben dann verwirkt war. Unvergesslich bleibt mir z.B. die Szene, als ich mit meiner Frau einige Stunden im Hofe einer Ziegelei die Sichtung von einigen Hundert Schutzbriefen vornahm. Zitternd und bangend standen die Leute in einer Schlange vor uns. Eine andere Szene spielte sich im Istvan Park ab, wo ebenfalls eine Sichtung vorgenommen wurde. Es war dort, wo mir inmitten Tausender von Zuschauern ein Nylas den Revolver auf die Brust drückte, „weil ich hier nichts zu suchen hatte“, worauf ich sofort den Kabinettschef Bagossy holte, der sodann den Übeltäter in Haft setzen liess.

Für mich war es eine grosse Genugtuung zu wissen, dass meine ins Leben gerufene Aktion behördlicherseits respektiert wurde, und mit einigen Ausnahmen keine Übergriffe seitens der Nylas vorkamen.

² Pfeilkreuzlerbanden sind Angehörige einer nationalsozialistischen Bewegung in Ungarn zwischen 1935 und 1945, auch Nylas genannt nach dem ungarischen Namen der Partei: Nyilaskeresztes Párt – Hungarista Mozgalom.



Carl Lutz Denkmal in Budapest. © Szabo Tamás

„DU MUSST HANDELN. DU MUSST DICH INFORMIEREN. DU BIST BEREIT NACHZUFORSCHEN: DU BIST BEREIT ZU LERNEN. DU HAST JEDES RECHT, DIE RICHTUNG DEINES EIGENEN LEBENS ZU KONTROLLIEREN.“

In ganz Afrika (wie in grossen Teilen der Welt) tragen Frauen die primäre Verantwortung für die Landwirtschaft: Sie entscheiden, was angebaut wird, sie pflegen das Saatgut und ernten die Nahrungsmittel. Sie sind die ersten, die entdecken, wenn die landwirtschaftliche Produktion durch Umweltschädigung beeinträchtigt wird. Wenn ein Brunnen versiegt, sind es die Frauen, die sich um eine neue Wasserquelle kümmern und die auf dem Weg dorthin weite Strecken zurücklegen müssen. Als Mütter bemerken sie, wenn die Nahrung, mit der sie ihre Familie ernähren, durch Schadstoffe oder Verunreinigungen verdorben ist. Sie sehen es in den Tränen ihrer Kinder und hören es in den Schreien ihrer Babies.

Wangari Maathai, Kenia's führende Umweltschützerin und Frauenrechtsvertreterin, gründete 1977 am „Earth Day“ das *Green Belt Movement*, im Rahmen dessen Bauern (70% von ihnen sind Frauen) zum Anlegen von „grünen Gürteln“ ermutigt werden, zum Schutz vor Bodenerosion und für Schatten sowie als Quelle für Bau- und Feuerholz. Sie verteilte Setzlinge und erarbeitete ein System, um die Frauen für jeden wachsenden Setzling zu belohnen. Bis heute wurden dadurch über fünfzehn Millionen Bäume gepflanzt, allein in Kenia konnte für 80 000 Menschen ein Einkommen geschaffen werden, und das Projekt ist in über 30 weitere afrikanische Länder, in die USA und nach Haiti ausgeweitet worden.

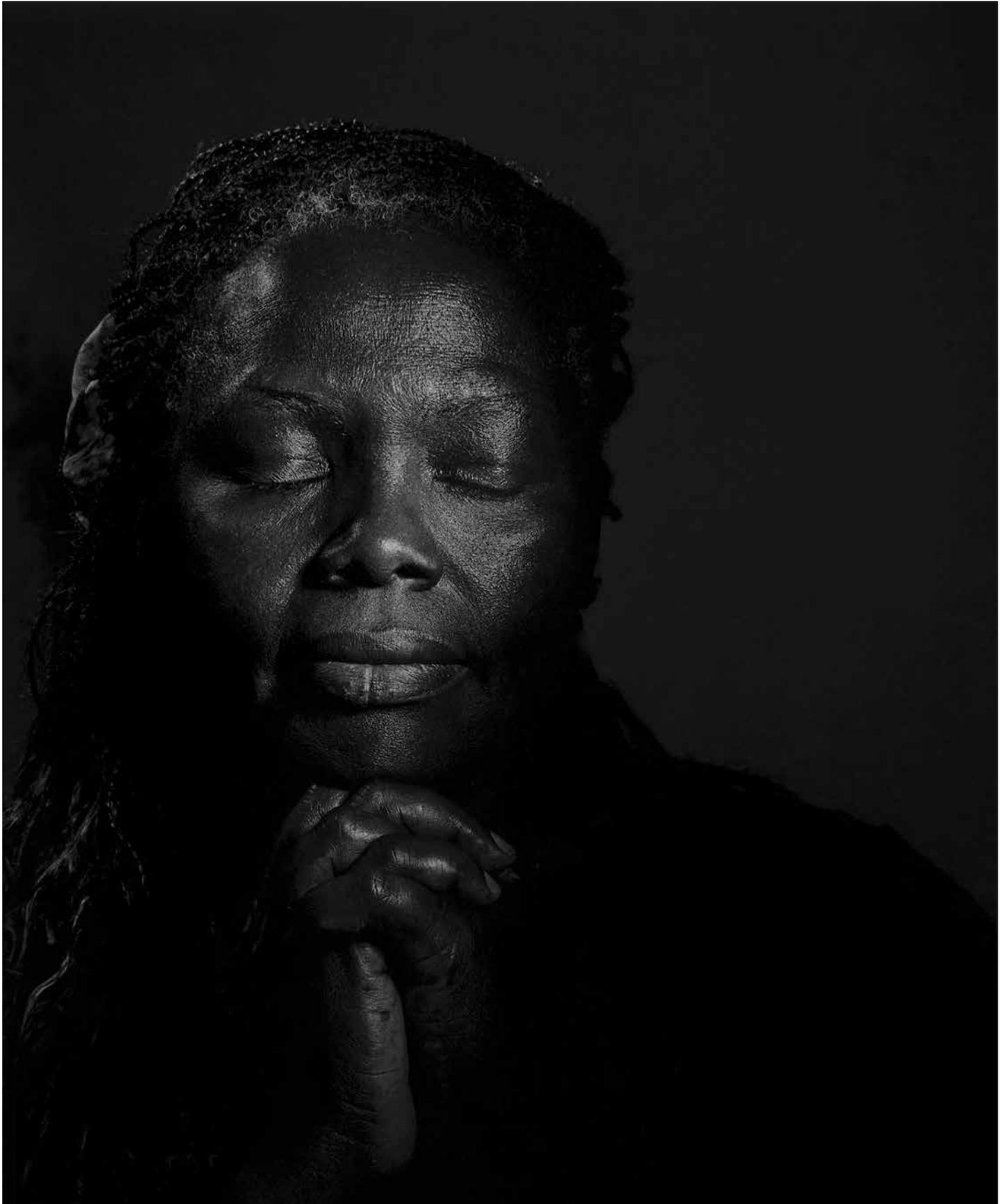
Maathai hat für ihre Bemühungen, Hunger zu bekämpfen, den „Africa Prize“ erhalten. Von der durch die kenianische Regierung kontrollierten Presse wurde sie als vorbildliche Bürgerin bezeichnet.

Einige Jahre später, als Maathai den Vorschlag des Präsidenten Daniel Toroitich arap Moi verurteilte, mitten in Nairobis grösstem Park einen zweiundsechzigstöckigen Wolkenkratzer mitsamt einer vierstöckigen Statue des Präsidenten zu errichten, wurde sie von offizieller Seite gewarnt, ihre Kritik zu zügeln. Als sie die Kampagne öffentlich machte, wurde sie von Sicherheitskräften aufgesucht. Als sie daraufhin noch immer keine Ruhe geben wollte, wurde sie Opfer einer Abschreckungsaktion aus Belästigungen und Androhungen. Parlamentsmitglieder denunzierten Maathai und taten ihre Organisation abwertend als „einen Haufen geschiedener Frauen“ ab. Die von der Regierung herausgegebene Zeitung stellte ihre sexuelle Vergangenheit in Frage, und die Polizei inhaftierte und befragte sie, ohne je

Anklage zu erheben. Letztendlich musste Moi – hauptsächlich aufgrund des von Maathai erzeugten Drucks – sein Bauprojekt aufgeben.

Jahre später kehrte Maathai in den Park zurück, um hier eine Kundgebung zur Unterstützung politischer Gefangener abzuhalten. Nachdem sie und andere Demonstrantinnen von regierungstreuen Schlägern verprügelt worden waren, kam Maathai ins Krankenhaus. Nach diesem Vorfall wurde ihr von den Parlamentariern der führenden Partei des Präsidenten mit Genitalverstümmelung gedroht, um sie gefügig zu machen und sie zu zwingen, sich so zu benehmen, „wie eine Frau es tun sollte“. Wangari Maathai aber war nun entschlossener als je zuvor und setzte ihre Arbeit für den Umweltschutz, für Frauenrechte und demokratische Reformen fort.

2004 erhielt Maathai den Friedensnobelpreis. 2005 wurde sie zur Präsidentin des Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrates der *Afrikanischen Union* gewählt. Die Zeitschrift *Times* bezeichnete Maathai als eine der 100 einflussreichsten Personen, die Zeitschrift *Forbes* erklärte Maathai zu einer der 100 mächtigsten Frauen. 2006 erhielt sie die „Légion d'Honneur“, Frankreichs höchsten Orden. Wangari Maathai starb im September 2011 im Laufe einer Krebsbehandlung im Alter von 71 Jahren.



Wangari Maathai. © Eddie Adams

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000:

Das *Green Belt Movement* wurde 1977 in Kenia gegründet, als Frauen von ländlichen Gebieten wie auch von städtischen Zentren im Rahmen von organisierten Foren über ihre Bedürfnisse und über die Umweltzerstörung sprachen. Sie hatten kein Feuerholz mehr. Sie brauchten Früchte, um der Mangelernährung ihrer Kinder begegnen zu können. Sie brauchten auch frisches Trinkwasser, aber die Pestizide und Herbizide, die auf den Farmen gebraucht wurden, um in grossem Stil anzubauen, verseuchten das Wasser.

Die Frauen sprachen darüber, dass sie vor langer Zeit noch nicht so viel Zeit dafür investieren mussten, Feuerholz zu sammeln. Sie erwähnten, dass sie damals unmittelbar neben dem Wald gelebt hätten. Zudem erzählten sie, dass sie früher Nahrung hatten, die sie gesund hielt. Die heutige Nahrung brauche zwar nicht viel, um zu wachsen, halte sie aber nicht gesund. Die Frauen erklärten, ihre Familien seien nun schwach, könnten Krankheiten nicht widerstehen und ihre Körper seien aufgrund der zerstörten Umwelt ausgelaugt.

Der *National Council of Women*, eine Nichtregierungsorganisation, reagierte darauf, indem er die Frauen ermutigte, Bäume zu pflanzen. Zu Beginn war es schwierig, weil die Frauen das Gefühl hatten, nicht über die nötigen Kenntnisse, die Technologie oder das Kapital zu verfügen, um dies zu tun. Wir konnten ihnen aber schnell zeigen, dass wir all dies nicht benötigten. Dadurch wurde das Pflanzen von Bäumen zu einem wunderbaren Symbol der Hoffnung. Es gab den Frauen mehr Macht, weil es nicht schwierig war. Ausserdem war es etwas, das sie tun und bei dem sie das Resultat erkennen konnten. Sie konnten eigenhändig ihre Lebensqualität verbessern.

Als wir sagten, dass wir 15 Millionen Bäume pflanzen wollen, lachte der Förster und erklärte, wir könnten so viele Keimlinge haben, wie wir wollen. Er war überzeugt, dass wir nicht so viele Bäume würden pflanzen können. Nach kurzer Zeit musste er sein Angebot jedoch widerrufen, weil wir mehr Bäume abholten, als er umsonst abgeben konnte. Wir hatten aber kein Geld. Aus diesem Grund entschieden wir uns dazu, die Keimlinge selbst zu ziehen. Wir sammelten die Samen der Bäume und pflanzten diese ein, so wie die Frauen dies auch mit anderen Samen taten, z.B. bei Bohnen, Mais und anderem Getreide. Dadurch eigneten sich die Frauen tatsächlich Techniken der Forstwirtschaft an. Sie benutzten „angemessene Techniken“, um ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Die grundlegende Methode war folgende: Nimm einen Topf,

fülle Erde in diesen und gib Samen in die Erde. Stelle den Topf dann erhöht auf, damit die Hühner und Ziegen nicht kommen und die Samen fressen.

Die Methode funktionierte! Eines Tages werden wir alle Techniken, welche die Frauen anwendeten, aufzeichnen. Manchmal werden zum Beispiel die Samen der Bäume durch den Wind weggetragen. Die Samen keimen dann im Feld, wenn es regnet. Es ist interessant zu beobachten, wie eine Frau ein Feld mit einem kleinen Wasserkanister bewirtschaftet. Sie pflegt Unkraut! Sie hatte gelernt, dass sich im Unkraut Keimlinge der Bäume befanden und dass sie diese Keimlinge wegnehmen und in einem Kanister sammeln konnte. Am Abend ging sie mit mehreren hundert Keimlingen nach Hause! Diese von den Frauen entwickelte Technik erwies sich als sehr hilfreich. Alleine in Kenia pflanzten wir über 20 Millionen Bäume. In anderen afrikanischen Ländern haben wir nicht Buch geführt.

Bäume leben. Aus diesem Grund reagieren wir auf verschiedene Weisen auf sie. Wir hängen oft an ihnen, weil sie uns Nahrung und Feuerholz spenden. Bäume sind freundlich. Wenn du einen Baum pflanzt und ihn wachsen siehst, passiert etwas mit dir. Du willst ihn beschützen und schättest ihn. Ich habe Menschen erlebt, die sich verändert haben und Bäume anders betrachteten, als sie dies früher getan hätten. Ausserdem bemerken viele Menschen oft erst, dass keine Bäume vorhanden sind, wenn sie ihre Augen öffnen und bemerken, dass das Land nackt ist. Sie beginnen zu erkennen, dass Regen ein Segen, aber auch ein Fluch sein kann. Wenn er kommt und der Boden nicht geschützt ist, trägt er den Boden mit sich fort! Der reiche Boden, in dem du dein Essen hättest anbauen sollen, verschwindet so. Die Frauen sehen die direkte Verbindung zwischen einer Person und der Umwelt. Es ist wunderschön, diese Veränderung zu sehen. Diese Veränderung hält das *Green Belt Movement* am Leben!

Wir haben Programme in etwa zwanzig Ländern gestartet. Der primäre Fokus liegt darauf, Menschen zu mobilisieren, etwas für die Umwelt zu tun. Es handelt sich hauptsächlich um ein Ausbildungsprogramm. Implizit werden die Bürger durch das Anpflanzen von Bäumen aufgeklärt. Es wird eine Strategie vermittelt, um Menschen zu mehr Macht zu verhelfen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Ihre Angst wird beseitigt und es wird ihnen ermöglicht, für sich selbst und ihre die Umwelt betreffenden Rechte einzustehen. Die Strategie, die wir benutzen, bezeichnen wir als das „falsche Bus Syndrom“. Dies ist eine einfache Analogie, die Menschen hilft zu verstehen, was passiert. Menschen kommen mit zahlreichen Problemen zu uns: sie haben kein Essen,



Prof. Wangari Maathai erhält einen Pokal von der nationalen Kenianischen Menschenrechtskommission für ihren Einsatz für Menschlichkeit. © Demosh

sie sind hungrig, ihr Wasser ist schmutzig, ihre Infrastruktur ist zusammengebrochen, sie haben kein Wasser für ihre Tiere, sie können ihre Kinder nicht zur Schule bringen. Die höchste Anzahl an Problemen, die ich in einer Gruppe von hundert Personen aufgenommen habe, ist hundertfünfzig. Sie denken, wir würden ihre Probleme lösen. Ich schreibe die Probleme aber nur auf und unternehme nichts gegen diese. Ich schreibe die Probleme auf, um den Menschen ein Gefühl von Erleichterung zu vermitteln und ein Forum zu bieten, an dem sie ihre Probleme artikulieren können.

Nachdem wir die Probleme aufgenommen haben, fragen wir: „Woher glauben Sie, dass diese Probleme stammen?“ Einige Menschen geben der Regierung die Schuld. Sie zeigen mit dem Finger auf den Gouverneur, den Präsidenten oder seine Minister. Es werden diejenigen beschuldigt, die über

Macht verfügen. Die Menschen denken nicht daran, dass sie selbst das Problem mitverursacht haben könnten. Aus diesem Grund benutzen wir die Analogie mit dem Bus. Der Bus ist in unserem Land ein verbreitetes Transportmittel. Wenn du den falschen Bus besteigst, gelangst du an die falsche Destination. Du könntest sehr hungrig sein, weil du kein Geld hast. Du könntest natürlich von der Person, die du besuchen wolltest, gerettet werden. Du könntest aber auch von der Polizei verhaftet werden, weil du herumlungerst und aussiehst, als hättest du dich verirrt! Du könntest überfallen werden – alles könnte passieren! Wir fragen die Menschen: „Was konnte dazu führen, dass du den falschen Bus bestiegen hast? Wie konntest du an eine Busstation gehen und statt den richtigen den falschen Bus besteigen?“ Dies passiert häufig. Am häufigsten besteigen die Menschen den falschen Bus, weil sie nicht lesen und schreiben können. Auch wenn du Angst hast, besteigst du vielleicht den falschen Bus. Wenn du arrogant bist und meinst, dass du alles weißt, passiert schnell ein Fehler und du besteigst den falschen Bus. Oder wenn du nicht aufmerksam bist, nicht konzentriert. Es gibt viele Gründe.

Nachdem wir diese Übung absolviert haben, bitte ich die Teilnehmer, die Liste der Probleme, die sie erwähnt haben, anzuschauen. Weshalb sind wir hungrig? Weshalb werden wir von der Polizei belästigt? Wir brauchen eine Lizenz, um Versammlungen abzuhalten. Wenn wir dies alles betrachten, merken wir, dass wir den falschen Bus bestiegen haben. Wir sind zu lange falsch informiert worden. Kenia's Geschichte der letzten vierzig Jahre erklärt, wieso.

Während der Zeit des Kalten Kriegs wurde unsere Regierung sehr diktatorisch. Es gab nur noch eine Radio-station, die kontrollierte Informationen verbreitete. Unser Land wurde deshalb falsch informiert. Weil uns die Regierung derart unterdrückte, verbreitete sich Angst in uns und wir bestiegen ohne weiteres den falschen Bus. Wir machten Fehler und schufen unsere Probleme selbst. Wir beachteten unsere Umgebung nicht und entschieden uns nicht dazu, Bäume zu pflanzen. Unser Boden wurde deshalb vom Regen weggetragen. Dadurch ging der schöne Kulturboden verloren. Damit war der Fehler passiert. Vielleicht waren wir nicht genügend konzentriert, litten unter einem Alkoholproblem oder arbeiteten nicht. Aber unsere persönlichen Probleme hatten mit der Regierung nichts zu tun. Wir bestiegen den falschen Bus und es ereigneten sich in der Folge viele schlechte Dinge. Wir müssen uns nun dazu entschliessen, auszusteigen und das Beste aus der vorliegenden Situation zu machen.

Du musst handeln. Du musst dich informieren. Du bist bereit nachzuforschen: du bist bereit zu lernen. Aus diesem

Grund kommst du zum Seminar. Du willst anpflanzen, du willst dir selbst zu mehr Macht verhelfen. Du hast jedes Recht, das zu lesen, was du lesen willst. Du willst Versammlungen abhalten, ohne hierfür eine Erlaubnis einzuholen. Aus dem Bus auszusteigen heisst, die Richtung deines Lebens selbst zu bestimmen.

Wir ermutigten die Teilnehmer, loszulegen und Bäume anzupflanzen. Sie sollen Bäume anpflanzen und genügend Nahrung für ihre Familien produzieren. Sie sollen sich daran beteiligen, dass alle genügend Essen haben und sicherstellen, dass sie einheimische Produkte anpflanzen um die örtliche Artenvielfalt zu erhalten. Weil wir in den Tropen arbeiten, wachsen Bäume sehr schnell. In fünf Jahren oder sogar noch schneller wachsen Fruchtbäume wie zum Beispiel Bananenbäume. Du kannst dann anderen Personen beibringen, was du gelernt hast und so für die Verbreitung dieses Wissens in den Dörfern sorgen. Wir unterstützen dich, damit du andere dazu ermutigen kannst, ebenfalls aus dem Bus auszusteigen. Du kannst eine kleine Gruppe dazu bewegen, einen Park, einen Wald oder eine offene Fläche zu schützen. Beim Umweltschutz geht es nicht nur darum, darüber zu reden. Es geht auch darum, zu handeln.

Menschen, die in der Nähe des Waldes leben, sind die ersten, die bemerken, wenn dieser zerstört wird. Menschen, die in der Nähe von Wasser leben, sind die ersten, die bemerken, wenn die Quellen gestört werden. Bauern sind die ersten, die bemerken, wenn der Boden dem Wetter ausgesetzt ist und vom Regen davongetragen wird. Diese Menschen sollten auf örtlicher und nationaler Ebene auf die ökologischen Probleme aufmerksam machen.

Diesen Prozess konnte ich beim *Green Belt Movement* beobachten. Frauen, die auf ihrer Farm Bäume gepflanzt haben, haben ihre Nachbarn beeinflusst. Ihre Nachbarn haben sich ebenfalls beteiligt. Auf nationaler Ebene waren wir in der Lage, das Parlament und sogar den Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, dass die Umwelt geschützt werden muss! Heute sehen wir die Regierung reagieren und dem folgen, was die Umweltschützer sagen: dass der Wald, der übrig geblieben ist, nicht abgebaut werden darf und dass offene Flächen nicht privatisiert werden dürfen. Dieser Druck kommt von der normalen Bevölkerung. Wir haben damit begonnen, den Frauen zu Macht zu verhelfen. Die Männer haben dann mitgemacht, weil sie gesehen haben, dass die Frauen gute Arbeit leisten.

Heute beteiligen sich die Männer beim Anbau von Bäumen, wenn auch nicht bei der Pflege von Keimlingen, wie die Frauen dies tun (und zwar sehr gut). Männer sehen Bäume als Investition. Sie blicken dreissig Jahre in die

Zukunft und erkennen, dass sie grosse Bäume haben werden, die sie verkaufen können. Nichtsdestotrotz bedeutet dies, dass sich Männer, Frauen und Kinder am *Green Belt Movement* beteiligen, und das ist wichtig. Es könnte sonst passieren, dass Frauen die Bäume pflanzen und Männer sie dann abholzen. Alle müssen zusammenarbeiten und die Umwelt gemeinsam schützen.

Wenn du dich an dieser Arbeit beteiligst, tust du das mit einem reinen Herzen und aus Leidenschaft. Hören Sie sich eine Mitteilung aus unserer Broschüre an: „Das primäre Ziel unserer Organisation ist es, das Bewusstsein der Menschen zu wecken und sie dazu zu bringen, für die Umwelt das Richtige zu tun. Dies, weil ihre Herzen berührt wurden und ihr Verstand davon überzeugt ist, das Richtige zu tun, weil es das einzige Richtige ist.“

Klarheit darüber zu haben, was du tun musst, gibt dir Mut und beseitigt die Angst. Es gibt dir Mut zu fragen. Es gibt so viel, was wir nicht wissen. Und wir müssen es wissen. Ausserdem hilft es dir, dich auf etwas zu konzentrieren. Du bist aus dem Bus ausgestiegen und bewegst dich in die richtige Richtung. Du wirst sehen, dass du dich mit Leidenschaft, Überzeugung und Beharrlichkeit bewegst. Du bist sehr fokussiert. Sehr oft drohst du Menschen; entweder Menschen, die sich im falschen Bus befinden oder Menschen, die andere Menschen in die falsche Richtung führen. Du bittest diese Leute, nicht zu folgen. Du fühlst dich nun frei, Menschen zu sagen: „Glaub mir, ihr bewegt euch alle in die falsche Richtung, auch euer Vorsitzender“. Ein Vorsitzender will dies selbstverständlich nicht hören. Er will sicher auch nicht hören, dass den Personen, die er führt, mitgeteilt wird, dass sie in die andere Richtung gehen müssen. Hier entsteht der Konflikt. Der Vorsitzende beschuldigt dich, die ihm unterstehenden Personen in die Irre zu führen und das, was er tut sowie ihn selbst falsch darzustellen.

Dies geschah zwischen mir und dem Präsidenten Moi. 1989 wollte er den Uhuru Park, den letzten und einzigen Park in Nairobi, übernehmen. Er wollte das höchste Gebäude in Afrika, 62 Stockwerke hoch, bauen. Neben das Hochhaus wollte er eine vierstöckige Statue von ihm selbst stellen (so dass er vom vierten Stock aus seinen Kopf hätte tätscheln können). Die ganze Innenstadt von Nairobi hätte restrukturiert werden müssen.

Dieses Gebäude wäre so einschüchternd gewesen, dass ihm niemand nahe gekommen wäre, selbst wenn ein Teil des kleinen Parks übrig geblieben wäre. Das projektierte Gebilde war sehr einschüchternd. Es war deshalb gänzlich falsch. Es wäre auch ein ökonomisches Desaster gewesen, weil wir uns durch das Geld, das für das Projekt

ausgeliehen worden wäre, weiter verschuldet hätten. Es war wahrhaftig ein weisser Elefant. Aber Moi wollte es als persönliche Selbstverherrlichung erstellen.

Wir haben uns deshalb gewehrt und gesagt, dies sei der einzige Park der Stadt, in den Menschen, die kein Geld haben, kommen können. Nicht einmal ein Polizist kann dir sagen, du müsstest gehen. Der Park ist allen zugänglich. Viele Menschen haben sich an unserer Kampagne beteiligt und ihr zugestimmt. Sogar die Personen, die in das Projekt investieren wollten, sagten schliesslich, die Realisierung des Projekts sei wohl keine gute Idee.

Wir haben eine Protestkundgebung im Park organisiert und wurden von der Polizei geschlagen. Wir waren nur eine kleine Gruppe von Frauen. 1989 ängstigten sich noch viele Menschen. Ich musste vor Gericht gehen und argumentieren, dass dieser Park den Menschen gehört und nicht privatisiert werden darf. Der Präsident sei nur ein Vermögensverwalter, es sei deshalb kriminell, wenn er das, was ihm anvertraut worden sei, nehme und privatisiere. Wir haben den Prozess verloren. Das Gericht war der Meinung, es ginge uns nichts an, wir sollten nicht darüber sprechen und uns nicht beschweren. Schliesslich haben wir aber gewonnen, weil die Personen, die das Geld für das Projekt leihen wollten, ihr Angebot angesichts des Protests der Öffentlichkeit zurückzogen. Angehörige des Parlaments haben sogar Geschäfte aufgeschoben, um über das *Green Belt Movement* und meine Person zu sprechen. Sie haben vorgeschlagen, das *Green Belt Movement* zu verbieten, weil es eine staatsfeindliche Organisation sei. Sie haben eine schmutzige Kampagne geführt, um uns zu diskreditieren. So haben sie uns zum Beispiel als „Gruppe von geschiedenen und unverantwortlichen Frauen“ bezeichnet.

Ich habe ihnen auf eine Art und Weise meine Meinung gesagt, dass die Menschen lange darüber gesprochen haben. Ich habe gesagt: „Was immer ihr über die Frauen denkt, die das *Green Belt Movement* führen, geht es hier darum, ob ein Park privatisiert werden darf oder nicht. Wir sprechen von den Rechten der Öffentlichkeit und aller Menschen. Dies sind Themen, die von dem Körperteil, der über eurem Nacken liegt, behandelt werden müssen.“ Die Presse liebte diese Aussage. Das Parlament war nur gemein, chauvinistisch und handelte schlichtweg schmutzig. Glücklicherweise ist meine Haut dick, wie diejenige eines Elefanten. Je mehr sie mich beschimpften und lächerlich machten, desto stärker wurde ich. Ich wusste, dass ich Recht hatte und sie falsch lagen.

Einige Jahre später, im Jahr 1992, ging ich zusammen mit etwa zehn Frauen, deren Söhne verhaftet worden waren, nachdem sie mehr Demokratie verlangt hatten, zurück in

den Park. Ich bezeichnete diesen als eine „Ecke der Freiheit“. Wir blieben vier Tage dort. Am fünften Tag sandte die Regierung Polizisten; einige von uns wurden stark verprügelt. Aber ich werde mich immer an die Kraft dieser Frauen erinnern. Nachdem wir von der Polizei gestört worden waren, wurde ich ins Spital überführt, weshalb ich nicht genau weiss, was weiter geschah. Die anderen Frauen wurden zu Autos geführt und gezwungen, dorthin zurückzukehren, woher sie kamen. Am nächsten Tag kamen die Frauen aber zurück nach Nairobi und versuchten, sich gegenseitig zu finden. Sie wussten, dass sich einige im Spital befanden und schickten eine Nachricht, dass sie auf uns warteten. Sie teilten uns mit, dass sie nicht nach Hause gehen würden. Stattdessen gingen sie zum anglikanischen Vorsteher der All Saint's Kathedrale, der ihnen sagte, sie dürften in die Krypta gehen und dort auf die anderen Frauen warten.

Der Vorsteher dachte, es handle sich um einen Aufenthalt von zwei Tagen, die Frauen blieben aber ein Jahr lang dort. Sie blieben in der Krypta und warteten darauf, dass Moi ihre Söhne entliess. Die Behörden versuchten alles, um die Frauen dazu zu bringen, die Krypta zu verlassen. Sie versuchten, sie zu bestechen, sie einzuschüchtern und schickten ihre eigenen Söhne dorthin. Diese sollten die Frauen davon überzeugen, zu gehen. Wir wurden mehrfach von bewaffneten Polizisten umzingelt, die damit drohten, die Türen der Kirche einzubrechen und uns abzuführen. Sie haben dies glücklicherweise nie getan. Einige der Soldaten waren Christen und wir hörten sie sagen, dass man nicht in eine Kirche einbrechen dürfe.

„AM SCHLIMMSTEN BETROFFEN VON DER AUSBEUTUNG DES URWALDS SIND DIE LETZTEN DSCHUNGELNOMADEN VOM STAMM DER SCHEUEN PUNANS. SEIT LANGEM VERSUCHT DIE REGIERUNG, SIE ZUR SESSHAFTIGKEIT ZU BEWEGEN. DIE PUNANS DER ZUFLÜSSE DES UNTEREN TUTOH SIND NUN GEZWUNGENERMASSEN SCHON SESSHAFT GEWORDEN. IHRE GEBIETE SIND WEITGEHEND VON DEN LOGGING-CAMPS ZERSTÖRT WORDEN.“

Bruno Manser wurde 1954 in Basel geboren. Von 1984 bis 1990 lebte er im Dschungel im malaysischen Sarawak (Bundesstaat von Malaysia im Nordwesten der Insel Borneo). Dort wohnte er beim Volksstamm der Penan, einer im Regenwald nomadisch lebenden Volksgruppe, die von der Jagd und dem Fischen sowie dem Sammeln von Früchten und anderen Pflanzen lebt. Mansers Ziel war, „von einem Volk zu lernen, das noch nahe an seinem Ursprung lebt“. Er lernte die Sprache der Penan und machte sich mit deren Nahrungsbeschaffung, Arzneimittelkunde und Bräuchen vertraut. Über die Sprache und Kultur der Penan sowie auch die Fauna und Flora des Regenwaldes machte er Aufzeichnungen in Form eines detaillierten Tagebuchs.

Das Paradies, das Manser entdeckt hatte, war aber gefährdet. Die malaysische Regierung autorisierte grosse Rodungen durch Holzfirmen, die dann in die Gebiete der Penan eindrangen und dort die Wälder abholzten. Bei der Erteilung dieser Autorisierungen herrschte grosse Korruption; Staatsangestellte wurden regelmässig von den Holzfirmen bestochen. Die Penan ihrerseits wurden vor den Abholzungen nie informiert oder angehört, obschon diese ihre Lebensgrundlage zerstörten: Die überlebenswichtige Vegetation wurde durch die Rodungen stark reduziert, Tiere wurden vertrieben oder getötet, das Trinkwasser wurde verschmutzt und kulturelle Stätten wurden entweiht. Bruno Manser machte einerseits die internationalen Medien auf die Situation aufmerksam. Andererseits forderte er die Penan dazu auf, sich zu wehren und unterstützte sie in der Organisation von friedlichen Strassenblockaden gegen die Abholzungen. Im April 1990 wurde er von der malaysischen Regierung deshalb zur unerwünschten Person erklärt und ausgewiesen. Zudem wurde Manser von der malaysischen Regierung und Holzkonzernen gesucht, und es wurde ein Kopfgeld auf seine Verhaftung ausgesetzt.

Bruno Manser kehrte daraufhin in die Schweiz zurück und widmete sich der Vortrags- und Aufklärungsarbeit (insbesondere auch durch verschiedene medienwirksame Aktionen). Er wollte Menschen weltweit über das Schicksal der Urvölker des Regenwaldes, über die Vorgehensweisen von Holzhandel und Holzindustrie und über die Menschen-

rechtslage im malaysischen Sarawak informieren. 1992 gründete Manser in Basel den *Bruno Manser Fonds (BMF)*, dessen langjähriger Präsident er in der Folge war. Der Fonds dient als Regenwald-Informationszentrum und Lobby für die im Regenwald lebenden indigenen Völker.

Um die Penan in ihrem Überlebenskampf zu unterstützen und weil er befürchtete, dass diese ohne externe Unterstützung kaum Überlebenschancen hätten, entschloss sich Manser zur Rückkehr in das malaysische Sarawak. 2000 reiste er trotz Einreiseverbot und ausgesetztem Kopfgeld zu den Penan. Seither gilt er als vermisst. Im März 2005 erklärte ihn ein Basler Zivilgericht amtlich für verschollen.



Auszüge aus den Tagebüchern von Bruno Manser:

Borneo besitzt vielleicht den ältesten Wald der Erde, der ursprünglich bis auf wenige Felsen und Wasserläufe die ganze Insel bedeckte. Da die Insel nicht von den Eiszeiten berührt wurde, konnte sich über Millionen von Jahren in den verschiedenen Biotopen die höchste Artenvielfalt entwickeln.

Folgt man mit der Prahú dem Seitenfluss Sungai Tinjar des Baramstroms, kreuzt man ständig mit zu langen

Schlangenflossen verbundenen Baumstämmen. Schweres sinkendes Holz wird auf Metallflossen getürmt und talwärts geschleppt. Beinahe hinter jeder Flussbiegung begegnet man einem Logging-Camp. Der Gewinn ist reich, und in ganz Sarawak sollen gegenwärtig um die tausend Holzfällerlager bestehen. Sind pro Camp nur zwei Mann mit Fällern beschäftigt, so fallen täglich durchschnittlich 20–40 000 Bäume. Wahrscheinlich sind aber viel mehr Holzfäller an der Arbeit.

Ständig wälzen sich die Flüsse lehm Braun talwärts und

mischen sich mit Maschinenöl. Bis in zehn Jahren werden die letzten unberührten Gebiete zerstört sein, falls niemand Einhalt gebietet. Die malaysische Regierung zeigt wenig Verständnis für die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung. Ohne diese um ihre Meinung zu fragen, verkaufen hohe Beamte Lizenzen an Companies für Gebiete, in denen sie sich kaum je aufgehalten haben, geschweige denn geboren sind. Da wechseln viele Geldscheine ihre Besitzer, sowohl auf, als sicherlich auch unter dem Tisch, da Lizenzen begehrt sind.

Die meisten Logging-Camps sind im Besitz von Chinesen; auch Japaner und einige Einheimische sind beteiligt. Am schlimmsten betroffen von der Ausbeutung des Urwaldes sind die letzten Dschungelnomaden vom Stamm der scheuen Punans. Seit langem versucht die Regierung, sie zur Sesshaftigkeit zu bewegen. Die Punans der Zuflüsse des unteren Tutoh sind nun gezwungenermaßen schon sesshaft geworden. Ihre Gebiete sind weitgehend von den Logging-Camps zerstört worden. Als Trost schenken ihnen die Companies Häuser aus Brettern und Wellblechdächern...

Die Ansiedlung der Punans in einer Dorfgemeinschaft bringt auch Probleme mit sich. Das traditionelle Gesetz des Teilens jeder Jagdbeute kann nicht mehr eingehalten werden. Wie soll der Jäger auch einen Affen oder gar ein Hörnchen gerecht auf zehn Familien verteilen? So hat sich ein alter Punan beklagt: Dreimal war er im Haus eines Stammesangehörigen. Dreimal gabs Wildschwein, doch jedesmal ging er mit leeren Händen weg. Die Ansteckungsgefahr von Krankheiten wächst auch, wo viele Menschen zusammenleben. Alle paar Tage schüttelt es einen andern im Malariafieber, und vom Kind über die hochschwängere Frau bis zum Greis herrscht im Moment eine Dorfhustenepidemie. Schulung, wie es nun geschehen soll, ist wohl der einzige Weg, dem Punan einen selbstständigen Platz in der Zivilisation zu verschaffen. Gepaart mit einer Religion der Nächstenliebe, steht der Weg in die Zukunft offen. Wohl haben sich viele Punans taufen lassen, doch fehlt noch das Verständnis für das Christentum. Gleichzeitig haben sie sich schon weitgehend von der Tradition gelöst, und befinden sich kulturell zwischen Stuhl und Bank. Der schlechte Einfluss profitgieriger Händler ist spürbar; der Mund redet oft anders als die Tat.

Das Gebiet des oberen Tutoh war unter britischer Kolonialzeit als Reservat erklärt, von der malaysischen Regierung jedoch aufgehoben. Langsam versuchen sich die Punans nun zu organisieren. Sie wollen ein riesiges Gebiet als Reservat erklären, welches ihnen schon seit Urzeiten Lebensraum war. Wünschen wir ihnen mutige Herzen und mutige Taten!

Noch vor wenigen Jahren wurden sämtliche Bäume mit der Axt gefällt und die Flüsse heruntertreiben gelassen. Erst durch die Maschinen-„Entwicklungshilfe“ gebender Länder ist die Zerstörung des Dschungels in bedenklichen Ausmassen möglich geworden. Bis in ein paar Jahren werden auch die letzten Gaharu-Bäume gefallen sein, und der Punan wird sich nach neuen Verdienstmöglichkeiten umsehen müssen. Lohnarbeit im Holzfällerlager oder sonstwo flussabwärts. Die Regierung kann bald ihrem gewünschten Image der supermodernen Zivilisation mit Autobahnen, Wolkenkratzern und Maschinen verschiedenster Art nachkommen, und der primitiven Lebensweise nomadisierender Dschungelvölker wird endlich das letzte Stündlein schlagen...

Meine grundlegende Friedfertigkeit wird auf harte Probe gestellt. Soll ich meine Hand sich zur Faust ballen lassen? – Jemandem an die Gurgel zu springen kann nur letzter Schrei von Aussichtslosigkeit sein. Weiter versuche ich, dem Ideal zu folgen: „Sterben bevor töten“. Ich frage mich manchmal, ob es in der Natur, über die sich der Mensch zu erheben scheint, soviel Falschheit und Schabigheit gibt, wie bei der Krone der Schöpfung? Gewiss lockt die Kanenpflanze die unwissenden Ameisen in ihre Tümpel-Falle. Und die Spinne spannt mit Hinterlist ihre Fäden und lauert auf das Opfer. Auch der Makaken-Boss mag seinen jüngeren Genossen eine Frucht abjagen, und sie egoistisch allein verzehren. Tier und Pflanze folgen bei der Nahrungsbeschaffung nur ihrem Lebenstrieb. Und diese Gier ist zu stillen. Teilnahmslos schaut der satte Leopard, wie sich Wildschweine in nächster Nähe an seiner Beute gütlich tun. Viele Menschen scheinen aber von arger Krankheit befallen, welche im Reich der Natur unbekannt ist: Sie heisst Gier nach Reichtum. Und diese ist unersättlich, sage unheilbar.

Und so wütet hier im Land des Dschungelvolks, das noch kaum Schule und Dollar kennt, rücksichtslos eine Maschinerie, an deren Spitze die längst Reichsten von hohem Bildungsgrad stehen. Politik und Wirtschaft sind engste Verbündete. Da wäscht eine Hand die andere, und die Führer können gar nichts anderes als reine Westen tragen. An der Front, wo das Land der Ärmsten zerstört wird, sind die schmierigen Methoden allerdings offenbar.

Als die WTK-Company erstmals ins Gebiet des Magohflusses drang, beehrte der Boss den Nomaden-Häuptling mit einigen Geschenken, und legte ihm die Arme um die Schultern: „Wir sind doch Freunde?“ „Ja“, konnte nur die Antwort der friedfertigen Seele sein. Als die Nomaden aber ihr Land der Company verbieten wollten, wurde der Manager rabiat: „Für was hab ich euch all die Gaben gegeben...?“ Als die Nomaden ihre Blockade nicht freigaben,

unter Drohung, mit Giftpfeil zu schießen, wurde stärkeres Geschütz aufgezogen. Ein in Punansachen versierter chinesischer Bulldozerführer wurde angestellt. Er drohte den Dschungelbewohnern: „Hütet euch in der Nacht. Da komm ich und morde eure Kinder, wenn ihr die Blockade nicht freigibt!“ – Die Company erhielt Polizeischutz. Mehrere Male wachten zwei, drei Polizisten an der Front der wühlenden Bulldozer, um die Arbeiter vor eventuellen Aktionen der Eingeborenen zu schützen. Doch das scheue Volk, hinten und vorne betrogen, ist nicht ein Volk von Kämpfern. Resigniert haben sie sich in ein entfernteres Gebiet zurückgezogen. Hier hören sie wohl täglich und nächtlich Bulldozerbrummen, die Stimme des „Teufels mit dem dicken Bauch“, wie sie die Ungetüme nennen. Resigniert meint einer: „Schaut den dicken Bauch des Managers an, und guckt euch unsere Bäuche an, dann wisst ihr schon Bescheid!“

„Hört auf! Genug! Mir brummt der Schädel!“, meinte der Manager einst bei einem Meeting der Eingeborenen. In vernünftigem Gespräch ist wohl das Abholzen des Lebensraums der Ärmsten, welche seit Generationen und Menschengedenken ein Gebiet bewohnen, durch Neuankömmlinge kaum zu rechtfertigen.

Die Unternehmer, die Contractors, finden es natürlich lästig, sich mit opponierenden Eingeborenen rumzuschlagen. Sie wollen einfach in Ruhe arbeiten. Gerne zahlen sie Schmiergelder an Häuptlinge, um diese stillzusetzen. Die Holzgesellschaften (wenn auch nicht alle: So hat die chinesische Company – Manager: Mestalu – des Camps Layun B 1985 den Laden dichtgemacht, und ist nach Lawas abgehauen, ohne einem Dutzend Punans den Lohn von drei Monaten Arbeit zu bezahlen) können sich ihrer Legalität rühmen, da sie von den Lizenzinhabern, gewöhnlich hohen Politikern, gegen Beteiligung am Gewinn (~ 30%) Erlaubnis für Gebiete erhalten. Dort, bei den niemals erreichbaren Lizenzinhabern und dem Politiker, der die Lizenzen hinter verschlossenen Türen verteilt, ist eindeutig die Verantwortung für die Abholzung des Dschungels zu suchen – mit anderen Worten, bei der Spitze der Regierung selbst. Und diese kennt „ihr“ Land gewöhnlich nur aus der Vogelperspektive, und scheint sich bis jetzt einen Deut um Wohl oder Wehe der darin lebenden Einwohner zu kümmern, deren fremde Sprache sie nicht einmal verstehen.

Der scheue Punan geht Auseinandersetzungen gewöhnlich aus dem Wege. Und so werden Unstimmigkeiten einfach geduldet. Drücken diese allzusehr, mögen sie im eigenen Kreise angesprochen werden, doch dem Fehlenden selbst kommt kaum je eine Rüge zu Ohren. So mag der Eingeborene zwei sich widersprechenden, gegensätzlichen

Ansichten beipflichtend zustimmen, ganz einfach, weil er ein herzensguter Mensch ist, und es jedem recht machen will.

Entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte ist wohl jede Ansicht richtig. Doch erst durch Paarung, sich Gegenübersetzen der Widerparte entsteht Leben, Entwicklung. Das offene Gespräch ist der einzige Weg zur Wahrheit. Die drohende Gefahr, das Bewusstwerden über die Zerstörung ihres Lebensraums, hat nun aber doch einige Köpfe erhitzt. Innerhalb des Kreises der Beraubten werden einige Stimmen laut und vertreten mutig ihre Ansicht. Verlassen sie aber ihre Hütte der Gleichgesinnten und begegnen den Räubern in Person, verstummen die meisten. Und jene, welche den Mund aufzumachen wagen, sind wohl schnell mit Einschüchterungen stillgesetzt.

Manchmal ist die Welt des Menschen mit seiner Hinterlistigkeit und Profitgier zum Kotzen! Doch manchmal ist die Welt des Menschen in seiner Liebe zum achtungsvollen Staunen und sich Freuen. Und diese Freude lass ich mir nicht nehmen! – Viele der Eingeborenen des Dschungels sind richtig liebe Menschen, wie du sie nur selten in unserer modernen, längst entfremdeten Welt antriffst. Persönlich hab ich mein Ideal aufgegeben, es jedem Menschen recht machen zu wollen, eines jeden Freund zu sein. Dies geht auf Kosten der Ehrlichkeit. Wer aber Ehrlichkeit nicht verträgt, auf dessen Gesellschaft lässt sich reuelos verzichten.

Menschlichkeit vor Wirtschaftlichkeit ist die Forderung. Je mehr Gewicht der Wirtschaft gegeben wird, umso mehr wird der Mensch und das Leben zur Nummer degradiert. Die enge Verknüpfung von Politik-Wirtschaft-Geld mag der Grund sein, dass Politiker in ihren Aktivitäten oft Ethik vermissen lassen. Nein – ich sehe nicht nur schwarz-weiss. Bestimmt hat jeder Mensch – wir alle – seine Fehler wie seine Qualitäten. Untersucht man die Dinge näher, werden es oft grosse Problemkreise. Im Gespräch verwandeln sich die Feindbilder immer wieder in den Menschen, mit all seinen Bedürfnissen und Sorgen.

**“LIFE’S MOST PERSISTENT
AND URGENT QUESTION IS,
‘WHAT ARE YOU DOING FOR
OTHERS?’.”**

MARTIN LUTHER KING JR.

„DIE GUTGESINNTEN IN JEDEM LAND SOLLTEN SICH IMMER MEHR ZUSAMMENSCHLIESSEN, UM EINEN STARKEN DAMM GEGEN ALLES NEGATIVE UND LEBENS-FREMDE, KOMME ES VON AUSSEN ODER AUS DEN EIGENEN REIHEN, ZU BILDEN.“

Karl Meier wurde am 16. März 1897 als Rudolf Carl Rheiner geboren, war hauptsächlich als Schauspieler tätig und war Mitglied des Cabarets Cornichon in Zürich. Er verbrachte mehrere Jahre in Deutschland. Zurück in der Schweiz schrieb er – meist unter dem Pseudonym „Rolf“ (anfangs auch Rudolf Rheiner) ab 1934 regelmässig für die an Homosexuelle gerichteten Zeitschriften „Schweizerisches Freundschafts-Banner“ und ab 1937 für die Zeitschrift „Menschenrecht“. Ab 1943 wurde diese Zeitschrift zweisprachig unter dem Namen „Der Kreis – le cercle“ von „Rolf“ herausgegeben. Ab 1951 wurde die Zeitschrift zusätzlich durch englische Beiträge ergänzt. Karl Meier gab die Zeitschrift nicht nur heraus, sondern verfasste auch selbst Texte, Gedichte, Kommentare und Antworten auf Fragen von Lesern. Zudem organisierte er Festsanlässe. Als Leiter der hinter dem „Kreis“ stehenden „Vereinigung Homosexueller“ war er jahrzehntelang ein Anführer der Schweizer Homosexuellenbewegung und setzte sich für die Anerkennung und Gleichberechtigung der Homosexuellen ein.

Mit Unterstützung des „Kreis“ entstanden auch in anderen Ländern entsprechende Organisationen, zum Beispiel in Frankreich und in den Niederlanden.

Ende der 1960er-Jahre brach die Nachfrage ein, weil „Rolf“ an alten Werten festhielt und die Zeitschrift deshalb nicht mehr auf die neuesten gesellschaftlichen Veränderungen reagieren konnte. Das letzte Heft erschien im Dezember 1967.

1970 erlitt Karl Meier bei einer Theaterprobe in Zürich einen Schlaganfall. Von diesem erholte er sich nicht mehr, und er verstarb 1974 in Zürich.



Karl Meier, 1938. © René Leier/Staatsarchiv des Kantons Thurgau

Auszüge aus: „Schweizerisches Freundschafts-Banner“, Nr. 22/1935 bis 4/1936 von „Rudolf Rheiner“:

Kirche und Bibel! Welche grossen Gegensätze schon allein diese Worte umschliessen, wissen wir alle. Beide Kirchen lassen die Sexualität nur als Mittel der Fortpflanzung gelten; jede geschlechtliche Tat, die nicht die Menschwerdung bezweckt, gilt als Sünde. Aber nach unseren heutigen Erkenntnissen steht fest, dass der gesunde Mann und die gesunde Frau der körperlich-seelischen Hingabe bedürfen, um gesund zu bleiben. Es ist nicht wahr, dass jeder Mensch ohne gesundheitliche und seelische Schädigung unberührt bleiben könne. Vor der Erfahrung des Lebens müssen die Kirchen ihre Stellung zur Erotik ändern, wenn sie nicht Hunderttausende ihrer Mitglieder zur ständigen Lüge verurteilen oder überhaupt verlieren wollen.

Wo ein Gefühl sich lebenaufbauend und lebenverpflichtend Bahn bricht durch alle Jahrtausende, da ist es für jeden Christen notwendig, nach dem göttlichen Sinn auch dieses ihm noch einstweilen Unverständlichen zu forschen.

Wir glauben, dass bei dem starken Widerstand der Kirchen das Strafrecht und das öffentliche Bewusstsein nur sehr langsam in dieser Frage einen Wandel erleben wird. Katholizismus und Protestantismus – Formen der Gottesverehrung, Deutungen göttlichen Willens, aber nicht der göttliche Wille selbst! Er schuf uns – wer deutet seinen Willen? Wo aber Leben und Liebe erstickt werden, die blühen könnten ohnegleichen, da sollten wir nicht mehr knien und uns nicht mehr beugen.

*Auszüge aus: „Menschenrecht“, Nr. 2/1942
von „Rudolf Rheiner“:*

Wer je Gelegenheit hatte, mit Schicksalsgefährten über juristische Fragen, die uns betreffen, zu diskutieren, der macht immer wieder die Erfahrung, wie wenig eigentlich unsere Kameraden über ihre rechtliche Lage wissen. Es ist klar, dass der Liebende nicht zuerst im Gesetzbuch nachschlagen wird, wie und ob er lieben darf oder nicht. Ist es Liebe, so wird er in tausend Jahren noch so lieben – und hat es vor zweitausend Jahren auch schon getan – ob das Gesetz nun sein Gefühl sanktioniert oder nicht. Gottvater Zeus, der sich in einen Adler verwandelte, um den hübschen Hirtenbengel Ganymed von der väterlichen Wiese wegzustehlen, wäre ebenso strafbar wie der junge Romeo, der in Shakespeares unsterblicher Dichtung die vierzehnjährige Julia entführt. Juristisch sind beide Liebhaber Rechtsbrecher nach unserem Gesetz. Ich hoffe, dass damit der Begriff „Gesetz“ und die immer irgendwo klaffende Kluft zwischen Leben und Gesetz, die jedes Zeitalter und jedes Volk wieder aus einer anderen Anschauung heraus schaffen wird, sichtbar würde.

Wir müssen uns jederzeit klar darüber sein: die rechtliche Freiheit für den Homoeroten schliesst noch nicht die öffentliche Anerkennung unseres Menschseins in sich. Jedes Gesetz kann einer Revision unterzogen werden, wenn es sich nicht bewährt, in unserem Falle: wenn wir uns nicht bewähren! Vergessen wir nicht, dass wir nicht nur politisch, sondern auch in unserem Sinne heute eine einsame Insel in Europa sind.

*Aus: „Der Kreis“, XXIII. Jahrgang, Februar 1955,
Nr. 2, S. 8 von „Rolf“:*

Eigentlich sollte jetzt ein witziger, spritziger Leitartikel folgen, um in diesem Heft, das als Faschingsnummer gedacht war, eine heiter-überlegene Note konsequent durchklingen

zu lassen. Aber Berichte aus verschiedenen Ländern dämpfen die über den Dingen stehende Ironie. Es widerstrebt einem, nur übermütig und ausgelassen zu sein, wenn in bedrohlicher Nähe menschliches Unrecht geschieht.

In Deutschland und Oesterreich genügen immer noch blosse Verdachtsgründe, wie man uns schreibt, um vor die Schranken zitiert zu werden, was sehr oft den geschäftlichen und gesellschaftlichen Ruin bedeutet. Männer, denen die Unantastbarkeit ihres Namens alles bedeutete, fliehen nach brutalen Polizei-Verhören in den selbstgewählten Tod, auch wenn die Untersuchung ihre völlige Schuldlosigkeit ergeben hat. Strichjungen werden von Behörden als Lockspitzel benutzt, mehr als zweifelhafte Lokale geduldet, weil sie willkommene Menschenfallen sind. Ueber die vielgerühmte Situation in den USA, die einen Januskopf trägt, schrieben Kameraden im letzten Heft. Italien soll erstaunliche „Freiheiten“ gewähren, aber keine Zeitschrift und kein Klub würde dort geduldet. In Frankreich kämpfen ernsthafte Bestrebungen gegen merkwürdige Polizei-Vorschriften, in England macht ein mittelalterliches Gesetz immer noch jede gleichgeschlechtliche Handlung zum Verbrechen. Eine staatliche Kommission von einsichtigen Gelehrten, denen die Unhaltbarkeit des geltenden Strafrechts bewusst ist, versucht neuen Erkenntnissen (die eigentlich uralte sind!) den Weg zu bahnen.

Neben der Diktatur der Konvention erschweren aber auch die Auswüchse in den eigenen Reihen die Aenderung der Gesetze. Sie sind in diesen Blättern schon oft kritisiert worden und sie können hier nur blitzartig gestreift werden. Die Liebe zu einem Minderjährigen kann als Lebensschicksal einem Manne zugewiesen sein; aber wenn die Gerichtsberichte von Dutzenden von Beziehungen berichten, dürfen wir sie wohl nicht mehr jenem Gefühl zurechnen, dem wir den adeligen Namen Liebe geben. Frauendarsteller kennen alle alten und hohen Kulturen; aber der widerliche Tunten-Betrieb in Lokalen, die nur darauf ausgehen, dem Spiesser zu billigem Entsetzen ein völlig falsches Bild des männlichen Eros vorzugaukeln, muss auch den kultivierten Homoeroten abstossen. Mit diesen Dingen kämpft man nicht um ein menschenwürdigeres Gesetz; sie sind und bleiben dem Gegner willkommene Argumente, um menschenunwürdige Gesetze noch zu verschärfen. Das wurde uns schon in vielen Gesprächen und Briefen bestätigt. Sie beweisen, dass die Gutgesinnten in jedem Land sich immer mehr zusammenschliessen sollten, um einen starken Damm gegen alles Negative und Lebensfremde, komme es von aussen oder aus den eigenen Reihen, bilden sollten.

MARINA PISKLAKOVA

„EINE FRAU RIEF DIE HOTLINE AN UND SAGTE, IHR EHEMANN BEABSICHTIGE, SIE ZU TÖTEN. ICH RIEF DIE POLIZEI AN. DER POLIZIST RIEF DARAUFHIN UMGEHEND DEN EHEMANN AN UND SAGTE IHM: ‚SCHAU, WENN DU ES TUST, TU ES LEISE.‘ UND ICH REALISIERTE, DASS ES KEINE HOFFNUNG GAB.“

Marina Pisklakova ist Russlands führende Frauenrechtsaktivistin. Sie studierte in Moskau Luftfahrttechnik. Als sie danach an der Russian Academy of Science forschte, bemerkte sie mit Bestürzung, dass Gewalt innerhalb der Familie ein enormes Ausmass angenommen hatte. Dank ihrer Bemühungen begannen russische Beamte, häusliche Gewalt zu verfolgen. Die Polizisten schätzten, dass in einem einzigen Jahr bis zu 15 000 Frauen getötet wurden und 50 000 Frauen hospitalisiert werden mussten. Nur zwischen einem Drittel und einem Fünftel der misshandelten Frauen wurden medizinisch behandelt. Weil kein Gesetz diesen Missbrauch verbot, bestanden für Opfer keine Durchsetzungsmechanismen, Selbsthilfegruppen oder Schutz bietende Stellen.

Im Juli 1993 gründete Pisklakova eine Hotline für Frauen in Not. Später weitete sie ihre Arbeit aus und errichtete das erste Krisenzentrum für Frauen im Land. Sie lobbyierte für ein Gesetz, welches den Missbrauch verbietet. Ausserdem arbeitete sie mit einer Organisation zusammen, die sich vehement für den Vollzug der Gesetze einsetzte. Zusammen wollten sie den Opfern häuslicher Gewalt Hilfe leisten und die Täter der Strafverfolgung zuführen. Pisklakova startete zudem eine Medienkampagne, um die Öffentlichkeit über die Gewalt gegen Frauen zu informieren und Frauen über ihre Rechte zu unterrichten. Sie erscheint regelmässig am Radio und Fernsehen und spricht sich für die Respektierung der Rechte der Frauen aus. Ihre Organisation ANNA (auch bekannt als *National Center for the Prevention of Violence*) betreibt mittlerweile ein Netzwerk von 170 Krisenzentren in ganz Russland und der früheren Sowjetunion. Heute bekämpft Pisklakova nicht nur die Gewalt gegen Frauen, sondern auch den Handel mit Frauen und Kindern.

Im Jahr 2004 wurde Pisklakova mit dem „Human Rights Global Leadership Award“ ausgezeichnet. Die Bemühungen von Pisklakova haben unzählige Leben gerettet, während sie sich selbst oft in grosse Gefahr begab.

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000:

Als ich 1993 die Hotline für häusliche Gewalt in Russland einführte (wir nannten sie ANNA, *Association No to Violence*), war ich alleine. Während sechs Monaten beantwortete ich täglich vier Stunden lang Anrufe. Während weiteren vier Stunden beriet ich Menschen persönlich. Ich konnte nicht nein sagen; es gab so viele Frauen. Ich hatte keine Ausbildung, keine Distanz und kannte keine Grenzen. Gleichzeitig weiss ich nicht, wie ich es anders hätte machen können.

Ohne zu realisieren, was ich lostrat, hatte ich mit dieser Arbeit begonnen, während ich als Forscherin am *Institute for Socio-Economic Studies of the Population* an der *Russian Academy of Science* tätig war. Ich leitete dort eine nationale Studie über Frauenthemen. Eines Tages erhielt ich eine Antwort auf eine Umfrage für unsere Studie, die ich nicht einordnen konnte. Sie beschrieb den durch den Ehemann verursachten Schmerz und das Leid einer Frau. Ich zeigte diese Antwort einigen Kollegen und einer sagte mir: „Du bist soeben mit einem Fall häuslicher Gewalt konfrontiert worden.“ Ich hatte diesen Begriff bis dahin noch nie gehört. Es war nicht etwas, das von unserer nach-sowjetischen Gesellschaft anerkannt wurde und es wurde schon gar nicht diskutiert. Ich entschied, mich über dieses mysteriöse Phänomen besser zu informieren.

Wenig später traf ich die Mutter eines Schulkameraden meines Sohnes vor der Schule. Sie hatte Verletzungen im Gesicht. Sie sagte mir aber nicht, was passiert war. Einige Tage später rief sie mich abends an. Ihre Geschichte schockierte mich. Als ein Knopf von einem Anzug ihres Ehemannes abgefallen war und sie diesen nicht prompt wieder annähte, nahm er einen Schuh und schlug ihr damit ins Gesicht. Sie konnte das Haus während zwei Wochen nicht verlassen. Sie war sehr verzweifelt und verletzt – physisch und emotional –, weil ihr halbes Gesicht schwarz und blau war. Ich fragte sie: „Weshalb verlässt du ihn nicht einfach?“ Eine sehr typische Frage. Und sie sagte: „Wohin sollte ich gehen?“ Ich sagte: „Lass dich von ihm scheiden. Such dir eine andere Wohnung.“ Sie sagte daraufhin: „Ich bin von ihm vollkommen abhängig.“ In diesem Austausch sah ich alles: wie der Täter die Kontrolle festigt, abnehmens des Selbstvertrauen und ein vermindertes Selbstwertgefühl. Sie erzählte mir auch, dass er manchmal nach Hause kam, in die Küche ging und den Boden mit seinem Finger abtastete. Wenn auf dem Boden auch nur ein bisschen Dreck lag, fragte er spöttisch: „Was hast du den ganzen Tag gemacht?“ Die Böden in Russland sind immer etwas schmutzig, vor allem wenn Kinder zu Hause herumrennen.



Marina Piskalova, © Eddie Adams

Die Küche ist oft das Zentrum der Familie in unseren kleinen Wohnungen. Für Aussenstehende mögen die Szenarien, die ich soeben beschrieben habe, lächerlich erscheinen. Ich merkte aber bald, dass solche Vorkommnisse sehr häufig waren. Für diese Frau war unsere Unterhaltung eine Möglichkeit, mit jemandem zu sprechen, der nicht über sie richtete, der nicht fragte: „Was hast du falsch gemacht?“ Ich realisierte nicht, dass ich damit begonnen hatte, sie zu beraten. Aufgrund von Erzählungen realisierte ich aber, dass von psychischer Gewalt auch physische Gewalt kommt.

Ich dachte, dass ich ihr helfen muss und dass ich sie jemandem zuweisen sollte. In diesem Moment wurde mir bewusst, dass es keinen Ort gibt, an den man hingehen könnte. Ich kann Ihnen mein Gefühl nicht beschreiben. Ich

fühlte mich hoffnungs- und hilflos. In Russland gibt es die Redensart „Schlägt er dich, dann liebt er dich“. Ich kenne nun die Bedeutung dieser Redensart. Ich fragte mich selbst: „Was kannst du bezüglich dieser kulturellen Einstellung tun?“ Ich wusste aber, was ich zu tun hatte. Ich führte die Hotline ein. An einem kalten Tag im Januar rief eine Frau an und ich begann mit ihr zu sprechen. Nach einigen Minuten wurde sie zunächst still und sagte dann: „Ich möchte nicht nur mit Ihnen telefonieren. Ich muss Sie sehen.“ Ich sagte deshalb „okay“ und als sie kam, waren ihre ersten tränen-erfüllten Worte: „Ich habe Angst, dass mein Ehemann mich tötet und niemand es erfahren wird.“ Sie erzählte mir ihre Geschichte. Ihr Ehemann war sehr nett bis sie ihm erzählte, sie sei schwanger. Von da an änderte sich alles. Er wurde sehr beherrschend. Sie war verletztlich und abhängig: „Ich

war voller Schrecken; sein Ausdruck war nicht glücklich. Es war, als hätte er gewonnen. Als würde er denken „Ich bin jetzt an der Reihe. Jetzt kann ich tun, was immer ich will“. Sie befand sich in Gefahr.

Meine erste Reaktion war: „Oh mein Gott, was mache ich nun?“ Ich wusste, dass die Polizei nichts tun würde. Ich rief die Polizei in ihrer Gegend aber trotzdem an. Der Polizist schien nett, er rief dann aber umgehend den Ehemann an und sagte ihm: „Was macht deine Ehefrau? Und weshalb läuft sie herum und erzählt anderen Leuten Dinge, die nur die Familie etwas angehen? Schau, wenn du es tust, tu es leise.“ Ich realisierte, wie hoffnungslos es für sie wirklich war. Ihr Problem wurde zu meinem. Ich konnte nicht weglaufen. Ich rief eine Bekannte, eine pensionierte Anwältin, an und sagte: „Ich habe kein Geld und diese Frau hat auch kein Geld. Sie braucht aber Hilfe. Sie braucht eine Scheidung und einen Ort, an dem sie leben kann.“ In Moskau ist das Wohnungswesen ein grosses Problem. Als diese Frau ihren Ehemann heiratete, übergab sie ihre Wohnung seiner Familie. Von da an lebte sein Bruder dort. Sie konnte nirgends hingehen. Sie war gefangen. Sie erzählte weitere Dinge, die noch schlimmer waren. Als ihr erstes Kind neun Monate alt war, versuchte ihr Ehemann, sie zu töten. „Ich weiss nicht, wie ich überlebt habe“ sagte sie mir. Die Anwältin und ich halfen ihr, ein Scheidungsbegehren einzureichen. Daraufhin sagte ihr Ehemann zu ihr: „Ich werde dich töten und niemand wird es erfahren. Und ich werde allen erzählen, dass du mit einem anderen Mann weggelaufen bist und das Baby verlassen hast.“ Ich begann, sie jeden Morgen anzurufen, um sicherzustellen, dass sie noch lebt. Während drei Monaten beriet uns die Anwältin bei jedem unserer Schritte und half uns, einen Plan auszuarbeiten.

Inmitten dieser Geschehnisse nahm die Situation eine beängstigende Wende. Die Frau rief mich an und sagte: „Sie wissen über alles, was wir besprechen, Bescheid!“ Ihre Stiefmutter arbeitete in einer Telefongesellschaft und wir fanden bald heraus, dass sie die Telefonate dieser Frau abhörte. Ich sagte: „Weisst du, dies ist vielleicht sogar gut. Lass sie hören, wie viel Hilfe du von aussen bekommst.“ Wir täuschten ab dann vor, dass wir mehr getan hätten, als wir eigentlich getan hatten. Während unseres nächsten Telefongesprächs sagte ich: „Okay, dieser Polizist wird uns nicht helfen. Es gibt aber viele weitere Polizisten, mit denen ich sprechen werde. Auch deine Anwältin wird mit ihnen sprechen. Sorge dich also nicht.“ Als sie das nächste Mal zu mir kam, sagte sie: „Seit wir begonnen haben, so zu sprechen, sind sie viel vorsichtiger geworden.“ Letztendlich zog ihr Ehemann aus der Wohnung aus, teilweise weil die Anwältin uns gesagt hatte, wie wir ihn zum Gehen bewegen

können und teilweise, weil er und seine Familie realisiert hatten, dass die Frau nun über ihre Rechte Bescheid wusste. Schliesslich liessen sie sich scheiden. Ihr Schwiegervater kam zu ihr und sagte: „Du hast gewonnen. Nimm die Scheidung und nimm die Wohnung zurück; du wirst meinen Sohn nie mehr sehen.“

Kurz nach diesem Erfolg leitete eine Freundin von ihr, die sich in einer ähnlichen Situation befand, rechtliche Schritte gegen ihren eigenen Ex-Ehemann ein und erhielt ihre Wohnung ebenfalls zurück. Ich war freudig erregt und – zum ersten Mal – ermutigt! Sogar in der russischen Gesellschaft, wo es sehr wenige rechtliche Präzedenzfälle gibt, kann eine Frau für ihre Rechte einstehen und gewinnen. Diese Geschichten sind aber nur ein kleiner Bruchteil der tausenden, die wir nach wie vor täglich hören. Leider sind den meisten Frauen, die uns anrufen, ihre Rechte nicht bekannt. Auch wissen sie nicht, dass sie das Unakzeptierbare nicht akzeptieren müssen.

Auf meinem Weg erlebte ich auch einige unerfreuliche Momente. Einmal nahm ich das Telefon ab und eine männliche Stimme sagte: „Was ist diese Nummer?“ Ich war vorsichtig, weil es ungewöhnlich war, dass ein Mann unsere Hotline anruft und antwortete: „Nun ja, welche Nummer haben Sie gewählt?“ Und er sagte: „Ich habe diese Telefonnummer in den Notizen meiner Ehefrau gefunden und überprüfe sie nur – was ist es?“ Ich sagte ihm: „Weshalb fragen Sie nicht Ihre Ehefrau? Weshalb rufen Sie an?“ Er versuchte zuerst, ruhig und höflich zu bleiben und sagte: „Schauen Sie, ich möchte nur, dass Sie mir sagen, was es ist.“ Ich sagte ihm daraufhin: „Wenn Sie Ihrer Frau nicht vertrauen, ist dies Ihr Problem. Ich werde Ihnen nicht sagen, was es ist und werde Sie auch nicht nach Ihrem Namen fragen. Vielleicht können wir miteinander sprechen, wenn Sie sich vorstellen.“ Er wurde dann sehr aggressiv und ausfallend und sagte: „Ich weiss, wer Sie sind. Ich kenne Ihren Namen. Ich weiss, wo Sie sich befinden. Ich weiss, wo Sie leben. Und ich werde mit einigen Männern dorthin kommen und Sie töten.“ Mein Ehemann war damals bei mir und sah, dass ich mich fürchtete. Trotzdem sagte ich am Telefon: „Ich fürchte mich nicht vor Ihnen“ und hängt einfach auf. Ich weiss noch immer nicht, wessen Ehemann es war. Er kam nie. Ein anderes Mal klingelte mein Telefon am späten Abend und ein Mann sagte: „Wenn Sie nicht aufhören, passen Sie auf Ihren Sohn auf.“ Dies ängstigte mich sehr. Ich brachte meinen Sohn für einige Monate zu meinen Eltern. Als Mutter war es schwierig, dies zu tun.

Es gibt verschiedene Schätzungen betreffend der häuslichen Gewalt in Russland. Gemäss einigen haben 30–40% der Familien häusliche Gewalt erlebt. Im Jahr 1995, im

Nachgang an die „Beijing Women’s Conference“, wurden die ersten verlässlichen Statistiken in Russland publiziert. Gemäss diesen wurden damals jährlich 14 500 Frauen von ihren Ehemännern getötet. Bis heute führt die Polizei aber keine solchen Statistiken. Gemäss offiziellen Schätzungen sterben in Russland etwa 12 000 Frauen pro Jahr aufgrund von häuslicher Gewalt. Die Dimensionen dieses Problems werden nun (endlich) langsam anerkannt.

Unter russischem Recht wird häusliche Gewalt nur dann als Straftat betrachtet, wenn sie entweder zu einer Verletzung führt, die eine mindestens zweijährige Arbeitsunfähigkeit nach sich zieht oder aber das Opfer getötet wird. Es gibt keine anderen Gesetze, welche die häusliche Gewalt behandeln, trotz aller dahingehender Bemühungen der Duma. Für meine Arbeit in unserer jungen Frauenbewegung haben wir die funktionelle Definition von häuslicher Gewalt selbst erweitert. Sie schliesst Vergewaltigung in der Ehe, sexuelle Gewalt in der Ehe oder Partnerschaft, sexuelle Gewalt, Isolation und wirtschaftliche Kontrolle ein. Diese letzte Form der häuslichen Gewalt wurde zu einer der vielleicht heimtückischsten und verstecktesten Formen der häuslichen Gewalt, weil Frauen etwa 60% der erwerbslosen Bevölkerung ausmachen. Zudem beträgt der Lohn einer Frau etwa 60% des Lohns eines Mannes für die gleiche Arbeit.

Eine Freundin begann im Januar 1994 mit mir zusammen zu arbeiten. Im Sommer desselben Jahres bildeten wir die erste Gruppe von Frauen aus. Diese begannen als telefonische Beraterinnen bei uns zu arbeiten. Ab 1995 ging ich in andere Städte in Russland und führte auch dort Ausbildungskurse für weitere Frauen durch, die langsam hervortraten und Hotlines und Krisenzentren aufbauen wollten. In einem nächsten Schritt begannen wir, Programme aufzubauen, die den Opfern häuslicher Gewalt psychologische und rechtliche Beratung anbieten.

Bis zum Jahr 1997 hatten wir auch ein neues Programm lanciert, das Anwälten beibringt, wie sie mit Fällen häuslicher Gewalt umgehen müssen. Unter dem geltenden russischen Recht kann man vorbringen, man habe Gewalt anwenden müssen und so eine Minderung der Strafe erreichen. Dies ist die vielleicht grausamste Form des psychologischen Missbrauchs, weil es im Gerichtssaal unmittelbar vor dem Opfer passiert. Das Opfer wird als verantwortlich hingestellt. Dem Opfer wird in der Öffentlichkeit vom Täter die Schuld zugeschoben. Leider gibt es noch immer viele Richter, die bereitwillig die Ansicht akzeptieren, dass das Opfer in gewisser Weise verantwortlich gewesen sei, und die es zulassen, dass der Täter für sein Handeln nicht zur Verantwortung gezogen wird. Dies fügt dem Opfer ein

weiteres entscheidendes Trauma zu.

Zu Beginn dieses neuen Jahrtausends bestehen über 40 Krisenzentren für Frauen überall in Russland. Zudem haben wir kürzlich die *Russian Association of Women’s Crisis Centers* gegründet. Diese Organisation ist bei der russischen Regierung offiziell registriert und wird von dieser anerkannt. Ich habe die Ehre, zu ihrer ersten Präsidentin gewählt worden zu sein.

Meine Eltern haben meine Arbeit immer sehr unterstützt. Mein Vater, ein pensionierter Militäroffizier, sagte mir einmal: „In den Zeiten der Sowjetunion wärst du eine Dissidentin gewesen, richtig?“ Meine Antwort hierauf war: „Wahrscheinlich, weil die Sowjets den Mythos des Idealen aufrechterhielten. Bei diesem konnte häusliche Gewalt nicht existieren, zumindest nicht offiziell.“ Während der Zeit der Sowjetunion wurde die Ansicht vertreten, dass man als Frau und als Ehefrau versagt hatte, wenn man geschlagen wurde. In unserer Gesellschaft lag es in der Verantwortung der Frau, eine familiäre Atmosphäre zu schaffen. Es lag an ihr, das Idealbild aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund kamen Frauen zu mir, die während 26 Jahren brutal misshandelt worden waren. Ich war die erste Person, gegenüber der sie sich öffnen konnten und der sie anvertrauen konnten, was sie während ihres ganzen Lebens hatten verstecken müssen. Auch heute ist dies noch oft der Fall.

Ich bin keine ausserordentliche Person. Jede Frau in meiner Position würde das Gleiche tun. Ich schätze mich aber sehr glücklich, weil ich mich am Beginn von etwas Neuem befand, einer grossen Entwicklung in Russland und einer neuen Einstellung. Nun spricht jeder über häusliche Gewalt. Und viele engagieren sich dagegen.

„KLEINE KINDER, SECHS ODER SIEBEN JAHRE ALT ODER ETWAS ÄLTER, WERDEN GEZWUNGEN, 14 STUNDEN AM TAG ZU ARBEITEN, OHNE PAUSEN UND OHNE EINEN RUHETAG. WENN SIE NACH IHREN ELTERN RUFEN, WERDEN SIE GESCHLAGEN, MANCHMAL WERDEN SIE KOPFÜBER AN EINEM BAUM AUFGEHÄNGT, GEBRANDMARKT ODER MIT ZIGARETTEN VERBRANNT.“

Kailash Satyarthi ist Indiens Leitfigur für die Abschaffung der Kinderarbeit. Seit 1980 hat er in Indien über 75 000 Kinder, die zur Arbeit gezwungen oder versklavt worden waren, befreit. Zudem hat er ein erfolgreiches Modell für deren Ausbildung und Rehabilitation entwickelt.

Satyarthi hat tausende Kinder aus der Schuldknechtschaft befreit. Hierbei handelt es sich um eine Art Sklaverei: Eine verzweifelte Familie leiht dringend benötigte Mittel von einem Geldgeber aus (oft geringe Summen von etwa 35 \$) und wird im Gegenzug gezwungen, ein Kind als Sicherheit zu übergeben, bis das Darlehen zurückbezahlt worden ist. Das Darlehen kann aber oft nicht zurückbezahlt werden – und das Kind wird von einem Herrn an den nächsten verkauft. Menschen in Schuldknechtschaft arbeiten in der Diamantenindustrie, in Steinbrüchen, in Fabriken und in anderen Industrien. Schuldknechtschaft ist besonders häufig im Bereich des Teppichexports, in welchem handgeknüpfte Teppiche für den amerikanischen wie auch für andere Märkte hergestellt werden.

Satyarthi befreit Kinder und Frauen von der Versklavung in überfüllten, schmutzigen und isolierten Fabriken. In diesen Fabriken herrschen klägliche Bedingungen, unmenschliche Arbeitszeiten, unsichere Arbeitsplätze, Gewalt und sexuelle Übergriffe. Aufgrund seiner Tätigkeit ist Satyarthi immer wieder falschen Anklagen oder Todesdrohungen ausgesetzt. Die Todesdrohungen werden ernst genommen – zwei von Satyarthis Kollegen sind ermordet worden.

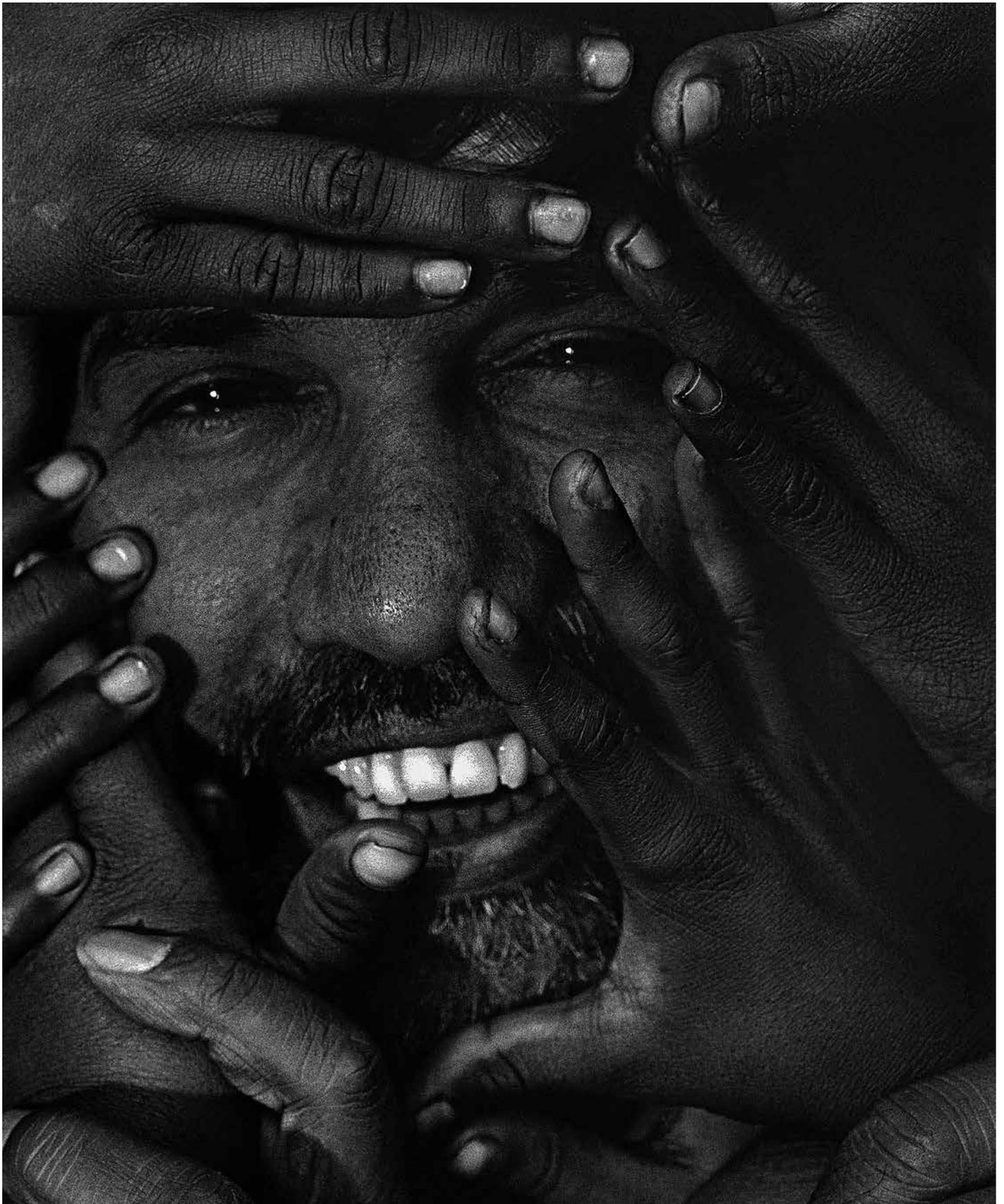
Weltweit wird Satyarthi für seine Arbeit zur Abschaffung von Kinderarbeit anerkannt. Er organisierte auch zwei grosse Märsche durch Indien, um auf die Kinderarbeit aufmerksam zu machen. Auf globaler Ebene schuf er das grösste gesellschaftliche Netzwerk für ausgebeutete Kinder, *Global March Against Child Labor*, das in über 140 Ländern aktiv ist. 1995 erhielt Kailash Satyarthi den „Robert F. Kennedy Human Rights Award“ und 2002 den „Raoul Wallenberg Human Rights Award“. Der „Trafficking in Persons Report“ des US Aussendepartements aus dem Jahr 2007 bezeichnete Satyarthi als „Hero Acting to End Modern-Day Slavery“. Im Jahre 2014 wurde Kailash Satyarthi zusammen mit Malala Yousafzai der Friedensnobelpreis verliehen.

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000:

Die Schuldknechtschaft ist eine Art moderner Sklaverei, in der normale Menschen die grundlegendste Freiheit wie die Bewegungs-, Entscheidungs- und Meinungsfreiheit verlieren. Sie werden gezwungen, unerträglich lang und ohne Pausen zu arbeiten. Über fünf Millionen Kinder werden in eine solche Sklaverei hineingeboren. Dies zum Beispiel, weil ihre Eltern oder Grosseltern einen läppischen Betrag von einem örtlichen Grundherrn geborgt haben. Wegen dieses Darlehens müssen zahlreiche Generationen für den gleichen Herrn arbeiten. Sie sind Gefangene – es ist ihnen verboten, zu gehen. Weitere fünf Millionen Kinder werden zur Arbeit geschickt, weil ihre Eltern einen Geldvorschuss erhalten haben und der entsprechende (meist geringe) Betrag herangezogen wird, um zahllose Jahre harter Arbeit zu rechtfertigen.

Die Bedingungen der Schuldknechtschaft sind gänzlich unmenschlich. Kleine Kinder, sechs oder sieben Jahre alt oder etwas älter, werden gezwungen, 14 Stunden am Tag zu arbeiten, ohne Pausen oder einen Ruhetag. Wenn sie nach ihren Eltern rufen, werden sie geschlagen, manchmal werden sie kopfüber an einem Baum aufgehängt, gebrandmarkt oder mit Zigaretten verbrannt. Sie erhalten oft nicht genügend Nahrung, weil ihre Arbeitgeber das Gefühl haben, sie würden schläfrig und würden ihre Arbeit zu langsam verrichten, wenn sie genügend Essen bekämen. Oft dürfen sie auch nicht miteinander sprechen oder laut lachen, weil die Arbeitgeber davon ausgehen, sie würden dann weniger effizient arbeiten. Bei dieser Praktik handelt es sich im Grunde um mittelalterliche Sklaverei.

Wir sind der Meinung, dass es keine schlimmere Menschenrechtsverletzung gibt als diese. Dies ist die beschämendste Niederlage des indischen Rechts, der Verfassung unseres Landes und der UN-Charta. In dieser Situation ist unsere effektivste Waffe, die Massen zu informieren sowie die Besorgnis und das Bewusstsein über dieses soziale Übel zu wecken. Zusätzlich versuchen wir, diejenigen Bereiche zu identifizieren, in denen Kinderarbeit am häufigsten vorkommt. Wir brechen in Fabriken ein, um die Kinder zu befreien und zu ihren Familien zurückzuführen. Ebenso wichtig wie deren „Entführung“ aus den Fabriken ist im Anschluss die Nachbetreuung mittels Ausbildung und Rehabilitation. Wir lobbyieren zudem in der Gesellschaft, bei religiösen Gruppierungen, Gewerkschaften, Parlamentariern und anderen Personen, von denen wir glauben, dass sie die Situation beeinflussen können. Unsere Gruppe hat etwa 100 Mitarbeiter, wobei einige Vollzeitlich und andere



teilzeitlich tätig sind. Zudem haben wir ein Netzwerk von über 470 Nichtregierungsorganisationen in Indien und anderen südasiatischen Ländern gegründet.

Es ist für uns nie einfach, mit diesen Kindern zu arbeiten. Die Kinder sind oft stark traumatisiert. Sie befinden sich, seit sie sich erinnern können, in einem Schuldknechtschaftsverhältnis und kennen den Begriff Freiheit nicht. Sie wissen nicht, was es bedeutet, „frei“ zu sein. Unsere primäre Herausforderung ist es, den Kindern ihre verlorene Kindheit zurückzugeben. Es ist nicht so einfach, wie dies vielleicht tönen mag – manchmal muss man hart daran arbeiten. Wir haben zum Beispiel einen vierzehnjährigen Jungen befreit. Er hiess Nageshwar und war mit glühend heissen Eisenstangen gebrandmarkt worden. Zufälligerweise war zu dieser Zeit ein Mitarbeiter von RFK Human Rights in Indien und hat diesen Jungen in Neu Delhi getroffen. Aufgrund der traumatischen Erlebnisse hatte Nageshwar seine Sprache verloren. Er konnte nicht einmal sagen, wie es ihm geht. Erst später haben wir von anderen Kindern gehört, was mit ihm geschehen war. Wir müssen wirklich hart arbeiten, um diese Kinder zu erreichen.

Wie Sie vielleicht wissen, sind Märsche und Gänge seit jeher ein wesentlicher Bestandteil der indischen Tradition. Mahatma Ghandi führte mehrmals Protestmärsche durch, um die Leute aufzuklären (und dabei auch selbst etwas zu lernen!). Aufgrund des grossen Einflusses der Märsche, vor allem in Bezug auf die Mobilisierung der Massen, waren diese immer von besonderer Bedeutung in unserer übergreifenden Strategie zur Bekämpfung der Kinderarbeit. Zu marschieren heisst aber nicht, dass wir versuchen, jemandem etwas aufzuzwingen. An unseren Demonstrationen beteiligen sich 200 bis 250 Personen, die Hälfte davon sind Kinder. Es sind diejenigen Kinder, die wir aus der Schuldknechtschaft oder Versklavung befreit haben. Sie dienen als lebende Beispiele für die dringende Notwendigkeit, die Menschen sowohl über die negativen Auswirkungen der Schuldknechtschaft als auch über die positiven Auswirkungen der neu gewonnenen Freiheit zu unterrichten. Die anderen Teilnehmenden sind Repräsentanten von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und sozialen Organisationen, die aus Solidarität mitlaufen. Wir gehen jeden Tag zu anderen Dörfern und führen öffentliche Versammlungen durch, ebenso wie Strassentheater, kulturelle Aktivitäten und Presseversammlungen. Mit unseren Aktivitäten teilen wir den Menschen unsere Botschaft mit.

Vor zwei Jahren haben wir das Versprechen unseres Premierministers, gegen Kinderarbeit vorzugehen, begrüsst, auch wenn er sich nicht dafür aussprach, gegen die Schuldknechtschaft vorzugehen. Wir hofften auf

positive Resultate, auf einen Aufwind für Reformen. In diesen zwei Jahren hat sich aber nichts getan. Dies ist sehr bedauerlich. Die Verkündung des Premierministers hat bei den Arbeitgebern gewisse Ängste ausgelöst, wird sich nun aber kontraproduktiv auf Reformbestrebungen auswirken.

Die Menschen haben realisiert, dass die Ankündigung des Premierministers nur ein politisches Spiel war und kein echter Wille dahinter steckte. Die Arbeitnehmer sind eine Gruppe unterschiedlichster Individuen: Wenn ein Kind als Schuldknecht in einem Strassenrestaurant arbeitet, ist der Arbeitgeber in der Regel eine normale Person aus einem abgelegenen Dorf oder einer abgelegenen Stadt. Wenn Kinder aber für das Weben von Teppichen, in der Glasindustrie oder in der Messingindustrie angestellt werden, sind ihre Arbeitgeber „grosse“ Leute. Diese Arbeitgeber generieren durch Exporte eine grosse Menge von Devisen und werden von der Regierung bevorzugt behandelt.

Dennoch bin ich nicht für einen kompletten Boykott oder ein umfassendes Verbot des Exports von indischen Teppichen. Stattdessen habe ich vorgeschlagen, dass Konsumenten nur diejenigen Teppiche kaufen sollen, die garantiert ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Die Aufklärung der Konsumenten ist zwingende Voraussetzung, damit eine Nachfrage nach solchen Teppichen besteht. Wir glauben, dass mehr und mehr Arbeitgeber gezwungen würden, Kinder aus der Arbeit zu entlassen und sie durch Erwachsene zu ersetzen, wenn immer mehr Konsumenten auf dieses Thema drängen würden. Es ist bedauerlich, dass sich die Anzahl der Kinder in Knechtschaft in Indien, Pakistan und Nepal parallel zum Exportwachstum erhöht hat. Heute arbeiten in Indien zum Beispiel alleine in der Teppichindustrie etwa 300 000 Kinder. Der Exportmarkt beträgt jährlich über 600 Millionen Dollar. Vor zehn oder fünfzehn Jahren betrug die Zahl beschäftigter Kinder etwa 75 000 bis 100 000; die Exporte betragen nicht mehr als 100 Millionen Dollar. Der direkte Zusammenhang ist offensichtlich. Diese Tatsache zwang uns zu einer an Konsumenten gerichteten Kampagne im Ausland. Gesundheit und Umwelt waren die grössten Bedenken der Konsumenten im Westen, zum Beispiel in Deutschland oder in den USA. Das Thema Kinder erreichte bei den Konsumenten hingegen nicht dieselbe Aufmerksamkeit. Die Leute dachten an die Umwelt und an die Rechte der Tiere, nicht aber an die Kinder. Ich bin stolz, dass das Thema Kinderarbeit in den letzten Jahren einen Aufschwung erhalten hat und zu einer grossen weltweiten Kampagne geworden ist. Was mit Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit begonnen hat, hat sich nun auf Fragen rund um die Einhaltung von Rechtsvorschriften ausgeweitet.

Wir haben die Errichtung eines unabhängigen und

professionellen, international glaubhaften Gremiums vorgeschlagen. Dieses soll die Produktion von Teppichen überprüfen, beaufsichtigen und schliesslich bescheinigen, dass diese Teppiche und andere Produkte ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Wir gründeten zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, wie z.B. *UNICEF*, die *Rugmark Foundation* als unabhängiges Gremium. Dieses benennt Inspektoren vor Ort und verleiht allen Teppichen eine Nummer, mit welcher die Details über die Produktion des Teppichs nachverfolgt werden können. Das Label wird in die Rückseite des Teppichs gewoben. Niemand kann es entfernen oder ersetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Beendigung der Ausbeutung.

Menschen im Westen zu informieren, ist aber nicht einfach. Die Verbreitung von Informationen beinhaltet Risiken. Eine deutsche Filmgesellschaft hat zum Beispiel nach anfänglicher Recherche aufgedeckt, dass Kinder in der Teppichindustrie angestellt werden, wobei diese Teppiche für den Export bestimmt sind. Die Geschichte handelte von einem Importeur in Deutschland, IKEA, der angekündigt hatte, er würde nur mit Waren handeln, die ohne Kinderarbeit hergestellt worden sind. Die Reporter begannen zu recherchieren. Sie kamen in mein Büro und meinen Ashram, wo sie mich interviewten. Das Interview wurde sehr allgemein gehalten, als der Film dann aber später gezeigt wurde, wurde die Firma Sheena Export explizit genannt. Dies führte zur Annullierung einer grossen Bestellung durch IKEA. Sheena Export, einer der grössten Akteure in diesem Bereich, wurde berühmt-berüchtigt, was auch die Exporte in andere Länder, wie zum Beispiel die USA, beeinträchtigte. Hierzu ist anzumerken, dass Sheena Export für 200 Millionen Dollar in die USA exportierte. Weil die Gesellschaft über politische Macht verfügt (einer der Brüder ist der Verkehrsminister des Bundesstaates Haryana) entschloss sie sich, zurückzuschlagen.

Ich weiss, dass mich die gesamte Teppichindustrie, oder jedenfalls die Mehrheit der Entschädigungsträger in dieser Industrie, ablehnt. Sie glauben, ich sei ihr Feind und wollen mich nur noch beseitigen. Sie wollten mich nach Haryana bringen, in den Bundesstaat, der für die schwersten Menschenrechtsverletzungen, illegale Haft und Tötungen von Personen im Gefängnis sowie auf Polizeistationen bekannt ist. Ich wurde am 1. Juni verhaftet. Sie wollten mich auf legale Weise verhaften, allerdings informierten sie die Polizei von Delhi nicht vorgängig, was aber das indische Recht verlangt. Weil die Polizei von einem anderen Bundesstaat kam und deshalb nicht zuständig war, konnten sie mich nicht auf legale Weise in meinem Haus in Delhi verhaften. Sie versuchten es aber. Ich war in der Lage, einige

Telefonate zu führen und mich von verschiedenen Personen beraten zu lassen. Schliesslich sagte ich den Polizisten, dass sie mich nicht verhaften könnten. Die Polizei von Haryana schenkte meinen Argumenten aber keine Beachtung und drohte damit, in mein Haus einzubrechen. Die Polizisten haben ihre Pistolen hervorgezogen. Wie Sie sich vorstellen können, hat ihre Präsenz Schrecken in der ganzen Nachbarschaft ausgelöst. Ich wurde schliesslich verhaftet und später gegen Kautions entlassen. Dies war nicht der erste derartige Vorfall. Es war aber das erste Mal, dass ein solcher Komplott gegen mich geführt wurde. Ich habe in der Vergangenheit bereits ähnliche Drohungen erhalten. Zwei Kollegen wurden auch getötet.

Ich betrachte dies alles als Prüfung. Es ist eine moralische Prüfung, die man bestehen muss. Wenn man sich dazu entscheidet, sich gegen soziales Übel zu wehren, muss man gut vorbereitet sein – nicht nur physisch oder mental, sondern auch spirituell. Man muss bereit sein, dafür das höchste aller Opfer zu erbringen – wie es auch andere Leute in der Vergangenheit getan haben. Robert F. Kennedy hat es getan, Mahatma Gandhi, Indira Gandhi, John Kennedy – die Liste ist endlos. Es gibt immer Widerstand, wir müssen uns nur darauf vorbereiten. Wir müssen ihm früher oder später begegnen. Letzten Endes ist dies die Geschichte der Menschheit.

„DER KAMPF IST NOCH LANGE NICHT VORBEI. AUCH NACH KRIEGSENDE MÜSSEN DIE BEMÜHUNGEN UM DIE VERBESSERUNG DER RECHTE UND DAS WOHL DER KINDER WEITERGEHEN.“

Durch den Bürgerkrieg in Mosambik (1985–1992) wurden 200 000 Kinder vertrieben und 250 000 Kinder zu Waisen. Zehntausende von Kindern wurden zudem zwangsrekrutiert und als Soldaten eingesetzt. Staatliche Streitkräfte und Guerillakämpfer standen sich in diesem Krieg nur selten direkt gegenüber – der Kampf wurde beinahe ausschliesslich gegen unbewaffnete Zivilisten geführt. Inmitten dieser Brutalität bereiste Abubacar Sultan das Land, um vom Krieg betroffene Kinder zu retten. Weil zum damaligen Zeitpunkt kaum Strassen existierten, reiste er vor allem in kleinen Flugzeugen. Die Kinder, waren zwischen sechs und dreizehn Jahre alt. Sie waren Zeugen von Gewalttaten gegen Familienmitglieder und Nachbarn geworden und in einigen Fällen waren sie sogar gezwungen worden, diese selbst zu verüben.

Sultan bildete in kommunalen Therapiezentren über 500 Personen aus und brachte ihnen bei, wie Kindersoldaten von der Front entfernt, dann psychologisch betreut und im Anschluss zu ihren Familien zurückgeführt werden können. Dank seines Projekts konnten über 4 000 Kinder mit ihren Familien vereint werden. Hierfür riskierte Sultan sein Leben.

Auch heute arbeitet Sultan noch mit Kindern – mit der von ihm gegründete Initiative *Wona Saka* kümmert er sich um die Ausbildung von Kindern auf kommunaler Ebene und setzt sich für die Rechte der Kinder ein.

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000:

Als der Krieg in Mosambik ausbrach, war ich noch an der Universität und beendete meine Ausbildung zum Lehrer. Nachbarn, Verwandte, Freunde von Entführten und Personen, die geflohen waren, berichteten über den Krieg sowie das Leid, das dieser verursachte.

UNICEF schätzt, dass bis Ende 1987 rund 250 000 Kinder verwaisten oder von ihren Familien getrennt wurden. Viele Kinder waren auch als aktive Kämpfer am Krieg beteiligt. Sie wurden unter der Anwendung von Zwang zu Kämpfern ausgebildet und genötigt, sich an den Kämpfen zu beteiligen. Die Bilder von Kindersoldaten, welche von den staatlichen Truppen gefangen genommen oder in Kriegshandlungen erschossen worden waren, erschreckten mich. Es ereigneten sich Gräueltaten. Ich konnte nicht mehr nur meine Stunden abhalten und Studenten unterrichten, während sich in meiner Heimat diese schrecklichen Dinge ereigneten. Aus diesem Grund entschloss ich mich, etwas zu unternehmen.

Etwa zur selben Zeit bot ein örtliches Waisenhaus 35 Kindern, die im Rahmen von Kriegshandlungen gefangen genommen worden waren, ein Zuhause an. Ein Psychiater und ein Sozialarbeiter befragten diese Kinder. Was sie hörten, war schlicht entsetzlich: ganze Familien waren entführt und in den Busch getrieben worden. Sie wurden gezwungen, schwere Lasten zu den Basislagern des Militärs zu tragen und auf unterschiedlichste Art und Weise missbraucht. Kinder wurden geschlagen, sexuell missbraucht und gezwungen, Tötungen und Misshandlungen mitanzusehen. Sie wurden zum Kampf angetrieben und gezwungen, zu morden. Dieses Vorgehen war absolut üblich. Zahlreiche dieser Kinder wurden körperlich verletzt und die meisten von ihnen wurden traumatisiert.

Ein siebenjähriger Junge, der entführt worden war, veränderte mein Leben. Als ich in diesem Waisenhaus ankam, hatte er sich gänzlich in sich zurückgezogen. An einem Tag war er ganz ruhig, am nächsten weinte er ununterbrochen. Eines Tages begann er zu sprechen. Er erzählte, dass er zusammen mit seiner Familie gelebt habe, als eine Gruppe von Rebellen nachts aufgetaucht sei und ihn geweckt habe. Sie hätten ihn geschlagen und ihn dazu gezwungen, die Hütte, in der seine Eltern lebten, in Brand zu setzen. Als seine Familie zu fliehen versucht habe, hätten die Rebellen sie vor seinen Augen erschossen und in Stücke geschnitten. Ich werde seine Gefühle nie vergessen, weil ich mich in ihn versetzen konnte und er mir von den schlimmsten Momenten seines Lebens erzählte. Bilder meiner eigenen Kindheit



Abubakar Sultan. © Eddie Adams

– Bilder kleiner Vorfälle, die mich verletzt hatten – wurden dadurch zum Leben erweckt. Manchmal versuchte ich, mich in seine Lage zu versetzen und seine Erlebnisse nachzuvollziehen. Seine Geschichte war nur eine von vielen.

In Zusammenarbeit mit *Save the Children* (U.S.) erarbeiteten wir einen Plan, um an Informationen über die Kinder, die durch den Krieg von ihren Familien getrennt worden waren, zu gelangen. Ziel des Projektes war, diese Kinder psychologisch zu unterstützen und in die Gesellschaft zu reintegrieren. Es wurde uns aber schnell klar, dass wir nicht über genügend Mittel verfügten. Uns blieb meist nichts anderes übrig, als den Kindern dabei zu helfen, die Kriegsgebiete zu verlassen und zu ihren Familien zurückzukehren. Wir begaben uns täglich in die Kriegsgebiete, verzeichneten so viele Kinder wie möglich und versuchten, ihnen bis in die Gemeinschaften von Vertriebenen innerhalb des Landes oder in die Flüchtlingslager in angrenzenden Staaten zu folgen. Wenn immer möglich brachten wir die Kinder in ein sichereres Gebiet.

Weil die meisten dieser Kinder an der Front waren, begaben wir uns ebenfalls dorthin. In gewissen Fällen verfügten wir nicht über die Erlaubnis der Regierung, uns an die Front zu begeben. Auch hatten wir nie eine entsprechende Erlaubnis der Rebellen, weil wir mit diesen nicht in Kontakt standen. Wir wollten die Kinder vor allem mit Wasser, Nahrung und nötigster Medizin versorgen, um die Verbreitung von Unterernährung, Malaria, Cholera und anderen Krankheiten zu verhindern. Aber wenn ein Kind verletzt war, wenn es zum Beispiel angeschossen worden war und sich die Kugeln noch in seinem Körper befanden oder wenn es durch Landminen verletzt worden war, mussten wir sofort handeln. Erst später konnten wir dann mit unserer eigentlichen Arbeit beginnen. Wir befanden uns deshalb auch selbst in ständiger Gefahr.

Es gab damals keine sicheren Strassen und wir konnten die Kriegsgebiete nur mittels Flugzeugen erreichen. Wir wurden mehrfach beinahe abgeschossen. Ausserdem landeten wir auf verminten Landebahnen. Wir hatten mehrere Flugunfälle. Wenn wir uns allzu sehr fürchteten, versuchten wir, uns daran zu erinnern, wie glücklich wir uns schätzen konnten, noch am Leben zu sein.

Der Konflikt in Mosambik zeichnete sich dadurch aus, dass nur auf die Zivilbevölkerung abgezielt wurde. Ein direkter Kampf zwischen der Regierung und den Rebellen war sehr, sehr selten. In den meisten Fällen begaben sich die Kämpfer direkt in die Dörfer und in die Hütten, plünderten diese und töteten alle. Oder aber sie entführten die Menschen und stahlen alles. Dabei wurden Mädchen und Jungen entführt und zu Soldaten ausgebildet. Bei

Kriegsende hatten wir den Beweis, dass viele Mädchen gezwungen worden waren, als Dienstmädchen oder Sexualpartnerinnen den Soldaten zu dienen. Nach jahrelanger Indoktrinierung wurden die Kinder zu perfekten Tötungsmaschinen. Sie taten genau das, was die Täter ihnen gezeigt hatten: kaltblütig töten.

Jede Person, die diesen Krieg förderte, traf eine Schuld. Es bestand eine richtige Terrorherrschaft: Man riskierte, getötet zu werden, wenn man nicht machte, zu was man gezwungen wurde. Entweder tötete man, oder man wurde selber getötet. Aus diesem Grund taten die Menschen, was sie schliesslich taten. Sogar das Leben in den Lagern der Rebellen war schlecht und schwierig. Nur Soldanten hatten Zugang zu Nahrung und konnten auch ihre anderen Grundbedürfnisse befriedigen. Unter diesen Umständen überlebte man nur als Soldat. In dieser Hinsicht war die Lage klar.

Die Lager existieren heute nicht mehr, sie wurden im Rahmen des Friedensabkommens abgebrochen. Das Problem ist aber, dass viele Kinder sich selbst überlassen waren, nachdem sie aus dem Kriegsdienst entlassen worden waren. Die *UNO* stellte zwar die Möglichkeit der Wiedereingliederung als erwachsene Soldaten zur Verfügung, weil aber die kriegsbeteiligten Streitkräfte abstritten, Kinder als Soldaten im Krieg beschäftigt zu haben, konnten die Kinder von der Möglichkeit der Wiedereingliederung nicht profitieren. Wir versuchten, der Sache nachzugehen, konnten aber lediglich etwa 800 Kindern Unterstützung anbieten. Wir wissen nicht, was mit der Mehrheit der Kinder geschehen ist. Sie gingen an einen Ort, an dem sie sich sicher fühlten. Meist war der einzige Ort, den sie als Zuhause betrachteten, der Ort, an dem sie während des Kriegs gelebt hatten.

Ich habe mich oft gefragt, weshalb ich mich zu dieser Art von Arbeit entschieden hatte. Ich hatte zwei kleine Kinder. Bis diese vier oder fünf Jahre alt waren, verbrachte ich nicht mehr als zwei bis drei Tage im Monat mit ihnen. Erst nach einer Weile realisierte ich, dass ich meiner eigenen Familie schadete. Sie sorgte sich ständig um meine Sicherheit und trotzdem sagte das Gefühl in mir, dass ich ein Mensch bin und dass sich dort draussen andere Menschen in Gefahr befinden.

Wenn sich die Menschen, die einem nahe stehen, in einer besseren Lage befinden als diejenigen, die leiden, muss man auch eigene Privilegien aufgeben. Es ist schwierig zu erklären. Vielleicht handelt es sich um eine Art Gabe. Ein Teil der Erklärung liegt in meiner Religion (ich bin praktizierender Moslem), ein Teil in der Erziehung. Allerdings gibt es viele Menschen wie mich, die nie das tun würden, was ich getan habe. Es muss deshalb in meinem Innern noch einen weiteren, tieferen Grund für mein Handeln geben.

Obwohl durch unser Projekt etwa 20 000 Kinder mit ihren Familien vereint werden konnten, sind unsere Anstrengungen beinahe unbedeutend, wenn man bedenkt, dass über eine Viertelmillion Kinder während des Kriegs verwaisten oder starben. Wir hatten ständig das Gefühl, zu viel Geld auszugeben und dabei lediglich einigen hundert Kindern zu helfen. Dies, obwohl wir so hart arbeiteten, wie wir nur konnten.

Jetzt, nachdem der Krieg vorüber ist, erholt sich das Land endlich und bewegt sich langsam in Richtung wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie. Es ist mir klar geworden, dass diejenigen, die während des Krieges litten, dieselben sind wie diejenigen, die am meisten durch das Kriegsende betroffen waren: die Personen, die ihre Grundbedürfnisse noch immer nicht befriedigen können. Das sind diejenigen Menschen, die noch immer von Landminen verletzt werden. Die Mädchen in den ländlichen Gebieten haben erschwerten Zugang zu Bildung und werden noch immer auf die verschiedensten Arten missbraucht. Wir haben festgestellt, dass sich Bildungs- und Gesundheitskampagnen auf städtische Gebiete konzentrieren, wo die Menschen in relativer Sicherheit leben. In den Frontgebieten bewegt sich dagegen nichts. Kinder sterben dort noch immer an Krankheiten, die in anderen Teilen des Landes gut behandelt werden können. Der Kampf ist noch lange nicht vorbei. Auch nach Kriegsende müssen die Bemühungen um die Verbesserung der Rechte und des Wohls der Kinder weitergehen.

Ich hoffe, dass wir eines Tages in einer Welt leben, in der Kinder wie Kinder behandelt werden und in der sie sämtliche Möglichkeiten erhalten, die sie als Menschen verdienen. Ich erhoffe mir eine Welt, in der Menschlichkeit allen Regulierungen und Gesetzen zugrunde liegt. Ich hoffe, dass wir dieses Ziel eines Tages erreichen.

Wie Sie sehen, können viele Probleme gelöst werden, wenn Menschen die Möglichkeit gegeben wird, ihr Potential auszuschöpfen. Mein Heimatland ist ein Beispiel dafür, wie Menschen ihre eigenen Mittel in den ausserordentlichsten und schwierigsten Umständen nutzen konnten. Menschen sind belastbar, was in einem Land wie meinem Heimatland von besonderer Bedeutung ist. Darauf muss man vertrauen.

LECH WALESA

„UNSERE GEWERKSCHAFT – DIE *SOLIDARITÄT*– IST ZU EINER ENORMEN BEWEGUNG FÜR SOZIALE UND MORALISCHE BEFREIUNG GEWORDEN. DIE MENSCHEN, BEFREIT VON DEN FESSELN DER ANGST UND DER APATHIE, RIEFEN NACH REFORMEN UND VERBESSERUNGEN. WIR HABEN EINEN SCHWIERIGEN KAMPF UM UNSERE EXISTENZ GEFÜHRT.“

Lech Walesa arbeitete zunächst als Mechaniker und trat später in die polnische Armee ein. Nachdem er aus dem Dienst ausgeschieden war, wurde Walesa als Elektriker in den Schiffswerften von Danzig angestellt. Er störte sich sehr an der schlechten Behandlung seiner Kollegen, weshalb er sich in den Gewerkschaften engagierte. Als er 1970 einen Streik organisierte, wurde er allgemein bekannt. Sein Aktivismus zog die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf sich, weshalb er fortan von dieser überwacht wurde. Nach mehreren Inhaftierungen wurde er 1976 entlassen. Daraufhin trat Walesa als Führer der stetig wachsenden Bewegung, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und das Recht auf Koalitionsfreiheit einsetzte, hervor. 1980 spielte Walesa in den Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und den streikenden Arbeitern betreffend die „Vereinbarung von Danzig“ eine entscheidende Rolle. Diese Vereinbarung gipfelte in der Gründung der *Solidarität*, der ersten unabhängigen Gewerkschaft der Sowjetunion.

Nachdem die Regierung Kriegsrecht eingeführt und die *Solidarität* gesetzlich verboten hatte, wurden Walesa und die anderen Aktivisten festgenommen und inhaftiert. Nach seiner Entlassung begab sich Walesa als Elektriker zurück zu den Schiffswerften und setzte seinen Aktivismus fort. Sein anhaltende Engagement führte 1989 zum „Round Table Agreement“. Dieses wiederum führte zu einer Regierung, welche die Grundsätze der *Solidarität* befolgte. Lech Walesa wurde zum Präsidenten von Polen gewählt.

Obwohl seine Präsidentschaft nur eine Amtszeit dauerte, überwachte seine Verwaltung den Übergang von Polen zu einer freien Marktwirtschaft. Als Walesa seinen Posten abgab, war die polnische Wirtschaft eine der gesündesten in Zentral- und Osteuropa. Walesa wurde zu einem Symbol für Demokratie und wird dafür anerkannt, Polen aus dem Kommunismus geführt zu haben. Seine Handlungen werden als ersten entscheidenden Schritt in der Loslösung von der Sowjetunion betrachtet. Auch heute ist Walesa noch ein Symbol der Hoffnung und hat viele Menschen dazu inspiriert, ähnliche Bestrebungen für Rechte und Freiheiten zu verfolgen. 1983 erhielt Lech Walesa für seinen Beitrag an die Menschenrechte und für seine entscheidende Rolle in der Gestaltung von *Solidarität* in seinem Land den Friedensnobelpreis.

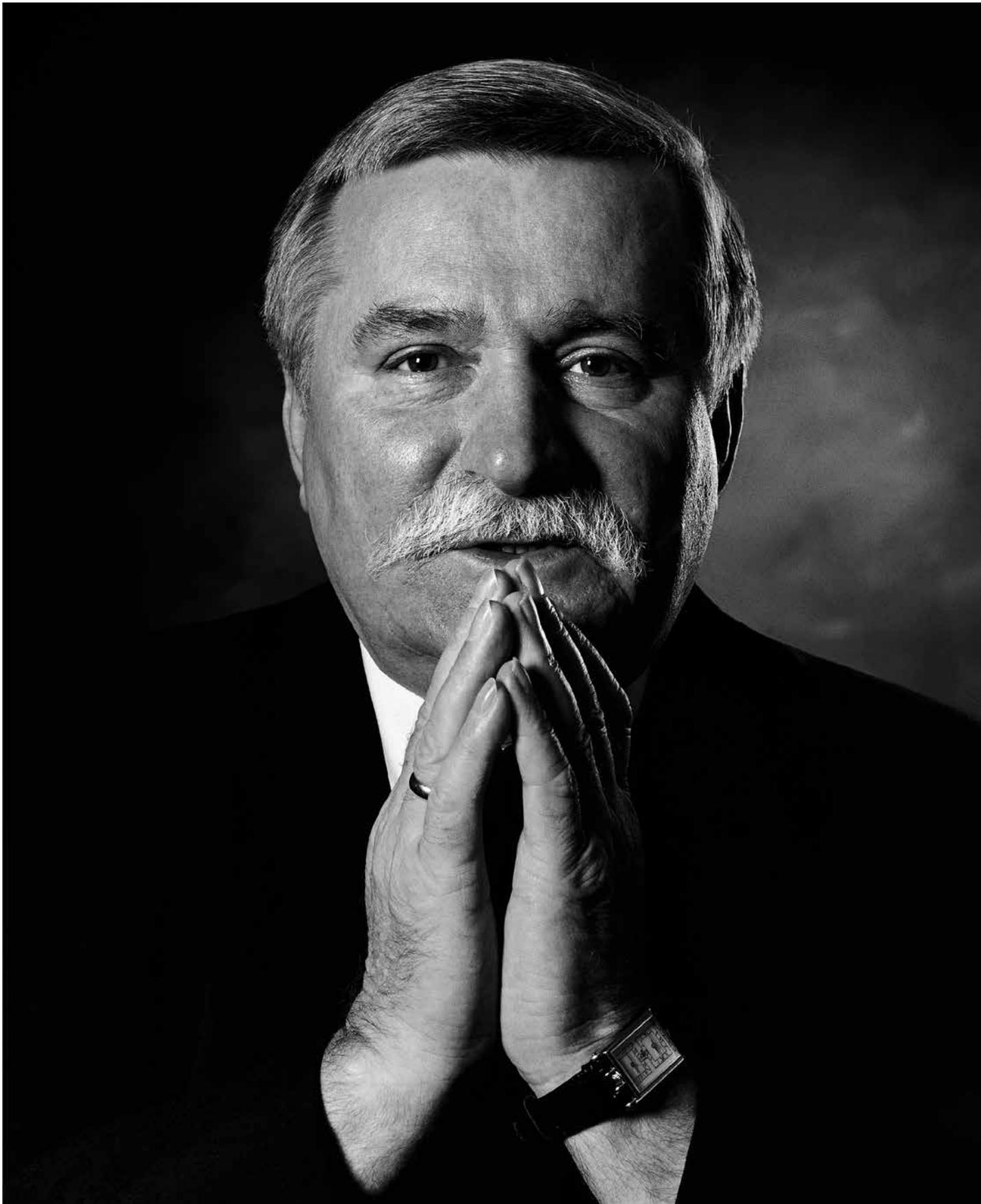
Auszug aus Lech Walesas Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 1983:

Zu euch spricht der Gewinner des Friedensnobelpreises 1983, ein polnischer Arbeiter aus den Schiffswerften von Danzig, einer der Gründer der Unabhängigkeitsbewegung der Gewerkschaften in Polen. Es wäre für mich am einfachsten zu sagen, dass ich dieser grossen Ehre nicht wert bin. Wenn ich mich aber an die Stunde erinnere, in der sich die Nachricht über die Verleihung des Preises an mich im ganzen Land verbreitet hat, die Stunde der Emotionen und der allgemeinen Freude der Leute, die das Gefühl hatten, moralisch oder spirituell einen Teil zu dieser Auszeichnung beigetragen zu haben, bin ich verpflichtet zu sagen, dass ich die Auszeichnung als ein Zeichen der Anerkennung betrachte. Ich betrachte sie als ein Zeichen, dass die Bewegung, welcher ich meine ganze Kraft gewidmet habe, der Menschheit gut gedient hat.

Wenn ich mir an diesem Punkt und bei dieser Gelegenheit erlaube, mein eigenes Leben zu erwähnen, mache ich dies, weil ich glaube, dass mir dieser Preis als einem von vielen verliehen wurde.

Als ich jung war, baute sich mein Land aus den Ruinen und Aschen des Krieges wieder auf. Eines Krieges, in dem sich mein Land nie vor dem Feind gebeugt und deshalb den höchsten Preis im Kampf bezahlt hatte. Ich gehöre zur Generation der Arbeiter, die in den Dörfern und Ortschaften des ländlichen Polens geboren wurden und welche die Möglichkeit hatten, sich ausbilden zu lassen und eine Anstellung in der Industrie zu finden. Im gleichen Zug wurden uns unsere Rechte und unsere Bedeutung in der Gesellschaft bewusst. Es waren Jahre der wachsenden Sehnsucht von Arbeitern und Bauern, aber auch Jahre voller Unrecht, Erniedrigungen und verlorener Illusionen. Ich war gerade einmal 13 Jahre alt, als im Juni 1956 der verzweifelte Kampf der Arbeiter in Poznan um Brot und Freiheit gewaltsam unterdrückt wurde. Auch der Junge, der in diesem Kampf getötet wurde, Romek Strzalkowski, war 13 Jahre alt. Die Gewerkschaft *Solidarität* verlangte 25 Jahre später, dass sein Andenken geehrt wird. Im Dezember 1970, als die Protestdemonstrationen der Arbeiter die Dörfer an der baltischen Küste in Beschlag nahmen, arbeitete ich in der Schiffswerft von Danzig. Ich war einer der Organisatoren der Streiks. Die Erinnerung an meine Kameraden, die damals ihr Leben verloren haben, die schmerzliche Erinnerung an Gewalt und Verzweiflung, war mir eine Lehre, die ich nie vergessen habe.

Die Streiks der Arbeiter in Ursus und Radom einige Jahre später, im Juni 1976, waren für mich eine neue



Lech Wałęsa. © Architects of Peace Foundation

Erfahrung. Sie bekräftigten mich nicht nur in meinem Empfinden, dass die Begehren und Bestreben der Arbeiter gerechtfertigt sind, sondern zeigten auch die dringende Notwendigkeit der Solidarität unter den Arbeitern auf. Diese Überzeugung brachte mich im Sommer 1978 zu den unabhängigen Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Gruppe mutiger und engagierter Leute, die sich für die Rechte und Würde der Arbeiter einsetzte. Im Juli und August 1980 wurden in ganz Polen Streiks durchgeführt. Es ging dabei nicht nur um die grundlegendsten Bedürfnisse jedes Menschen. Mein Lebensweg führte mich zur Zeit dieser Kämpfe zurück zu den Schiffswerften von Danzig. Das ganze Land verbündete sich mit den Arbeitern von Danzig und Szczecin. Die Vereinbarungen von Danzig, Szczecin und Jastrzebie wurden schliesslich unterzeichnet und die Gewerkschaft *Solidarität* ins Leben gerufen.

Die grossen polnischen Streiks, von denen ich soeben gesprochen habe, hatten eine spezielle Ausprägung. Ihr Charakter wurde einerseits durch die bedrohenden Umstände, unter denen sie durchgeführt wurden, sowie andererseits durch ihre Ziele bestimmt. Die polnischen Arbeiter, die sich an den Streiks beteiligten, repräsentierten in Wirklichkeit die ganze Nation.

Wenn ich an mein eigenes Leben denke, komme ich nicht umhin, die Gewalt, den Hass und die Lügen zu erwähnen, die ich erfahren habe. Die Lehre, die man aus diesen Erfahrungen ziehen kann, ist, dass man sich dieser Gewalt nur wirksam widersetzen kann, wenn man selbst keine Gewalt anwendet.

Aus diesen wenigen ereignisreichen Jahren sticht die Vereinbarung von Danzig hervor. Sie ist eine grossartige Charta mit den Rechten der Arbeiter, die nichts zerstören kann. Dieser sozialen Vereinbarung aus dem Jahr 1980 liegen Mut, Verantwortungsgefühl und Solidarität der Arbeiter zugrunde. Beide Seiten hatten erkannt, dass ein Abkommen geschlossen werden musste, um weiteres Blutvergiessen zu verhindern. Die Vereinbarung war ein Vorbild und soll dies auch bleiben. Sie war auch die einzige Möglichkeit, einen Mittelweg zwischen der Anwendung von Gewalt und hoffnungslosem Kampf zu finden. Unsere feste Überzeugung, dass wir eine gerechte Sache vertreten und dass wir einen friedlichen Weg zur Erreichung unserer Ziele finden müssen, gab uns die nötige Kraft und half uns zu erkennen, welche Grenzen nicht überschritten werden dürfen. Was bis dahin unerreichbar schien, ist heute normal. Wir haben das Recht erlangt, uns in unabhängigen Gewerkschaften zu verbinden. Diese Gewerkschaften werden von den Arbeitern selbst gegründet und geformt und sind unabhängig von den Behörden.

Unsere Gewerkschaft – die *Solidarität* – ist zu einer grossen Bewegung für soziale und moralische Befreiung geworden. Die Menschen, befreit von den Fesseln der Angst und der Apathie, riefen nach Reformen und Verbesserungen. Wir haben einen schwierigen Kampf um unsere Existenz geführt. Dies war und ist eine grosse Möglichkeit für unser Land. Ich glaube, dass dadurch auch der Weg vorgezeichnet wurde, den unsere Behörden gehen müssen, wenn sie einen Staat schaffen wollen, der in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung geführt wird und in dem sich alle Bürger beteiligen können. *Solidarität* als eine Gewerkschaftsbewegung hat keine Macht verlangt und sich nicht gegen die bestehende verfassungsmässige Ordnung ausgesprochen. Während der 15-monatigen offiziellen Existenz der *Solidarität* wurde niemand aufgrund ihrer Aktivitäten getötet oder verletzt. Unsere Bewegung verbreitete sich sprunghaft. Wir waren gezwungen, ständig für unsere Rechte und unsere Handlungsfreiheit zu kämpfen. Gleichzeitig zwangen wir uns die unvermeidlichen Selbsteinschränkungen auf. Unsere Bewegung basierte auf den fundamentalen moralischen Gesetzen und der moralischen Ordnung. Die einzige und grundlegende Quelle unserer Kraft ist die Solidarität der Arbeiter, der Bauern und der Intellektuellen, die Solidarität der Nation und die Solidarität der Menschen, die in Würde, Wahrheit und mit gutem Gewissen leben wollen.

Lasst in diesem Moment den Schleier des Schweigens über das fallen, was nachher passiert ist. Auch Schweigen kann etwas aussagen.

Etwas muss heute an diesem feierlichen Ereignis gesagt werden: die polnische Bevölkerung wurde nicht unterjocht. Genauso wenig hat sie den Weg der Gewalt und des brudermörderischen Blutvergiessens gewählt.

Wir sollten uns nicht der Gewalt ergeben. Die Vereinigungsfreiheit darf uns nicht vorenthalten werden. Wir dürfen uns nie damit einverstanden erklären, dass Menschen wegen ihren Überzeugungen ins Gefängnis gebracht werden. Die Tore der Gefängnisse müssen weit geöffnet und alle Personen, die verurteilt wurden, weil sie gewerkschaftliche und bürgerliche Rechte verteidigt haben, müssen freigelassen werden. Die angekündigten Verfahren gegen elf führende Personen unserer Bewegung dürfen nie durchgeführt werden. Alle, die bereits verurteilt wurden oder die noch auf ihre Verurteilungen wegen gewerkschaftlichen Aktivitäten oder wegen ihren Überzeugungen warten, sollen nach Hause gehen dürfen. Es soll ihnen erlaubt werden, in ihren Ländern zu leben und zu arbeiten.

Die Verteidigung unserer Rechte und Würde wie auch das Bestreben, uns vom Gefühl des Hasses nie bezwingen

zu lassen – diesen Weg haben wir gewählt.

Trotz allem, was sich in meinem Land in den letzten beiden Jahren ereignet hat, bin ich noch immer davon überzeugt, dass wir keine andere Wahl haben, als uns zu einigen, und dass die schwierigen Probleme, welchen Polen gegenübersteht, nur durch wahren Dialog zwischen den staatlichen Behörden und der Bevölkerung gelöst werden können.

Wir sind zu diesem Dialog bereit. Wir sind auch jederzeit dazu bereit, unsere Gründe und Begehren vom Volk beurteilen zu lassen. Wir haben keine Zweifel darüber, wie das Urteil ausfallen würde.

Ich glaube, dass alle Nationen dieser Welt das Recht haben, in Würde zu leben. Ich glaube, dass die Rechte der Individuen, der Familien und ganzer Gemeinschaften früher oder später in jeder Ecke der Welt respektiert werden. Es ist im Interesse von ganz Europa, dass die Bürger- und Menschenrechte in Polen sowie auch unsere nationale Identität respektiert werden. Dies, weil ein friedliches Polen im Interesse Europas liegt. Das polnische Streben nach Freiheit wird nie ersticken. Dialog in Polen ist der einzige Weg, um inneren Frieden zu erreichen. Aus diesem Grund ist er auch unumgängliches Element des Friedens in Europa.

Es ist mir bewusst, dass das Streben der polnischen Bevölkerung weltweit Verständnis und Solidarität hervorgerufen hat und es noch immer tut. Erlauben Sie mir deshalb, von dieser Stelle den Personen, die Polen und dem polnischen Volk geholfen haben, meine tiefste Dankbarkeit auszudrücken. Erlauben Sie mir zudem, meinen Wunsch auszusprechen, dass unsere Anliegen, nämlich Dialog und die Respektierung der Menschenrechte in Polen, durch positive Gedanken gestärkt werden. Mein Land befindet sich in einer grösseren Wirtschaftskrise. Dies hat für die Existenz polnischer Familien dramatische Konsequenzen. Eine anhaltende Wirtschaftskrise in Polen könnte auch ernsthafte Auswirkungen auf Europa haben. Polen muss deshalb geholfen werden und es verdient diese Hilfe.

Ich betrachte die Welt heute mit den Augen eines Arbeiters – eines Arbeiters, der einer Nation angehört, die den Krieg erlebte. Ich wünsche mir sehnlichst, dass die Welt, in der wir leben, von der Gefahr eines nuklearen Holocaust und vom ruinösen Wettlauf um Waffen befreit wird. Mein tiefster Wunsch ist es, dass alle Nationen in Frieden und Freiheit leben. Dies wünsche ich mir und hierfür bete ich.

Lassen Sie mich wiederholen, dass in Polen grundlegender Bedarf nach Verständnis und Dialog besteht. Ich glaube, dass das Gleiche auf die ganze Welt zutrifft: wir sollten weiterhin miteinander reden, wir dürfen keine Türen

verschliessen und dürfen nichts tun, das den Weg zum Verständnis blockieren würde. Und wir müssen uns daran erinnern, dass nur ein Frieden, der sich auf Gerechtigkeit und moralische Ordnung stützt, anhalten kann.

In vielen Teilen der Welt suchen Menschen nach einer Lösung, welche die beiden Werte Frieden und Gerechtigkeit verbindet. Die beiden sind wie Brot und Salz für die Menschheit. Jede Nation und jede Gemeinschaft hat ein unveräusserliches Recht auf beides. Ohne alles zu tun, um diesem Weg zu folgen, können keine Konflikte gelöst werden. Die heutigen Zeiten verlangen, dass die entsprechenden weltweit existierenden Bestreben anerkannt werden.

Unsere Anstrengungen und schwierigen Erfahrungen haben der Welt den Wert menschlicher Solidarität aufgezeigt. Während ich diese ehrenvolle Auszeichnung annehme, denke ich an jene Menschen, mit denen ich durch diesen Geist der Solidarität verbunden bin:

Zunächst an alle jene, die den Kampf für die Arbeiter und die Bürgerrechte in unserem Land mit dem höchsten Preis bezahlt haben – dem Preis des Lebens;

an meine Freunde, die für die Verteidigung der *Solidarität* mit dem Verlust ihrer Freiheit bezahlt haben, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden oder die auf ein Verfahren warten;

an meine Landsmänner, die in der Bewegung der *Solidarität* ihre Bestreben als Arbeiter und Bürger erfüllt sahen, die gedemütigt wurden und die zu Opfern bereit sind, die gelernt haben, Mut mit Wissen zu verbinden und die unserem Anliegen loyal sind;

an all jene, die weltweit für die Rechte der Arbeiter und Gewerkschaften, für die Würde der Arbeiter und für die Menschenrechte kämpfen.

Auf das Denkmal, das am Eingang zur Schiffswerft von Danzig errichtet wurde, gravierte man im Andenken an jene, welche im Dezember 1970 gestorben waren, folgenden Psalm ein:

„Der Herr wird seinem Volk Kraft geben;

Der Herr wird sein Volk segnen mit Frieden.“

Sollen diese Worte unsere Botschaft der Brüderlichkeit und der Hoffnung sein.

**“TODAY, I SEE THOUSANDS
OF MAHATMA GANDHIS,
MARTIN LUTHER KINGS,
AND NELSON MANDELAS
MARCHING FORWARD AND
CALLING ON US. THE BOYS
AND GIRLS HAVE JOINED.
I HAVE JOINED IN. WE ASK
YOU TO JOIN, TOO.”**

KAILASH SATYARTHI

„ES GENÜGT NICHT, EINEN DISSIDENTEN ZU BEFREIEN, WENN SO VIEL AUF DEM SPIEL STEHT. IM UNIVERSELLEN MACHTGEFÜGE SIND WIR ALLE GLEICH UND JEDES OPFER DER LAOGAI VERDIENT DIE GLEICHEN RECHTE.“

Als eines von acht Kindern eines Bankers aus Shanghai besuchte Harry Wu eine Jesuitenschule, bevor er sich in den späten 1950er-Jahren bei der Chinesischen Universität für Geowissenschaften einschrieb. In den Wirren einer Säuberungsaktion der Kommunisten musste seine Universität eine konterrevolutionäre Quote erfüllen und schickte Wu für neunzehn Jahre in den chinesischen Gulag, auch bekannt als Laogai. Dort überstand er physische und psychische Folter und lebte eine Zeit lang nur von zermahlenden Maisspelzen. In seiner Autobiographie „Nur der Wind ist frei“ beschreibt er, wie er Ratten durch die Felder verfolgte, um aus ihren Nestern Getreide zu stehlen, oder dass er Schlangen ass.

Nach seiner Freilassung nahm Wu eine Stelle als unbezahlter Gastdozent an der University of California, Berkeley an. Er kam 1985 mit vierzig Dollar in den USA an. Nachdem er zehn Tage lang tagsüber recherchiert und nachts auf einer Parkbank geschlafen hatte, fand er eine Stelle in einem Doughnut Geschäft, wo er in der Nachtschicht arbeitete. Er konnte dort auch dreimal täglich essen und im Geschäft übernachten.

Wu kehrte mehrmals nach China zurück und dokumentierte dabei die Bedingungen in den Gefängnissen und Arbeitslagern für *Sixty Minutes* und andere Nachrichtensendungen. Wegen seiner Enthüllungen wurde er auf die Liste der meistgesuchten Personen Chinas gesetzt. Bei seiner fünften Reise 1995 wurde er verhaftet. Während er 66 Tage auf Neuigkeiten zu seinem Schicksal wartete, wurde eine weltweite Kampagne für ihn gestartet, im Rahmen derer Hillary Clinton damit drohte, ihre Teilnahme an der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking abzusagen. China liess Wu frei, und als er nach Amerika zurückkehrte, wurde er im ganzen Land gefeiert.

Wu erstattet im Capitol Hill oft Bericht über die neuesten von ihm aufgedeckten Rechtsverletzungen – den profitablen Verkauf von Organen exekutierter Gefangener durch chinesische Beamte, den illegalen Export von in Arbeitslagern hergestellten Produkten (wie zum Beispiel Dieselmotoren und die Kleidung der Chicago Bulls), die häufigen öffentlichen Hinrichtungen, die entsetzlichen Durchsetzungsmassnahmen der Reproduktionsgesetze.

Die von Wu gegründete *Laogai Research Foundation* schätzt, dass seit 1950 50 Millionen Menschen in Laogai eingekerkert wurden, und dort heute acht Millionen Menschen Zwangsarbeit verrichten. 2004 nahm Harry Wu an „Speak

Truth To Power“ in Rom teil. 2008 eröffnete er das Laogai Museum in Washington D.C., das erste Museum der Welt, das sich ausschliesslich mit Menschenrechten in China befasst. Harry Wus Ziel ist der Eintrag des Wortes Laogai in jedem Wörterbuch dieser Welt. Dafür arbeitet er 18 Stunden am Tag und ist in der ganzen Welt unterwegs, um mit Studenten und Staatsoberhäuptern zu sprechen, damit der Horror von heute irgendwann nur noch Erinnerung ist.



Harry Wu. © Eddie Adams

Interview aus dem Buch von Kerry Kennedy, „Speak Truth To Power“, 2000:

Menschen wollen als Menschen leben, nicht als Lasttiere und nicht als Werkzeuge zum Gebrauch für andere Menschen. Die Menschen müssen sich gegenseitig genügend respektieren, um miteinander in Frieden zu leben. Sie müssen aber ihr Recht auf freie Wahl beibehalten, insbesondere das Recht, die eigene Religion und die eigene Kultur zu wählen. Unter totalitären Regimen werden Menschen nie als solche behandelt. Es gibt dort keine freie Wahl. Wenn man über Individualrechte spricht, widersetzt man sich automatisch der Regierung.

Viele amerikanische Politiker und Wissenschaftler wiederholen die chinesische Lüge, dass in China ein anderes Konzept der Menschenrechte angewendet werde als in westlichen Staaten. Gemäss der chinesischen Führung sind die wichtigsten Menschenrechte die wirtschaftlichen Rechte. Jiang Zemin, Präsident von China, sagte einmal: „Meine primäre Verantwortung in Bezug auf die Menschenrechte ist, die Menschen zu füttern.“ Ich würde ihm antworten, dass ich mich selber füttern kann, wenn ich frei bin. Ich brauche ihn hierfür nicht. Leider argumentieren einige Leute im Westen: „Die Chinesen sprechen nie über individuelle Werte, sie sprechen immer nur über kollektive Rechte. Drängt den Chinesen deshalb nicht die westlichen Menschenrechtstandards auf. Demokratie ist eine Idee des Westens.“ Dabei handelt es sich um reine Heuchelei. Es gibt nämlich nur eine Version der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die China auch ratifiziert hat. Es gibt keine chinesische und keine amerikanische Version. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist allgemeingültig.

Der Westen richtet seine Aufmerksamkeit vor allem auf die Meinungsäusserungs- und auf die Religionsfreiheit. Gleichzeitig versucht er, religiöse Dissidenten und Studenten zu befreien. Der grösste Teil des Westens konzentriert sich somit auf das Individuum: dieser katholische Priester, jener tibetischer Mönch. Es ist natürlich sehr wichtig, deren Freiheit zu verlangen, weil jeder Mensch nur einmal lebt, nie zweimal. Wir müssen diese Menschen deshalb retten. Wir Chinesen sagen aber auch: „Fokussiere dich nie auf einen einzelnen Baum; fokussiere dich auf den Wald.“

Lassen Sie mich die Geschichte der drei Ws erzählen: Wu, Wei, Wang Dan. Ich bin das erste „W“. Im Jahr 1957, als ich die Universität in Peking besuchte, sprach ich mich gegen die sowjetische Invasion in Ungarn aus. Wegen dieser Aussage wurde ich als „antirevolutionär“ bezeichnet und zu einem Leben in den Laogai, dem chinesischen Pendant der Gulag, verurteilt. Ich opferte diesem System 19 Jahre

meines Lebens. 1979 wurde ich entlassen. Im gleichen Jahr applaudierte der Westen China für seine Öffnung. Mao war tot, die Kulturrevolution war vorbei und es sah so aus, als würde Deng Xiaoping in China eine neue Ära einläuten. Im gleichen Jahr wurde aber das zweite „W“, Wei Jingsheng, inhaftiert. Dies, weil er die fünfte Modernisierung, nämlich Demokratie in China, verlangt hatte. 1989, als ich in den USA war und Wei das zehnte Jahr seiner Strafe verbüsst, wurde ein anderer junger Mann, Wang Dan, verhaftet. Er wurde aufgrund seiner Rolle in einer studentischen Demokratiebewegung inhaftiert. Die chinesische Regierung verhaftete uns drei in drei verschiedenen Jahrzehnten. Wir alle wurden verhaftet, weil wir friedlich unsere Meinung geäussert hatten. Auch wurden wir alle in den 1990er-Jahren erneut verurteilt. Seit 1957 hat sich somit in Bezug auf die Individualrechte nicht viel verändert.

Als ich das erste Mal im Gefängnis war, weinte ich im ersten Jahr beinahe täglich. Ich vermisste meine Familie, vor allem meine Mutter. Diese hatte Selbstmord begangen, weil ich verhaftet worden war. Ich dachte an meine Freundin. Weil ich Katholik war, betete ich. Nach zwei Jahren waren meine Tränen dann versiegt. Ich weinte nicht mehr, weil ich zu einem Biest geworden war. Nicht, weil ich ein Held war und auch nicht, weil ich einen eisernen Willen hatte, sondern weil ich mich fügen musste. Ich glaube nicht, dass unter diesen Umständen jemand widerstehen könnte.

In der ersten Nacht in den Lagern wurden wir zum Geständnis gezwungen. Ein solches Geständnis zerstört deine Würde. Wenn du aber nicht gestehst, wirst du gefoltert. Dein Geständnis muss auch immer gleich lauten, von Beginn der Inhaftierung bis zu deren Ende. Du darfst nie geltend machen, du seist unschuldig. Du kannst nur immer und immer wieder schreien: „Ich liege falsch. Ich bin dumm. Ich bin verrückt. Ich bin Scheisse. Ich bin ein Verbrecher. Ich bin ein Nichts.“ Gleichzeitig wirst du zur Arbeit gezwungen: Arbeit ist eine der Möglichkeiten, ein neuer Mensch dieses sozialistischen Systems zu werden. Arbeit ist eine Gelegenheit, welche die Partei dir für deine Reform anbietet. Das Endziel ist, dass du dich in einen guten Bürger des kommunistischen Systems verwandelst.

Sie sagten, mein Vergehen sei leicht, nicht schwerwiegend, sondern leicht. Mein Problem war meine politische Einstellung. Ich sagte: „Ich habe nichts Falsches getan. Sie haben mich in die Falle gelockt, ich werde keine Straftat zugeben.“ Ich habe einfach nicht gestanden. Sie haben mich dann von allen Menschen in meinem Leben getrennt: meinen Studienkollegen, meinen Freunden, meinen Lehrern und meinen Eltern. Ich war völlig isoliert. Aus diesem Grund begann ich zu denken: „Ich bin ein Fehler. Sie

mögen mich nicht. Ich bin etwas Falsches. Lasst mich darüber nachdenken“. Und dann: „Ja, ich liege falsch.“ Nach und nach verlor ich meine Würde, mein Vertrauen und meine Stellung. Ich begann zu glauben, ich sei ein Straftäter. Es war, als würden wir Chinesen unser ganzes Leben in einer Schachtel leben und den Himmel nie sehen. Wenn du nie aus dieser Schachtel fliehst, glaubst du irgendwann, dass es nichts anderes gibt. Durch diese Umprogrammierung wirst du zu einem Roboter degradiert. Ein Wassertropfen kann die ganze Welt spiegeln. Viele, viele Tropfen werden aber zu einem Fluss oder einem Ozean.

19 Jahre. Wie viele Tage, wie viele Nächte? Ich habe jemanden ins Gesicht geschlagen und von Menschen gestohlen. Ich habe nie geweint. Ich habe nicht mehr an meine Mutter, meine Freundin oder an meine Zukunft gedacht. Einige Menschen sind gestorben. Und jetzt? Sie haben mich zugrunde gerichtet. Ich hatte menschliches Blut auf meinen Lippen. Ich hatte so viel vergessen.

1986 kam ich als Gastdozent zum ersten Mal in die USA. Ich erinnere mich an den Tag im Oktober, an dem ich zum ersten Mal über die Laogai sprach. Ich sagte mir selbst: „Du bist nicht Harry Wu. Du bist ein Geschichtenerzähler.“ Plötzlich konnte ich nicht mehr aufhören zu sprechen. Die Studenten waren während zwanzig Minuten sehr ruhig. Ich schloss mit meiner Rede und bemerkte, dass ich wieder ein menschliches Wesen war. Am Ende dieser Rede sagte ich mir zum ersten Mal: „Ich hatte solches Glück zu überleben“.

Als ich zum ersten Mal nach Amerika kam, kannte ich niemanden. Wie auch in den Lagern zuvor war ich anonym. Die chinesische Regierung setzte mich auf die Fahndungsliste, weil ich den Kern des Themas berührt hatte. Die Chinesen sprechen gern mit dir, wenn du über Dissidenten sprechen willst, nicht aber, wenn du über die Laogai sprechen willst. Kannst du mit Hitler über die Konzentrationslager sprechen? Kannst du mit Stalin über die Gulag sprechen?

Ich weiss nicht, weshalb ich überlebt habe. Man betrachtet sich als Menschen, der für seine Würde, seine Zukunft, sein Leben und seinen Traum kämpft. Man lebt nur einmal. Früher oder später gehen du und ich ins Grab. Manche Menschen werden dreissig Jahre alt, andere achtzig. Weshalb konnte ich mein Leben nicht einfach geniessen, als ich im Exil war? Weshalb musste ich zurück nach China gehen? Ich versuchte, es zu geniessen. Ich fühlte mich aber schuldig, vor allem wenn Harry Wu als Held bezeichnet wurde. Der Westen treibt mich an, weil er immer nach einem Helden sucht. Ein richtiger Held wäre aber tot. Tot. Wenn ich ein richtiger Held wäre, wie diejenigen Menschen, die ich



Harry Wu erklärt dem Dalai Lama die Ausstellung der „Laogai Research Foundation“ in Washington (D.C.), 7. Oktober 2009 © Kate0504

in den Lagern getroffen habe, hätte ich Selbstmord begangen. Ich bin erledigt – es gibt keinen Harry Wu. Dies ist der Grund, aus dem ich mich dazu entschloss, zurück nach China zu gehen.

1991 besuchte ich den Laogai, in dem Wei Jingsheng gefangen gehalten wurde. Er befand sich in der Wüste Gobi. Ich wollte Videomaterial aufnehmen, um den Menschen die dort herrschenden Zustände zeigen zu können. In der Vergangenheit hatte ich mich als Insasse, Tourist oder Familienangehöriger ausgegeben. Dieses Mal gab ich mich als Polizist aus. Sie erkannten mich nicht. In einer Pension winkten mir viele Polizisten zu und ich winkte zurück. Als ich 1995 erneut zurückging, um Beweise zu sammeln, griffen sie mich aber auf, als ich versuchte, über die russische Grenze nach China zu gelangen. Sie verhafteten mich und zeigten mir die Fotografien, die ich erstellt hatte. Dieses Mal wurde ich zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ich möchte mich nun dem Thema Geburtenkontrolle zuwenden. Dies, weil es ein anderes systembedingtes Menschenrechtsproblem in China ist. Ohne Erlaubnis der Regierung kann man in China kein Kind haben. Ich habe eine Kopie des „Geburt erlaubt“-Scheins und des „Geburt nicht erlaubt“-Scheins der Provinz Fujian. Nach der ersten Geburt sollte man sich sterilisieren lassen. Wenn sich herausstellt, dass eine Frau ein zweites Mal schwanger geworden ist, zwingt die Regierung sie dazu, das Kind abzutreiben. Man darf kein zweites Kind haben, ausser wenn man in einer ländlichen Gegend lebt. Wenn man in einer ländlichen Gegend lebt, kann man nach vier Jahren ein zweites Kind haben. Nach der Niederkunft dieses zweiten Kindes wird man dann aber zwangssterilisiert.

Ein amerikanischer Sinologe sagte mir, das Bevölkerungswachstum in China sei furchtbar. Es verursache nicht nur Probleme für die Chinesen, sondern für die ganze Welt.

Ich fragte ihn: „Würden Sie Zwangsabtreibungen in den USA zustimmen?“ Er antwortete mit nein. „Weshalb wenden Sie diesen Massstab bei den Chinesen dann an? Dies ist ein mörderisches Gesetz. Es ist ein Gesetz, das gegen jede einzelne Frau und gegen jeden einzelnen Menschen gerichtet ist.“ Den Statistiken der Regierung kann entnommen werden, dass alleine in einer einzigen chinesischen Region 75% der Frauen zwischen 16 und 49 Jahren sterilisiert wurden. Dies entspricht 1.2 Millionen Menschen. Monatlich finden etwa 100 Abtreibungen statt.

Die Chinesen können heute zwischen verschiedenen Shampoo-Marken auswählen, sie können aber noch immer nicht sagen, was sie wirklich sagen wollen. Wird das Recht, das eigene Shampoo auszusuchen, zum Recht führen, die eigene Religion zu wählen, wie einige vielleicht argumentieren mögen? Dies wäre ein ziemlich grosser Sprung.

Meine Wahl war einfach – Haft oder Exil. Was die Menschen nicht verstehen, ist, dass Exil selbst auch eine Art Folter ist. Das Exil ist auch eine Menschenrechtsverletzung. Wir haben die Sowjets nie gelobt, wenn sie Dissidenten verbannten. Als die Chinesen Wang Dan verbannten, bezeichneten das State Department und das Weisse Haus dies aber als Sieg für die Strategie des Engagements der USA.

Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass es sich lohnt, jemanden von der Maschinerie zu befreien. Lieber wäre es mir allerdings, die Maschine zerstört zu sehen. Ich komme aus einem Laogai. Wei Jingsheng kam aus einem Laogai. Nun befindet sich Wang Xiaopo in einem Laogai. Katholische Priester sind in Laogai. Angehörige der Arbeiterbewegung sind in Laogai. Die meisten der Menschen in den Laogai haben keinen Namen und kein Gesicht. Es genügt nicht, einen Dissidenten zu befreien, wenn so viel auf dem Spiel steht. Im universellen Machtgefüge sind wir alle gleich und jedes Opfer der Laogai verdient die gleichen Rechte. Nicht nur die politischen Dissidenten, sondern sogar die kriminellen Gefangenen verdienen es, gerecht behandelt zu werden. Das heisst nicht, dass wir ihre Tat entschuldigen sollen, es muss aber jedem Häftling der gleiche Schutz gewährt werden. Man neigt dazu, dies zu vergessen, wenn man nur über berühmte politische Häftlinge spricht. Es ist schwierig zu sagen, wie viele der Häftlinge politische Gefangene und wie viele kriminelle Häftlinge sind. Wenn man den chinesischen Behörden diese Frage stellt, werden sie antworten, dass es in China keine politischen Häftlinge gebe. Sie werden zum Beispiel behaupten, es sei erlaubt, die eigene Religion auszuüben. Wenn man den Katholizismus praktiziert, wird man aber verhaftet. Statt dass man wegen der Ausübung dieser Religion

verhaftet wird, wird die Anklage aber ausführen, man habe die Gesellschaft gestört und an illegalen Versammlungen teilgenommen.

Jedes totalitäre Regime braucht ein System der Unterdrückung. Das Lustige daran ist, dass in China niemand über dieses System spricht. Die chinesische Führung behauptet, dass es nicht existiert oder dass es nur für bestimmte Individuen benutzt werde. Ich habe an allen erstklassigen Universitäten der USA Reden über die Laogai gehalten. Als ich in Yale war, sprach ich mit Jonathan Spence, der den in den Colleges am meisten benutzten Text über China schrieb. Ich sagte ihm: „Jonathan, du sprichst sehr gut chinesisch, du hast eine chinesische Frau, du benutzt in deinen Arbeiten so viele chinesische Begriffe. Was ist aber mit den Laogai? Es gibt mehr Opfer der Laogai als der sowjetischen Gulag und der Konzentrationslager zusammen. Du hast sicherlich von ihnen gehört, sie erscheinen in deinen Berichten, Artikeln und Büchern aber nie. Weshalb willst du nicht darüber sprechen?“ Weshalb dreht Steven Spielberg keinen Film über die Laogai, so wie er einen über die Konzentrationslager gedreht hat?

Ich möchte, dass der Begriff Laogai in jedem Wörterbuch jeder Sprache erscheint. Lao bedeutet „Arbeiter“, gai bedeutet „Reform“. Sie reformieren dich. Hitler hatte von Anfang an eine schlimme Idee: er wollte die Juden und die Menschheit vernichten. Die Kommunisten hingegen verfolgten zu Beginn eine wunderschöne Idee. Es sollte ein Paradies, ein Himmel, geschaffen und die Bevölkerung von Armut und Elend befreit werden. Zu Beginn waren die Kommunisten wie Engel, am Schluss waren sie aber wie Teufel. Die Chinesen wenden zwar oft physische Folter an, sie wenden darüber hinaus aber auch spirituelle und mentale Folter an. Sie sagen zum Beispiel: „Lass uns dir helfen, ein guter Sozialist zu werden. Weil wir menschlich handeln, werden wir dich nicht töten. Du bist den falschen Weg gegangen. Gestehe dies ein. Akzeptiere den Kommunismus und du wirst die Gemeinschaft durch Reform spirituell und mental total neu aufbauen.“

Vor 1974 war Gulag kein Wort. Heute ist es eines. Wir müssen nun dem Wort Laogai zu Bekanntheit verhelfen: wie viele Opfer gibt es? Was sind die Bedingungen, denen die Häftlinge unterliegen? Was ist der Antrieb für eine solche systematisierte Erniedrigung? Ich will, dass die Menschen über die Laogai Bescheid wissen. Ich will, dass sie Bescheid darüber wissen, wie viele Männer und Frauen im Gefängnis sind. Ich will, dass die Menschen wissen, dass viele Produkte Chinesischer Herkunft, von Menschen produziert werden, die zur Arbeit gezwungen werden: zum Beispiel Spielzeuge, Fussbälle, Operationshandschuhe. Die

Menschen sollen wissen, wie das Leben als Zwangsarbeiter ist. Sodann sollen sie wissen, wegen welchen Straftaten Menschen in die Laogai geschickt werden. Hier geht es um Menschenrechte, nicht um Import oder Export.

Ich verstehe, dass es schwer ist, heute über die Laogai zu sprechen. Ich sagte einst zu Präsident Clinton: „Ich wünschte mir, Sie als Weltpolitiker würden die chinesischen Laogai verurteilen. Ich bitte Sie innigst. Nur ein Satz. Es wird Sie nichts kosten.“ Und ich kritisiere die US-amerikanische Politik. In meinen Augen ist sie eine Beschwichtigungspolitik. Amerikanische Politiker fragen mich: „Schlagen Sie Isolation oder Eingrenzung vor?“ Diese Art Polarisierung ist aber zu einfach. Ich schlage nie eine Isolation oder Sanktionen vor. Man sollte mir aber keine einseitigen Geschichten erzählen. Wenn man mir glaubhaft machen will, dass der Handel die Leben der chinesischen Durchschnittsbürger verbessere, ist dies nur eine Seite der Medaille. Ich bestreite nicht, dass sich der wirtschaftliche Standard verbessert und dass eine Mittelschicht entstehen wird, dass Eigentumsrechte ins Blickfeld geraten werden und dass sich die Gesellschaft neu organisieren wird. Man muss die andere Seite der Medaille aber auch erwähnen. Einzig das kommunistische Regime profitiert von den Gewinnen der Industrie. Über das spricht man jedoch nicht. Das chinesische kommunistische Regime ist stabil. Weshalb? Weil es vom Westen finanziell unterstützt wird.

Der Einfluss Chinas wird in der nahen Zukunft wachsen. Wenn wir feststellen, dass im Osten eine kommunistische Vorherrschaft besteht, werden wir nach Gründen hierfür suchen. Weshalb haben wir die zunehmende Kraft dieses autoritären Regimes nicht beachtet? Lassen Sie mich ein anderes chinesisches Sprichwort zitieren: „Wenn du das kochende Wasser aufhalten willst, musst du es nur rühren. Das bessere Mittel ist jedoch, das Feuer unter dem Topf wegzunehmen.“ Der Westen braucht eine langfristige Strategie für China. Eine, die alle Wünsche nach Freiheit und Demokratie in China unterstützt.

„EINIGE MENSCHEN BITTEN ANDERE DARUM, ETWAS ZU TUN. WESHALB SOLLTE ICH ABER AUF JEMAND ANDEREN WARTEN? WESHALB MACHE ICH NICHT SELBST EINEN SCHRITT NACH VORNE?“

Malala Yousafzai ist Schülerin und setzt sich für die Bildung von Mädchen und Frauen ein. Sie stammt aus der Stadt Mingora, die im Bezirk Swat in Pakistans nordwestlicher Provinz Khyber Pakhtunkhwa liegt.

Malala Yousafzai ist für ihre Bemühungen um das Recht auf Bildung sowie die Rechte der Frauen bekannt. Dies vor allem im Swat-Tal, wo die Taliban den Mädchen zeitweise den Besuch der Schule verboten. Anfangs 2009, im Alter zwischen 11 und 12 Jahren, schrieb Malala unter einem Pseudonym einen Blog für die British Broadcasting Company (BBC). In diesem beschrieb sie das Leben unter der Herrschaft der Taliban, deren Versuche, das Tal unter ihre Kontrolle zu bringen sowie ihre Ansichten über die Förderung der Bildung von Mädchen. Im folgenden Sommer erstellte die New York Times eine Dokumentation über Malalas Leben. Zu dieser Zeit schritt das pakistanische Militär in der Region ein, was zur zweiten Schlacht von Swat führte. Malala wurde immer bekannter und gab schriftliche Interviews sowie Interviews am Fernsehen. Sie wurde zudem von Desmond Tutu, einem südafrikanischen Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger von „Speak Truth To Power“, für den „International Children’s Peace Prize“ nominiert.

Im Oktober 2012 versuchten die Taliban, Malala zu ermorden. Sie befand sich nach dem Angriff in kritischer Verfassung. Dadurch wurde eine nationale und internationale Welle der Unterstützung ausgelöst. Gordon Brown, UNO-Sonderbeauftragter für Bildung, startete eine Petition in ihrem Namen. Er benutzte den Slogan „I am Malala“ und verlangte damit, dass bis Ende 2015 alle Kinder weltweit die Schule besuchen – die Petition verhalf zur Ratifikation von Pakistans erstem Gesetz betreffend das Recht auf Bildung.

Malala gewann Pakistans ersten „National Youth Peace Prize“. Am 12. Juli 2013 – an ihrem Geburtstag und dem von der UNO verkündeten „Malala Day“ – hielt Malala ihre erste öffentliche Rede seit sie angeschossen worden war. Am Sitz der UNO in New York unterstrich sie die Notwendigkeit der Ausbildung aller Menschen weltweit. Im Oktober 2014 wurde Malala Yousafzai zusammen mit Kailash Satyarthi mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Die Übernahme durch die Jugend. Bemerkungen von Malala Yousafzai bei der UNO, 12. Juli 2013 („Malala Tag“):

Im Namen Gottes, des Wohltätigsten, des Barmherzigsten. Ehrenwerter UNO-Generalsekretär, Herr Ban Ki-moon, verehrter Präsident der UNO-Vollversammlung Yvonne Agyeman-Boadi, ehrenwerter UNO-Sonderbeauftragter für Bildung, Herr Gordon Brown, verehrte Respektpersonen und meine lieben Brüder und Schwestern; es ist für mich eine Ehre, heute wieder zu sprechen, nachdem ich so lange geschwiegen habe. Es ist für mich grossartig, mit solchen ehrenwerten Menschen hier sein zu dürfen.

Ich weiss nicht, womit ich in meiner Rede beginnen soll. Ich weiss nicht, welche Aussagen die Leute von mir erwarten. Aber zunächst bedanke ich mich bei Gott, vor dem wir alle gleich sind, sowie bei allen Menschen, die für meine rasche Genesung und für ein neues Leben gebetet haben. Ich kann nicht glauben, wie viel Liebe mir die Menschen entgegen gebracht haben. Ich habe tausende Karten mit guten Wünschen und Geschenke aus der ganzen Welt erhalten. Herzlichen Dank an alle. Herzlichen Dank an die Kinder, deren unschuldige Worte mich ermutigt haben. Herzlichen Dank an die Personen, die ich respektiere. Deren Gebete haben mich gestärkt. Ich würde mich gerne bei meinen Krankenpflegern, Ärzten und der ganzen Belegschaft der Spitäler in Pakistan und in Grossbritannien sowie bei der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate bedanken. Sie haben mir geholfen zu genesen und wieder zu Kräften zu kommen.

Ich unterstütze Herrn Ban Ki-moon, den Generalsekretär, und seine „Global Education First Initiative“ ebenso wie die Arbeit des UNO-Sonderbeauftragten, Herrn Gordon Brown. Ich bedanke mich bei beiden für ihren stetigen Einsatz. Sie regen uns ununterbrochen dazu an, aktiv zu sein.

Liebe Brüder und Schwestern, vergesst etwas nicht: Malala Day ist nicht mein Tag. Heute ist der Tag jeder Frau, jedes Jungen und jedes Mädchen, die sich für ihre Rechte ausgesprochen haben. Es gibt hunderte Menschenrechtsaktivisten und Sozialarbeiter, die sich nicht nur für die Menschenrechte aussprechen, sondern sich aktiv darum bemühen, ihre Ziele der Bildung für alle, des Friedens und der Gleichberechtigung zu erreichen. Tausende Menschen wurden von Terroristen getötet, Millionen wurden verletzt. Ich bin nur eine von diesen. Ich stehe also hier... ein Mädchen von vielen.

Ich spreche – nicht für mich selbst, sondern für alle Mädchen und Jungen. Ich erhebe meine Stimme – nicht damit ich schreien kann, sondern damit jene ohne Stimme gehört werden. Jene, die für ihre Rechte gekämpft haben:



ihr Recht, in Frieden zu leben. Ihr Recht, mit Würde behandelt zu werden. Ihr Recht auf Gleichberechtigung und gleiche Chancen. Ihr Recht auf Bildung. Liebe Freunde, die Taliban haben mir am 9. Oktober 2012 in die linke Seite meiner Stirn geschossen. Sie haben auch auf meine Freunde geschossen. Sie dachten, dass die Kugeln uns zum Schweigen bringen würden. Dies haben sie aber nicht erreicht. Aus der Stille kamen tausende Stimmen. Die Terroristen dachten, dass sie unsere Absichten ändern und uns davon abhalten könnten, weiter zu kämpfen. Es änderte sich in meinem Leben aber nichts ausser dies: Schwäche, Angst und Hoffnungslosigkeit sind gestorben. Stärke, Kraft und Mut wurden geboren. Ich bin die gleiche Malala. Meine Ziele sind die gleichen. Meine Hoffnungen sind die gleichen. Meine Träume sind die gleichen.

Liebe Schwestern und Brüder. Ich bin gegen niemanden negativ eingestellt. Ich bin auch nicht hier, um mich an den Taliban oder irgendeiner anderen terroristischen Gruppierung zu rächen. Ich bin hier, um mich für die Bildung jedes

Kindes auszusprechen. Ich wünsche mir eine Ausbildung für alle Söhne und Töchter aller Extremisten, vor allem der Taliban.

Ich hasse den Taliban, der mich anschoss, nicht einmal. Selbst wenn ich eine Waffe in der Hand hätte und er vor mir stehen würde, würde ich ihn nicht erschiessen. Dieses Mitgefühl habe ich von Mohammed gelernt – dem Propheten der Barmherzigkeit, sowie von Jesus Christus und von Buddha. Dies ist das Vermächtnis des Wandels, welchen ich von Martin Luther King, Nelson Mandela und Muhammad Ali Jinnah geerbt habe. Dies ist die Philosophie der Gewaltlosigkeit, die mir von Gandhi Jee, Bacha Khan und Mutter Theresa vermittelt wurde. Und es ist die Vergebung, die ich von meiner Mutter und meinem Vater gelernt habe. Dies ist, was meine Seele mir sagt. Sei friedlich und liebe jeden.

Liebe Schwestern und Brüder, wir realisieren die Wichtigkeit von Licht, wenn wir uns in der Dunkelheit befinden. Wir erkennen die Wichtigkeit unserer Stimme, wenn wir zum Schweigen angehalten werden. Auf die gleiche Weise

erkannten wir die grosse Bedeutung des Stifts und der Bücher, als wir in Swat, im Norden von Pakistan, waren und Waffen sahen. Das weise Sprichwort „Der Stift ist mächtiger als ein Schwert“ war wahr. Die Extremisten fürchteten sich vor Büchern und Stiften. Die Macht der Bildung beängstigt sie. Sie fürchteten sich auch vor Frauen. Die Macht der Stimme der Frauen flösst ihnen Angst ein. Aus diesem Grund töteten sie 14 Medizinstudentinnen im jüngsten Angriff in Quetta. Aus diesem Grund haben sie auch meine Lehrerinnen und Polio-Arbeiter in Khyber Pukhtoonkhwa und FATA (Federally Administered Tribal Areas; Stammesgebiete, die vom Bundesstaat verwaltet werden) getötet. Aus diesem Grund sprengen sie täglich Schulen in die Luft. Weil sie sich vor Veränderungen gefürchtet haben und noch immer fürchten und weil sie Angst vor der Gleichberechtigung haben, die wir in unsere Gesellschaft einbringen werden.

Ich erinnere mich an einen Jungen in unserer Schule, der von einem Journalisten gefragt wurde: „Weshalb wehren sich die Taliban gegen die Bildung?“ Er hatte eine einfache Antwort. Er zeigte auf ein Buch und sagte: „Ein Taliban weiss nicht, was in diesem Buch steht.“ Die Taliban glauben, dass Gott ein kleines, konservatives Wesen sei, das Mädchen in die Hölle schicken würde, nur weil sie die Schule besuchen.

Die Terroristen missbrauchen den Islam und die pastunische Gesellschaft für ihren persönlichen Vorteil. Pakistan ist ein friedliebendes, demokratisches Land. Die Pashtunen wünschen sich eine Ausbildung für ihre Töchter und Söhne. Der Islam seinerseits ist eine Religion des Friedens, der Menschlichkeit und der Brüderlichkeit. Der Islam sagt, dass Bildung nicht nur ein Recht der Kinder ist, sondern dass sie darüber hinaus sogar eine Pflicht und eine Verantwortung der Kinder ist.

Verehrter Generalsekretär, damit Bildung erfolgreich vermittelt werden kann, muss Frieden herrschen. In vielen Teilen der Welt – vor allem in Pakistan und Afghanistan – haben Terrorismus, Kriege und Konflikte Kinder davon abgehalten, die Schule zu besuchen. Wir sind dieser Kriege müde. Frauen und Kinder leiden in vielen Teilen der Welt auf verschiedene Weisen. In Indien sind unschuldige und arme Kinder Opfer von Kinderarbeit. Viele Schulen in Nigeria wurden zerstört. Das Leben der Menschen in Afghanistan wird seit Jahrzehnten durch Horden von Extremisten beeinträchtigt. Junge Mädchen arbeiten als Haushaltshilfen und werden gezwungen, jung zu heiraten. Armut, Unkenntnis, Ungerechtigkeit, Rassismus und der Entzug der Grundrechte sind die grössten Probleme, denen Männer und Frauen begegnen.

Liebe Kollegen, ich konzentriere mich heute auf die Rechte der Frauen und die Bildung der Mädchen, weil diese am meisten leiden. Es gab einmal eine Zeit, in der Sozialaktivistinnen Männer dazu anhielten, sich für ihre Rechte einzusetzen. Jetzt werden wir dies aber selbst tun. Ich halte Männer nicht davon ab, sich für die Rechte der Frauen einzusetzen; ich konzentriere mich vielmehr auf die Unabhängigkeit der Frauen sowie darauf, dass sie für sich selbst kämpfen. Liebe Schwestern und Brüder, wir müssen uns jetzt dafür einsetzen.

Wir appellieren heute deshalb an die Weltpolitiker, ihre Strategien zugunsten von Frieden und Wohlstand zu ändern. Wir appellieren an die Weltpolitiker, dass alle Friedensabkommen die Rechte der Frauen und Kinder schützen müssen. Ein Abkommen, das der Würde der Frauen und ihren Rechten entgegensteht, kann nicht akzeptiert werden. Wir appellieren an alle Regierungen, kostenlose und obligatorische Schulbildung für die Kinder auf der ganzen Welt sicherzustellen. Wir appellieren an alle Regierungen, Terrorismus und Gewalt zu bekämpfen und Kinder vor Brutalität und Schädigungen zu schützen. Wir appellieren an alle entwickelten Nationen, die Schulbildung für Mädchen in Entwicklungsländern zu fördern. Wir appellieren an alle Gesellschaften, tolerant zu sein – Vorurteile, die auf Schicht, Glaube, Gemeinschaftsangehörigkeit, Religion oder Geschlecht basieren, zurückzuweisen und Freiheit und Gleichberechtigung für alle Frauen zu gewährleisten. Diese Grundbedingungen müssen erfüllt sein, damit Frauen erfolgreich sein können. Wir können als Gesellschaft nicht erfolgreich sein, wenn die Hälfte von uns zurückgehalten wird. Wir appellieren an unsere Schwestern weltweit, mutig zu sein – ihrer Stärke gerecht zu werden und ihr volles Potential zu erreichen.

Liebe Brüder und Schwestern, wir fordern Schulen und Ausbildung für alle Kinder, damit diese in eine strahlende Zukunft blicken können. Wir werden unseren Weg fortführen, bis wir das Ziel des Friedens und der Bildung für alle erreicht haben. Niemand kann uns aufhalten. Wir werden uns für unsere Rechte aussprechen und werden mit unseren Stimmen Änderungen bewirken. Wir müssen an die Macht und die Stärke unserer Worte glauben. Unsere Worte können die Welt verändern, weil wir alle zusammen handeln. Wir haben uns zugunsten der Bildung zusammengeschlossen. Und wenn wir unser Ziel erreichen wollen, müssen wir uns mit Wissen wappnen und uns mit Eintracht und Zusammengehörigkeit schützen.

Liebe Brüder und Schwestern, wir dürfen nicht vergessen, dass Millionen Menschen unter Armut, Ungerechtigkeit und Nichtwissen leiden. Wir dürfen nicht vergessen,

dass Millionen Kinder nicht zur Schule gehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Schwestern und Brüder auf eine strahlende, friedliche Zukunft warten. Lasst uns deshalb einen globalen Kampf gegen Analphabetismus, Armut und Terrorismus führen und lasst uns unsere Bücher und Stifte in die Hand nehmen. Diese sind unsere mächtigsten Waffen. Ein Kind, ein Lehrer, ein Stift und ein Buch können die Welt verändern. Bildung ist die einzige Lösung. Bildung zuerst.

Martin Schulz überreicht den Sacharow-Preis an Malala Yousafzai im Europäischen Parlament in Strassburg, 2013. © Claude Truong-Ngoc



**“WOMEN ARE NO LONGER
VICTIMS. THEY HAVE
BECOME LEADERS. THEY
ARE AT THE FOREFRONT OF
THE DEMONSTRATIONS. WE
WILL SHARE A ROLE IN ALL
ASPECTS OF LIFE, SIDE BY
SIDE WITH MEN.”**

TAWAKKOL KARMAN

QUELLENANGABEN

Ursula Brunner, S. 24

www.nzz.ch/aktuell/schweiz/dem-fairen-handel-den-weg-geebnet-bananenfrau-1.18127684
<http://bananenfrauen.ch>
www.maxhavelaar.ch/de/fairtrade/ueber-fairtrade/haeufig-gestellte-fragen/wer-ist-die-max-havelaar-stiftung
www.nordsuedforum.de/ausleihmaterial/spiele-zur-entwicklungspolitik-wen-macht-die-banane-krumm/

Hans Caprez, S. 28ff.

www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16627.php
www.netzwerk-verdingt.ch/doku/newsletter/caprez.html
www.stiftung-fahrende.ch/geschichte-gegenwart/de/geschichte-der-fahrenden/aktion-kinder-der-landstrasse
www.beobachter.ch/dossiers/dossier-fremdplatziert/artikel/hans-caprez_das-war-haarstraubend/#
 Mit Korrekturen von Hans Caprez persönlich (26.06.15.)

Mariella Mehr, S. 30f.

www.mariellamehr.com
www.mariellamehr.com/Oberlin/phralalen.htm
 Aus: RückBlitze, © Zytglogge Verlag, 1990

Henry Dunant, S. 54ff.

www.dunant-museum.ch/de/henry-dunant/das-leben-von-henry-dunant
www.dunant-museum.ch/de/henry-dunant/eine-erinnerung-an-solferino
www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D19082.php

Jean-Jacques Gautier, S. 68f.

www.apt.ch/en/jean-jacques-gautier
www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D30008.php

Gertrude Kurz, S. 88

www.gertrudkurz.ch/gertrud-kurz/biografie
www.cfd-ch.org/d/organisation/75_Jahre_cfd.php
www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D9345.php

Emilie Lieberherr, S. 94

www.ebg.admin.ch/dokumentation/00220/00435/index.html?lang=de
www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6480.php
www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/Emilie-Lieberherr-mit-86-Jahren-gestorben/story/30983815

Emilie Lieberherr, S. 94

Felix Münger, Reden, die Geschichte schrieben, Baden 2014, S. 175ff.
 François G. Baer, Nicolas Behrens, Monika Spring, Sandra Tinner und Yves Baer – Denken Reden Handeln: über 100 Jahre Sozialdemokratie in Höngg und Wipkingen und 75 Jahre Sozialdemokratische Partei Zürich 10, redbox (2008), S. 176ff.

Martin Luther King jr., S. 96

Dr. Christoph A. Karlo

Martin Luther King jr., S. 97ff.

www.lebenshaus-alb.de/magazin/002863.html

Carl Lutz, S. 106

www.raoul-wallenberg.de/Retter/Carl_Lutz/carl_lutz.html
www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14866.php
www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/spaete-ehre-fuer-den-schweizer-holocaust-helden-carl-lutz
www.uek.ch/de/schlussbericht/synthese/uekd.pdf

Bruno Manser, S. 116

www.bmf.ch/de/ueber-uns/bruno-mansers-biographie/
www.bmf.ch/de/ueber-uns/sarawak-und-die-penan/
www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D48227.php
www.tageswoche.ch/de/2015_1/basel/676644/

Bruno Manser, S. 117f.

Auszüge aus den Tagebüchern von Bruno Manser („Bruno Manser – Ein Leben für den Regenwald“, Merian Verlag 2007, aus S. 31–32, 49–51, 78–80) sowie aus „Stimmen aus dem Regenwald“ (Bruno Manser, „Stimmen aus dem Regenwald“, Zytglogge 1992, S. 18)

Karl Meier, S. 122

www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D45228.php
<http://schwulengeschichte.ch>
www.der-kreis.ch/idee_d
www.der-kreis.ch/kreis_d/kreis_menschen_d/kreis_rolf_d/main_rolf_nachruf_d.htm
www.der-kreis.ch/kreis_d/kreis_menschen_d/kreis_rolf_d/main_rolf2_d.htm



ABBILDUNGSNACHWEIS

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, S. 10

© Foto: CherryX
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:European_Court_of_Human_Rights.jpg
Creative Commons, CC BY SA 3.0
Das Bild wurde in SW umgewandelt.

Eleanor Roosevelt, S. 16

General Services Administration. National Archives and Records Service. Office of Presidential Libraries. Franklin D. Roosevelt Library 6/30/1949–4/1/1985

Vereinte Nationen (UNO) Genf, S. 19

© Foto: BriYYZ
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Room_XX,_Palais_des_Nations_%286309176597%29_%282%29.jpg
Creative Commons, Attribution-Share Alike 2.0 Generic
Das Bild wurde in SW umgewandelt.

Hans Caprez, S. 28

© Foto: Ester Vonplon

Marielle Mehr, S. 30

© Foto: © WOZ (Die Wochenzeitung) / Ursula Häne

Nelson Mandela, S. 46

© Foto: Bill Brooks auf: www.flickr.com/photos/8011986@N02/15743535501/in/photostream/

Henry Dunant, S. 54

Time Life Pictures-Library of Congress Prints & Photographs Division Washington, DC 20540; Call number: LC-USW33-042485
https://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Dunant#/media/File:Jean_Henri_Dunant.jpg

Henry Dunant, S. 57

https://en.wikipedia.org/wiki/Henry_Dunant#/media/File:Henry_Dunant_1855.jpg
<http://www.flickr.com/photos/icrc/8533834516/in/set-72157632930713318>

Jean-Jacques Gautier, S. 68

© Foto: Barbara Bernath, Association for the Prevention of Torture

Václav Havel, S. 75

© Foto: Jiří Jiroutek
This is a retouched picture, which means that it has been digitally altered from its original version. Modifications: cropped. The original can be viewed here: [Jiri Jiroutek Havel Vaclav, Praha 2006.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vaclav_Havel_cropped.jpg).
Modifications made by Thecentre CZ.
This file is licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 Unported license.
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vaclav_Havel_cropped.jpg

Tawakkol Karman, S. 78

© Foto: Getty Image

Tawakkol Karman, S. 81

© Foto: Frank Plitt
Dieses Bild wurde von der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik unter der Lizenz Creative Commons Attribution Deutschland 3.0 auf der Webseite www.securityconference.de veröffentlicht. Entsprechend den Angaben im Impressum können die Bilder unter dieser Lizenz verwendet werden, solange der Name des Fotografen genannt wird.
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Msc2012_20120203_243_Tawakkul_Karman_Frank_Plitt.jpg
Das Bild wurde in SW umgewandelt.

Robert F. Kennedy, S. 86

© Yoichi Okamoto-White House Photo Office
https://en.wikipedia.org/wiki/Robert_F._Kennedy#/media/File:Immigration_Bill_Signing_-_A1421-33a_-_10-03-1965.jpg

Gertrud Kurz, S. 88

© Foto: Jac. de Nijs / Fotosammlung Anefo, Nationaal Archief, Den Haag, Holland
https://de.wikipedia.org/wiki/Gertrud_Kurz#/media/File:Gertrud_Kurz_%281965%29.jpg
Creative Commons, CC BY-SA 3.0

Martin Luther King jr., S. 96

This work is in the public domain because it was published in the United States between 1923 and 1977 and without a copyright notice.

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martin_Luther_King,_Jr._Montgomery_arrest_1958.jpg

Martin Luther King jr., S. 98

This work is in the public domain in the United States because it is a work prepared by an officer or employee of the United States Government as part of that person's official duties under the terms of Title 17, Chapter 1, Section 105 of the US Code.

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Photograph_of_White_House_Meeting_with_Civil_Rights_Leaders._June_22,_1963_-_NARA_-_194190_%28no_border%29.tif

Martin Luther King jr., S. 101

This image is a work of a U.S. military or Department of Defense employee, taken or made as part of that persons official duties. As a work of the U.S. federal government, the image is in the public domain.

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:USMC-09611.jpg#/media/File:USMC-09611.jpg>

Martin Luther King jr., S. 103

Dr. Martin Luther King jr., president of the Southern Christian Leadership Conference, and Mathew Ahmann, executive director of the National Catholic Conference for Interracial Justice, at a civil rights march on Washington, D.C., 28. August 1963.

This media is available in the holdings of the National Archives and Records Administration, cataloged under the ARC Identifier (National Archives Identifier) 542014. This work was obtained from the now defunct United States Information Agency. In 1999 the agency was merged into the Bureau of Public Affairs which is part of the United States Department of State. This work is in the public domain in the United States because it is a work of the United States Federal Government under the terms of 17 U.S.C. § 105.

Carl Lutz, S. 106

© Foto: Archiv Agnes Hirschi

Carl Lutz, S. 109

© Foto: Szabó Tamás

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:BudapestCarl-LutzMemorial001.JPG>

GNU Free Documentation License, Version 1.2

Wangari Maathai, S. 113

© Foto: Demosh

https://en.wikipedia.org/wiki/Wangari_Maathai#/media/File:Wangari_Maathai.jpg

Creative Commons, CC BY 2.0

Das Bild wurde in SW umgewandelt.

Bruno Manser, S. 117

© Foto: Alberto Venzago / Bruno Manser Fonds

Bruno Manser in Sarawak, Malaysia, vermutlich 1987, anlässlich des ersten Berichts im GEO von Bökemeier und Venzago.

Karl Meier, S. 122

Karl Meier, 1938, © René Leier/Staatsarchiv des Kantons Thurgau, Frauenfeld. Quelle: Nr. 8'658-Nachlass Karl Meier, Schauspieler. ID: 0016

Harry Wu, S. 143

© Foto: Kate0504

https://de.wikipedia.org/wiki/Harry_Wu#/media/File:DalaiLama_LRF2009.jpg

Creative Commons, CC BY-SA 3.0

Das Bild wurde in SW umgewandelt.

Malala Yousafzai, S. 149

© Foto: Southbank Centre

www.flickr.com/photos/southbankcentre/13008430294/in/photostream/

Creative Commons, CC BY 2.0

Das Bild wurde in SW umgewandelt.

Malala Yousafzai, S. 151

© Foto: Claude Truong-Ngoc

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Remise_du_Prix_Sakharov_%C3%A0_Malala_Yousafzai_Strasbourg_20_novembre_2013_01.jpg

Creative Commons, Attribution-Share Alike 3.0 Unported

Das Bild wurde in SW umgewandelt.

IMPRESSUM

Herausgeber

Robert F. Kennedy Human Rights Foundation Switzerland
www.rfkhumanrights.ch

Copyrights

© 2011 Robert F. Kennedy Center for Justice and Human Rights, Washington, D.C.
© für die Texte bei den Autoren
© für die Fotos bei den Fotografen

„Speak Truth To Power“
Executive Director, John Heffernan
Robert F. Kennedy Human Rights
1300 19th Street, NW
1367 Connecticut Ave, N.W., Suite 200
Washington, D.C. 20036
www.rfkhumanrights.org

© 2015 für die Schweizer Ausgabe
Robert F. Kennedy Human Rights Foundation Switzerland
Claridenstrasse 25
CH-8002 Zürich, Switzerland
www.rfkhumanrights.ch
(Das Buch kann bei dieser Adresse bestellt werden.)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Herausgeberin reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Ausgenommen sind Kopien für Unterrichtszwecke.

Fachliche Beratung

Dr. Sandra Hutterli

Redaktion und Erarbeitung Schweizer Beiträge

Kompetenzzentrum Menschenrechte der Universität Zürich (Prof. Dr. Christine Kaufmann, Dr. Christoph Good, Dr. Romana Weber, MLaw Sabrina Ghielmini)

Lektorat

Dr. Christoph A. Karlo

Korrektorat

Baumgartner & Annaheim, Zürich

Grafische Gestaltung

Original Design von Jennifer Kakalettris für das Lehrmittel der Chicago Public Schools.
Überarbeitetes Design für die Schweiz:
Baumgartner & Annaheim, Zürich
www.ba-gestaltung.ch

Druck und Bindung

Alpina Druck, Innsbruck
Gedruckt in Österreich

DANK

John Heffernan, Direktor „Speak Truth To Power“ und Kerry Kennedy, Präsidentin Robert F. Kennedy Human Rights, danken den zahlreichen Personen, die dazu beigetragen haben, „Speak Truth To Power“ zu verwirklichen.

Die Robert F. Kennedy Human Rights Foundation Switzerland bedankt sich bei den folgenden Mitarbeitern des Kompetenzzentrums Menschenrechte der Universität Zürich für die sachkundige und grosszügige Unterstützung bei der Erstellung dieses Lehrmittels: Prof. Dr. Christine Kaufmann, Dr. Christoph Good, MLaw Sabrina Ghielmini und Dr. Romana Weber.

Die Stiftung bedankt sich zudem bei Judith Annaheim und Guido Baumgartner von Baumgartner & Annaheim für Layout und Korrektorat.

